

POLITISCHE STUDIEN

381

Igor Fjodorowitsch Maximytschew

Politische Studien-Zeitgespräch mit dem Sicherheitsexperten für Europa zu zentralen Fragen der russisch-europäischen Beziehungen

János Martonyi

Der Sinn des Opfers –
Über die sich verändernde Welt, über die Rolle und über den Platz Ungarns

Max Wingen

Aktuelle Aspekte der Familienpolitik als bevölkerungsbewusste Gesellschaftspolitik

Schwerpunktthema:
**Die terroristische
Herausforderung**

mit Beiträgen von

**Martin Agüera,
Wilhelm Dietl,
Axel Kuhlmann,
Klaus Lange,
Aschot Manutscharjan und
Berndt Georg Thamm**

 **Hanns
Seidel
Stiftung eV**

Atwerb-Verlag KG





**Hanns
Seidel
Stiftung eV**

Herausgeber:

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Vorsitzender: Alfred Bayer, Staatssekretär a. D.
Hauptgeschäftsführer: Manfred Baumgärtel
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit/
Publikationen: Hubertus Klingsbögl

Redaktion:

Dr. Reinhard C. Meier-Walser
(Chefredakteur, v. i. S. d. P.)
Wolfgang Eltrich M. A. (Redaktionsleiter)
Barbara Fürbeth M. A. (stellv. Redaktionsleiterin)
Paula Bodensteiner (Redakteurin)
Verena Hausner (Redakteurin)
Irene Krampfl (Redaktionsassistentin)

Anschrift:

Redaktion Politische Studien
Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Lazarettstraße 33
80636 München
Telefon 089/1258-260
Telefax 089/1258-469
Internet: <http://www.hss.de>
e-mail: PolStud@hss.de

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes

Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Redaktion reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Redaktionelle Zuschriften werden ausschließlich an die Redaktion erbeten.

Die Beiträge in diesem Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder; die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verantwortung. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

Bezugspreis: Einzelhefte € 4,50.

Jahresabonnement € 27,00.

Schüler/Studenten-Jahresabonnement bei Vorlage einer gültigen Bescheinigung € 13,50.

Die Zeitschrift Politische Studien erscheint als Periodikum, Sonderheft und Sonderdruck.

Darüber hinaus erscheinende Sonderausgaben sind im Abonnement nicht enthalten.

Abobestellungen und Einzelheftbestellungen über die Redaktion und den Buchhandel.

Kündigungen müssen der Redaktion schriftlich mindestens 8 Wochen vor Ablauf des Abonnements vorliegen, ansonsten verlängert sich der Bezug um weitere 12 Monate.

ATWERB-VERLAG KG Publikation ©

Inhalt

Reinhard C. Meier-Walser Editorial: Was wird aus der NATO?.. 5

Igor Fjodorowitsch Maximytschew Politische Studien-Zeitgespräch mit dem Sicherheitsexperten für Europa zu zentralen Fragen der russisch-europäischen Beziehungen 8

Schwerpunktthema: Die terroristische Herausforderung

Klaus Lange Einführung 19

Wilhelm Dietl Terrorismus gestern und heute 23

Axel Kuhlmann/
Martin Agüera Die Hydra „Terrorismus“ und ihre Auswirkungen auf die globale Sicherheitspolitik 42

Berndt Georg Thamm Hindukusch – Kaderschmiede des islamistischen Privatterrorismus 56

Aschot Manutscharjan Taliban in Deutschland 74

János Martonyi Der Sinn des Opfers – Über die sich verändernde Welt, über die Rolle und über den Platz Ungarns 86

Max Wingen Aktuelle Aspekte der Familienpolitik als bevölkerungsbewusste Gesellschaftspolitik 94

Carl Deichmann	Innere Einheit durch politische Bildung?	105
Wolfram Hilz	Neue deutsche Europapolitik? Deutsche Führungsambitionen und deutsch-französische Verstimmungen	114
Das aktuelle Buch	126
Buchbesprechungen	130
Ankündigungen	140
Autorenverzeichnis	141

Editorial

Was wird aus der NATO?

Reinhard C. Meier-Walser

Die internationalen Beziehungen treiben mitunter seltsame Blüten, wie das Beispiel des transatlantischen Bündnisses gegenwärtig wieder einmal zeigt:

1. Zu den mittlerweile gängigen Ironien internationaler Politik gehört, dass dem Ende des Kalten Krieges keine Ära transatlantischer Harmonie, sondern eine Phase ebenso kritischer wie schwieriger Dialoge der Bündnispartner diesseits und jenseits des Atlantiks folgte, die das „Ende transatlantischer Selbstverständlichkeit“ (Werner Weidenfeld) einläutete und mit der manche Beobachter gar ein „Siechtum der Allianz“ (Josef Joffe) verbanden. Der äußere Integrationsdruck, den das Szenario eines vorläufigen Militärschlages der Sowjetunion gegen Westeuropa auf die Bündnispartner ausgeübt hatte, ließ mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation zwangsläufig nach, während gleichzeitig die als Zentrifugalkräfte wirkenden bündnisinternen Interessendivergenzen deutlicher als zuvor zu Tage traten. Obwohl das transatlantische Bündnisgefüge zu keinem Zeitpunkt seines Bestehens völlig frei von Spannungen gewesen war, hatte die gemeinsam perzipierte Bedrohung einer Machtexpansion des Warschauer

Paktes als „Kitt“ (Robert D. Blackwill) bzw. als „Schmiermittel“ (Josef Joffe) der Allianz fungiert und bündnisinterne Konflikte wie etwa den Dauerkampfbegriff „Burden-Sharing“ dem überwältigenden gemeinsamen Interesse entsprechend erheblich relativiert.

2. Nach dem Ende der Blockkonfrontation prophezeiten einige sowohl amerikanische als auch europäische Analytiker (insbesondere aus dem politikwissenschaftlichen Lager des Neorealismus) mit dem Hinweis auf den historisch belegten Zusammenhang zwischen dem Sieg einer Allianz und ihrem anschließenden Zerfall, dass zumindest langfristig mit einer Auflösung der NATO zu rechnen sei.¹ Tatsächlich zeigt ein Blick in die Geschichte der internationalen Politik, dass es in den vergangenen Jahrhunderten zahlreiche Beispiele dafür (aber kein einziges dagegen) gibt, dass Bündnisse zwischen Staaten zerfielen, nachdem die gemeinsam perzipierte Bedrohung, derentwegen sie sich formiert hatten, beseitigt bzw. das gemeinsame Ziel der Koalitionspartner erreicht worden war. Umso erstaunlicher wirkt vor diesem Hintergrund die Tatsache, dass es der NATO im Laufe des vergangenen Jahrzehntes trotz des Verlustes des

gemeinsamen Feindbildes nicht nur gelungen ist zu überleben, sondern dass sie die existenziell bedeutsame Herausforderung der Suche nach einer neuen, die Partnerschaft tragenden *raison d'être* und Mission durch ihre systematische Transformation von einem Bündnis kollektiver Verteidigung zu einem Bündnis der kollektiven Sicherheit (vgl. das neue strategische Konzept der NATO vom April 1999) konstruktiv begonnen hat. Gleichzeitig hat sie sich der gewaltigen Aufgabe ihrer Erweiterung sowie der langfristigen Neubewertung ihrer Beziehungen zu Russland gestellt und bei ihren Einsätzen in Bosnien und im Kosovo ihre Funktionsfähigkeit bewiesen.

3. Vor diesem Hintergrund der Entwicklung des Bündnisses in den 1990er-Jahren hätte man erwarten können, dass eine neue, auf beiden Seiten des Atlantiks gemeinsam erkannte Bedrohung der Wertegemeinschaft der westlichen Zivilisation, wie sie die Terrorattacken vom 11. September vergangenen Jahres darstellen, der atlantischen Allianz als Instrument der Verteidigung der pluralistischen Demokratien gegen Angriffe von außen neue Dynamik und zusätzliche Relevanz verschaffen würde. Tatsächlich erklärte die NATO wenige Tage nach dem 11. September zum ersten Mal seit ihrer Gründung vor 52 Jahren feierlich den Bündnisfall nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrages – wobei ironischer Weise seit 1949 weder diesseits noch jenseits des Atlantiks jemals daran gezweifelt worden war, dass die gegenseitige Beistandsverpflichtung des Artikels 5 (ein Angriff auf einen gilt als Angriff gegen alle) lediglich als Schutzgarantie der USA gegenüber Europa (und nicht umgekehrt) jemals

Anwendung finden könnte.² Nach der Erklärung des Bündnisfalles durch den NATO-Rat wurde es allerdings ruhig um Brüssel, das Hauptquartier des Bündnisses schien „samt seiner Führung in die Ferien geschickt worden“³ zu sein. Zwar bemühte sich der schottische NATO-Generalsekretär George Robertson redlich, die Entsendung von fünf AWACS-Aufklärungsflugzeugen in die USA zur Sicherung des US-amerikanischen Luftraumes und die Verlegung von Marineeinheiten ins östliche Mittelmeer als wichtigen Beitrag der NATO am Afghanistan-Kampfeinsatz zu preisen. Dies änderte jedoch nichts an der Tatsache, dass die NATO von Washington auf das Abstellgleis bugsiert worden war und die USA sich ihr Anti-Al-Qaida-Bündnis selbst schmiedeten: auf bilateraler Basis, vorbei an etablierten Bündnisstrukturen.⁴ Dabei banden die außen- und sicherheitspolitischen Strategen in Washington neben traditionellen europäischen Sicherheitspartnern wie Großbritannien, Deutschland und Frankreich auch „neue“ Mitstreiter in ihre Ad-hoc-Allianz gegen den staatenlosen Terrorismus ein, darunter Russland, China, Indien und Pakistan.⁵

Das neue durch die Bush-Administration geschaffene und dirigierte Konzert der Mächte hat sofort dazu geführt, dass – wieder einmal – das Totenglöckchen des Bündnisses geläutet wurde. Ein Konzert der Mächte, so heißt es mit Blick auf die Erfahrungen des 19. und 20. Jahrhunderts, sei niemals „good for international institutions“⁶, wobei die besondere Situation, dass der Kalte Krieg vorüber sei und der neue Krieg gegen den Terror offensichtlich ohne die NATO begonnen

habe, die Zukunft des Bündnisses in Frage stelle.

Die Hoffnung, dass die NATO „noch nicht verloren“ ist, verbindet sich mit der Forderung nach radikalen Reformen und der Abkehr von der Idee des politischen und militärischen Automatismus. „Nicht jede Krise, nicht jeder Waffengang fordert zwangsläufig einen bedeutenden Beitrag aus Brüssel.“⁷ Welche Rolle kann die NATO dann in Zukunft noch spielen? Die einer „OSZE mit militärischem Anstrich“⁸ oder eines „transatlantischen Freundschaftspaktes von Gleichgesinnten“⁹, die sich gegenseitig lediglich ein „verlässliches politisches Umfeld garantieren“¹⁰, ohne durch eine Beistandsverpflichtung militärisch gebunden zu sein? Dieser Minimalkonsens

eines gemeinsamen Bekenntnisses zu Freiheit und Demokratie würde die gegenwärtige Sinnkrise der NATO vermutlich nur verschärfen und einer Marginalisierung der Allianz Vorschub leisten.¹¹

Die NATO benötigt, um als sicherheitspolitisches Instrument der transatlantischen Partner langfristig überleben zu können, eine neue Mission, die über die bloße gegenseitige politisch-psychologische Unterstützung weit hinausgeht. Wie diese Mission aussehen und worin neue strategische Aufgaben des Bündnisses bestehen könnten, ist gegenwärtig noch nicht endgültig abzusehen.¹² Diesbezügliche Ideen und Anregungen sind der Redaktion der Politischen Studien herzlich willkommen!

Anmerkungen

¹ Vgl. die einschlägigen Literaturverweise im Fußnotenapparat bei Meier-Walser, Reinhard C.: Weltpolitischer Umbruch und transatlantische Partnerschaft, in: ders. (Hrsg.), Transatlantische Partnerschaft. Perspektiven der amerikanisch-europäischen Beziehungen, Landsberg a.L. 1997, S.9–27.

² Vgl. Gordon, Philip H.: NATO after 11 September, in: *Survival*, 4/2001, S.89–106.

³ Schuster, Jacques: Setzt die NATO nicht aufs Spiel, in: *Die Welt*, 13.11.2001.

⁴ Vgl. Ridderbusch, Katja: Die NATO ist noch nicht verloren, in: *Die Welt*, 20.12.2001.

⁵ Vgl. Gillessen, Günther: Außenpolitik nach dem 11. September. Amerikanische und europäische Grundeinstellungen im Umbruch, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 7.11.2001.

⁶ Penttila, Risto E.J.: The Concert is back, and it seems to be working, in: *International Herald Tribune*, 28.12.2001.

⁷ *Die Welt*, 20.12.2001.

⁸ Ridderbusch, Katja: Die großen Worte der NATO, in: *Die Welt*, 7.12.2001.

⁹ Joffe, Josef: Das Weltgericht der Hundert Tage. Der 11. September, der Krieg gegen den Fanatismus und die Wiederentdeckung des Besten am Westen, in: *Die Zeit*, 27.12.2001.

¹⁰ Feldmeyer, Karl: Der Wert der NATO, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 14.9.2001.

¹¹ Vgl. dazu Stelzenmüller, Constanze/Thumann, Michael: Kein Feind, kein Ehr, in: *Die Zeit*, 10.1.2002.

¹² Vgl. Forster, Anthony/Wallace, William: What is NATO for?, in: *Survival*, 4/2001, S.107–122.

Politische Studien-Zeitgespräch mit Igor Fjodorowitsch Maximyschew zu zentralen Fragen der russisch-europäischen Beziehungen

Igor F. Maximyschew, geboren 1932 in Tachta-Basar (Turkmenien), studierte 1950–1956 am Institut für internationale Beziehungen (MGIMO). 1956–1958 war er am Konsulat der UdSSR in Leipzig tätig, 1958–1960 an der Botschaft der UdSSR in Bonn. 1960–1966 war er Abteilungsleiter im Außenministerium der UdSSR in Moskau, 1966–1971 war er Erster Sekretär an der Botschaft der UdSSR in Paris. 1971–1976 arbeitete er wieder als Experte im Außenministerium in Moskau. 1976–1984 hatte er die Stelle eines Kulturattachés an der Botschaft der UdSSR in Bonn inne. 1984–1987 führte ihn sein Weg als Leiter der Abteilung Information wieder in das Außenministerium nach Moskau. Die Jahre 1987–1992 verbrachte er als Gesandter in Berlin. Seit April 1993 ist er am Europa-Institut der Akademie der Wissenschaften Russlands in Moskau tätig.

Politische Studien: Welche Erwartungen verknüpft Russland mit seinem Mitwirken in der Anti-Terror-Koalition?

Igor F. Maximyschew: Nach russischem Verständnis besteht der Sinn der Anti-Terror-Koalition darin, dem internationalen Terrorismus, insbesondere seinem extremistischen islamischen Zweig, das Handwerk zu legen. Das ist auch die Erwartung der Russen, die sie mit ihrem Mitwirken in dieser Koalition verknüpfen. Für seine Beteiligung am Kampf gegen den internationalen Terrorismus fordert Russland keinen besonderen Preis ein. Der

Sieg über einen gemeinsamen Feind bringt Gewinn für alle, die mitmachen. Bereits seit geraumer Zeit kämpft Russland gegen islamische Extremisten und Terroristen in Tschetschenien und Tadschikistan. Jedoch beginnt der Westen erst jetzt allmählich zu begreifen, dass dieser Kampf auch einen Beitrag zu seinem Schutz bedeutet, dass in Tschetschenien und Tadschikistan auch der Westen, insbesondere Westeuropa, verteidigt wird. Die Russen rechnen damit, dass die verantwortlichen westlichen Politiker sich endlich über die Tatsache klar werden, dass für die Menschheit der islamische Terrorismus insgesamt und ohne Ausnahmen eine

tödliche Gefahr darstellt, die mit der Zerschlagung von Al-Qaida noch lange nicht beseitigt ist. Der Westen wird nun vom Frankenstein-Phänomen eingeholt: Osama bin Laden samt seiner Terrororganisation war seinerzeit das Werk der westlichen Geheimdienste und der engsten Freunde der USA unter den islamischen Ländern – Pakistan und Saudi-Arabien. Heute muss außer der Ausschaltung der Basis der Terroristen in Afghanistan auch ihre finanzielle Unterstützung, insbesondere durch die Saudis und die Golf-Staaten, unterbunden werden. Der Kampf gegen den internationalen Terrorismus wird lang und verlustreich sein, denn die Terroristen greifen zu Mitteln, die für jeden normalen Menschen undenkbar sind. Der Ernst der Lage nach dem 11. September 2001 erfordert, dass die Anti-Terror-Koalition Bestand hat und von Dauer ist. Das setzt wiederum voraus, dass die Teilnehmer an dieser Koalition echte Verbündete werden, gleiche Rechte haben und der Beachtung ihrer nationalen Interessen durch ihre Partner sicher sein können.

Politische Studien: Sind die Irritationen in Zusammenhang mit der Kosovo-Operation der NATO in Russland inzwischen verfliegen, oder spielen die Erfahrungen von damals noch eine Rolle in der russischen Außenpolitik?

Igor F. Maximytschew: Die Nachwirkungen der ohne jegliches UNO-Plazet geführten Kriegshandlungen der mächtigsten Militärallianz der europäischen und sogar der Weltgeschichte gegen einen mittelgroßen europäischen Staat können nicht so einfach aus dem Bewusstsein der politischen Elite Russlands verschwinden. Vor den Bombardierungen Jugoslawiens konn-



Dr. Igor F. Maximytschew: „...Russland hat nicht die Absicht, Schritte zu unternehmen, die den Interessen der NATO zuwiderlaufen. Im Gegenteil, es ist zu neuer, höherer Qualität seines Verhältnisses zur NATO bereit...“

Fotos (2): Kirsch

te der Westen mit einigem Recht darauf verweisen, dass die NATO noch nie Angriffsaktionen unternommen habe und deshalb als ein Instrument der Friedenssicherung für alle zu begreifen wäre. Durch den Balkan-Krieg hat die NATO dieses Recht verwirkt. Alle Welt weiß jetzt, dass die westliche Allianz an der UNO vorbei zu eigenmächtigen Gewaltaktionen außerhalb des Bündnisgebiets fähig und gewillt ist, auch wenn keine Gefahr für die Allianz oder ihre Mitglieder vorliegt. Das kann bei den außenpolitischen Überlegungen und Entscheidungen der maßgeblichen Kreise Russlands nicht unberücksichtigt bleiben. Zumal der Westen auch heute seinen Fehler nicht eingestehen will, den islamischen Terroristen geholfen zu haben, sich auf dem Balkan, im traditionellen Pulverfass Europas, einzunisten. Trotz aller feierlicher Schwüre der westlichen Politiker bleibt das Kosovo mit Hilfe der NATO-Truppen hermetisch von Rest-Jugosla-

wien abgeschirmt, und nicht-albanische Minderheiten sind dort dem Terror der albanischen Extremisten preisgegeben. Das Gespenst der Ausrufung eines Groß-Albaniens geht nach wie vor um und mit ihm die Gefahr des Beginns der Revision der europäischen Grenzen – das Schlimmste, was Europa überhaupt passieren könnte. Der Kampf gegen den Terrorismus kann indessen nur gewonnen werden, wenn Europa, wenn die nördliche Hemisphäre insgesamt, stabil bleiben.

Politische Studien: Wie sieht Russland mittel- und langfristig sein Verhältnis zur NATO?

Igor F. Maximytschew: Wie die Beziehung Russland-NATO aussehen wird, hängt in erster Linie vom Verhalten der NATO gegenüber Russland ab, denn Russland hat nicht die Absicht, Schritte zu unternehmen, die den Interessen der NATO oder ihrer Mitglieder zuwiderlaufen. Im Gegenteil, es ist zu neuer, höherer Qualität seines Verhältnisses zur NATO bereit, und der russische Präsident hat oft genug diese Bereitschaft zum Ausdruck gebracht. In seiner September-Rede vor dem Deutschen Bundestag bedauerte Wladimir Putin, dass bis heute kein effektiver Mechanismus der Abstimmung zwischen dem Westen und Russland ins Leben gerufen worden sei, so dass Russland immer wieder nachträglich inständig gebeten werde, sich den ohne seine Beteiligung getroffenen Entscheidungen anzuschließen. Trotz guten Willen Russlands ist das nicht immer möglich. In solchen Fällen wie den Bombardierungen Jugoslawiens war und bleibt die russische Billigung undenkbar, denn Russland ist überzeugt, dass damit der allgemeinen

Sicherheit ein unermesslicher Schaden zugefügt wird. Bezeichnend ist, dass der NATO-Russland-Rat, der laut der Grundakte von 1997 der Annäherung der Standpunkte beider Seiten dienen sollte, vor der Beschlussfassung der Allianz in der Kosovo-Frage nicht mal angerufen wurde. Indessen ist das gemeinsame Handeln Russlands und der NATO angesichts der Internationalität der Terroristen Gebot der Stunde. Die Schaffung der Strukturen, die die Einigkeit der NATO und Russlands ermöglichen würden, läge im Interesse beider Seiten. Stattdessen bereitet sich die NATO obstinent vor, ihren Aufmarsch an der russischen Grenze fortzusetzen. Es ist leicht zu verstehen, dass eine solche Handlungsweise nur im Stande ist, das Misstrauen in Russland gegenüber der langfristigen Strategie der NATO zu intensivieren, das ohnehin nach dem Balkan-Krieg der Allianz stärker ausgeprägt ist als vor zehn Jahren. Ganz davon zu schweigen, dass, wenn die NATO ihren Herzenswunsch realisieren sollte, dieser Schritt sich für die feierlich erklärten Ziele des Westens nur abträglich auswirken würde: Weder die Sicherheit in Europa wäre gefestigt, noch dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus gedient. Eine enge kooperative Zusammenarbeit NATO-Russlands würde dagegen erlauben, globale Sicherheit zu erhöhen. Die Formel Tony Blairs „19+1“ (bzw. „NATO-20“) wäre hier eine erstrebenswerte Lösung.

Politische Studien: Wo liegen nach russischer Einschätzung heute die größten Risiken für die globale Sicherheit?

Igor F. Maximytschew: Nach dem 11. September scheint auch der Wes-

ten begriffen zu haben, dass die eigentliche Gefahr globalen Charakters der internationale Terrorismus ist. Für Russland kam diese Erkenntnis früher, der Westen suchte jedoch lange Zeit neue Bedrohungen woanders, manchmal an ganz fantastischen Orten. Sogar das neue Russland wurde von westlichen Politikern von Zeit zu Zeit zur zu isolierenden Quelle allen Unheils erklärt. Jewgenij Primakow versuchte noch als russischer Außenminister vergeblich die Aufmerksamkeit seiner westlichen Kollegen, in erster Linie Madeleine Albright, auf die Formierung des terroristischen Dreiecks Afghanistan-Tschetschenien-Kosovo zu lenken. Die westliche Fehleinschätzung der Lage führte dazu, dass die Weltgemeinschaft insgesamt die Entstehung der globalen terroristischen Gefahr einigermaßen verschlafen hat. Nun hat die Welt mit dem verfestigten islamischen Terrorbogen vom Balkan bis zu den Philippinen zu tun. Militärische Mittel sind zur Eindämmung des internationalen Terrorismus notwendig, soweit er durch staatliche Gebilde unterstützt und gesteuert wird. Mit militärischen Mitteln allein ist es aber noch nicht getan. Die Armut und das Elend in weiten Teilen der Welt, das Gefühl, von den Großen und Reichen dieser Erde ungerecht behandelt zu werden, liefern den Nährboden für neue Generationen der Terroristen. Hier muss die Weltgemeinschaft mit vereinter Kraft eingreifen, um die Situation grundlegend zu ändern. Afghanistan wird zum Prüfstein für die Reife der führenden Nationen der Erde – gelingt es, dort bald ein annähernd normales Leben zu sichern, würde die Anziehungskraft der Terrorzentralen weltweit nachlassen.

Politische Studien: Können Sie die russische Haltung zu den amerikanischen Raketenabwehrplänen skizzieren, und unter welchen Voraussetzungen würde sich Russland beteiligen?

Igor F. Maximytschew: Die Russen halten die Furcht der Amerikaner vor eventuellen Attacken mit Interkontinentalraketen von einem der sogenannten „Schurkenstaaten“ aus für etwas übertrieben. Solche Raketen zu konstruieren und herzustellen, braucht einen sehr hohen Stand von Wissenschaft und Technik, der nur in den entwickelten Ländern zu erreichen ist, und alle diese Länder sind an bestehende Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge gebunden. Das Problem ist hier, dass die Grundlage für dieses stabilitätsfördernde Vertragssystem ausgerechnet der ABM-Vertrag von 1972 bildet, der den von den Amerikanern angestrebten strategischen Raketenrundumschutz verbietet. Setzt man den Vertrag von 1972 außer Kraft, fällt das Ganze internationale Kontrollgebäude wie ein Kartenhaus zusammen. Gerade das würde die globale Situation destabilisieren und nicht die theoretische Gefahr, Objekt eines Interkontinentalraketenangriffs zu werden.

Viel wahrscheinlicher wäre übrigens der Einsatz von ABC-Waffen durch die Terroristen direkt vor Ort, ohne Anwendung von Raketen, die leicht erfasst werden könnten und sofort Gegenmaßnahmen auslösen würden. Vor den Kamikaze-Terroristen schützt kein noch so ausgeklügeltes Anti-Raketen-System. Russland sieht seine militärische Sicherheit durch die von den Amerikanern eingeleiteten Versuche in diesem Bereich vorerst nicht gefährdet.

Die Fachleute des russischen Verteidigungsministeriums versichern, dass nach dem heutigen Stand der Dinge kein Raketenschutz mindestens im Laufe der nächsten zehn Jahre den Waffen, über die Russland bereits verfügt, standhalten würde.

Deshalb gilt die Besorgnis Moskaus in Verbindung mit dem Projekt des US-Raketenschildes eher der allgemeinen Sicherheit, die mit der Militarisierung des Weltalls, was ein unumgänglicher Bestandteil der bisherigen amerikanischen Pläne ist, im wesentlichen Maße untergraben wäre. Da Washington zu verstehen gegeben hat, dass keine Absicht besteht, den Vertrag ersatzlos zu streichen, bleibt Russland weiter bereit, mit den Amerikanern darüber zu sprechen, was an Stelle des eventuell zu annullierenden ABM-Vertrags kom-

men könnte. Logischer wäre in jedem Fall, über einen substrategischen Raketenschutz (unterhalb der Interkontinentalraketenzebene) nachzudenken, da die Mittelstreckenwaffen leichter zu bauen sind und deshalb geeignet wären, einmal eine realere Bedrohung darzustellen. Russland wäre bereit, sich am Aufbau einer substrategischen Anti-Raketen-Verteidigung zu beteiligen, die den ABM-Vertrag nicht verletzt. Ein solches Verteidigungssystem könnte aus beweglichen, äußerst wirksamen Raketenkomplexen bestehen und auf den gefährdeten Richtungen platziert werden, sobald sich die Gefahr präzisiert. Für Europa wäre das vielleicht die beste Lösung. Der entsprechende russische Vorschlag liegt auf dem Tisch.

Politische Studien: Welchen Stellenwert besitzt das Afghanistan-Problem



Über aktuelle Fragen der europäisch-russischen Sicherheitszusammenarbeit diskutierten anlässlich einer Tagung der Hanns-Seidel-Stiftung Ende November 2001 in Berlin u.a.: (v.l.n.r.) Prof. Dr. Klaus Lange, Referent für Internationale Sicherheitspolitik der Hanns-Seidel-Stiftung, Dr. Edmund Stoiber, Bayerischer Ministerpräsident, Dr. Igor F. Maximytschew, Bevollmächtigter Gesandter des Europa-Instituts der Akademie der Wissenschaften Russlands, und Prof. Dr. Rainer Huber, Universität der Bundeswehr München.

für die russische Außen- und Sicherheitspolitik?

Igor F. Maximytschew: Afghanistan liegt direkt am „weichen Unterbauch“ Russlands und ist somit eines der Länder, die seine Sicherheit unmittelbar berühren. Die unselige Intervention der Sowjetunion in Afghanistan wurde durch die Befürchtung ihrer Führung mitverursacht, es könne in den Einflussbereich Chinas einbezogen werden, mit dem sich die UdSSR damals in einem Quasi-Kriegszustand befand. Es ist aber Moskau nicht gelungen, das sowjetfreundliche Regime in Afghanistan zu retten, das sich noch vor der Intervention etablierte. Eine langfristige Stationierung der Sowjettruppen erwies sich als ein grober politischer und psychologischer Fehler, der einen langwierigen und blutigen Partisanenkrieg auslöste, der nach und nach zu einem Religionskrieg gegen „Ungläubige“ wurde.

Nach dem Rückzug der Sowjettruppen unter Gorbatschow und dem Verzicht auf Unterstützung der sozialistischen Regierung Afghanistans unter Jelzin wurde die dünne, europäisierte Schicht der Afghanen vornehmlich linker Überzeugungen aufgerieben, zur Emigration gezwungen oder einfach ermordet. Das Taliban-Regime stellte eine Gefahr für Russland und andere Nachbarn Afghanistans dar, da es sein Ziel war, einen extremistischen „Gottesstaat“ in Zentralasien und auf den Territorien der Anrainerstaaten mit Gewalt durchzusetzen. Unter diesen Umständen ist es verständlich, dass Russland der „Nordallianz“, die dem Taliban einen verzweifelten Widerstand in den nördlichen Provinzen des Landes leistete, inoffiziell

mit Waffen, Munition und Verpflegung half.

Die „Nordallianz“ kann aber nur bedingt als Verbündeter Russlands angesehen werden, da sie aus den Kriegern besteht, die früher die Sowjettruppen (allgemein als „russische Truppen“ empfunden) bekämpft haben. Ihre Führung erklärte mehrmals, dass sie entschlossen ist, gegen alle Ausländer vorzugehen, die vorhaben sollten, Afghanistan zu besetzen. Eben dieser Umstand machte die Entsendung der russischen Truppen zum Kampf gegen die Terroristen Osama bin Ladens kontraproduktiv; er erschwerte auch die Entscheidung über eine eventuelle Beteiligung Russlands an der UNO-Friedenstruppe in Afghanistan wie auch den Einsatz einer solchen Truppe selbst.

Nach der Zerschlagung der Al-Qaida besteht indessen die wichtigste Aufgabe darin, die humanitäre Katastrophe in Afghanistan abzuwenden. Nur wenn das gelingt, könnte man sicher sein, dass von diesem Land keine Gefahren für wen auch immer mehr ausgehen würden. Russland nimmt an der Lösung dieser gigantischen Aufgabe aktiv teil. Das russische Feldspital für Zivilbevölkerung in Kabul legt zum Beispiel ein beredtes Zeugnis davon ab. Russland kann sich jedenfalls Gleichgültigkeit gegenüber der Situation in Afghanistan nicht leisten.

Politische Studien: Wie wird sich das russisch-amerikanische Verhältnis Ihrer Meinung nach in den nächsten zehn Jahren gestalten?

Igor F. Maximytschew: Eine genaue Prognose fällt mir schwer, aber hoff-

fentlich sieht die künftige Entwicklung des russisch-amerikanischen Verhältnisses anders aus, als das in den vergangenen zehn Jahren der Fall war. Der kurzen Periode der engsten Zusammenarbeit während der historischen Wende 1989/1990, als Moskau und Washington ein Herz und eine Seele waren, folgten Jahre der wachsenden Entfremdung und des Auseinanderdriftens. Die US-Politiker schöpften einen unbegrenzten Glauben an die ausschließliche Führungsmission Amerikas in der Welt, während alle anderen nur als Objekte, Statisten oder Handlanger fungieren durften. Die UNO wurde als „impotent“ beiseite geschoben. Russland wurde zur „quantité négligeable“ erklärt, seine Meinung als nicht von Belang bezeichnet, seine Existenz als entbehrlich deklariert.

Erst die Tragödie vom 11. September hat den Amerikanern die Bedeutung der anderen Teilnehmer am internationalen Geschehen, darunter auch Russland, vor Augen geführt. Dem neuen Russland liegt nach wie vor sehr viel an freundschaftlichen Beziehungen zu den USA – auf der gleichberechtigten Grundlage und nicht als Befehlsempfänger. Die russischen Zweifel im Zusammenhang mit den Plänen des amerikanischen nationalen Rakenschutzes bedeuten keineswegs, dass die Russen mit der These Präsident George W. Bushs nicht einverstanden wären, die USA und Russland seien keine Feinde mehr. Die Russen sind im Gegenteil Verbündete der USA im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und leisten ihnen eine nicht unwesentliche Unterstützung bei den Operationen in Afghanistan. Präsident Putin bewies durch unaufgeforderte

Schließung der Horschstation auf Kuba und der Marinebasis in Vietnam, dass sich Russland bei Überwindung der Überbleibsel des Kalten Krieges nicht mit Deklarationen begnügt.

Der Grund für Bedenken der Russen ist, dass die Umsetzung der US-Pläne eine Situation schaffen könnte, bei der ein unverwundbares Amerika einer schutzlosen Welt gegenüber steht. Das würde eine zu große Versuchung bedeuten, den Rest des Globus als seinen Hinterhof zu behandeln. Russland ist nicht bereit, seine Sicherheit irgendeiner anderen Macht zu überantworten. Ein ständiges Ziel seiner Außen- und Sicherheitspolitik ist, ein universelles System der kollektiven Sicherheit ins Leben zu rufen, das entsprechende regionale Systeme einschließt. Nur so können die Stabilität und der Frieden für alle garantiert werden. Es gibt Anlass anzunehmen, dass das strategische Denken der USA nach dem 11. September in diese Richtung evolutioniert. Somit entsteht die Grundlage für eine echte russisch-amerikanische Partnerschaft. Ich will hoffen, dass wir in den nächsten zehn Jahren Zeugen der Entstehung einer solchen Partnerschaft werden. Der Prozess wird nicht leicht sein und ohne Rückschläge verlaufen. Dennoch ist Optimismus geboten.

Dabei ist zu beachten, dass die russische Bereitschaft zu qualitativ neuen Beziehungen zu Amerika keineswegs den Hintergedanken beinhaltet, bestehende Allianzen, Bündnisse und Gemeinschaften des Westens zu stören, die ein festes Element der Stabilität in der Welt sind. Russland will die globale Stabilität festigen, nicht erschüttern. Für Moskau ist klar, dass ein partner-

schaftliches Verhältnis Russlands mit Amerika ohne ein partnerschaftliches Verhältnis Russlands mit Westeuropa unmöglich wäre und umgekehrt. Eine engere Zusammenarbeit Russlands und des Westens braucht die Unterstützung von beiden Seiten des Großen Teichs. Die Annäherung mit den USA ist logisch, da Russland allmählich sein Gewicht in der Welt wiedergewinnt; die Annäherung mit Westeuropa ist natürlich, da Russland ein Teil des großen Europas bleibt. Der Prozess des Zusammenschlusses ginge viel rascher und produktiver vor sich, wenn Deutschland hier die Rolle eines Sherpas, eines Wegbereiters übernehme. Diese Vorstellung ist nicht so abwegig: 2001 fanden sieben deutsch-russische Gipfeltreffen statt, die einer engeren Abstimmung der Positionen zu den wichtigsten internationalen Problemen dienen. Dabei brauchen die beiden Staatshäupter keine Dolmetscher zum gegenseitigen Verstehen – in direktem und übertragenem Sinne des Wortes.

In diesem Kontext ist die Signalwirkung der Politik der bayerischen Landesregierung kaum zu überschätzen,

die beharrlich und folgerichtig die Intensivierung der Beziehung mit Moskau verfolgt, das in diesem Fall als eine Art „Klein-Russland“ auftritt. Als Bereicherung der Kontakte von Politikern, Wirtschaftsleuten und Vertretern der Öffentlichkeit beider Seiten sind Treffen auf verschiedener Ebene während der traditionellen Bayerischen Tage in Moskau und Moskauer Veranstaltungen in Bayern einzustufen. Gerade die bayerisch-russische Praxis ist ein Paradebeispiel dafür, dass ein enges, kooperatives, gesamteuropäisch orientiertes, verantwortungsvolles deutsch-russisches Verhältnis möglich ist. Ein Zusammenwirken der Hanns-Seidel-Stiftung und des Europa-Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften wäre vorstellbar, das zum Entstehen einer „Fabrik der Ideen“, eines „Generators der Initiativen“ im Bereich der deutsch-russischen Beziehungen führen könnte. Die Stimme Münchens wird in Deutschland immer vernehmbarer. Warum nicht auch was die Ostpolitik der Bundesrepublik angeht?

Politische Studien: Herr Maximytshew, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Die Fragen stellte Prof. Dr. Klaus Lange, Referent für Internationale Sicherheitspolitik der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München.

Schwerpunktthema

Die terroristische Herausforderung

Einführung

Klaus Lange

Mehr als drei Monate nach den Anschlägen vom 11. September 2001 ergibt sich eine zwiespältige Bestandsaufnahme: Zwar hat das „Al Qaida“-Netzwerk durch die – vorläufige – Eliminierung des Taliban-Faktors in der Politik Afghanistans erst einmal eine wichtige Basis verloren, zwar wurden Konten terroristischer Organisationen, – allerdings natürlich ohne jedweden Anspruch auf Vollständigkeit – eingefroren und haben weltweit Sicherheitsapparate ihre Instrumente geschärft, aber es wäre selbstmörderisch zu glauben, dass wir nunmehr „über den Berg“ wären und wieder zu gemüthlicheren Tagesordnungen übergehen könnten.

Was ist eigentlich passiert am 11. September und nach dem 11. September? Im ewigen „Wettstreit“ zwischen „Normalisten“ (Motto: „Im Großen und Ganzen wird alles so bleiben, wie es war, und damit kann man zufrieden sein“) und „Alarmisten“ (Motto: „Es ist fünf Minuten vor 12 Uhr, und das ist genau genommen ohnehin schon zu spät“) haben die Letzteren erst einmal eine Bestätigung erfahren, von deren Ausmaß sie selbst überrascht sein dürfen.

Wer es jetzt noch nicht gemerkt hat, würde es nach dem 11. September wohl nie mehr merken: nämlich dass

der unbegründete historische Optimismus der ausgehenden 80er- und der beginnenden 90er-Jahre (Stichwort: „Neue Weltordnung“) mehr von spießbürgerlichem Wunschdenken, denn von realistischer Bestandsaufnahme bestimmt war.

Dabei hätte dieses Wunschdenken allerspätestens 1993 abdanken müssen: Bereits damals hatte es einen Anschlag auf das World Trade Centre gegeben, und hätten die Terroristen damals eine etwas größere Menge Sprengstoff in ihre Autobombe gepackt oder/und hätten diese etwas anders platziert, dann hätte sich die Wirkung kaum von der unterschieden, die den Schock vom 11. September auslöste. Spätestens damals wäre ein Umdenken angebracht gewesen und auch ein intensives Fragen nach Bedrohungsursachen und Schutzmöglichkeiten, aber der „Stein“ im „Sumpf“ der Verdrängung machte keine Ringe, und so wurden die wenigen dringenden Warnungen als Versuch von Nachrichtendiensten gewertet, ihre Daseinsberechtigung auch nach dem Ende des Kalten Krieges zu perpetuieren.

Fairerweise darf man nicht den Politikern alleine die Schuld an tödlichen Versäumnissen zuschieben. Einen Großteil der Schuld trägt auch der akademische Bereich, in dem

offenbar schlecht informierte und weltfremde Wichtigtuer sich beharrlich weigerten (und noch weigern), die Bedeutung nicht-staatlicher Akteure im Bereich von Sicherheitsbedrohung ausreichend zur Kenntnis zu nehmen. Wenn man rückblickend zur Kenntnis nimmt, was alles an beruhigenden Erkenntnissen akademischer „Experten“ zum Druck befördert wurde, dann kann man die Politiker nicht mehr alleine für verantwortlich erklären, sondern vielmehr das ganze System eitler, von tatsächlichem Wissen nicht sehr getriebener, reziproker Bestätigung, das für einen großen Teil der so genannten „think tank“ – Subkultur so typisch ist.

Was ist zu berücksichtigen nach World Trade Centre I und II, nach Oklahoma City, nach Tokyo 1995, nach Nairobi und Dar es Salaam 1998 und Dutzenden weiterer Versuchen des terroristischen Massenmordes, die oft nur durch glückliche Zufälle vereitelt werden konnten?

Die Aufgabe umfasst zweierlei: Wir müssen versuchen zu verstehen, was die Wurzeln des Neuen Terrorismus sind, was nicht mit Entschuldungsstrategien für Massenmörder zu tun hat, sondern Voraussetzung langfristiger angelegter Prävention wäre, und wir müssen darüber nachdenken, wie wir uns ganz konkret, hier und jetzt, besser schützen können.

Mit Bezug auf die zweite Frage ist eine These schwerlich zu entwerfen: Irgendwie weisen die hier besonders geforderten Nachrichtendienste Defizite auf, die nötige Vorwarnungskapazitäten neutralisieren. Diese Defizite liegen entweder bei der Informations-

gewinnung oder bei der Informationsaufbereitung und -vermarktung oder bei allem gleichzeitig in einem noch zu bestimmenden Mischungsverhältnis.

Die heute im intelligence-Bereich anzutreffenden Bürokratien (Qualitätsunterschiede von Fall zu Fall werden eingeräumt!) sind kaum in der Lage, „hard intelligence“ zu produzieren, weil das Karriere-Prinzip, wie es nicht nur für solche Organisationen leider übertypisch ist, Risikofreude in einem höchst gefährlichen Maß unterdrückt. Wer gerne vor allem befördert werden will, macht lieber nichts, denn wer nichts macht, kann auch keine Fehler machen, und darauf kommt es offensichtlich in erster Linie an. Ergänzt wird dieses System der vorprogrammierten Belanglosigkeit noch durch die direkten oder indirekten Vorgaben aus der Politik. Kein noch so tapferer intelligence-Bürokrat wird Themen bearbeiten, von denen z.B. der Außenminister – oder welcher karriererelevante Würdenträger auch immer – gesagt hat, dass sie nicht wichtig sind. Trotzdem scheint, Gott sei Dank, die „Schere im Kopf“ nicht immer 100%ig zu funktionieren. Anders wäre es nicht möglich gewesen, dass wenige Tage nach dem 11. September Dutzende von Personen – meist mit guten Gründen – verhaftet werden konnten und überraschend viele Detailkenntnisse u.a. über die Kontenstruktur terroristischer Organisationen zu Tage kamen. Es müssen also Erkenntnisse vorgelegen haben, die aber nicht präventiv genutzt wurden. Das kann bedeuten, dass die Dienste solche Erkenntnisse nicht „vermarkten“ konnten oder nicht vermarkten wollten.

Der Grund dafür liegt nicht immer in einer der Realität unangemessenen Erwartungshaltung der „Politikerkunden“, welche das „Produkt“ verfälscht, sondern oft auch darin, dass es sehr komplexe Interessenlagen gibt, die durch eine gegenseitige Verschränkung von Entitäten mit Affinität zum Terrorismus und den Zwang zur Wahrung gewisser politischer Interessen im Zeichen eines „Superpragmatismus“ charakterisiert sind. Kenner der Szene weisen z. B. darauf hin, dass gewisse „gemäßigte“ bzw. „prowestliche“ arabische Staaten direkt oder indirekt zur Finanzierung terroristischer Organisationen beigetragen haben und dass darüber aber auf Grund gewisser Güterabwägungen hinweg gegangen wird.

Der Terrorismus, mit dem wir es seit einiger Zeit zu tun haben, ist sehr verschieden von dem der Roten Brigaden, der ETA, der IRA, der RAF u. a., deren Strategie darin bestand und besteht, durch Angriffe auf die Repräsentanten eines als unterdrückerisch empfundenen Systems dieses zum Nachgeben zu zwingen.

Der Neue Terrorismus richtet sich dagegen vorzugsweise gegen „soft targets“ und zielt auf ein Maximum an Opfern. Die „Jihadisten“, mit denen wir es heute in besonders hohem Maß zu tun haben, passen in dieses Muster. Bereits 1995 zeigte der Terrorismus-Experte Bruce Hoffman, dass religiös motivierter Terrorismus zwar nur ein Viertel der Anschläge dieses Jahres konstituierte, aber 60% der Opfer verursachte. Dieser Trend ist bis heute ungebrochen, wobei „religiös“ in keiner Weise mit „islamisch“ restlos gleichzusetzen ist.

Bei der Frage nach den möglichen Schutzmaßnahmen gegen Terroristen, die auch den Verlust ihres eigenen Lebens in Kauf nehmen, gibt es eine Faustregel: Die Unterwanderung einer einzigen terroristischen Zelle ist in der Regel mehr wert als das Abhören hunderttausender von Telefonaten. Um daraus aber die Konsequenzen zu ziehen, um wirklich der HUMINT wieder den Vorrang vor SIGINT einzuräumen, dazu bedarf es eines langen Atems, Mut und Fantasie, Eigenschaften, die aus Gründen, die angedeutet wurden, nicht unbedingt die hervorragenden Eigenschaften der zuständigen Behörden sind.

Wahrscheinlich noch schwieriger zu beantworten als die Frage nach konkreten Konsequenzen ist die nach den Wurzeln des „Neuen Terrorismus“. Hierbei sollte man sich nichts vormachen: Es handelt sich um Phänomene, die wir als Angehörige von Informationsgesellschaften erschreckend wenig verstehen. Das gilt auch dann noch, wenn uns Islam- und andere Experten zum hundertsten Mal das Prinzip des „Heiligen Krieges“ u. a. aus ihren angestaubten Lesefrüchten herausdestillieren. Je eher wir zugeben, dass wir vielmehr am erkenntnismäßigen Nullpunkt beginnen müssen, umso größer ist die Chance, dass wir vielleicht doch einen Erklärungsansatz finden, aus dem schützende Prognosen zu gewinnen sind.

Die Biografien der Selbstmordattentäter vom 11. September bieten jedenfalls keine sehr hilfreichen Hinweise auf Motivation, Gruppendynamik und Steuerung. Aber irgendwie kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass eine Erklärung irgendwo im Spannungsfeld der „Endzeitsituation“ von hoffnungslosen

Gesellschaften, die von der Globalisierung abgekuppelt wurden, und den nach den Kriterien des ökonomischen Zweckrationalismus erfolgreichen Inseln der Prosperität zu suchen ist.

Nach dem, was wir bisher wissen, waren zumindest die Ausführenden der

Anschläge mit beiden Lebenswelten mehr oder weniger vertraut. Damit würde sich der „neue Terrorist“ als Wanderer zwischen den Welten präsentieren, der eine grundsätzlich schizophrene Situation nicht anders als durch ein schizophrene Verbrechen aufarbeiten kann.

Terrorismus gestern und heute

Wilhelm Dietl

London, 21. Dezember 1988. Ein PanAm-Clipper vom Typ Boeing 747 mit dem poetischen Namen „Seejungfrau“ kommt mittags um 12.07 Uhr aus Los Angeles an. Das riesige Fluggerät wird am Terminal 3 geparkt. Es dauert Stunden, die Maschine zu säubern, aufzutanken, alle technischen Funktionen zu überprüfen und die Bordküche mit den Essensportionen zu bestücken. Kurz vor 18 Uhr steigen die Passagiere ein. Der Jumbojet wird um 18.25 Uhr vom Gate gezogen. Mit 25 Minuten Verspätung startet Kapitän James MacQuarrie zu seinem letzten Flug, im Computer als PA 103 ausgewiesen.

Trotz starker Gegenwinde steigt die Maschine rasch auf 9.500 Meter. Sie wird von den Londoner Fluglotsen in West Drayton nach 35 Minuten an das schottische Kontrollzentrum Prestwick übergeben, passiert die Meeresbucht Solway Firth und das Kernkraftwerk Chapelcross. Die Passagiere machen es sich für die siebeneinhalb Stunden lange Strecke nach New York gemütlich. Sie bestellen Drinks, lesen Zeitungen und freuen sich auf ein warmes Abendessen. Manche denken wohl an die wartenden Angehörigen, an das bevorstehende Weihnachtsfest.

Doch plötzlich geschieht das völlig Unerwartete: Um 19.02 Uhr verschwindet PanAm 103 von den Radarschirmen in Prestwick. Das grüne Kästchen auf dem Bildschirm, Symbol des inzwischen mehr als 10.000 Meter hoch fliegenden Jumbos, teilt sich. Fünf neue grüne Kästchen entfernen sich voneinander. Nur wenige der 249 Passagiere und der zehn Besatzungsmitglieder bekommen die Detonation im Frachtraum, exakt in der Position 14L, unter der linken Seite der Businessclass, bewusst mit. Das Cockpit und Teile der vorderen Kabine brechen vom Rumpf der 747 ab. Die Außentemperatur beträgt fünfzig Grad minus. Die Luft ist so dünn, dass jeder Mensch sofort das Bewusstsein verlieren muss.

180 Tonnen Flugzeugtrümmer, Leichen und Gepäckstücke regnen mit 200 Stundenkilometern der Erde entgegen. Dort befindet sich ein kleines schottisches Dorf mit 2.500 Einwohnern, von dem die Welt bis zu jenem Horrorabend noch nichts gehört hat: Lockerbie. Zusätzlich zu den Insassen von PanAm 103 sterben elf Einwohner von Lockerbie. Das flammende Inferno lässt die Nacht zum Tage werden. Die seismologische Messstation in Edin-

burgh registriert eine Erschütterung der Stärke 1,6 auf der Richterskala.

Marian Peel hält gerade an der Tankstelle des Ortes: „Ich hörte ein Grollen, das wie Donner klang und immer lauter wurde. Dann gab es eine Explosion, und Sekunden später flogen überall Trümmer herum. Es regnete Feuer. Ich sprang aus meinem Wagen und rannte wie der Teufel.“ Die Flamme lodert 100 Meter hoch. Die Wucht des Aufpralls reißt einen sieben Meter tiefen und dreißig Meter breiten Krater. Autos, Häuser und sogar der Straßenbelag geraten in Brand. Ein Straßenzug mit 21 Häusern wird völlig zerstört. Das Heck der Maschine landet 25 Kilometer entfernt. Millionen Einzelteile werden im Umkreis von bis zu 150 Kilometern gefunden.

*

Dies war die neue Dimension des Terrors. Damals. Terroristen hatten seit den späten 60er-Jahren immer wieder, und zunehmend, Angst und Schrecken verbreitet, hier zwei Menschen umgebracht, dort zehn oder zwanzig. Lockerbie war der Quantensprung. Das Attentat über Schottland löste die aufwändigsten Ermittlungen der bisherigen Kriminalgeschichte aus. Ein Heer amerikanischer und britischer Ermittler – auf dem Höhepunkt waren 5.000 Polizisten und 1.050 Soldaten im Einsatz, dazu eine kleine Gruppe aus Deutschland – befragte 15.000 Zeugen in mehr als 20 Ländern. Die Fahnder überprüften 20.000 Namen, werteten 35.000 Fotos aus und checkten 180.000 Beweisstücke im Labor. In einem Hangar des „Air Accident Investigation Branch“ des britischen Verteidigungsministeriums im südenglischen Farnborough, wurden zur

Aufklärung wichtige Trümmer des Flugzeugs mühevoll wieder zusammengesetzt. Auf einer US-Marinebasis sprengten Techniker mit Unterstützung des FBI zehn alte Boeing-747-Rümpfe, um die Wucht der Explosion und ihren Einfluss auf die linke Laderaumseite nachempfinden zu können.

Immer wieder wurde mit neuen Verdächtigen spekuliert: Palästinenser, Syrer, Iraner, Libyer. Die USA legten sich schließlich auf Libyen fest, beschuldigten den Staat des Oberst Gaddafi hinter dem Anschlag von Lockerbie zu stecken und zwei seinerzeit in Malta stationierte libysche Agenten der Täterschaft. Libyen wurde mit Sanktionen belegt. Ein Jahrzehnt nach der Tat lieferte Gaddafi die beiden gesuchten Männer – Abdel Bassit al-Megrahi und Amin Chalifa Fhima – einem internationalen Gericht in Den Haag aus. Am Ende erfolgte ein salomonisches Urteil. Der eine wurde schuldig gesprochen, der andere freigelassen.

Gaddafi, der eine Tat dieser Größenordnung genehmigen oder gar anordnen hätte müssen, kam unbehelligt davon. Ein Bauernopfer wurde verurteilt, die Tat aber bis heute nicht wirklich aufgeklärt. Lockerbie ist ein einziges großes Fragezeichen. Wer sich auskennt, der denkt in weltpolitischen Kategorien. Es war viel einfacher, Libyen zu beschuldigen als den Iran, gerade in den Zeiten des zweiten Golfkrieges („Operation Desert Storm“) zu Beginn der 90er-Jahre. Lockerbie ist das Musterbeispiel für Terrorismusbekämpfung auf Treibsand. Ein Fall, der unbefriedigend endete, und der schon aus mo-

ralischen Gründen nach einer ernsthaften Neuauflage ruft.

*

Terrorismus: ein Begriff, der viele Male der Definition widerstanden hat. Das normalerweise perfekte Oxford English Dictionary bietet folgende, unpräzise Formulierung: „Terrorismus: Ein System des Terrors. 1. Herrschaft durch Einschüchterung, wie sie durch die Partei, die in Frankreich während der Revolution von 1789 bis 1794 an der Macht war, eingerichtet und praktiziert wurde; das System des „Terrors“. 2. Allgemein eine Politik, die die Absicht verfolgt, Terror gegen diejenigen einzusetzen, gegen die sie sich richtet; die Anwendung von Methoden der Einschüchterung; die Tatsache, dass Terror ausgeübt, oder der Umstand, dass Terror erlitten wird.“¹

Dieselbe Quelle befasst sich deutlich konkreter mit dem Begriff „Terrorist“: „Als ein politischer Begriff: a. Angewandt auf die Jakobiner und ihre Beauftragten und Parteigänger während der Französischen Revolution, insbesondere auf jene, die während der „Terrorherrschaft“ in den Revolutionstribunalen mitwirkten. b. Jeder, der versucht, seine Ansichten durch ein System von auf Zwang beruhenden Einschüchterungen durchzusetzen; speziell angewandt auf Mitglieder einer der radikal revolutionären Gesellschaften in Russland.“²

Das US-Außenministerium definiert Terrorismus als „vorsätzliche, politisch motivierte Gewalt, verübt gegen zivile Ziele durch substaatliche Gruppen oder geheime Agenten, gewöhnlich in

der Absicht, ein Publikum zu beeinflussen“.³

Die auch vom renommiertesten amerikanischen Terrorismusforscher Bruce Hoffman gerne gegenüber gestellten Definitionen schließen den Vergleich mit theoretischen Ansätzen beim FBI und im Pentagon ein. Für die Bundespolizei ist Terrorismus „gesetzeswidriger Gebrauch von Zwang oder Gewalt gegen Personen oder Eigentum zur Einschüchterung oder zur Nötigung einer Regierung, der Zivilbevölkerung oder irgendeines Teiles davon zur Förderung bestimmter politischer oder gesellschaftlicher Ziele.“⁴

Das Verteidigungsministerium, als weiteres Beispiel, erkennt im Terrorismus „gesetzeswidrigen – oder angedrohten – Gebrauch von Zwang oder Gewalt gegen Personen oder Eigentum, um Regierungen oder Gesellschaften zu nötigen oder einzuschüchtern, oftmals um politische, religiöse oder ideologische Ziele zu erreichen“.⁵

Bruce Hoffman selbst, der Direktor des Washingtoner Büros der Rand Corporation und Leiter der Rand-Abteilung für Terrorismusforschung, kommt zu folgender Erklärung: „Bei der Unterscheidung der Terroristen von anderen Arten von Kriminellen und des Terrorismus von anderen Arten von Verbrechen gelangen wir zu der Einsicht, dass der Terrorismus unausweichlich politisch ist hinsichtlich seiner Ziele und Motive; gewalttätig ist – oder, was ebenso wichtig ist, mit Gewalt droht; darauf ausgerichtet ist, weit reichende psychologische Auswirkungen zu haben, die über das jeweilige unmittelbare Opfer oder Ziel hinausreichen; von einer Organisation mit einer erkenn-

baren Kommandokette oder konspirativen Zellenstruktur durchgeführt wird (deren Mitglieder keine Uniformen oder Erkennungszeichen tragen); und schließlich von substaatlichen Gruppen oder nichtstaatlichen Gebilden begangen wird.“⁶

*

Sind die Begriffe Terrorismus und Terrorist relativ zeitnah, so reicht der Tatbestand als solcher in der Menschheitsgeschichte weit zurück. Die erste Erwähnung terroristischer Akte findet sich in der Bibel, bei Genesis 32:2-36 – eine politische Entführung. Joseph, der 17. Sohn des Israel, sollte den Vater beerben. Das wollten die eifersüchtigen Brüder verhindern. Sie beschloßen, ihn zu töten. Es sollte so aussehen, als sei er ein Opfer wilder Tiere geworden. Einer von ihnen, Judah, erkannte zudem finanziellen Nutzen. „Warum sollten wir ihn töten“, teilte er den anderen mit, „wenn wir daraus finanziellen Gewinn erzielen können?“ Joseph wurde also für 20 Silber-Schekel an die Ismailiten verkauft. Händler verschleppten den Sklaven nach Ägypten und veräußerten ihn an den Kommandeur der Leibwache des Pharaos.

Zu den ältesten Beispielen einer terroristischen Bewegung zählen die Sicarii, eine straff organisierte Sekte im Palästina der ersten Jahrzehnte nach Christus. Sie nahmen an den Zelotenkämpfen teil und griffen mit heimtückischen Methoden an. Wenn sich, beispielsweise, in Jerusalem große Menschenmengen versammelten, mischten sie sich unter die Arglosen. Sie zückten ihre Kurzschwerter (sica), die sie unter weiten Mänteln versteckt hatten, und griffen an. Bei Anschlägen zerstörten sie das Haus des Hohen-

priesters, die Paläste des Herodes, die öffentlichen Archive, die Kornkammern der Stadt und ihre Wasserversorgung. Die Sicarii waren nationalistisch und antirömisch ausgerichtet. Der Geschichtsschreiber Josephus spricht ihnen die Aura der sozialen Protestbewegung ab und stellt sie als gemeine Straßenräuber dar. Manche Sicarii pflegten dennoch religiöse Wahnvorstellungen, glaubten, dass durch ihr Martyrium mit Gottes Hilfe das sündige Regime der Römer beseitigt werden könne. Das unterschied sie von den Wegelagerern.⁷

Ähnlich bei den so genannten Assassinen. Die tief religiösen Killer waren ihrem Oberhaupt ergeben bis in den Tod. Gedrillt zum unbedingten Gehorsam lebten sie in einer konspirativen Gemeinschaft. Ihre Heimat waren die Berge. Von dort kamen sie herab in die Städte, um zu morden. Dabei nahmen sie leichtherzig den eigenen Tod in Kauf. Der Platz im Paradies war ihnen sicher. Und der Jüngste Tag würde ohnehin bald kommen. Das esoterische Weltbild der ersten echten Gotteskrieger war absolut stabil.

Wegen ihrer militanten Zielsetzung hießen sie Assassinen, die Selbstmordattentäter des frühen Islam. Sie waren gefürchtet bei Kalifen und Kreuzfahrern. Ihr legendärer Anführer Hassan ibn Sabbah, der „Alte vom Berge“, saß ab 1090 auf der Burg Alamut unweit des heutigen Teheran. Seine 60000 Sendboten lebten im alten Persien und auf den syrischen Höhenzügen. Erst Mitte des 13. Jahrhunderts war Schluss mit dem mörderischen Spuk. Die persischen Assassinen fielen dem Mongolensturm zum Opfer. In Syrien räumte der Mameluckensultan Baibars auf

– ein frühes Beispiel gelungener Terrorismusabwehr. Und ein Stück Geschichte, das sich nach knapp 750 Jahren zu wiederholen scheint.⁸

Terrorismus gab es also schon immer. Der Kreuzritter Richard Löwenherz wurde 1192, nach dem dritten Kreuzzug, von Herzog Leopold entführt und in einer Burg an der Donau fest gehalten. Der Kidnapper fordert ein Lösegeld, das dem doppelten Jahreseinkommen der englischen Krone entsprach. Da die Händler des Landes von der Aussicht, Richards Bruder John als Herrscher zu bekommen, nicht angezogen waren, trugen sie das Geld zusammen und kauften den Häftling frei. Geiselnahmen waren zu jeder Zeit ein lukratives, und durchaus riskantes Geschäft. Die Terroristen passten sich den Zeitläuften an. Politische Minderheiten bedienten sich ihrer brutalen Methoden, um die Macht zu erobern oder mindestens die Machthaber auf ihren Thronen zu erschüttern. Der Erste Weltkrieg begann nach der Ermordung von Österreichs Erzherzog Franz Ferdinand in Sarajevo.

*

Kaum waren Flugzeuge erfunden, wurden sie auch schon entführt. Die erste bekannte Tat dieser Art geschah am 21. Februar 1931 in Peru. Der amerikanische Pilot Byron D. Rickards wurde von aufständischen Soldaten fest gehalten. Er sollte mit seiner Maschine über Lima fliegen und dort Propaganda-Flugblätter abwerfen. Rickards weigerte sich und leistete erfolgreich Widerstand. Das brachte ihm schließlich eine Prämie von 100 Dollar, überreicht von seinem Arbeitgeber Pan-American Airlines. Zwei Tage später zwang die peruanische Regierung einen anderen

amerikanischen Piloten, Elmer Faucett, ihre eigenen Informationsblätter über Arequipa zu verstreuen. Rickards war übrigens der erste Pilot, der zwei Mal entführt wurde. Das passierte ihm am 3. August 1961, auf dem Weg von Los Angeles nach Houston. Rickards saß am Steuerknüppel einer Boeing 707 der Continental Airlines. Zwei bewaffnete Passagiere wollten ihn dazu zwingen, nach Havanna zu fliegen. Die Terror-Tat endete beim Tankstopp in El Paso. 200 Polizisten umstellten die Maschine und zerschossen ihre Reifen. Danach nahmen sie die Skyjacker fest.

Der moderne – und zugleich aus heutiger Sicht traditionelle – Terrorismus formierte sich in den 60er-Jahren. Um das Phänomen am deutschen Beispiel zu verstehen, ist es wichtig, den Weg vom Linksextremismus in den Linksterrorismus zu betrachten.

Die bundesdeutsche Gesellschaft der 60er-Jahre befand sich im Umbruch. Lange vor dem magischen Datum 1968 bekehrten die Jungen gegen den verkrusteten Adenauer-Staat auf. Sie wollten anders sein als die Generation der Väter, und sie waren tief betroffen von der offensichtlich immer noch toterierten Nazivergangenheit. Mit ihren Aktionen strebten sie nach einer geistig-moralischen Wende.

Erstmals seit Kriegsende gab es gesellschaftlichen Unmut, der alle Bereiche der Bevölkerung erreichte. Westdeutschlands Wirtschaftswunder hatte das schlechte Gewissen über die Verbrechen des Nationalsozialismus längst überdeckt. Man war wieder stolz, ein Deutscher zu sein. Neue Überheblichkeit und Selbstgerechtigkeit lagen

nicht mehr fern. So musste es zu staatlichen Überreaktionen kommen, als diese mühsam geschaffene neue Idylle ausgerechnet von den eigenen Kindern bedroht wurde.

Der Protest ging von den Universitäten aus. Transparente stellten fest, dass sich „unter den Talaren“ der Professoren „ein Muff von 1.000 Jahren“ befand. Die ersten politischen „Normverletzungen“ passierten mit Vorliebe bei Staatsbesuchen. Schon 1964 bewarfen deutsche und schwarzafrikanische Studenten den kongolesischen Ministerpräsidenten Moise Tschombe mit Tomaten und Eiern. 1965/66 ging es gegen Vietnam („USA, SS, SA“). Im April 1967 flogen Eier und Mehltüten gegen den US-Vizepräsidenten Hubert Humphrey. Die berühmte Berliner Kommune I versuchte ein Pudding-Attentat.

Am 2. Juni 1967 erklangen neue Sprechchöre am Boulevard Kurfürstendamm der geteilten Stadt. „Schah, Schah, Scharlatan“ riefen die aufmüpfigen Studenten – und „Freiheit für Persien“. Die gottgleichen Idole deutscher Spießbürger, das „Licht der Arier“, Reza Pahlevi und seine Kaiserin Farah Diba, weilten in der Stadt. Der Despot wurde von der Bonner Regierung hofiert.

Am Nachmittag prügelte eine extra angekarnte Hundertschaft von Jubelpersern mit Holzlatten auf die Demonstranten ein. Am Abend eskalierte die Situation. Nach schweren Zusammenstößen vor der Oper und um den Kurfürstendamm zückte ein Polizeibeamter die Dienstpistole und erschoss den Romanistik-Studenten Benno Ohnesorg, 26. Nun hatte der Spaß ein Ende. Die Gestrigen deu-

teten auf die Studenten und riefen: „Ab ins KZ!“

Das prominenteste Hassobjekt hieß Rudi Dutschke und war ein Studentenfürer mit großem Charisma. „Ver-gast Rudi Dutschke“, forderten seine militanten Gegner, bis sich endlich ein Verführer fand. Die Galionsfigur der linken Studenten wurde am 11. April 1968 von einem Anstreicher niedergeschossen und lebensgefährlich verletzt.

*

Die bleierne Zeit war angebrochen, das Ende der Studentenunruhen und der Beginn einer viel ernsteren Entwicklung. Noch 1968 löste sich der „Sozialistische Deutsche Studentenbund“ (SDS) auf. Seine ehemaligen Mitglieder und Sympathisanten traten den Weg durch die Institutionen an, gründeten sektenähnliche K-Gruppen, die Partei der „Grünen“, Selbsterfahrungs-zirkel für sanfte Geburt und multiple Orgasmen – und die spätere RAF. Die westdeutsche Gesellschaft hatte sich innerhalb von zwei, drei Jahren völlig verändert.

Der Funke zündete in der Bankenmetropole Frankfurt. Eine Woche vor dem Anschlag auf Rudi Dutschke brannten dort zwei Warenhäuser. Der Schaden betrug 2,2 Millionen Mark. Schon am nächsten Abend wurden vier mutmaßliche Täter festgenommen, unter ihnen der Journalist Andreas Baader, 24, und die Germanistik-Studentin Gudrun Ensslin, 27. Baader und Ensslin stammten aus der Berliner Außerparlamentarischen Bewegung (APO). Sie versicherten, dass sie mit ihrer Tat ein Fanal gegen den Kapitalismus, die deutsche Unterstützung des Vietnam-Krieges und den Konsumterror setzen

wollten. Ein Gericht verurteilte sie zu je drei Jahren Zuchthaus.

Als ihre Revision scheiterte, tauchten sie zusammen mit anderen Gleichgesinnten in den Untergrund ab. Die Gruppe traf sich wieder in Berlin, um eine gemeinsame, militante Organisation aufzubauen. Hier stieß die bekannte Journalistin Ulrike Meinhof dazu. Die Aktivisten beschlossen, sich zu bewaffnen. Andreas Baader wurde jedoch von einem V-Mann des Verfassungsschutzes verraten und erneut inhaftiert.

Am 14. Mai 1970 passierte es. Baader bekam die Erlaubnis, in der Bibliothek des Dahlemer Zentralinstituts für soziale Fragen an einer Studie zu arbeiten. Dort wurde er von seiner „Mitautorin“ Ulrike Meinhof erwartet. Zwei weitere Frauen kamen dazu und befreiten Baader mit Waffengewalt. Ein Institutsangestellter wurde dabei angeschossen. Historisch gesehen, war dies die Geburt der Baader-Meinhof-Bande oder auch der ersten Generation der terroristischen „Rote-Armee-Fraktion“ (RAF).

Die erste Erklärung der Stadtguerilla hieß bezeichnenderweise „Die Rote Armee aufbauen“. Zitat: „Ohne die Rote Armee aufzubauen, können die Schweine alles machen: einsperren, entlassen, pfänden, Kinder stehlen, einschüchtern, schießen, herrschen. Die Konflikte auf die Spitze treiben heißt: Dass die nicht mehr können, was die wollen, sondern machen müssen, was wir wollen.“ Der sozialkritische Touch bestimmte die erste Phase. Die ideologischen Einflüsse kamen aus dem ganzen linken Spektrum. In ihren theoretischen Schriften nahmen die deutschen Anarchisten immer wieder

Bezug auf die Thesen des Marxismus-Leninismus und die einschlägigen Theoretiker des Befreiungskampfes der Dritten Welt. Da vieles auf die aktuelle deutsche Situation nicht zutraf, wurde es vorsichtshalber verkürzt und sinnentstellend wieder gegeben.

Beispiel Marxismus-Leninismus

Die ideologische Anlehnung war alles andere als schulbuchmäßig. Die Linksterroristen schufen eine Art schöpferische Weiterentwicklung des orthodoxen Marxismus. Sie glaubten, dessen Revolutionstheorie auf die gesellschaftliche Konstellation der Bundesrepublik am Ende des 20. Jahrhunderts anwenden zu können. Eine objektiv revolutionäre Situation in Deutschland müsse nicht erst abgewartet werden, so ihre These, sondern der Terror könne die Rolle des Katalysators, gar des Initiators im Klassenkampf übernehmen. So gibt die marxistisch-leninistische Gesellschaftstheorie den Terroristen sowohl ein (falsch verstandenes) Konzept als auch eine Rechtfertigung der Revolution zur Hand.⁹

Beispiel Antiimperialismus

Aus der Sicht der Terroristen handelte es sich hierbei um die dominierende Kraft in der internationalen Politik. Der „Imperialismus“ sei gleich bedeutend mit einer weltweit expandierenden Herrschaft des „Monopolkapitalismus“, Sorge für die Unterdrückung und Ausbeutung der Völker der Dritten Welt und bedeute die weltweite Herrschaft von Großkonzernen und der Metropole USA. Insbesondere im Vietnam-Krieg sei der „monopolkapitalistische Impe-

rialismus“ aktiv geworden. Es werde ein Ausrottungskrieg wie durch den Nationalsozialismus geführt und der Bundesrepublik komme hierbei eine strategische Brückenkopffunktion zu.¹⁰

Beispiel Befreiungsideologie

Das hatte mit dem Vietnam-Krieg zu tun, aber auch mit den latein-amerikanischen Konfliktherden jener Zeit. Schon nach der Gründung der Baader-Meinhof-Bande (anfangs auch als „Gruppe“ bezeichnet) orientierten sich die Mitglieder am „Mini-Handbuch der Stadtguerilla“ des Brasilianers Carlos Marighella. Das Werk war später wegweisend für die Taktik zahlreicher westeuropäischer Terrorgruppen und bildete die Grundlage ihrer Ideologie. M-G-W-M-S heißt die Kurzformel für Marighellas Ratschläge aus der Praxis, und das steht für Motorisierung-Geld-Waffen-Munition-Sprengstoff.¹¹

Das gefiel den angehenden deutschen „Revolutionären“: „Der Gesetzlose will sich mit seinen Aktionen persönlich bereichern, greift wahllos an und macht keinen Unterschied zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern. Deshalb sind so viele einfache Menschen unter seinen Opfern. Der Stadtguerillero hingegen folgt einem politischen Ziel und führt seine Angriffe nur gegen die Regierung, die großen Kapitalisten und die ausländischen Imperialisten, besonders die US-Imperialisten.“¹²

*

So kam es, dass die zweite Grundsatz-erklärung der Baader-Meinhof-Organisation im April 1971 den Titel „Das Konzept Stadtguerilla“ trug.

Zitat: „Stadtguerilla machen heißt, den antiimperialistischen Kampf offensiv führen. Die Rote Armee Fraktion stellt die Verbindung her zwischen legalem und illegalem Kampf, zwischen nationalem und internationalem Kampf, zwischen der strategischen und der taktischen Bestimmung der internationalen kommunistischen Bewegung. Stadtguerilla heißt trotz der Schwäche der revolutionären Kräfte in der Bundesrepublik und Westberlin hier und jetzt revolutionär intervenieren!“¹³

Seit Sommer 1970 waren die deutschen Linksterroristen bereits dabei, ihre Logistik aufzubauen. Sie entwendeten Autos, bevorzugt PS-starke Modelle. Ein Teil des Fuhrparks wurde in einer konspirativen Werkstatt in Berlin frisiert. Dann mussten Pistolen, Munition und Sprengstoff her. Die Gruppenmitglieder vereinbarten strenge Konspiration und kontaktierten sich ab sofort nur noch mit Decknamen. Der cholerische Andreas Baader hörte auf den Namen Hans, die wütende Intellektuelle Gudrun Ensslin auf Greta und Gerda. Die bürgerlichen Aussteiger und Überzeugungstäter Ulrike Meinhof und Horst Mahler tarnten sich mit Anna und Marie beziehungsweise James.

Nun begann eine Phase der Raubzüge. Bis zum Frühjahr 1972 erbeutete das zornige Häufchen – selten waren es mehr als 30 Aktivisten – bei seinen Banküberfällen fast eine Million Mark. Die Baader-Meinhofs stahlen 280 Autos, 100 Pistolen und Langwaffen, große Mengen an Munition und gefährliche Chemikalien. Bei Einbrüchen in Einwohnermeldeämtern fielen ihnen Hunderte Blankoausweise und

-pässe, Führerscheindokumente, Stempel sowie Dienstsiegel in die Hände. Baader tönte großspurig, seine RAF verfüge nun über ihr eigenes Einwohnermeldeamt. Und dazu über mehr als 50 konspirative Wohnungen und Gelegenheiten zum Abtauchen.

Bald kristallisierte sich eine Struktur heraus, die den Weg der RAF bis in die 90er-Jahre begleiten sollte. In den 70er- und 80er-Jahren konnte die Organisation auf rund 2000 Unterstützer und Sympathisanten an ihrer politischen Basis zählen. Baader, Meinhof und die erste Generation wurden relativ rasch gefasst, nachdem die Polizei personell und materiell stark aufgerüstet hatte. Außerhalb der Gefängnismauern wurde die 1968 gegründete, so genannte „Rote Hilfe“, zu einem wichtigen Faktor. In der Legalität entstanden 1973 erste „Komitees gegen Isolationsfolter in den Gefängnissen der BRD“. Die Mitarbeiter, zumeist identisch mit den Kanzleien der RAF-Anwälte, sahen ihr Ziel darin, „eine breite antifaschistische Öffentlichkeit herzustellen“. Bald gab es in 23 Städten aktive Komitees. Ihre Mitglieder organisierten innerhalb eines Jahres 75 öffentliche Veranstaltungen. 1975 entstand in Paris ein „Internationales Komitee zur Verteidigung politischer Gefangener in Europa“. Die „Sektion BRD“ bildete sich in der Kanzlei des Stuttgarter RAF-Anwalts Klaus Croissant.¹⁴

Die politische Basis umhüllte den Kernbereich der so genannten „Militanten Ebene“. Das Bundeskriminalamt ging hier von ungefähr 200 Personen aus. Zu ihnen zählten auch die selbst ernannten „Illegalen Militanten“ und die „Kämpfenden Einheiten“.

Hamburgs ehemaliger Verfassungsschutz-Präsident Christian Lochte in einem Interview: „Illegal, das heißt, sie gehen vorübergehend auch in den Untergrund, leben illegal mit falschen Namen oder so und sind militant. Das heißt, sie machen zwar Anschläge, aber diese Anschläge haben keinen – wie sie das selber nennen – militärischen Charakter, sondern nur einen militanten Charakter. Da soll durch einen Bombenanschlag bei einem Zielobjekt ein hoher Sachschaden angerichtet, aber Menschen sollen nicht gefährdet werden.“¹⁵

Die innerste Zelle des deutschen Linksterrorismus nannte sich „Kommandobereich“, oder auch „Militärische Ebene“. Ihre Stärke wurde von den Sicherheitsbehörden stets auf maximal 15 bis 20 Personen geschätzt. Nach Festnahmen oder Ausscheiden aus anderen Gründen, zum Beispiel Rückzug aus dem Terroristen-Geschäft, füllte sich die Kommandoebene stets aus den Reihen der Militanten, während die Illegalen ihren Nachwuchs bei den legalen Sympathisanten bezogen. Bei nahe jeder RAF-Terrorist hatte in seiner Biografie einen politischen Vorlauf.

Die internationalen Verbindungen der Gruppe um Baader und Meinhof begannen mit Kontakten in den Nahen Osten. 1970 reisten die ersten Aktivisten in ein jordanisches Ausbildungslager der Fatah. In den folgenden Jahren rückten sie von Arafats Linie ab und entwickelten enge Kontakte zu George Habasch und der „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ (PFLP) sowie zu seinem Mann für internationale Terroreinsätze, Wadi Haddad (PFLP-SC). Der Höhepunkt der

Zusammenarbeit war erreicht, als ein palästinensisches Kommando 1977 die Lufthansa-Maschine „Landshut“ nach Mogadischu entführte, um die RAF-Häftlinge freizupressen. Die deutsche Anti-Terror-Einheit GSG 9 befreite sämtliche Geiseln und versetzte der RAF einen schweren Schlag.

Zwischen 1984 und 1988 versuchten deutsche Linksterroristen, eine „Westeuropäische Antiimperialistische Front“ zu bilden. Sie führten Strategiegespräche mit den italienischen „Brigate Rosse“ (BR), organisierten gemeinsame Aktionen mit der französischen „Action Directe“ (AD) und den belgischen „Cellules Communistes Combattantes“ (C.C.C.). Sie trafen sich mit der griechischen „Bewegung 17. November“ und der spanischen „Grupos Antifascista Primero de Octubre“ (GRAPO).

Ein zehneitiges Papier von RAF und AD trug den bezeichnenden Titel „Für die Einheit der Revolutionäre in Westeuropa“. Darin hieß es, nun sei es „notwendig und möglich“, eine „revolutionäre Strategie in den imperialistischen Zentren zu eröffnen“. Die Kernthese forderte, ein „historisches Projekt“ zu realisieren. Ein offener Prozess, am gemeinsamen Angriff orientiert, müsse das Ziel haben: „Die imperialistische Strategie in den Zentren zu brechen.“¹⁶ Nach kurzer Zeit brachen die angekündigten „gemeinsamen Offensiven“ zusammen, weil die Aktivisten aus den anderen Staaten in großer Zahl festgenommen, ihre Organisationen zerschlagen wurden. Darüber hinaus hatte es sich bei den meisten Erklärungen nur um vollmundige Propaganda gehandelt.

Im Laufe der Jahre forderte der „Krieg“ zwischen dem deutschen Staat und der RAF 67 Menschenleben. 230 Menschen wurden dabei verletzt, viele von ihnen schwer. Es entstand Sachschaden in Höhe von 500 Millionen Mark. Die Kosten der Sicherheitsbehörden dürften mehrere Milliarden Mark betragen haben. Die RAF überfiel 31 Banken und erbeutete dabei sieben Millionen Mark. Die Polizei entdeckte 104 konspirative Wohnungen, fand bei den Linksterroristen 180 gestohlene Autos, sammelte eine Million Beweise. Die Ermittlungsunterlagen summieren sich zu elf Millionen Seiten. Die deutsche Justiz verurteilte 517 Personen wegen ihrer Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation und 914 für Beihilfe.

In ihrem schriftlichen Vermächtnis zog die RAF am 20. April 1998 alle melodramatischen und revolutionsromantischen Register. Sie sei entstanden, „um aus der Solidarität mit den Befreiungsbewegungen einen gemeinsamen Kampf aufzunehmen“. Die RAF sei eine Konsequenz „aus den Diskussionen Tausender, die sich in der BRD am Ende der Sechziger- und den beginnenden Siebzigerjahren mit dem bewaffneten Kampf als Weg der Befreiung auseinandersetzen“. Dieser bewaffnete Kampf habe einem Staat gegolten, „der nach der Befreiung vom Nazi-Faschismus mit seiner nationalsozialistischen Vergangenheit nicht gebrochen hatte“. Man habe sich gegen eine „autoritäre Gesellschaftsform, gegen Vereinzelung und Konkurrenz“ gewandt, eine „andere soziale und kulturelle Identität“ erreichen wollen. Objektiv gesehen, so die RAF, sei aber alles gescheitert: „Das Ende dieses Projekts zeigt, dass wir

auf diesem Weg nicht durchkommen konnten.“¹⁷

*

So ähnlich ging es auch den konkurrierenden linksextremistischen Organisationen der alten Bundesrepublik.

Beispiel „Bewegung 2. Juni“

Ihr Name sollte an den gewaltsamen Tod des Studenten Benno Ohnesorg im Jahr 1967 erinnern. 1971 organisierte sich die militante Protestszene in der neuen Untergrundorganisation, vor allem Dieter Kunzelmanns „Zentralrat der umherschweifenden Haschrebellen“, aber auch die Gefangenenorganisation „Schwarze Hilfe“. Die RAF war mit Rat und logistischer Unterstützung zur Stelle. Aktivisten wechselten immer wieder zwischen den Gruppen. Trotzdem gab es eindeutige ideologische Differenzen, da die RAF auf marxistisch-leninistischen Grundlagen beharrte, während der „2. Juni“ eher anarchistische Tendenzen aufwies. Die Anhänger von Baader und Meinhof wollten Teil der weltweiten Befreiungsbewegungen sein, die Berliner Genossen betonten dagegen, zuerst müssten sie sich selbst befreien.

Die „Bewegung 2. Juni“ blieb stets auf Berlin beschränkt. Ihre spektakulärste Aktion war die Entführung des CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz am 27. Februar 1975. Die Täter pressten mit Hilfe der Geisel Lorenz fünf inhaftierte Genossen frei. Die Terroristen wurden in den Südjemen ausgeflogen. Ab 1977 gestaltete sich die Zusammenarbeit zwischen den erfolgreichen Berliner Politkriminellen und der im „Deut-

schen Herbst“ (Mogadischu/Schleyer) geschwächten RAF zunehmend enger. Belastet durch desillusionierte Aussteiger und eine Reihe von Festnahmen eigener Leute, schlossen sich der „2. Juni“ – prominent vertreten durch Inge Viett – und die RAF Ende 1979 personell zusammen. Das meldete die „Bewegung 2. Juni“ am 2. Juni 1980 in einer so genannten „Letzten Erklärung“.

Beispiel Revolutionäre Zellen (RZ)

Im Spätherbst 1973 entstand die RZ. Intern spaltete sie sich in eine nationale und eine internationale Gruppe. Der so genannte „Europa-Teil“ arbeitete eng mit palästinensischen Terroristen zusammen, unter anderem bei der Entebbe-Operation der PFLP-SC im Juni 1976.¹⁸ Im Frühjahr 1977 war zum ersten Mal von einer Frauen-Teilorganisation mit dem Namen „Rote Zora“ die Rede.

Die Gründung der RZ gilt als Ergebnis heftiger Auseinandersetzungen innerhalb der RAF zu Ideologie und Strategie des bewaffneten Kampfes. Mitglieder der RZ versuchten von Anfang an, eine eigenständige Position zu beziehen. Sie entwickelten das Konzept des „klandestinen Kampfes“. Mit verschiedenen Formen der Gewaltanwendung wollten sie die bestehende Gesellschaftsordnung beseitigen und eine nicht näher definierte sozialistische Struktur aufbauen. Das reichte von eher anarchischen Aktionen wie „Klaunen, Plündern, Schwarzfahren, Häuserbesetzen, Volksstrom benutzen, Krankfeiern“ bis zum Mord am hessischen FDP-Wirtschaftsminister Heinz Herbert Karry (1981), dem Attentat auf den

Chef der Berliner Ausländerbehörde Harald Hollenberg (1986) und den Vorsitzenden Richter am Berliner Bundesverwaltungsgericht Günter Korbmacher (1987).

Die internationale Fraktion stellte sich vorwiegend in den Dienst des venezolanischen Terroristen Ilich Ramirez Sanchez, genannt „Carlos“. In enger Zusammenarbeit mit der PFLP griffen Carlos und seine Anhänger 1975 eine Maschine der El Al auf dem Pariser Flughafen Orly an, überfielen die Minister der OPEC-Konferenz in Wien und entführten sie. In beiden Fällen waren Mitglieder der RZ beteiligt. Carlos arbeitete Ende der 70er- und Anfang der 80er-Jahre für die syrische und die rumänische Regierung und bewegte sich vorwiegend im damals noch real existierenden Ostblock. Später setzte er sich mit seinen engsten Vertrauten in Damaskus zur Ruhe. Inzwischen wurden er und die meisten seiner RZ-Komplizen in deutschen und französischen Gefängnissen inhaftiert und abgeurteilt.¹⁹

Beispiel Antiimperialistische Zellen (AIZ)

Im April 1992 meldete sich die AIZ „als Teil des Widerstands in der BRD“ zu Wort und versuchte den Eindruck zu erwecken, als handle es sich um die legitimen Erben der damals noch längst nicht totgesagten RAF. Ihre Idole von einst hatten lediglich eine überraschende Deeskalationserklärung veröffentlicht und dabei den Verzicht auf weitere Anschläge angekündigt. Nun betraten sie als die AIZ die Bühne des nationalen Terrorismus, fabrizierten vollmundige Erklärungen, zitierten die

RAF und postulierten die Fortsetzung des bewaffneten Kampfes.

Am 21. November 1992 schlugen sie zum ersten Mal zu. Das Rechtshaus der Universität Hamburg brannte. Der Schaden betrug 1,5 Millionen Mark. In den folgenden 35 Monaten griffen sie neun Mal an, nahmen dabei die Tötung Unbeteiligter in Kauf. Die AIZ attackierte bevorzugt Partei- und Gewerkschaftsbüros sowie CDU-Politiker.

Von Attentat zu Attentat packten sie weniger RAF, aber immer mehr Internationalismus in ihre ellenlangen, wirren Pamphlete. Sie beklagten das Elend der Welt und machten Deutschland für alles Unglück verantwortlich. Am Ende konvertierten sie sogar zum Islam und jubelten: „Wir haben den Islam als revolutionäre Waffe in voller Schärfe und Schönheit kennen lernen dürfen.“

Auch im Falle der AIZ scheiterte zunächst einmal die Fahndung. Die deutschen Behörden gingen von mehreren kleinen Gruppen mit insgesamt bis zu 50 Aktivisten aus. Der Hamburger Verfassungsschutz stellte fest, die AIZ sei inzwischen „durchaus gefährlicher“ als die RAF, auch wenn sie „das hohe Aktionsniveau der RAF bei weitem noch nicht erreicht habe“. Schließlich legte sich das BKA bei seiner Analyse des Jahres 1995 auf „unter zehn Mann“ fest. Im Februar 1996 gelang es endlich, die AIZ zu stoppen. Es waren zwei junge Männer, möglicherweise drei.

*

Auf wesentlich niedrigerem Niveau gab es über die Jahre auch einen braunen Terrorismus, der 46 Menschenleben forderte, unter ihnen sechs

Neonazis. Rechtsextreme Ideologien wachsen aus den Wurzeln Nationalismus und Rassismus. Sie sind von der Vorstellung geprägt, dass die ethnische Zugehörigkeit zu einer Nation oder Rasse die größte Bedeutung für das Individuum besitzt. Ihr sind alle anderen Interessen und Werte, auch die Bürger- und Menschenrechte, untergeordnet. Die eigene Nation oder Rasse ist allen anderen überlegen und besitzt deshalb die Legitimation, über andere zu herrschen. Rechtsextremisten lehnen es ab, alle Menschen als grundsätzlich gleich anzusehen und propagieren ein politisches System, in dem als angeblich natürliche Ordnung Staat und Volk in einer Einheit verschmelzen („Ideologie der Völkergemeinschaft“). Tatsächlich läuft diese Ideologie auf ein antipluralistisches System hinaus, das für demokratische Diskussions- und Entscheidungsprozesse keinen Raum lässt.²⁰

Die erste Terrorwelle von rechts war eine Folge des Niedergangs der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) in den frühen 70er-Jahren. Es bildeten sich teilweise unorganisierte Zirkel der Neuen Rechten und bislang unbekannte militante Gruppen. Der bayerische NPD-Landesvorsitzende Siegfried Pöhlmann war einer der Wortführer der radikalen Richtung. Er verabschiedete sich 1972 mit der „Aktion Neue Rechte“ („ANR) von dem, was er als „weiche Welle“ definierte.

Die erste, von den Medien intensiv beobachtete, Terror-Organisation der Rechten war die so genannte „Wehrsportgruppe Hoffmann“ (WSG) des Grafikers Karl-Heinz Hoffmann aus Schloss Ermreuth bei Heroldsberg. 1974 organisierte Hoffmann paramilitärische Übungen in der Fränkischen

Schweiz. Er drillte seine Anhänger im Gelände und richtete sie nach dem Kodex der SS aus. Die geistig-völkische Leitlinie orientierte sich an der Erscheinungsform der frühen NSDAP. Hoffmanns Truppe trug Nazi-Uniformen mit SS-Runen und Totenköpfen. Über ihren Zeltlagern flatterten Fahnen mit Keltenkreuzen. Die Wehrsportgruppe leugnete den Holocaust und forderte ein Ende der Demokratie.

Bei Überfällen auf Bundeswehreinrichtungen wurden Waffen beschafft. Hoffmanns Leute überfielen Banken und misshandelten Abweichler wie politische Gegner. Der WSG-Aktivist Gundolf Köhler platzierte eine Bombe in einem Papierkorb beim Münchner Oktoberfest des Jahres 1980. Als sie detonierte, starben 13 Menschen, wurden 219 zum Teil schwer verletzt. Ermittlungen von Staatsschutz und Staatsanwaltschaft ergaben, dass sich Hoffmanns 400 Männer mit Plänen zur Befreiung von Rudolf Hess, zur Ermordung von Staatsanwälten und zu einem Anschlag auf die Ingolstädter Ölraffinerie beschäftigten.

1980 wurde die WSG verboten. Zahlreiche Volksgenossen flüchteten in den Libanon, wo sie vorher schon Kontakte zu Jassir Arafats PLO unterhalten hatten. Hoffmann wurde 1986 wegen Verstößen gegen das Waffengesetz, Körperverletzung, Geldfälschung und Freiheitsberaubung vor Gericht gestellt und zu neuneinhalb Jahren Haft verurteilt. 1989 kam er auf Bewährung vorzeitig frei.

Anfang der 80er-Jahre geschahen zahlreiche Bomben- und Brandanschläge, hinter denen rechte Organisationen

standen. Die „Deutschen Aktionsgruppen“ (DA) richteten im Landratsamt Esslingen großen Schaden an, als dort eine Ausstellung über Auschwitz gezeigt wurde. Sie attackierten eine Schule in Hamburg und Flüchtlingsunterkünfte in Lörrach, Leinfelden sowie Hamburg. DA-Führer Manfred Roeder, von Beruf Rechtsanwalt, wurde deshalb zu 13 Jahren Gefängnis verurteilt. Roeder war bereits vorher als Führer der „Deutschen Bürgerinitiative“ in Erscheinung getreten und hatte die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie gefordert.

Jenseits der traditionellen rechten Politiklängel stand auch die „Volksozialistische Bewegung Deutschlands – Partei der Arbeit VSBD/PDA“ des Schriftsetzers und Druckereibesitzers Friedhelm Busse, Jahrgang 1929. Sie wurde 1982 verboten. Busse und seinen Anhängern legte die Justiz die Planung von Banküberfällen, Hehlerei und Strafvereitelung zur Last. Ein Trupp von fünf fanatischen Neonazis wurde auf dem Weg zu einem Banküberfall im Süden Münchens von der Polizei gestoppt. Dabei entwickelte sich eine Schießerei, bei der zwei der Täter umkamen. Ein weiteres Mitglied von Busses Bande, Frank Schubert, erschoss an der deutsch-schweizerischen Grenze zwei Beamte und verletzte zwei weitere. Am Ende tötete er sich selbst.

Am 22. Juli 1968 wurde der moderne internationale Terrorismus geboren. An jenem Tag entführten drei Fedajin der marxistischen „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ (PFLP) eine Maschine der El Al auf dem Weg von Rom nach Tel Aviv. Sie forderten die Freilassung in Israel einsitzender palästinensischer Gefangener. Erstmals ge-

riet der latente Nahost-Konflikt durch das Instrument des Terrorismus in das Blickfeld der Weltöffentlichkeit. Es sollte nur der Anfang einer jahrelangen Eskalation sein.

Der palästinensische Terrorismus traf am 5. September 1972 auf eine völlig unvorbereitete Bundesrepublik Deutschland. Acht Kämpfer der geheimen Fatah-Terror-Abteilung „Schwarzer September“ drangen morgens um fünf Uhr in das Quartier der israelischen Athleten bei den Olympischen Spielen in München ein. In der Conollystrasse 31 waren 21 der 28 israelischen Delegationsmitglieder untergebracht. Zwei israelische Sportler wurden bei dem Überfall ermordet. Weitere neun kamen während eines missglückten Befreiungsversuchs der bayerischen Polizei am Abend im nahen Fürstenfeldbruck ums Leben, außerdem fünf der Terroristen und ein Polizeibeamter. Die PLO hatte geplant, durch die Münchner Aktion 236 inhaftierte Terroristen aus den Gefängnissen zu holen. Der Versuch misslang und warf einen tiefschwarzen Schatten auf die „heiteren Spiele von München“ (so der Werbetext).²¹

Im dritten RAF-Grundsatzpapier „Die Aktion des Schwarzen Septembers in München – Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes“ meldete sich Ulrike Meinhof zu Wort. Durch die Olympia-Operation des „Schwarzen September“ sei das Wesen imperialistischer Herrschaft und antiimperialistischen Kampfes so transparent geworden wie zuvor bei keiner revolutionären Aktion in Westdeutschland und Westberlin. Auch die Namen von Meinhof und Baader waren auf der Liste der Palästinenser gestanden. Natio-

nale und internationale Terroristen reichten sich die Hand.²²

*

Bei einer genauen Betrachtung des traditionellen Terrorismus in Deutschland sollten auch die spektakulären Fälle von Staatsterrorismus im richtigen Kontext gesehen werden.

Beispiel „Deutsch-Arabische Gesellschaft“

Am 29. März 1986 sollten drei Palästinenser im Auftrag des syrischen Luftwaffengeheimdienstes das Büro der Deutsch-Arabischen Gesellschaft in Berlin-Kreuzberg in die Luft jagen – ein politischer Racheakt. Dafür erhielten sie in der Ostberliner Botschaft Syriens einen fünf Kilogramm schweren Sprengkörper. Farouk Salameh, einer der Täter, schmuggelte ihn in den Westen. Zusammen mit seinem Freund Ahmed Hasi brachte er ihn zum Tatort. Die Bombe explodierte beim dritten Versuch, verletzte neun Menschen und richtete 500000 Mark Schaden an. Die Täter wurden gefasst und verurteilt, nicht jedoch die Hintermänner.

Beispiel Diskothek „LaBelle“

Am 4. April 1986, nach Mitternacht, detonierte eine Bombe mit drei Kilogramm Plastiksprengstoff in der überfüllten Berliner Diskothek „LaBelle“. Eine Zwischendecke stürzte auf die Menschen, die in Panik zum Ausgang drängten. Insgesamt starben drei von ihnen an den Folgen des Anschlags, wurden 230 Gäste verletzt, 53 mit lebenslangen Folgen. Stunden später ging ein Anruf bei einer West-

berliner Tageszeitung ein. In arabischer Sprache erklärte eine Männerstimme, dieses Attentat sei „eine Antwort auf den Angriff der USA in der Grossen Syrte“ gewesen. US-Präsident Ronald Reagan ordnete massive Luftangriffe auf Libyen an. Vor wenigen Wochen endete ein vier Jahre dauernder Prozess gegen die Täter von „LaBelle“, zwei Berliner Frauen und drei Araber. Wieder wurden die Handlanger verurteilt, die Hintermänner jedoch verschont.

Beispiel „Mykonos“

Am 17. September 1992 tagte in Berlin die Sozialistische Internationale, die Dachorganisation der Sozialdemokraten. Zu den zahlreichen Delegierten zählte auch eine Delegation der iranischen Kurdenpartei DPK-I, an ihrer Spitze der Vorsitzende Sadegh Scharafkandi. An jenem Abend trafen sich Scharafkandi, enge Mitarbeiter und Freunde im Hinterzimmer des Wilmersdorfer Restaurants „Mykonos“. Plötzlich stürmten zwei Männer herein. Mit ihren Waffen eröffneten sie das Feuer auf die Anwesenden. Vier Männer starben, unter ihnen der Parteichef, ein fünfter überlebte schwer verletzt. Rasch ermittelten Bundeskriminalamt und Bundesnachrichtendienst, dass es sich um ein Attentat des iranischen Geheimdienstes VEVAK gehandelt hatte. Einige der Täter wurden festgenommen und nach 42 Monaten Prozessdauer zu hohen Strafen verurteilt. Gegen ihren Auftraggeber, den Teheraner Geheimdienstminister Ali Fallahian, erließ die Bundesanwaltschaft einen Haftbefehl.

*

Die Beispiele für den orthodoxen, alltäglichen Terrorismus, von Nordirland bis Mindanao, von Bilbao bis Sankt Petersburg, von Gaza-City bis Jaffna, und immer wieder in Deutschland, ließen sich noch lange fortführen. Seit Jahrzehnten nimmt man beinahe selbstverständlich in den täglichen Nachrichten zur Kenntnis, dass sich kurdische Aktivisten gegenseitig umbringen, ein Führer des Kölner „Kalifatsstaates“ in Berlin von immer noch unbekanntem Killern getötet wird, russische Juden in Düsseldorf Opfer einer heimtückischen Bombe werden, und gelegentlich Schurkenstaaten dem einen oder anderen Dissidenten, der ihrem Zugriffsbereich entflohen ist, gedungene Mörder hinterher schicken.

*

Dann kam der 11. September 2001, und mit ihm eine bislang unbekannt Dimension des weltweiten Terrors. Der Begriff Quantensprung wäre eher eine verharmlosende Untertreibung. Simultan steuerten nahöstliche Terroristen drei entführte Flugzeuge in die beiden Türme des New Yorker World Trade Center und in das Washingtoner Verteidigungsministerium. Eine vierte Maschine, vermutlich im Anflug auf das Weiße Haus, stürzt über Pennsylvania ab, nachdem sich ihre Passagiere den Kidnappern entgegenstellten. Bei diesen beispiellosen Terrorakten sterben Tausende Menschen. Der Gesamtschaden wird auf 100 Milliarden Dollar geschätzt. Die Angriffe, von den USA als kriegerische Akte gewertet, lösen einen Vergeltungsfeldzug am anderen Ende der Welt aus. Eine weltweite Militär-Koalition zieht aus, um den neuen, islamitisch-fundamentalistischen Terrorismus zu stoppen, und seinen Anführer zu fangen: Osama bin Laden.

Geboren 1955 oder 1957 in der saudischen Hafenstadt Dschidda, hat er sich innerhalb eines Jahrzehnts in die Tradition gefürchteter Terroristen wie des Venezolaners Carlos oder des Palästinensers Abu Nidal eingefügt und der inzwischen unberechenbaren Mörder-Branche einen überirdischen Stempel aufgedrückt.

Hatte Carlos noch ganz ordinär Schutzgelder erpresst und Regimekritikern aus Osteuropa mit Paketbomben zugesetzt, hatten die linken PLO-Kommandos der 70er-Jahre Flugzeuge entführt und in die Luft gejagt, Botschaften überfallen und sich mit Mossad-Agenten tödliche Scharmützel geliefert, so will Osama bin Laden seine beträchtlichen (Geld-)Mittel und Möglichkeiten einsetzen, um die weltweite Balance zu Gunsten der in vieler Hinsicht benachteiligten Muslime zu verändern. Er will den in Islamistenkreisen verhassten Einfluss des Westens zurückdrängen und, speziell, die Amerikaner aus den Ländern des Propheten Mohammed verdrängen. Die tiefere Ursache liegt, wieder einmal, im schier unlösbaren Nahost-Konflikt. Der Todfeind der Islamisten heißt USA, weil die Amerikaner beinahe kritiklos hinter den Israelis stehen, und damit längst nicht mehr als unparteiisch gelten. Und, das ist die speziell saudische Komponente, weil sie das Königreich der Wahhabiten nach dem zweifelhaften Kriegserfolg gegen Iraks Saddam Hussein nicht mehr verlassen haben. Gerade das erzürnt einen Mann wie Osama bin Laden.

Der meistgesuchte Mann der Welt hat vor acht Jahren die saudische Staatsbürgerschaft verloren, jedoch nie den Rückhalt seiner weit verzweigten Fa-

milie und vieler militanter Landsleute. Das 17. von insgesamt 53 Kindern des erfolgreichen Bauunternehmers Mohammed Awad bin Laden und einer syrischen Mutter wuchs im Reichtum auf. Das Ölgeschäft boomte, und die Saudis konnten sich noch alles leisten. Während sein Vater die Moscheen von Mekka und Medina sowie königliche Paläste renovierte, wurde Osama von Privatlehrern betreut. Auffallend fromm soll er schon in dieser Zeit gewesen sein.

Bin Laden war 13 Jahre alt, als sein Vater bei einem Flugunfall starb und ihm 80 Millionen Dollar vererbte. Als junger Mann soll der schüchterne Saudi die süßen Früchte des Beirut Nachtlebens ausgiebig genossen haben. Viel Zeit blieb ihm allerdings nicht, bis der libanesischer Bürgerkrieg das levantinische Dolce Vita zerstörte – und bis die islamische Welt von politischen und militärischen Erdbeben erschüttert wurde.

Für Israel und Ägypten hieß das Stichwort Camp David. Die Verhandlungen endeten mit einem Friedensvertrag und der Rückgabe des besetzten Sinai. Die Rache folgte zwei Jahre später. 1981 erschossen Islamisten den friedenswilligen ägyptischen Präsidenten Anwar el-Sadat bei einer Militärparade.

Im entscheidenden Jahr 1979 kehrte der zornige Groß-Ajatollah Khomeini in den von einer islamischen Revolution erschütterten Iran zurück. Er trieb den Schah und seine Entourage ins Exil, ließ viele Anhänger des Monarchen (und dann auch der islamischen Revolution) gnadenlos ermorden. Ein Stück weiter östlich überquerten in den Weihnachtstagen desselben Jahres

die Truppen der Sowjetunion den Hindukusch. Ihre regierenden Genossen in Afghanistans Hauptstadt Kabul standen mit dem Rücken zur Wand und kämpften gegen islamische Rebellen, die Mudschaheddin, um ihr Überleben.

Osama bin Laden schloss mit seinem bisherigen Luxusleben ab und eilte den Afghanen zu Hilfe. In den frühen 80er-Jahren pumpeten Länder wie Saudi-Arabien, Ägypten und die USA insgesamt sechs Milliarden Dollar in den Stellvertreterkrieg gegen die Sowjets. Sie benutzten Pakistan als Brückenkopf. In den archaischen Grenzstädten Peschawar und Quetta richteten sich sieben Mudschaheddin-Organisationen ein. Sie stellten die heiligen Krieger, der Westen die Waffen, und auch Pakistan bekam immer wieder ein Stück vom Kuchen. Osama rekrutierte arabische Freiwillige und koordinierte den Einsatz dieser besonders stark motivierten Söldner.

1989 zogen sich die geschlagenen Sowjets aus Afghanistan zurück. Eine mäßig bewaffnete Truppe von Analphabeten hatte den Mythos einer Supermacht zerstört. Für Osama bin Laden der Beweis: Der Heilige Krieg funktioniert. Regime müssen nicht kritiklos anerkannt werden. Man kann jederzeit gegen sie vorgehen. Der Gotteskrieger beschloss, gegen seine eigene Regierung zu kämpfen, gegen das korrupte und in Wohlleben erstarrte Saudi-Arabien. Auch damit befand er sich wieder im politischen Trend.²³

Gleich nach seiner Rückkehr aus Afghanistan attackierte bin Laden das Königshaus – eine Art irdische Gottes-

lästerung. An erster Stelle warf er der herrschenden Saud-Familie deren Loyalität gegenüber den Amerikanern vor. Damit hätte sie gegen die Grundregeln des Islam verstoßen. Die Folge: Der Multimillionär wurde vorübergehend festgenommen. 1991 verließ er das Land und fand Unterschlupf bei den islamischen Hardlinern im Sudan.

Nun hatte Osama bin Laden alle Brücken abgebrochen und tauchte immer wieder, schemenhaft, in Zusammenhang mit spektakulären Terroranschlägen auf. Anschläge auf amerikanische Soldaten in Saudi-Arabien und im Jemen, ein Attentat auf Ägyptens Präsident Hosni Mubarak in Addis Abeba. Nach und nach nahm auch im Sudan der Druck zu. Eines Tages setzten sich die Amerikaner durch, und so wiesen ihm auch die Brüder in Khartum die Tür. Osama bin Ladens Exodus begann erneut. Mit 200 grimmigen Gefolgsleuten, drei Ehefrauen und mehr als einem Dutzend Kindern traf er 1996 bei den Taliban ein, den Steinzeit-Islamisten, die inzwischen das vom Krieg zerschundene Afghanistan übernommen hatten.

Er gründete die Terrororganisation Al Qaida (Die Basis) und erklärte der westlichen Welt den Krieg. Man werde „das Banner des Dschihad gegen die amerikanisch-zionistische Allianz, die die Heiligtümer des Islam besetzt“, erheben. Die Jugend des Islam werde es

fertig bringen, dass die US-Truppen zu „verstreuten Fetzen“ würden. „Unsere Jugendlichen glauben an das Paradies nach dem Tod“, so Osama bin Laden in seinem Kampfauf Ruf. „Sie glauben, dass die Teilnahme am Kampf ihren Todestag nicht näher bringt und das Zurückweichen ihn auch nicht hinauszögert.“²⁴

Innerhalb der folgenden Jahre knüpfte der schwächliche Mann mit dem mächtigen Vollbart ein weltumspannendes Netz islamistischen Terrors. Nach einem aktuellen Bericht des US-Kongresses sitzen seine gut ausgebildeten Assassinen in 34 Ländern der islamischen Welt und des Westens und sind zu einer „globalen Bedrohung für US-Bürger und die nationalen Sicherheitsinteressen geworden“. Mit mutmaßlich 300 Millionen Dollar Vermögen kommandierte er ein verdecktes Wirtschaftsimperium und finanzierte 3.000 Kämpfer.²⁵

Seit seinen Videos von Ende Dezember zweifelt niemand mehr daran: Osama bin Ladens Krieg gegen die zivilisierte Welt ist in vollem Gang. Die gebildeten, mobilen Kräfte von Al Qaida haben Afghanistan zur rechten Zeit verlassen und sich in allen Ecken des Globus als geduldige „Schläfer“ eingenistet. Sie sind längst für die Zeit nach Osama bin Laden instruiert: „Oh, Ihr Pferde Allahs, reitet und marschiert weiter. Dies ist die Zeit der Härte, also seid hart!“²⁶

Anmerkungen

¹ The Oxford English Dictionary, Compact Edition, Oxford 1971, S.3268, Spalte 216.

² Ebd.

³ Office of the Coordinator for Counterterrorism: Patterns of Global Terrorism

1996, U.S. Department of State Publications 10433, Washington, D.C.: State Department, April 1997, S.vi.

⁴ Terrorist Research and Analytical Center, National Security Division, Federal

- Bureau of Investigation: Terrorism in the United States 1995, Washington, DC: U.S. Department of Justice, 1996, S.ii.
- ⁵ United States Departments of the Army and the Air Force: Military Operations in Low Intensity Conflict, Field Manual 100-20/Air Force Pamphlet 3-20, Washington, DC: Headquarters, Departments of the Army and the Air Force, 1990, S.3–11.
- ⁶ Hoffman, Bruce: Terrorismus. Der unerklärte Krieg. Neue Gefahren politischer Gewalt, Frankfurt/Main 1999.
- ⁷ Flavius, Josephus: Werke, Zürich 1955.
- ⁸ Lewis, Bernard: The Assassins, London 1967.
- ⁹ Wunschik, Tobias: Baader-Meinhofs Kinder. Die zweite Generation der RAF, Opladen 1997.
- ¹⁰ Ebd.
- ¹¹ Peters, Butz: RAF. Terrorismus in Deutschland, Stuttgart 1991.
- ¹² Rote Armee Fraktion: Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, Berlin 1997.
- ¹³ Ebd.
- ¹⁴ Peters, B.: RAF. Terrorismus in Deutschland.
- ¹⁵ Schröder, Dieter (Hrsg.): Terrorismus. Gewalt mit politischem Motiv, München 1986.
- ¹⁶ Peters, B.: RAF. Terrorismus in Deutschland.
- ¹⁷ Auflösungserklärung der RAF, April 1998.
- ¹⁸ Klein, Hans-Joachim: Rückkehr in die Menschlichkeit, Hamburg 1979.
- ¹⁹ Dietl, Wilhelm: Carlos. Das Ende eines Mythos. Die Jagd nach dem Top-Terroristen, Bergisch Gladbach 1994.
- ²⁰ Bundesamt für Verfassungsschutz: Rechts-extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Lagebild, Köln 1999.
- ²¹ Dietl, Wilhelm: Die Agentin des Mossad. Operation Roter Prinz, Düsseldorf 1992.
- ²² Rote Armee Fraktion: Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, Berlin 1997.
- ²³ Cooley, John K.: Unholy Wars. Afghanistan, America and International Terrorism, London 1999, 2000.
- ²⁴ Pohly, Michael/Durán Khalid: Osama bin Laden und der internationale Terrorismus, München 2001.
- ²⁵ Alexander, Yonah/Swetnam, Michael S.: Usama bin Laden's al Qaida: Profile of a Terrorist Network, Ardsley 2001.
- ²⁶ Osama bin Laden: Kriegserklärung gegen die Amerikaner, die das Land der beiden heiligen Städten besetzt halten. 23.8. 1996, Hindukush Mountains, Khurasan, Afghanistan (Copyright Azzam Publications).

Die Hydra „Terrorismus“ und ihre Auswirkungen auf die globale Sicherheitspolitik

Axel Kuhlmann/Martin Agüera

1. Einführung

Seit den tragischen Anschlägen vom 11. September ist „Terrorismus“ das überwältigende Thema der öffentlichen und politischen Debatten – angefangen bei U.S. Präsident George Bush, der die heimtückischen Attentate als „Act of War“ bezeichnete und Bundeskanzler Schröder, der von einer „Kriegserklärung gegen die gesamte zivilisierte Welt“ sprach. Als Reaktion auf die Anschläge begehrt die US-Regierung nun mit ausgewählten Partnern eine „weltweite Koalition gegen den Terrorismus.“

Was aber ist „Terrorismus“ und wie lassen sich die Ereignisse vom 11. September in die Geschichte des Terrorismus einordnen?

Versucht man, sich über das Phänomen Terrorismus einen Überblick zu verschaffen, scheidet man eher früher als später, denn nicht nur in der politischen Diskussion gibt es keine einheitliche Vorstellung von dem, was sich hinter dem Schrecken hervorrufenden Begriff verbirgt, auch die mit der realen Politik selten direkt befasste Wissenschaft konnte sich bisher nicht eini-

gen. Die akademischen Definitionen sind Legion und in der Politik gilt: „Terrorism – we know it when we see it.“¹

Stattdessen hat die Politik stets nach dem Motto „One's man terrorist is another man's freedom fighter“ geurteilt.² Wo es opportun war, wurden Rebellen als Freiheitskämpfer betitelt, wenn die Ziele einer Bewegung nicht mit den außenpolitischen Zielen übereinstimmten, wurden Freiheitskämpfer dementsprechend als Terroristen bezeichnet – und umgekehrt.

Dennoch ist es möglich, sich dem Begriff Terrorismus analytisch anzunähern.

2. Symbolhafte Gewalt

Der augenfälligste Bestandteil von Terrorismus ist die Anwendung von Gewalt: Bombenanschläge, Geiselnahmen, Entführungen, Selbstmordanschläge, Massaker an Zivilisten. Stets ist bei Terrorismus Gewalt im Spiel oder die Anwendung wird angedroht. Beispiele für Androhungen von terroristischen Anschlägen sind die „War-

nungen“ der ETA in diesem Frühjahr, Touristenzentren in Spanien zu bombardieren. Die Opfer terroristischer Gewalt sind unschuldige Zivilisten – auch die Angestellten des Pentagon befanden sich am 11. September nicht im Kriegseinsatz an der Front, sondern zu Friedenszeiten an ihrem Arbeitsplatz.

Den Gewalteinsatz als symbolisch zu bezeichnen mag angesichts der Opfer terroristischer Anschläge zynisch erscheinen – doch Symbolhaftigkeit ist ein wesentliches Merkmal von Terrorismus. Denn normalerweise kennen sie ihre Opfer nicht einmal. Sie wollen vielmehr Symbole einer Gesellschaft treffen und diese erschüttern. So entführte die RAF 1977 Hanns-Martin Schleyer wegen seines Amtes als Arbeitgeber-Präsident. Alfred Herrhausen wurde zur Zielscheibe, weil er wie Schleyer aus Sicht der RAF ein hervorgehobenes Symbol darstellte, welches seine Attentäter zu überwinden versuchten. Weil es das Symbol für Amerika und den Kapitalismus war, wurde das World Trade Center sogar zweifach zur Zielscheibe von Terroristen. Terroristen kämpfen also gegen abstrakte Systeme und versuchen die herausragenden Symbole der von ihnen abgelehnten Systeme zu treffen.

3. Politische Ziele

Ganz gleich, ob Terroristen gegen etwas kämpfen oder für etwas – der terroristische Gewalteinsatz wird instrumentalisiert. Die Ziele sind breit gefächert, jedoch immer politisch. Dies unterscheidet Terroristen von Kriminellen. Kriminelle setzen Gewalt zu ihrem eigenen Vorteil ein, Terroristen

dagegen kämpfen für Ziele, die nicht nur ihnen selbst, sondern einer größeren Zielgruppe zugute kommen sollen. Ethnologisch-nationalistische Gruppen wie die ETA, die IRA, aber auch die palästinensischen Gruppen der 60er- und 70er-Jahre sowie die PKK und die Tamil Tigers in Sri Lanka kämpfen für Autonomie oder eine Staatlichkeit für ihre Ethnie. Die sozialrevolutionären Gruppen Westeuropas versuchten, die Arbeiterklasse vom Joch des Kapitalismus zu befreien.

Dass die verschiedenen Motivationen nicht streng nebeneinander existierten, sondern sich vermischen, zeigte zum einen die sozialrevolutionäre Rhetorik vieler ethnologisch-nationalistischer Gruppen ab den 60er-Jahren, aber auch die partielle Kooperation bei der Durchführung von Anschlägen.

Die Anschläge all dieser Gruppen waren in den allermeisten Fällen äußerst zielgerichtet und richteten keine großen Blutbäder an. Vielmehr verursachten sie Sachschäden, verbreiteten Angst und Schrecken (z. B. bei den weitgehend unblutigen Flugzeugentführungen) oder töteten Spitzen der zu bekämpfenden Systeme – eben symbolhafte Ziele. Der amerikanische Terrorismusforscher Brian M. Jenkins stellte daher fest: „Terrorists want a lot of people watching, not a lot of people dead. Terrorism is theatre.“³

Jenkins verdeutlicht damit, dass es den Terroristen nicht um die direkten Opfer ihrer Tat geht, sondern dass sie ein weitaus größeres Publikum ansprechen wollen. Im Prinzip wollen sie eine Botschaft übermitteln. Um ihre Botschaft an ein möglichst großes Publikum zu richten, benötigen Terroristen einen

Übermittler ihrer Botschaft sowie Aufmerksamkeit. Weltweite Aufmerksamkeit erreichen Terroristen oftmals durch die globale Berichterstattung der Medien. Um deren Aufmerksamkeit zu bekommen, muss ein Anschlag fernsehgerecht sein. Folglich müssen die Aktionen inszeniert werden. Um die intendierte Aufmerksamkeit zu erhalten, sollen die Bilder möglichst schockieren. Bilder, wie man sie bereits kennt und gesehen hat, rufen in der Öffentlichkeit kaum Interesse hervor.

Als Beispiel par excellence hierfür galt bisher der Anschlag des „Schwarzen Septembers“ auf die Olympischen Spiele von München 1972. Weltweit konnte die Menschheit den Anschlag im Fernsehen verfolgen. Damit die terroristische Botschaft verstanden werden konnte, waren Bekennerschreiben nach Bombenanschlägen üblich – durch die gestellten Forderungen versteht sich dies bei Geiselnahmen von selbst. Für den deutschen Soziologen und Terrorismusforscher Peter Waldmann ist Terrorismus deshalb „primär eine Kommunikationsstrategie.“

4. Terrorismus als Kommunikationsstrategie

Wenn Terrorismus nun eine Kommunikationsstrategie sein soll, an wen richtet sich die Kommunikation und welche Botschaft versucht sie zu vermitteln?

Die Botschaft lautet in den meisten Fällen: Wir sind da, wir wollen gehört werden, uns zu ignorieren wird teuer. Der palästinensische Terrorismus der 60er- und 70er-Jahre kann als Musterbeispiel angeführt werden, wie es Ter-

roristen mit einigen spektakulären Aktionen gelang, einen längst vergessenen Konflikt in den Blickpunkt der Internationalen Politik und Öffentlichkeit zu rücken. Spätestens seit dem Anschlag von München war die „palästinensische Frage“ weltweit bekannt.

Indem Terroristen durch Hijackings oder Geiselnahmen über lebende Faustpfande verfügen, können sie auch taktische Forderungen durchsetzen (Freilassung von Gesinnungsgenossen, Veröffentlichungen von Statements).

Bei ethnisch-nationalistischen und bei sozialrevolutionären Terroristen waren nach Bombenanschlägen Bekennerschreiben üblich – sonst ließe sich die Publizität ja kaum zielgerichtet auf ein bestimmtes Anliegen lenken. Bei den letztgenannten gibt es darüber hinaus ein ausgeprägtes Bedürfnis, die Taten zu begründen. Ebenso verlaufen Anschläge aus den beiden Spektren in aller Regel wenig blutig – es gibt ja ein bestimmtes Zielpublikum, das nicht verschreckt werden soll.

Dies lenkt den Blick auf die Frage, an wen sich Terroristen mit ihren Taten wenden: Zum einen an potenzielle Unterstützer, diese sollen zur Fortsetzung des Kampfes aufgerufen werden oder ermuntert werden, dem aktiven Kampf beizutreten, da der Kampf nicht zwecklos ist, sondern den Gegner in der Tat trifft.

Zur zweiten Zielgruppe terroristischer Kommunikation gehören die Opfer und alle, die aus Sicht der Attentäter die gleichen Merkmale haben. Im Fall der ETA zum Beispiel alle Träger des

spanischen Systems. Unter dieser Zielgruppe soll Angst ausgelöst werden – Angst, beim nächsten Anschlag selbst zu den Opfern zu gehören.

Zwei weitere Zielgruppen lassen sich ausmachen, die eigentlich unbeteiligt sind: Zum einen soll die Politik eines dritten Staates – in vielen Fällen auch die internationale Politik insgesamt – in eine bestimmte Richtung gelenkt werden. Terrorismus ist aber oftmals die Strategie von schwachen Gruppen, die im Verborgenen operieren. Für Regierungen kommen sie deshalb meistens als Verhandlungspartner nicht in Frage. Um dennoch ihre Forderungen diskutieren zu können, wenden sich Terroristen mit ihren Aktionen an eine breite Öffentlichkeit.

Der terroristischen Logik zufolge soll die „terrorisierte“ Bevölkerung aus Angst vor weiteren Anschlägen und weiteren Anschlagopfern Druck auf ihre Regierung ausüben, auf dass diese die Forderungen der Terroristen erfüllt. Ein gutes Beispiel hierfür ist der erste Anschlag auf das World Trade Center 1993. In einem Bekennerschreiben führten die Attentäter aus, dass die amerikanische Bevölkerung für die Handlungen ihrer Regierung verantwortlich sei. Wenn die Bevölkerung die „Verbrechen“ ihrer Regierung nicht hinterfrage, werde die Bevölkerung selbst zur Zielscheibe.

5. Terrorismus als indirekte Strategie

Terrorismus als Strategie hängt also vor allem von den Reaktionen anderer ab. Nach einem Anschlag können die Terroristen hoffen, dass sich Bevölkerung

und Politik entsprechend ihren Erwartungen verhalten; in einigen Fällen können sie mit weiteren Anschlägen versuchen nachzuhelfen. Weitgehend ist Terrorismus jedoch eine indirekte Strategie. Nicht umsonst wird Terrorismus auch als Aktions-Reaktions-Schema bezeichnet. Zum Kalkül der Terroristen gehört es, den Staat dazu zu bringen, dass er

- zum einen (in demokratischen Staatswesen) die bürgerlichen Freiheiten einschränkt,
- zum anderen zu Überreaktionen verleitet wird.

Dies alles gilt sowohl für den ethnologisch-nationalistischen als auch für den sozialrevolutionären Terrorismus. Auch für den die 1980er-Jahre prägenden, staatlich geförderten Terrorismus gilt dies weitestgehend. Seit den frühen 1980er-Jahren bildete sich nämlich eine neue Version des Terrorismus – der staatlich unterstützte Terrorismus. Der Iran unter Ayatollah Khomeini, der Irak, Libyen und andere Staaten boten Terroristen nicht nur Unterschlupf, sie unterstützten sie mit Logistik und gaben in einigen Fällen auch Anschläge in Auftrag. Diese Staaten setzten den Terrorismus als quasi Ersatzkrieg gegen die USA ein; gegen einen Feind, den sie unter „normalen“ Umständen nie hätten bezwingen können. Aus Angst vor militärischen Gegenschlägen fielen die Anschläge in den meisten Fällen jedoch „moderat“ aus. Als Gaddafi 1986 aus Sicht der USA den Bogen dann überspannt hatte, bombardierten US-Kampfflugzeuge Tripolis und Bengasi – übrigens ohne den intendierten Erfolg, denn wirklich in die Knie zwingen wurde Gaddafi nicht durch

Bombardements der USA, sondern durch die UN-Sanktionen nach dem Lockerbie-Anschlag.

In den 1990er-Jahren verzeichnete das US-Außenministerium einen Rückgang des staatlich unterstützten Terrorismus. Andere Akteure dominierten die Bildfläche, die sie allerdings schon früher betreten hatten Die Machtübernahme Khomeinis im Iran und die Besetzung der US-Botschaft gilt nicht nur als Geburtsstunde des staatlich unterstützten Terrorismus, sondern auch als Geburtsstunde des religiös motivierten Terrorismus.

Die Besonderheit des religiös motivierten Terrorismus besteht in der Zielsetzung: Die Revolution herbeizubomben ist ein ebenso irdisches Ziel wie ein unabhängiger Staat für die eigene Ethnie. Auch eine übermächtige Großmacht mit Nadelstichen zu ärgern kann realpolitischen Erfolg versprechen. Den religiös motivierten Terroristen geht es jedoch nicht ums Irdische, sie leiten ihren Terror aus einem göttlichen Auftrag ab.

6. Religiös motivierter Terrorismus

Dies hat mehrere Auswirkungen: Religiöse Fanatiker müssen ihre Terroranschläge nicht begründen – die göttliche Instanz, aus der sie ihren Auftrag herleiten, wird ihre Taten auch ohne Bekennerschreiben zur Kenntnis nehmen. Und es gibt auch keine potenziellen Sympathisanten, auf die Rücksicht genommen werden müsste. Der Gewalteintritt muss nicht dosiert werden, sondern die Gewalt kann entgrenzt werden, mit dem Ziel, die An-

zahl der Opfer zu maximieren. Im Gegensatz zu sozialrevolutionären und ethnisch-nationalistischen Terroristen sind religiös motivierte Terroristen auch viel eher bereit, ihr eigenes Leben nicht nur zu riskieren, sondern ganz bewusst einzusetzen. (In der Tat setzen außer verschiedenen islamistischen Gruppen lediglich die Tamil Tigers in Sri Lanka Selbstmordbomber ein.)

Ein prominentes Beispiel für den religiösen Terrorismus sind die Anschläge auf US-Einrichtungen im Nahen Osten in den frühen 1980er-Jahren, die im Selbstmordanschlag auf das Hauptquartier der US-Marines in Beirut mit 241 Toten 1983 gipfelte.

Seit den 1990er-Jahren wurden alle „spektakulären“ Terroranschläge fast ausnahmslos von religiösen Fanatikern begangen: Der Anschlag auf das World Trade Center 1993 mit sechs Toten und über 1.000 Verletzten, die Gemetzel in Algerien und Ägypten an Einheimischen und Ausländern (in Ägypten gipfelte die Anschläge 1997 im Massaker von Luxor, als 62 Menschen – überwiegend europäische Touristen niedergemetzelt wurden) und den Anschlägen auf die US-Botschaften in Nairobi und Tansania im August 1998 mit 301 Toten und 5.000 Verletzten.

Die aufgezählten Anschläge wurden allesamt von fanatischen Islamisten verübt. Aber extreme terroristische Gewalt wird nicht nur über den Islam begründet. Auch der Giftgasanschlag von Tokio 1995, ausgeführt von der Aum-Sekte, und der Anschlag von Oklahoma, ebenfalls 1995, wurden von religiösen Fanatikern ausgeübt. Der Führer der Aum-Sekte, Shoko Asahara, hatte für 1997 einen Welt-

krieg zwischen Asien und dem Rest der Welt prophezeit, nur seine eigenen Anhänger würden den Krieg überleben. Der Giftgasanschlag, bei dem 12 Menschen getötet und über 5.000 verletzt wurden, gilt weithin als der Versuch Asaharas, seiner eigenen Prophezeiung auf die Sprünge zu helfen.

Der amerikanische Golfkriegsveteran Timothy McVeigh tötete mit einer Autobombe vor einem Gebäude der Bundesbehörde in Oklahoma 168 Menschen. Seine Motivation fußte auf einer Mischung aus abgrundtiefem Hass gegen die Bundesregierung und der Vorstellung, im Auftrag Gottes der arischen Rasse in einem apokalyptischen Kampf zwischen Gut und Böse zum Sieg verhelfen zu müssen.

Die Anschläge von Oklahoma und Tokio haben zwei Dinge verdeutlicht: Es sind nicht immer nur die „üblichen Verdächtigen“, die zum Terrorismus greifen; das Spektrum von Gruppen, die Hunderte von Toten in ihre Taten einkalkulieren, erstreckt sich über die Gruppen islamischer Fundamentalisten hinaus.

Mit dem Anschlag von Tokio manifestierte sich darüber hinaus eine Befürchtung, die bis dahin nur Krimi-Autoren benutzt hatten: Erstmals wurde der Einsatz von Massenvernichtungswaffen (atomare, biologische und chemische Kampfstoffe) durch Terroristen registriert (vorher hatte die Aum-Sekte mehrmals biologische und chemische Kampfstoffe freigesetzt, jedoch wurden diese Versuche nicht als solche bemerkt!). In der Folge gingen zahlreiche Autoren und Politiker der Frage nach, welche Gefahren durch von Terroristen freigesetzte Massenver-

nichtungswaffen drohen und wie wahrscheinlich der Einsatz ist. Der ehemalige US-Verteidigungsminister Cohen gab zu Protokoll, dass es nicht mehr die Frage sei, ob, sondern wann Terroristen großflächig Massenvernichtungswaffen einsetzen.

7. Der 11. September 2001

Was lässt sich aus dem Gesagten für den 11. September ableiten und welche Bedeutung hat dieser Tag für die Zukunft des Terrorismus? Nach allem, was bisher bekannt ist, ereignete sich – grob zusammengefasst – folgender Tathergang: Mit Messern bewaffnet, entführten die Attentäter die Linienflugzeuge, verwandelten sie in menschliche „Cruise-Missiles“ und flogen in das Pentagon sowie das World Trade Center. Die Attentäter kombinierten für ihren tödlichen Angriff also mehrere Methoden in einer noch nie da gewesenen Art und Weise:

- Flugzeugentführung,
- Selbstmordmission,
- Bombenanschlag.

Die Differenzierung zwischen Selbstmordmission und Bombenanschlag ist deshalb interessant, da der Aspekt des Selbstmordanschlags gewöhnlich nur bei Attentaten mit einer begrenzten Opferzahl besondere Beachtung findet. Selbstmordanschläge betonen jedoch mehr als „normale“ Anschläge zweierlei:

- totale Entschlossenheit, für seine Ziele zu sterben und
- die völlige Verachtung vor dem Wert des Lebens.

Indem die Attentäter die Insassen der Flugzeuge mit sich in den Tod nahmen, verstärkt sich der letzte Aspekt noch einmal um ein Vielfaches. Diese Art der Durchführung zeugt von einer völligen Verachtung von allen Werten des Lebens!

Im Vorfeld wurde festgestellt, dass Terrorismus vor allem Inszenierung ist. Die Anschläge vom 11. September folgten genau diesem Schema, denn der Hergang lässt auf eine unglaublich perfide Inszenierung schließen. Zum einen stürzten sich die Flugzeuge nacheinander in das World Trade Center. Obwohl dies auch operativ bedingt war, hat es aber sicherlich weitergehende Gründe. Denn Terroristen geht es vor allem darum, ein möglichst großes Publikum zu erreichen. Der Einschlag der zweiten Maschine ins World Trade Center konnte im Fernsehen live verfolgt werden bis hin zum kompletten Einsturz der beiden Türme des World Trade Centers. Eine derartige Inszenierung – ein Anschlag von solch großer Dimension live im Fernsehen vor den Augen der Weltöffentlichkeit – konnte seit München 1972 von Terroristen nicht mehr erreicht werden.

Ein zweiter Aspekt – die verzweifelten Anrufe der Insassen der entführten Flugzeuge und Menschen im World Trade Center an ihre nächsten Angehörigen – sollte ebenfalls nicht vergessen werden. Terrorismus will Entsetzen, Angst und Schrecken verbreiten. Dies gelang den Attentätern von New York und Washington mit ihrer Tat ohne jeden Zweifel und auf besonders grausame Weise. Die Anrufe aus den Jets wurden aber – um die Schockwirkung zu maximieren –

sicherlich eingeplant. Laut einigen der Entführten hatten die Terroristen die Passagiere aufgefordert, ihre Verwandten anzurufen und ihnen die Ereignisse mitzuteilen. Dass dies Teil der brutalen Strategie der Terroristen gewesen ist, daran dürfte kein Zweifel mehr bestehen.

Weiterhin wurde eingangs festgehalten, dass es Terroristen nicht um ihre direkten Opfer geht, sondern um Symbolik. Für das World Trade Center wurde dies bereits ausgeführt; es war das Symbol des Kapitalismus und für viele auch das Symbol Amerikas schlechthin. Das Pentagon dagegen repräsentiert die militärische Macht der USA. Mit diesen Attacken haben die Terroristen einen „Volltreffer“ in das Herz der USA gelandet und die Supermacht an ihren vitalsten politischen, aber auch kulturellen Zentren getroffen. Nur ein Anschlag zusätzlich auf das Capitol oder das Weiße Haus in Washington hätte eine größere Symbolik gehabt sowie die USA und die Welt in einen größeren Schockzustand versetzt.

In der Vergangenheit war es üblich, dass Terroristen nach Anschlägen ihre Tat erläuterten, sich bekannten. Dies mag für viele andere Gruppen üblich sein, nicht aber für die „ehemaligen Afghanen“ bin Ladens. Er ist dagegen viel zynischer. Bin Laden kündigt seine Anschläge an. Im Februar 1998, ein halbes Jahr vor den verheerenden Anschlägen auf die US-Botschaften in Ostafrika, verkündete er eine Fatwa, in der er es zur Pflicht aller Muslime erklärte, wo, wann und wie auch immer Amerikaner und ihre Alliierten zu töten. Noch am 9. September brachte die New York Times einen Artikel

über ein Video bin Ladens, in dem er weitere Aktionen ankündigte: „Der Sieg im Jemen (Anschlag auf die USS Cole im Oktober 2000) wird fortgesetzt.“⁴ Außerdem lässt die Komplexität der Anschläge zweifelsfrei darauf schließen, dass bin Ladens al-Qaida in die Terroranschläge involviert ist. Ein Bekennerschreiben war also gar nicht mehr notwendig, um auf Antriebe auf die Spur der Täter zu gelangen. Darüber hinaus ist der Drang zum Bekenntnis bei religiös motivierten Terroristen generell nicht so stark ausgeprägt wie bei anderen Terroristen.

Muss die Geschichte des Terrorismus ab dem 11. September also neu geschrieben werden? Nein, denn bei der Durchführung folgten die Anschläge dem klassischen Muster: Mit geringem Aufwand ein Maximum an Schaden erreichen sowie Angst und Schrecken verbreiten. Der 11. September führte vielmehr vor Augen, was Terroristen letztlich anrichten können, wenn Bereitschaft und Potenzial zur Durchführung von derartigen Aktionen vorhanden ist. Diese Anschläge waren bei weitem nicht die schlimmsten vorstellbaren Horrorszenarien. In der Presse wurde vielfach von einem „terroristischen Supergau“⁵ gesprochen. Es bleibt zu bezweifeln, ob dieser Anschlag bereits als solcher zu werten ist. Sicherlich hat der 11. September unheimliches Leid über unzählige Menschen gebracht, in der Weltbevölkerung Angst und Schrecken vor Terroranschlägen verbreitet, doch leider sind noch viel schlimmere Szenarien von Selbstmordattentätern vorstellbar, um die USA und ihre Alliierten zu treffen.

8. Was lässt sich für die Zukunft aus dem 11. September ableiten?

Langfristig geht vom 11. September die wichtige Erkenntnis aus, dass Terroristen weder nukleare, chemische oder biologische Massenvernichtungswaffen benötigen, um die Welt in Atem zu halten. Völlig unkonventionelle Methoden – Messer und unglaublich Leben verachtende Entschlossenheit – reichen aus, um Gesellschaften unsäglich menschlichen, wirtschaftlichen und politischen Schaden zuzufügen.

Doch hat der 11. September, für alle sichtbar, einen deutlichen Schlussstrich unter die Sicherheitspolitik der vergangenen Jahrzehnte gesetzt. Aber – gerade in diesem Bereich der internationalen Politik – wird nichts mehr so sein wie vorher.⁶ Mit den Anschlägen auf New York und Washington wurden all jene, die der USA Paranoia und übertriebene Panikmache vorwarfen, auf besonders grausame Weise von den neuen Sicherheitsgefährdungen des 21. Jahrhunderts eingeholt.⁷ Seit dem Ende der konfrontativen Ära zwischen den beiden Supermächten USA und Sowjetunion ist die Entwicklung der sicherheitspolitischen Lage ungewiss. Die globale Sicherheitspolitik steht vor neuen Herausforderungen. Die Konflikte der Zukunft selbst werden zunehmend geprägt sein durch eine Krisendynamik – weg von langwierigen Aufmärschen hin zu schnell ablaufenden Militäroperationen – in denen, besonders in westlichen Gesellschaften, ein Handeln der politischen Entscheidungsträger unter großem Druck der Öffentlichkeit geschehe. Es wird deshalb unter anderem zu einer Diversifizierung der Konfliktszenarien

kommen, ungebremstem Waffenhandel, der so genannten Small Arms Proliferation, einer zunehmenden Entstaatlichung bewaffneter Konflikte. Formen der Konfliktaustragung werden etwa der Guerillakrieg, Terrorismus, Internationale organisierte Kriminalität sowie Banden- und Clan-Konflikte sein. Hierbei kann man zwischen drei verschiedenen Kräftegruppen unterscheiden:

- Konventionelle Terrorgruppierungen (als Beispiel mögen die Chiapas Rebellen in Mexiko dienen),
- Einzeltäter wie Mitglieder der organisierten Kriminalität und
- Sekten sowie
- letztlich Rebellen und Guerillakräfte.⁸

Obwohl die Zahl terroristischer Anschläge im Vergleich zur Vergangenheit zwar insgesamt zurückgegangen ist, sind die Gefährdungen bemerkenswert angestiegen.⁹ Vor allem bei Terrorgruppierungen ist eben eine Zunahme apokalyptischer und extremistischer Ziele, wachsende Eskalationsbereitschaft sowie Brutalität erkennbar. Terrorgruppierungen weisen immer häufiger drei Charakteristika auf:

- Miniaturisierung (Trend: kleinere, aber schlagfähigere Organisationen mit Zugang zu hochtechnologischen Waffen),
- Maskierung (sie vermischen sich mit der Bevölkerung),
- Metropolisierung (punktgenaue Anschläge, hauptsächlich in Ballungsräumen, um möglichst große Verluste bei staatlichen Akteuren, aber auch Unschuldigen hervorzurufen).¹⁰

9. Warum das Militär im Kampf gegen den Terrorismus nicht die alleinige Lösung sein kann

Beide Konfliktparteien – sowohl die Terroristen als auch jene, die sie beherbergen, die Taliban, und die amerikanischen Streitkräfte sowie die ihrer engsten Verbündeten verstehen sich in der Anwendung militärischer Gewalt in verschiedenen Kategorien wieder. Während die Taliban und die Terroristen im „Krieg der ersten Welle“ Vorteile haben – dies beinhaltet kleine Einheiten, die Mann gegen Mann kämpfen –, sind die amerikanischen Streitkräfte derzeit noch im „Krieg der zweiten Welle.“ Dies umfasst das Zeitalter der Massenheere, der Massenproduktion von Waffen mit zunehmendem Zerstörungspotenzial. Jedoch ist dieser Militärapparat der USA und damit der meisten westlichen Staaten weniger dafür vorbereitet, Terroristen zu jagen.¹¹ Daher wird es für westliche Gemeinschaften deutlich schwieriger, mit ihren Mitteln und Fähigkeiten militärisch gegen diesen oftmals unsichtbaren Gegner vorzugehen.

Der Luftkrieg gegen die Taliban mit modernstem Material der USA und Großbritannien, aber auch der Einsatz von speziellen Bodentruppen, um Terrorchef Usama bin Laden zu fassen, wird sprichwörtlich der Suche nach der Stecknadel im Heuhaufen gleichen. Es wird für die USA zwar keine Schwierigkeit sein, die militärische Infrastruktur der Taliban in Schutt und Asche zu legen, doch wird man damit wohl kaum die Verantwortlichen der Terroranschläge finden. Wenn die Absetzung der Taliban ein Teil der amerikanisch-britischen Militärstrategie ge-

wesen sein mag, so mögen Luftschläge mitunter die richtigen Mittel sein.

Doch darüber hinaus wird es in der Tat jahrelange militärische Verstrickungen gegen einen Gegner mit sich bringen, der sich bestens in der relativ unzugänglichen Gegend Afghanistans zu bewegen vermag. Dort die Drahtzieher der Terroranschläge dingfest zu machen, wird von den USA und ihren Partnern mehr Anstrengungen abverlangen als sie vielleicht bereit sind aufzuwenden. Dies trifft umso mehr zu, sobald es erneut zu schweren Terroranschlägen mit vielen Toten in den USA oder Europa kommen sollte und zusätzlich vielen Opfern in Afghanistan. Die beeindruckende Solidarität mit den USA nach den Terroranschlägen könnte dann schnell zu bröckeln beginnen.

Was also eine klare politische Folge des 11. Septembers ist, wird die Bereitschaft der internationalen Gemeinschaft sein, mit nicht-militärischen Mitteln gegen den Terrorismus vorzugehen. Nicht-militärische Mittel sind es vor allem, die in diesem „Krieg“ zur Anwendung kommen müssen. Denn auch der Begriff „Krieg“ findet hier im Zusammenhang mit dem internationalen Terrorismus eine neue Bedeutung, über die wir uns erst bewusst werden müssen. So beschreibt ein hochrangiger Offizieller der Bush-Administration richtig: „We are now engaged in – in President Bush’s words – a „different kind of war. It’s not the kind of war that we’re used to in America.“ So our traditional language of „war“ – and the images, metaphors, and memories it conjures up from a previous era – does not fully capture the challenge posed by inter-

national terrorism. A decisive, permanent „victory“ over international terrorism is unlikely. The language of war might lead some to unrealistic expectations and sow the seeds of later frustration. Moreover, it implies that we will use primarily military means to confront this challenge when other tools of statecraft will sometimes predominate. Another way of looking at the challenge is to view international terrorism as analogous to a terrible, lethal virus. Terrorism lives as part of the environment. Sometimes dormant, sometimes virulent, it is always present in some form. Like a virus, international terrorism respects no boundaries – moving from country to country, exploiting globalized commerce and communication to spread. It can be particularly malevolent when it can find a supportive host. We therefore need to take appropriate prophylactic measures at home and abroad to prevent terrorism from multiplying and check it from infecting our societies or damaging our lives. We need, for instance, better border control regimes and improved international counterterrorism cooperation across the board. We also need to make sure that the virus does not mutate into something even more deadly through the acquisition of nuclear, biological, or chemical weapons of mass destruction.“¹²

Am besten wird sich der internationale Terrorismus wohl „bekämpfen“ lassen, wenn weitgehend in die Wohlfahrt der Menschen in global unterentwickelten Regionen investiert wird. Technologische Rückständigkeit, Armut, große Disparitäten in den Lebensmöglichkeiten und ungerechte Verteilung von lebenswichtigen Ressourcen dürften die ehesten Gründe für diese Art der

Kriegsführung sein. Terrorakte sind ein Zeichen der Verzweiflung – ein Hilferuf. Im aktuellen Fall ein Akt des Hasses gegen das wohl reichste und mächtigste Land der Welt. Zwar hatten die Terroristen des 11. September nicht das gewöhnliche Profil eines Selbstmordattentäters. Denn diese Menschen hatten durchaus in Wohlstand gelebt oder hätten zumindest weiterhin so leben können. Für den üblichen Selbstmordattentäter trifft dies für gewöhnlich nicht zu.¹³ Doch ihren größten Nährboden finden die Terroristennetzwerke bei jenen, die am wenigsten haben und durch die Globalisierung der Weltwirtschaft am stärksten verlieren. Um den Urhebern der Terroranschläge den Nährboden für ihre unglaublich grausamen Pläne zu entziehen, bedarf es einer Reihe nicht-militärischer Maßnahmen. Nur die wichtigsten Punkte – nach Auffassung der Autoren – sollen hier in aller Kürze Erwähnung finden:

9.1 Informationsaufrüstung oder „war of minds“¹⁴

Wenn man sich vor Augen behält, was Shlomo Avineri über den typischen Terroristen sagt und vor allem sich die Situation in den terrorismusempfänglichen Ländern ansieht, wird man einen hohen Anteil an Analphabeten erkennen. In Afghanistan sollen rund 80 Prozent der Bevölkerung weder lesen noch schreiben können. Wenn also die Bevölkerung in den Strassen den „Djihad“ laut Koran ausruft, weiß sie dann überhaupt, was der Koran wirklich aussagt? Wahrscheinlich nicht, denn sie nimmt lediglich die spärliche und einseitige Informationspolitik und Propaganda der herrschenden Klasse in diesen Staaten auf. Sie

hören nur das, was dem Machterhalt dieser Regime dienlich ist. Hier muss es der internationalen Gemeinschaft gelingen, eine Informationsaufrüstung in Gang zu bringen. Diese muss langfristig den Zweck erfüllen, dass jene Machthaber – seien es staatliche oder nicht-staatliche Akteure – nicht länger die Unkenntnis der Bevölkerung für ihre brutalen Ziele instrumentalisieren können.

9.2 Der Konflikt zwischen Israel und Palästina muss beendet werden – verstärkte diplomatische Vermittlung der USA und Europa ist notwendig

Ein weiterer Aspekt, der dem internationalen Terrorismus viel Nährboden zu liefern scheint, ist der Konflikt im Nahen Osten zwischen Palästinensern und Israelis. Seit Amtsantritt der neuen amerikanischen Administration schien es, als habe die US-Regierung unter George W. Bush das Thema „Nahost-Konflikt“ auf den politischen „back burner“ gestellt. Eine überaus unglückliche Entscheidung. In diesem Konflikt ist die Diplomatie der USA als Ordnungsmacht essenziell. Während 2001 sind die Kämpfe zwischen israelischen und palästinensischen Hardlinern erneut entfacht worden. Zeitweilig drohte die Situation nach schweren Anschlägen auf beiden Seiten in einen Krieg auszuufern. Diese Gefahr besteht noch immer. Die Vereinigten Staaten müssen sich wieder verstärkt dem Thema „Nahost-Konflikt“ widmen und politisch aktiv werden. Empfehlenswert erscheint eine ausgewogene Politik, die einerseits die starke israelische Lobby in Washington als auch israelische Sicherheitsansinnen in die-

sem Konflikt beachtet, aber zugleich auch die palästinensischen Bestrebungen zum Aufbau eines eigenen Staates unterstützt.

9.3 Die westlichen Industriestaaten müssen entschieden mehr Entwicklungshilfe und somit Krisenprävention leisten

Ursachen für künftige Konflikte – inner- wie interstaatlich – werden zunehmend in der scheinbar weiterhin größer werdenden Kluft zwischen entwickelten Industriestaaten und Entwicklungsstaaten liegen. Faktoren, die die Krisen der Zukunft massiv beeinflussen würden, sind Bevölkerungsentwicklung, Migration, die Verteilung lebenswichtiger Ressourcen. Hier besteht ein großer Koordinierungsbedarf zwischen den Staaten der westlichen Gemeinschaft, aber auch zwischen den Industriestaaten und den Dritte Welt Staaten, um diesen im Entstehen begriffenen Problemen künftig Herr werden zu können. Während es 1980 im Wirkungsbereich der OSZE noch acht Millionen Flüchtlinge gegeben hat, waren es 1995 bereits 16 Millionen. Kriege, Unterdrückung oder Naturkatastrophen in den Heimatländern der Flüchtlinge haben das rasche Ansteigen der Flüchtlingszahlen verursacht, was eine breite Migration in besser entwickelte Staaten zur Folge hatte. Nach Angaben des UNHCR umfasst die Migration heute bereits mehr als 20 Millionen Menschen. Zunehmende Umweltprobleme führen weiterhin zu Wanderbewegungen, da Menschen ihren ursprünglichen Lebensraum verlieren.

Armut, Arbeitslosigkeit und Kriminalität sind miteinander verwoben. In

Europa und Zentralasien gibt es rund 160 Millionen registrierte Arbeitslose. Hinzu aber kommen rund eine Milliarde unregistrierte Arbeitslose bzw. stark unterbeschäftigte Menschen. Selbst unter offiziell arbeitenden Menschen sind mindestens 500 Millionen, deren Verdienst so gering ist, dass sie damit nicht ihre Familien ernähren könnten. So haben 1998 in Südasien 522 Millionen Menschen weniger als einen US-Dollar pro Tag verdient, im Mittleren und Nahen Osten sind es circa 6 Millionen gewesen, in Lateinamerika 78 Millionen, Europa und Zentralasien 24 Millionen und Ostasien sowie Pazifik 278 Millionen Menschen. Armut ist ein gravierendes Problem, das – wenn nicht gelöst – in solch unterentwickelten Regionen zu schweren Krisen führen kann.

Dabei steigt das Wohlstandsniveau der OECD-Staaten bis 2020 weiter. Das Niveau der meisten anderen, infrastrukturell schwachen Regionen der Welt wird dann nicht annähernd an das Wohlstandsniveau der heutigen OECD-Staaten heranreichen. Dies kann ebenso Auswirkungen auf die globale Konfliktsituation haben. Es kommt zu „explosiven Wanderbewegungen.“ Im Jahre 2020 gibt es nach Schätzungen nur noch zwei Regionen, die zu den Welterdölexporturen zählen – die GUS-Staaten und Staaten im Nahen Osten. Durch die Verteilung des lebenswichtigen Gutes Erdöl sei das Konfliktpotenzial relativ hoch. Im Bereich der Nahrungsmittel gebe es im Jahre 2020 zwar keine wesentlichen Probleme. Doch diese sei nur dann gesichert, wenn Nahrung aus Überschussgebieten (etwa USA u.a.) auch dementsprechend in die Regionen überreicht würden, in denen

Lebensmittel dringend benötigt würden (Asien, China u. a.).

Eine geregelte Verteilung von Lebensmitteln ist überaus wichtig. Weltweit sterben etwa 24 000 Menschen an Unterernährung, obwohl prinzipiell genug Nahrung für alle Menschen zur Verfügung steht. In 26 afrikanischen Staaten ist Unterernährung ein gravierendes Problem. Von 340 Millionen Menschen ist rund die Hälfte unterernährt. Zu einem weiteren Problem der Welternährung werde künftig die Verfügbarkeit von sauberem Wasser.

Nur 11 Prozent der eisfreien Masse der Erde ist agrarisch nutzbar und von dieser Masse ist ein Viertel davon bedroht, unnutzbar zu werden.

Insgesamt gingen rund 700 Millionen Hektar dieser Fläche (11 Prozent) pro Jahr verloren. Die Ausweitung der Wüsten nimmt damit zu – gerade in Bereichen, die der islamischen Welt zuzuordnen sind. Um jene Wüsten- und Erosionsbildung aufzuhalten, sind finanzielle Aufwendungen nötig; jährlich \$10 Milliarden US-Dollar auf die nächsten 20 Jahre verteilt.¹⁵

Anmerkungen

¹ Antwort eines zuständigen EU-Beamten im Juni 2000 auf die Frage, was aus Sicht der EU Terrorismus sei.

² Vgl. z.B. Waldmann, Peter: *Terrorismus – Provokation der Macht*, München, 1998, S. 198.

³ Jenkins, Brian M.: *International Terrorism: The other World War*, in: Charles W. Kegley Jr. (Hrsg.), *International Terrorism – Characteristics, Causes, Controls*, New York, 1990, S.34.

⁴ New York Times, *On Videotape, Bin Laden Charts a Violent Future*, vom 9. September 2001.

⁵ So bezeichnete es etwa der Terrorismus-Experte Rolf Tophoven in der aktuellen Debatte.

⁶ Diese interessante These erschließt sich dem Leser durch einen historischen Vergleich mit Pearl Harbor, beschrieben in einem hervorragenden Essay. Vgl. Michael Rühle, *Verwundbarkeit, Rationalität, Abschreckung. Die drei Lektionen von Pearl Harbor*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13. September 2001.

⁷ Interessant ist zu beobachten, dass selbst in den USA diese Gefahr des „katastrophalen Terrorismus“ nur allzu lange für undenkbar gehalten wurde und daher dementsprechend wenig Beachtung fand. Siehe etwa Ashton Carte/John Deutch/Philip Zelikow: *Catastrophic Terrorism*, in: *Foreign Affairs*, November/December 1998, Im Internet unter http://www.foreignaffairs.org/Search/document_briefings.asp?i=19981101faessay1434.xml [27.10.2001].

⁸ Wandinger, Thomas M.: *Ursachen von Konflikten und Kriegen im 21. Jahrhundert. Konsequenzen für die westlichen Industriestaaten*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B20/2001, 11. Mai 2001, S. 6–16. Vgl. hierzu auch die wegweisende Studie von Crefeld, Martin van: *Die Zukunft des Krieges*, München, 1998. (Die Originalversion wurde bereits 1991 verfasst).

⁹ Deutch, John: *Think Again: Terrorism*, in: *Foreign Policy*, September/Oktober 2001, Im Internet http://www.foreignpolicy.com/issue_SeptOct_2001/deutch.html [27.10.2001]. Dieser Artikel wurde erstmalig 1997 in *Foreign Policy* veröffentlicht.

¹⁰ So Thomas M. Wandinger auf einer Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung in Cadenabbia am 24. September 2001.

¹¹ Toffler, Alvin und Heidi: *Die dritte Welle. Der Umriss dieses Krieges*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 9. Oktober 2001.

¹² Haass, Richard N., Direktor des Planungstabes im State Department: *The Bush Administration's Response to September 11th – and Beyond*, Rede vor dem Council on Foreign Relations, New York, 15. Oktober 2001, <http://www.cfr.org/public/resource.cgi?pub!4112> [29.10.2001].

¹³ An anderer Stelle heißt es: „Bisher war der typische Selbstmordattentäter ein Palästinenser, gewöhnlich jung und arm, schlecht ausgebildet, womöglich Bewohner eines Flüchtlingslagers; vielleicht ein Onkel oder ein Vetter von ihm im Zuge der Intifada gegen Israel verwundet wor-

den oder umgekommen. Man kann sich vorstellen, wie leicht ein solcher Mensch durch raffinierte Propagandisten zu einem Selbstmordanschlag veranlasst werden konnte.“ Siehe Shlomo Avineri, Neue Arten von Krieg – neue Legitimitäten, in: Internationale Politik, Oktober 2001, S. 3.

¹⁴ Ein wichtiges Stichwort, geliefert von Dr. Gerhard Sabathil (Europäische Union, Vertretung Norwegen), welches während der Diskussion der Konrad-Adenauer-Stif-

tung Konferenz in Cadenabbia erwähnt wurde.

¹⁵ Die gesammelten Informationen stammen von Vorträgen der Personen Dr. Rudolf Strohmeier (Europäische Union, Brüssel), Dr. Ulrich Hiemenz (OECD, Paris), Dr. Monika Wohlfeld (OSZE, Wien), Dr. Hans Willmann (UNHCR, Genf), Prof. Dr. Friedrich Buttler (ILO, Genf) auf einer Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung in Cadenabbia am 24. September 2001.

Hindukusch – Kaderschmiede des islamistischen Privatterrorismus

Berndt Georg Thamm

1. Vorwort

Mit der Eroberung durch die Araber im 7. und 8. Jahrhundert und der Eingliederung des größeren Teils von Afghanistan in den Bestand des Kalifats begann der Prozess der Islamisierung, der annähernd vier Jahrhunderte dauerte.¹ Danach gehörten etwa 90 Prozent der Afghanen dem sunnitischen Islam hanafitischer Richtung an, über fünf Prozent waren Schiiten. Eine kleine Minderheit verteilte sich auf muslimische Sekten, insbesondere Ismaeliten. Afghanistan zählte nun zum „dâr al-Islâm“ (Gebiet des Islam).

Nach dem Ersten Weltkrieg orientierte sich das Königreich, was Militär- und Entwicklungshilfe betraf, mehr Richtung Sowjetunion. Vor diesem Hintergrund wurde 1965 die kommunistische Partei (KP) Afghanistan gegründet. Im Juli 1973 wurde durch einen Armeeputsch die über 225 Jahre währende Monarchie gestürzt. Ein erneuter Putsch im April 1978 durch die marxistische Demokratische Volkspartei führte zu einer sozialistischen Regierung. Durch interne Machtkämpfe geschwächt, suchte diese Unterstützung und schloss einen Freundschaftsver-

trag mit der UdSSR. Über 10.000 militärische und zivile Berater kamen nun aus dem sowjetischen „dâr al-harb“ (Gebiet des Krieges) ins Land. Der wachsende Einfluss dieser „Gottlosen“ in Kabul wurde mehrheitlich von den Stämmen Afghanistans abgelehnt, was die Machtausübung der kommunistischen Zentralregierung faktisch verhinderte. In der Folge griff Weihnachten 1979 die sowjetische Führung unter Leonid Iljitsch Breschnew – getreu der nach ihm benannten Doktrin von 1968, wonach instabile sozialistische Gesellschaften „gestützt“ werden müssen, – militärisch ein: zum ersten Mal in einem blockfreien Land mit muslimischer Bevölkerung. Aus einem „Kriege hinter dem Flösschen“, wie die Invasion am Anfang verharmlosend von sowjetischen Offizieren genannt wurde, sollte eine – wie Gorbatschow es Jahre später formulierte „blutende Wunde“ der UdSSR werden.²

2. Afghanistan – der erste Krieg der Kulturen

Bis heute teilen Muslime die Welt in die „dâr al-Islâm „ und die „dâr al-

harb“ ein. Nun waren „ungläubige“ Invasoren in ein „Gebiet des Islam“ eingebrochen, um hier andere „gottlose Kommunisten“ zu unterstützen. Vor diesem Hintergrund wurde der „kleine“ Djihâd als „Anstrengung aller Kräfte im militärischen Sinn zur Verteidigung des Islam“³ zwingend notwendig. In der islamischen Welt kam dieser Krieg nicht ungelegen. Dazu der Islamwissenschaftler Michael Lüders⁴: „Als Reaktion auf die schiitische Revolution von 1979 im Iran begann das ultra-konservative und entsprechend verängstigte Herrscherhaus in Saudi-Arabien, das für sich die Führung innerhalb des sunnitischen Islam beansprucht, einen Heiligen Krieg zu initiieren und mitzufinanzieren. In enger Abstimmung mit der CIA versuchte die Familiendynastie der Al-Saud, den Iran revolutionär zu überbieten, aus Sicherheitsgründen weitab der eigenen Grenzen. Afghanistan wurde zum Schlachtfeld, der Dschihad gegen die sowjetische Besatzung zum Fanal – ein Instrument saudischer Eigenlegitimation und amerikanischer Machtpolitik im Wettstreit mit Khomeini, dessen revolutionäres Charisma weit in die arabische Welt hineinwirkte.“ Auch Afghanistans Nachbar Pakistan, vom Islamisten General Zia Ul-Haq (1977–88) geführt, verband mit dem Krieg Eigeninteressen. Präsident Zias Ziel war es, „die islamische Einheit zu festigen, Pakistan zum Führer der muslimischen Welt zu machen und eine islamische Opposition in Zentralasien zu fördern.“⁵ Um dieses Ziel zu realisieren, hatte der von General Hamid Gul geleitete pakistanische Geheimdienst Inter-Service Intelligence (ISI) 1982 angeregt, „radikale Muslime aus der ganzen Welt zu rekrutieren und nach Pakistan zu bringen, um auf Sei-

ten der afghanischen Mudjahidin zu kämpfen.“⁶

2.1 Rekrutierung muslimischer Kriegsfreiwilliger

Vor genannten Hintergründen entstanden Anfang der 1980er-Jahre in Jordanien und anderen arabischen Ländern, aber auch in den USA Rekrutierungsstellen für muslimische Kriegsfreiwillige aus aller Welt, einschließlich arabischstämmiger Amerikaner. In der Folge strömten ungezählte radikale Islamisten von Algerien bis Pakistan nach Afghanistan, um dort „gegen das Böse zu kämpfen.“ Über die Größenordnung dieser Kriegsfreiwilligen schrieb der pakistanische Journalist Amed Rashid⁷: „Zwischen 1982 und 1992 erhielten ungefähr 35.000 radikale Muslime aus 43 islamischen Ländern des Mittleren Ostens, aus Nord- und Ostafrika, Zentralasien und dem Fernen Osten ihre Feuertaufe bei den afghanischen Mudschaheddin.“ Die Freiwilligen kamen zum Einsatz über Pakistan. Hier förderte General Zia als Islamist aktiv die Islamisierung des Landes, ließ Hunderte von Madrasas (Religionsschulen) einrichten, die, von verschiedenen Nachrichtendiensten mitfinanziert, als Waffenlager und Rekrutierungszentren der Mudjahidin im Kampf gegen die sowjetische Besatzung Afghanistans dienten. Diese Madrasas – offiziell registriert sind heute 10.000, nicht registriert schätzungsweise 30.000⁸ – lockten während des Krieges nochmals Zehntausende weiterer radikaler Muslime. Nach Kriegsende hatten, so Rashid⁹, „über 100.000 radikale Muslime direkten Kontakt mit Pakistan und Afghanistan und unterstanden dem Einfluss des Dschihad.“

2.2 Osama Bin Ladens „Büro für Mudjahidin Dienste“

Für den afghanischen Widerstand setzte sich der saudische Staatsbürger Osama Bin Laden erstmals 1980 ein. Der Absolvent der König-Abd-el-Asis-Universität in Dschidda (management & economics), dessen Vater ein enger Freund von König Faisal war, brachte Spenden aus Saudi-Arabien nach Lahore in das Hauptquartier der Jama'at-e Islami, Pakistans wohl einflussreichster Islamistenpartei mit besten Kontakten zur Generalität, insbesondere aber zum mächtigen Isi. Bin Laden kam als Gast des Jama'at-Führers Qazi Husain Ahmad und ist es – im weitesten Sinn – bis in diese Tage geblieben.¹⁰ 1982 ließ sich der Wahhâbit Bin Laden ganz in der Grenzstadt Peschawar nieder. Schon zuvor hatte er in Pakistan Schaikh Abdullah Azzam kennen gelernt. Dr. Azzam, der an der Internationalen Islamischen Universität in Islamabad lehrte, verkörperte „den Djihâdismus als eine neue Schule unter den Islamisten.“¹¹ Jahre später begründete er mit anderen die palästinensische Islamistenbewegung Hamâs (1987). Azzam wurde Osama Bin Ladens ideologischer Lehrer. Mit ihm zusammen begründete er in Peschawar – hier waren auch die Büros der Muslimbruderschaft und der World Muslim League – das Versorgungszentrum Makhtab al-Khidmat (MAK). Dieses „Büro für Mudjahidin Dienste“ wurde nicht nur für die neuen Rekruten, sondern auch zum Empfang von Spenden islamischer Organisationen geschaffen. In dieses MAK flossen, wie man heute weiß, Spendengelder des saudischen Geheimdienstes, des saudischen Roten Halbmonds, der World Muslim League und aus den Privat-

schatullen saudischer Prinzen und Moscheen. Militärisch von Isi-General Hamid Gul und finanziell von Prinz Turki Bin Faisal, Leiter des saudischen Geheimdienstes Istakhbarat, unterstützt, warb Bin Landes Informations- und Propagandabüro vornehmlich arabische Muslime für den Kampf an.

1984 gründete Bin Laden, ebenfalls in Peschawar, das Bayt al-Ansar („Haus der Prophetengefährten“), das zur ersten Adresse und zur wichtigsten Anlaufstelle der „arabischen Afghanen“ (al-Afghan al-Arab) wurde.¹² Von dort wurden sie an die verschiedenen Mudjahidin-Gruppen weitervermittelt und erhielten eine militärische Ausbildung. Zwei Jahre später, 1986, beschloss Bin Laden, eigene Lager und Stützpunkte in Afghanistan einzurichten und eine eigene Guerillagruppe aufzubauen. In immer größerer Zahl kamen die „Arabi“ nach Peschawar ins Bayt al-Ansar, um in Afghanistan am Djihâd teilzunehmen, der mittlerweile zum Mythos geworden war. In einem Interview erklärte dazu Osama Bin Laden¹³: „In den Tagen des Dschihad verließen Tausende hochmotivierte junge Menschen die Arabische Halbinsel und andere Teile der Welt, um sich dem Kampf in Afghanistan anzuschließen. Hunderte von ihnen verloren ihr Leben. Doch die Lehre, die wir aus diesem Krieg ziehen, ist eindeutig. Wenn der Wille nur stark genug ist, können wir auch eine Supermacht besiegen. Das ist eine Lehre für jeden, der gewillt ist, sie zu verstehen.“ Vor dem Hintergrund, dass die meist jungen arabischen Djihâdisten nirgendwo zentral erfasst und registriert wurden, legte Bin Laden in seinem „Haus der Prophetengefährten“ ein Verzeichnis der „kämpfenden arabischen Brüder“

an. In diesem Register wurden aber auch die Lebensläufe und die militärische Ausbildung der arabischen Freiwilligen erfasst. Über die Geburtsstunde der späteren privaten Terrorgruppe Bin Ladens schrieb Michael Lüders¹⁴: „Nach kurzer Zeit hatte es ein solches Volumen angenommen, dass Osama und seine Getreuen nach einem Namen suchten, um ihr Projekt bekannt zu machen. Sie einigten sich auf ‘Basisregister’, kurz ‘Die Basis’, arabisch ‘Al-Qa’ida’. Das war 1988, als Moskau bereits seine Truppen aus Afghanistan abzuziehen begann. Aber zu dem Zeitpunkt war Osama längst entschlossen, den Dschihad in die arabische Welt zu exportieren (...). Die weltweite Vernetzung von Al-Qa’ida geht also zurück auf die Spätphase des Dschihad in Afghanistan und verdankt sich wesentlich der organisatorischen Weitsicht ihres Anführers, der den Wert einer umfassenden Datei mit radikalen Islamisten aus aller Herren Länder, auch aus Europa und Nordamerika rechtzeitig erkannte.“ Mit Bin Ladens Hilfe hatten Tausende arabische Kämpfer in den afghanischen Provinzen Kunar, Nuristan und Badachschan militärische Stützpunkte eingerichtet. Mehrheitlich waren sie Waghābiten. Die Lehre des Muhammed Ibn ‘Abd-al-Waghāb (1703–1791) stellt die vorherrschende religiöse Richtung auf der Arabischen Halbinsel.¹⁵ Die extremen Waghābi-Praktiken (andere muslimische Praktiken und Glaubensinhalte waren nach Ansichten der W. verderbt und bedurften einer Reinigung) machten die „arabischen Afghanen“ bei der Mehrheit der Afghanen, meist Sunniten hanafitischer Richtung, unbeliebt. Die sich daraus ergebenden Streitigkeiten und das interne Gezänk der Mudjahidin

unterschiedlicher ethnischer Herkunft desillusionierte Bin Laden so, dass er 1990 nach Saudi-Arabien zurückkehrte. Er begründete eine Wohlfahrtsorganisation für Veteranen der Araber-Afghanen, von denen sich allein 4.000 in Mekka und Medina niedergelassen hatten, und unterstützte die Familien der Gefallenen finanziell.¹⁶

2.3 Afghanistans Kriegsveteranen – die neuen Terroristen

Nach Kriegsende zogen zig Tausende nichtafghanischer Veteranen zurück in ihre Heimatländer. Dort gingen nicht wenige – wieder als Glaubenskrieger – in den Untergrund und bekämpften die prowestlichen Regierungen mit erlernter terroristischer Gewalt. Als „al-Irhabiyun“ (die Terroristen) wurden die Kämpfer nun in Pakistan, Algerien, Ägypten, Jemen und Saudi-Arabien bezeichnet, die sich selbst wieder – oder immer noch – als Djihādisten sahen. Insbesondere nach dem Golfkrieg 1990/91 begann sich die Ventilfunktion des Djihād gegen die Urheber zu richten: In den Kriegsgegnern des irakischen Präsidenten Saddam Hussein sahen diese „Heiligen Krieger“ nun ihren Hauptfeind des Islam – in den USA und deren wichtigsten Verbündeten Saudi-Arabien. Das Königshaus Saud hatte es im Golfkrieg zugelassen, dass „Ungläubige“ aus den USA den Boden der Heiligen Stätten (Mekka und Medina) durch erlaubte Stationierung „entweihten“. Hunderttausende US-Soldaten während des Golfkrieges¹⁷ und die anschließende, dauerhafte Stationierung von 6.000 Amerikanern in Saudi-Arabien zur Überwachung des Irak war – und ist – für viele Muslime

nicht tragbar. Für die Islamisten war die militärische Abhängigkeit vom Westen ein Beweis dafür, dass die Führung Saudi-Arabiens „vom richtigen Pfad des wahren Islam abgewichen“ war. Vor diesen Hintergründen wurde die erste Hälfte der 1990er-Jahre zur „Hochzeit des Islamismus“. Deren Aktivisten beschrieb der Islamwissenschaftler Peter Heine: „Man kann also gegenwärtig von einer beweglichen, hochmotivierten Söldnertruppe sprechen, die sich überall da anwerben lässt, wo die Sache des Islam auf dem Spiel steht. Diese Personen-gruppe stellt auch ein Reservoir, aus dem die ‘neuen Terroristen’ rekrutiert werden (...). Ihr gemeinsamer Lebensinhalt ist der Dschihad in seiner militantesten Art.“¹⁸ Diese „neuen Terroristen“, hauptsächlich Islamisten arabischer Herkunft, waren nicht nur an Kampfeinsätzen in Afghanistan beteiligt. Im Bosnien-Herzegowina-Krieg (1992–95) kämpften 600 bis 4.000 „Freiwillige aus islamischen Ländern“ als sog. Balkan-Araber auf Seiten muslimischer Bosnier.¹⁹ Über 1.000 „ausländische Söldner“ aus Afghanistan, der Türkei, dem Iran, Pakistan und Saudi-Arabien²⁰ kämpften an der Seite der sunnitischen Tschetschenen im ersten Kaukasus-Krieg (1994–96). Im zweiten Kaukasus-Krieg (1999–heute) sollen bis zu 800 Kämpfer aus dem Balkan, Afghanistan, der Türkei und arabischen Ländern die Tschetschenen unterstützen. Dieser zweite Krieg war über Tschetscheniens Nachbarn Dagestan ausgelöst worden. Hier war im August 1999 eine rund 2.000 Mann starke internationale Mudjahidin-Brigade von Tschetschenien aus kommend eingefallen. Die Rebellen, geführt von dem tschetschenischen Feldkommandeur Schamil Bassajew

und dem jordanischen Wahnâbiten Chattab, erklärten wenige Tage später Dagestan für unabhängig und riefen die Bevölkerung nach dem Vorbild Tschetscheniens zum Djihâd gegen die Russen auf. Ziel der Islamisten war die Errichtung eines unabhängigen Gottesstaates Dagestan.²¹ Das Wahnâbitentum hatten arabische Mudjahidin während des ersten Kaukasuskrieges nach Tschetschenien gebracht. In bewaffneten „Rotten“ (sog. Dschamaats) gingen sie in der Region auch gegen gemäßigte Muslime vor. 1998/99 wurde die Zahl dieser „Dschamaats“ auf mehr als 300 geschätzt, die ihre Hochburgen in den Ruinenstädten Tschetscheniens und in den Bergdörfern der Nachbarrepublik Dagestan hatten. Dem Führer der Freischärler, Emir El Chattab, fällt eine besondere Rolle zu. Als 18-Jähriger ging der Jordanier als Kriegsfreiwilliger nach Afghanistan und kämpfte dort mit anderen „Arabi“ Bin Ladens gegen die sowjetischen „Ungläubigen“. Als Führungsperson des extremistischen Flügels der Tschetschenen genoss er auch nach Beginn des zweiten Kaukasus-Krieges „finanzielle und logistische Unterstützung der afghanischen Taliban und anderer islamischer Organisationen, vor allem aus arabischen Ländern.“²² Chattab, heute Feldkommandant in Tschetschenien, leitet ein Ausbildungslager für Kämpfer bzw. „für Terroristen in der Region.“²³ Er gilt immer noch als Gefolgsmann von Osama Bin Laden.²⁴

3. Al-Qa’ida – die „Basis“ Osama Bin Ladens

Wie kein anderer hatte Bin Laden die vom saudischen Königshaus zugelassene Entweihung des Bodens heiliger

Stätten des Islam durch die Amerikaner gezeißelt. In der Folge verließ er 1991 Saudi-Arabien, drei Jahre später wurde ihm die Staatsangehörigkeit entzogen. Gemeinsam mit seinen Mitstreitern suchte Bin Laden einen Aufenthaltsort, wo er sein Al-Qa'ida-Netzwerk weiter ausbauen konnte. In Afghanistan war durch sich bekämpfende Mudjahidin-Gruppen ein Bürgerkrieg ausgebrochen. Vor diesem Hintergrund bot sich ein Land an – der Sudan. Hier hatte 1989 das Militär unter General Omar Al-Bashir geputscht, der die Islamisten in den Streitkräften anführte. Die damit begonnene radikalislamische Ausrichtung des Landes sollte erst 1999 ein Ende finden.

3.1 Khartum – Sudans Hauptstadt als Sitz der Al-Qa'ida

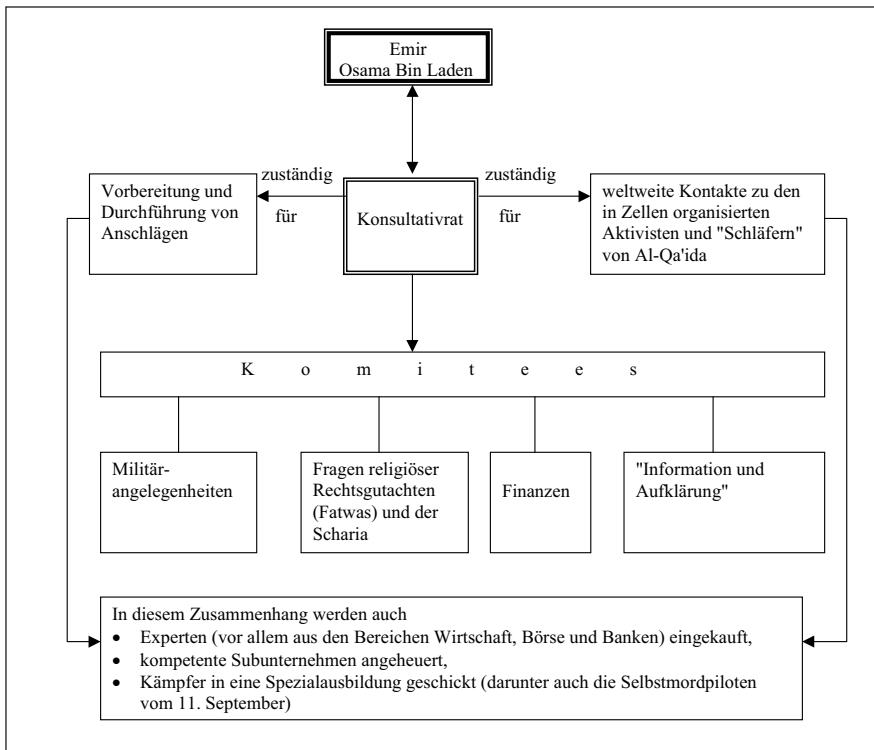
Zur stärksten politischen Kraft nach dem Putsch der Islamistenjunta war die „Nationale Islamische Front“ geworden, geführt von dem radikalen Korangelehrten Hassan El-Turabi. Und eben diese Nationale Islamische Front war „sehr glücklich“ (Al-Hayat) über das Interesse Bin Ladens, den Sitz der Al-Qa'ida in die Hauptstadt des Landes Khartum zu verlegen. Anfang 1992 erfolgte der Umzug in den Sudan, wo der Multimillionär Osama Bin Laden – sein überwiegend ererbtes Vermögen wurde auf 300 Millionen Dollar geschätzt – in kurzer Zeit ein Wirtschaftsimperium aufbaute, ein Mittel zum Zweck. Bin Laden zu seinen Getreuen: „Wir sind nicht hier, um Geschäfte zu machen. Unser Anliegen ist es, die Regierung zu unterstützen, damit sie bereit ist, unserer Organisation zu helfen.“²⁵ Dem Gastgeber finanzierte die Al-Qa'ida modernste Kommu-

nikationsanlagen und kaufte Waffen für dessen Milizen der „Volksverteidigung“. Im Gegenzug erwarb Bin Ladens Gruppe Sprengstoff und militärisches Gerät von der sudanesischen Armee. Bin Laden unterhielt im Sudan auch landwirtschaftliche Großprojekte, die teilweise auch als militärische Ausbildungslager dienten. Auf zehn bis 30 schätzte später (1998) das britische Fachblatt *Janes Defense Review* die Anzahl der paramilitärischen Lager in jener Zeit, in denen 480 „Arabi“-Kriegsveteranen libysche, iranische und andere Kämpfer für den Djihād militärisch ausbildeten. In der Zeit von Osama Bin Ladens Aufenthalt im Sudan (1991–96) wurden die Kontakte der Al-Qa'ida internationalisiert. In diesem halben Jahrzehnt knüpfte er nach Michael Lüders Kontakte vor allem zu den folgenden Gruppen²⁶: Die „Bewaffnete Islamische Gruppe“ (GIA) in Algerien, die „Moro-Befreiungsfront“ auf den Philippinen sowie die „Erweckungspartei“ in Tadschikistan (...). Die besten Beziehungen allerdings bestehen seit den Anfängen von Al-Qa'ida zu den ägyptischen Islamisten, insbesondere zur „Dschihad-Gruppe“ (Gama'at al-Dschihad) (...). Auch zur ägyptischen „Gama'at al-Islamiyya“ (Islamische Gruppe) (...) unterhält Osama enge Verbindungen.“ Anfang der 1990er-Jahre soll sich, so der deutsche Geheimdienstexperte Udo Ulfkotte, Osama Bin Laden in Khartum auch mehrfach mit iranischen Mullahs, die der Hizbullah nahe standen, getroffen haben, um über „ein künftiges abgestimmtes Vorgehen gegen den gemeinsamen Feind – den 'großen Satan', die Vereinigten Staaten, und den 'kleinen Satan', Israel – zu sprechen.“²⁷ Wahrscheinlich knüpfte die Al-Qa'ida in der ersten Hälfte

der 1990er-Jahre auch Kontakte in Somalia. Das Land gilt nicht erst seit heute als Basis der Terrorgruppe „Al-Ittihad al-Islamija“ (Einheit des Islam), nach Einschätzung des äthiopischen Geheimdienstes „eine der gefährlichsten Terrororganisationen der Region.“²⁸ Vom Sudan kommend soll Bin Laden im April 1994 auch als Mitglied einer saudischen Delegation, die der albanische Geheimdienst eingeladen hatte – in Tirana gewesen sein. Hier soll er „unter anderem die Hilfsorganisation Al-Haramen gegründet haben, die nach westlichen Geheimdienstkenntnissen die Dachorganisation für seine terroristische Expansion auf dem Balkan gewesen ist.“²⁹ In jener

Zeit wurde Bin Laden von den USA bereits als einer der wichtigsten Finanziers islamischer Extremisten gesehen. Der Sudan, sein Gastgeber, war zuvor schon auf die US-Liste der „Schurkenstaaten“ gesetzt worden. Selbiger bot den USA die Auslieferung des Gastes an, was seinerzeit abgelehnt wurde. Das FBI glaubte damals noch, nicht genug Beweise gegen Bin Laden zu haben, um ihn vor ein Gericht zu bringen. Als der Terrorfinanzier in Begleitung von Dutzenden arabischen Kämpfern, Leibwächtern und Familienmitgliedern im Mai 1996 den Sudan auf dem Luftweg verließ, hatte seine Al-Qa'ida Struktur angenommen (s. Abbildung).

Binnenstruktur der Al-Qa'ida (nach Michael Lüders 2001)



3.2 Rückkehr zum Hindukusch – neue Gastgeber in Afghanistan

In der Zeit des sowjetisch-afghanischen Krieges hatte Bin Laden in den 1980er-Jahren Land und Leute in Afghanistan gut kennen gelernt. Ab 1982 hatte er dort auch seine Erfahrungen als Unternehmer eingebracht: „Mit Hilfe des saudischen Botschafters in Pakistan brachte er gewaltige Mengen schweres Grabungsgerät, Tieflader, Planieraupen, Bagger, in das afghanische Hochland, legte Verbindungswege für die Mudschahidin in den Bergen an und errichtete Militärlager.“³⁰ Seinerzeit legte er u. a. auch eine Gebirgsfestung unter dem Tora Bora („Schwarzer Staub“) an, der 56 Kilometer südlich von Jalalabad unweit der Grenze zu Pakistan 3962 Meter hoch aufragt. Der Höhlenkomplex wurde bis zu 350 Meter tief in den Fels hineingetrieben und konnte bis zu 2.000 Menschen beherbergen.³¹ Afghanen nutzten Fluchtburgen in den Weißen Bergen schon vor Jahrhunderten – und im Kampf gegen die Rote Armee hatten sich die verzweigten Karsthöhlen mehr als bewährt. Sie wären in Zeiten der Not auch für Bin Laden und seine Al-Qa'ida-Kämpfer eine sichere Zuflucht. In der Nähe des Komplexes Tora Bora – in Jalalabad – landete Bin Laden mit seinen Leuten 1996.

Osama als Gast der neuen paschtunischen Machthaber

Während seiner ersten Afghanistanzeit hatte Bin Laden im Vielvölkerstaat am Hindukusch auch die Ethnie der Paschtunen, die in Pakistan Pathanen heißen, kennen gelernt. Dieses uralte, in Stämmen organisierte Volk, prakti-

zierte – und praktiziert bis heute – altes Stammesrecht, „Paschtunwali (bzw. Pukhtunwah)“ genannt. Dieser archaische Kodex mit den zentralen Begriffen der Ehre und Schande, ist sehr viel strenger, als es das viel jüngere islamische Recht (Scharia)³² vorsieht. Zu den obersten Geboten des Paschtunwali gehören neben der Blutrache (Badal) auch die Gewährung von Asyl (Nana-watiya) – selbst für einen Todfeind, wenn er als Bittsteller kommt – und die Pflicht zur Bewirtung (Melmastiya). Für die Zeit der Bewirtung genießt der Gast den vollen Schutz des Stammes. Dieser unverrückbaren Grundwerte der paschtunischen Gesellschaft erinnerte sich vielleicht Bin Laden, als er – nach dem Sudan – wieder einen neuen Sitz seiner Al-Qa'ida suchte.

„Es liegt nahe anzunehmen, dass Bin Laden in Kenntnis dieses Ehrenkodexes gerade Afghanistan als Operationsbasis seines Terrors gewählt hat“³³, schlussfolgerte Fred Scholz vom Zentrum für Entwicklungsländerforschung der Freien Universität Berlin. Als Bin Laden in Afghanistan ankam, lebte er unter dem Schutz der Schura (Versammlung) der muslimischen Geistlichen (Ulema) bis zur Eroberung von Kabul und Jalalabad durch die Taliban im September 1996. Nachdem er Freundschaft mit Mullah Mohammed Omar geschlossen hatte, zog er 1997 nach Kandahar und stand fortan unter dem Schutz der Taliban. Omar, der diese als gewählter „Befehlshaber der Gläubigen“ (Amir-ul Momineen) führte, gehörte – wie mehrheitlich auch seine Milizionäre – zur Ethnie der Paschtunen. Der „liebe Gast“ Osama Bin Laden genoss nicht nur den vollen Schutz paschtunischer Stämme. Gerüchten zufolge soll er, der mit drei

Ehefrauen und 13 Kindern nach Afghanistan kam, als vierte Frau eine Tochter des Mullah Omar geheiratet haben. Vor den benannten Hintergründen war es dem Gastgeber – bis zum eigenen Untergang – unmöglich, den „lieben Gast“ auszuliefern – auch nicht an die USA. Nach den französischen Geheimdienstexperten Jean-Charles Brisard und Guillaume Dasquie, die ihre Recherchen in einem Buch (Bin Laden, die verbotene Wahrheit)³⁴ zusammenfassten, sollen die USA schon lange vor den Anschlägen am 11. September mit den Taliban über die Auslieferung des Gastes Bin Laden verhandelt haben. Für die Auslieferung soll den Taliban ein „goldener Teppich“ (eine in Aussicht gestellte Anerkennung ihres Regimes) versprochen worden sein. Im gegenteiligen Fall wurde mit einem „Bombenteppich“ gedroht. Mit ihrer Ablehnung nahmen die Taliban Letzteres in Kauf. Die am 7. Oktober begonnenen Militäraktionen gegen das Taliban-Regime führten nach zwei Monaten zu dessen – auch militärischen – Untergang. In Kandahar kapitulierten die Taliban vor ihren paschtunischen Gegnern. Mullah Omar trat am 6. Dezember als Führer der Taliban zurück. Der paschtunische Stammesführer und designierte Führer der Übergangsregierung Hamid Karsai hatte dem Paschtunen Omar und seinen Vertrauten zugesagt, „in Würde zu leben“. Die USA lehnten den Plan der paschtunischen Stammesführer ab, Omar im Gegenzug für die Übergabe Kandahars unter speziellen Schutz zu stellen.³⁵ Selbst in der Endphase ihrer rund sechsjährigen Herrschaft in Afghanistan hatten die Taliban – gebunden an ihren paschtunischen Ehrenkodex – Osama Bin

Laden nicht ausgeliefert und nicht verateten.

Osamas paramilitärische Camps in Afghanistan

Schon im Jahr seiner Rückkehr hatte Bin Laden mit seinen Leuten, analog zum Sudan, nun aber mit Hilfe der Taliban angefangen, paramilitärische Camps einzurichten. Zwei Jahre später wurden schon in sechs derartigen Camps Kämpfer aus islamischen Ländern, zum Beispiel aus Marokko, Ägypten und Pakistan, vornehmlich in irregulärer Kriegsführung ausgebildet, gemäß der These: „Kleine Kriege verändern die internationale Politik. Nicht durch konventionelle Kriegsführung zwischen Staaten, sondern durch unkonventionelle Kriegsführung zwischen Staaten und nichtstaatlichen Akteuren wandeln sich die Grundlagen der internationalen Beziehungen (...) in dem Maße, in dem sich Staaten auf militärische Konflikte mit nichtstaatlichen Akteuren einlassen und die irreguläre Kriegsführung ihrer Gegner übernehmen (...) stellen sie auch die Prinzipien des internationalen Systems als Staatengemeinschaft in Frage.“³⁶ Insbesondere wurden, um in bewaffneten Konflikten mit Bürgerkriegscharakter effektiv kämpfen zu können, Techniken für den sog. low intensity conflict (LIC)³⁷ vermittelt. Das Gelernte konnten die muslimischen LIC-Guerillas in ihren Heimatregionen oder als Söldner anwenden, ob in Algerien, in den nördlichen Kaukasusrepubliken oder im Balkan Südosteuropas. Ein weiterer Ausbildungsstrang stand nur hochmotivierten Muslimen offen. Sie wurden auf hohem (= terroristischem) Niveau zum

Kämpfer für den Djihâd ausgebildet. Das – auch dem eigenen Leben – übergeordnete Ziel war der „Umsturz der gottlosen Regierungen und ihr Ersatz durch eine islamische Regierungsform.“³⁸ Der jordanische Geheimdienst GID ist nach eigenen Angaben der erste Dienst gewesen, der „als Kämpfer getarnte Agenten in afghanische Trainingslager einschleuste“³⁹ und seither besser informiert ist als die meisten Nachrichtendienste.

Osamas „Handbuch des Terrors“

Nach GID-Informationen „bekommen die Terroristen Ausbildung im Nahkampf, im Bombenbau mit den öffentlich zugänglichen Chemikalien Ammoniak und Aceton sowie ein geheimdienstliches Training. Zudem hat Al-Qa'ida ein Büro zum Fälschen aller möglichen Pass- und Ausweisarten eingerichtet.“⁴⁰ Wie professionell die Djihâd-Terroristen ausgebildet wurden, belegte ein – im Mai 2000 in Manchester beschlagnahmtes⁴¹ – Handbuch mit dem Titel „Militärische Studien im Djihâd gegen die Tyrannen.“ Schon der Bucheinband war dramatisch: Ein Schwert stach durch den Globus direkt in das Herz der USA. In der Einleitung des „Handbuch des Terrors“ hieß es: „Die Konfrontation, zu der wir aufrufen, kennt weder sokratische Debatten noch platonische Ideale oder aristotelische Diplomatie. Aber sie kennt den Dialog der Kugeln, das Ideal des Tötens, Bombens, der Zerstörung. Islamische Regierungen sind niemals und werden niemals durch friedliche Lösungen oder gemeinsame Räte entstehen. Sie entstehen, wie sie immer entstanden sind: durch Schrift und Gewehr, Wort und Kugel, Zunge und

Zähne.“⁴² Das 180 Seiten umfassende Handbuch gibt in 18 Kapiteln detaillierte Unterweisungen für Terroristen, unter anderem für das Verüben von Anschlägen und das Töten von Menschen. So behandelt das Kapitel 2 die „Qualifikationen“ (Das Mitglied muss Willens sein, zum Märtyrer zu werden); Kapitel 3 „Militärbasen“, Kapitel 8 „Sicherheit“, Kapitel 15 „Anschläge durch Bomben“ und Kapitel 16 „Gift und Stichwaffen“. Weitere Kapitel beschreiben das Verwenden von Decknamen, den Umgang mit Finanzmitteln und mit gefälschten Dokumenten. Das Kapitel „Folter“ beschreibt 26 „beste“ Torturmethoden. Wohl noch umfangreicher ist die Enzyklopädie des Djihâd (11 Bände, 6000 Seiten), auf die nicht nur der Leiter des International Observatory on Terrorism in Paris, Roland Jacquard, hinwies.⁴³

Osamas Zugriff auf ABC-Waffen

Mitten im Krieg der Anti-Terror-Allianz gegen das Taliban-Regime und Bin Ladens Al-Qa'ida gab Ende November 2001 der Oberbefehlshaber der US-Truppen in Afghanistan, General Tommy Franks, bekannt, dass „in dem Land über 40 Stätten entdeckt worden seien, wo bin Ladens Terrornetzwerk atomare, biologische und chemische Massenvernichtungswaffen entwickelt haben könnte.“⁴⁴ Schon in den ersten Jahren seiner Zeit im Sudan scheint sich Bin Laden um den Erwerb von ABC-Waffen bemüht zu haben. So soll sich schon 1993 der saudische Scheich Hassa Enany über einen deutschen Geschäftsmann „eingehend über Raketen, biologische und chemische

Kampfstoffe erkundigt haben. Die Waffen seien für arabische Freunde gedacht, die mit Osama bin Laden in Verbindung stünden.“⁴⁵ So die damalige Erklärung des Scheichs, dem beste Verbindungen ins saudische Königshaus nachgesagt werden. Nach Informationen des jordanischen GID haben Bin Ladens Leute versucht, in Republiken der früheren Sowjetunion biologische und chemische Kampfstoffe zu kaufen. Hier war vor über einem Vierteljahrhundert eine sowjetische Behörde namens „Biopräparat“ gegründet worden, deren Aufgabe in der Erforschung und Herstellung biologischer Waffen bestand. Dazu der Mikrobiologe Ken Alibek, der als Kanatjan Ali Bekow von 1987–92 erster stellvertretender Direktor dieser Behörde war: „Biopräparat war Dreh- und Angelpunkt eines streng geheimen Imperiums von Forschungs-, Test- und Produktionsstätten, die sich in über vierzig über das Gebiet Russlands und Kasachstans verstreuten Anlagen befanden. Nahezu jede bedeutende Regierungsinstitution war in die biologische Kriegswaffenforschung involviert (...). Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist die Gefahr, die einmal von unseren Waffenarsenalen ausging, erheblich geschrumpft (...). Doch die Gefahr eines Angriffs mit biologischen Waffen hat in dem Maße zugenommen, in dem das in unseren Labors erlangte Wissen und die tödlichen Formeln, die unsere Forscher in jahrelanger Forschung entwickelt haben, zu unberechenbaren Regimen und terroristischen Gruppen durchgesickert sind.“⁴⁶

Die Al-Qa’ida, so der GID, soll zumindest über den – einst in Sowjetlaboren hergestellten – Milzbranderreger

Anthrax verfügt haben. Die Labore, um solche Gifte weiterzuverarbeiten, wären in den Camps vorhanden gewesen. Israelische Experten wie Ely Karmon vom Institut für Terrorbekämpfung (ICT) in Herzlia gingen jedoch davon aus, dass Bin Laden „das wissenschaftliche und technische Know-how fehlte, um Biowaffen selbst herzustellen.“⁴⁷ Ganz ähnlich die Einschätzung der Direktorin des Instituts für Abrüstungsforschung der Vereinten Nationen (UNIDIR), Patricia Lewis. Sie bestätigte, dass Al-Qa’ida sehr wohl die Möglichkeit gehabt habe, sich biologische Waffen zu beschaffen, schränkte jedoch ein, „dass es unwahrscheinlich sei, dass terroristische Organisationen selbst über die notwendigen Laborkapazitäten verfügen, um biologische Kampfstoffe in eine Waffe einzubringen, insbesondere in Raketen.“⁴⁸ Belegt ist, dass zumindest in einem Camp Bin Ladens schon vor längerer Zeit mit chemischen Waffen experimentiert wurde. In einem Interview mit dem in Katar ansässigen TV-Sender Al-Dschasira im Dezember 1998 sprach Osama Bin Laden davon, dass „es die Pflicht der Muslime wäre, ABC-Waffen zu besitzen.“ Knapp drei Jahre später drohte er mit der Anwendung dieser Waffen. In einem in der pakistanischen Zeitung ‘Dawn’ am 10. November 2001 abgedruckten Interview, das der Journalist und Bin Laden-Biograf Hamid Mir mit Bin Laden führte, drohte der Al-Qa’ida-Führer mit dem „Einsatz von atomaren und chemischen Waffen, falls die USA ähnliche Waffen gegen ihn richteten.“⁴⁹ Auch um nukleare Waffenmaterialien hatte sich Bin Laden in seiner Zeit im Sudan bemüht. Schon 1994 hatte in Khartoum sein Aufkäufer Jamal Ahmed Al-Fadl⁵⁰ versucht, hochangereichertes Uran

– angeblich aus Südafrika – zu kaufen. Von Afghanistan aus sollen Aufkäufer der Al-Qa'ida versucht haben, über Mittelsmänner und Vertreter der Russian Organized Crime (ROC) an nukleares Material zu kommen.⁵¹ In der Folge hielten sich „Gerüchte über Miniatur-Atombomben, die für Bin Laden aus Russland geschmuggelt wurden.“⁵² Nach Quellen westlicher Geheimdienste soll die Al-Qa'ida sich „atomares Material für mögliche Anschläge verschafft“ haben, das illegal aus Pakistan besorgt wurde.⁵³ Fachleute vermuten, dass Bin Laden zwar nicht in der Lage sei, eine A-Bombe zu bauen, wohl aber könnte er eine „konventionelle Bombe mit radioaktivem Kern“ herstellen lassen (Washington Post).⁵⁴ Diese „schmutzige Bombe“ könnte ein kleines Gebiet radioaktiv verseuchen. Experten der Anti-Terror-Allianz schließen nicht aus, dass Osama Bin Laden bereits über diese Waffe verfügt.

4. Al-Qa'ida – ein transislamisches Terrornetzwerk

Bin Laden, der „Soldat des Islam“, steht als „Emir“ einer geschulten Al-Qa'ida-Armee mit geschätzten 3.000 bis 5.000 Kämpfern vor. Zwischen 1.000 bis 2.000 seiner „arabischen Afghanen“ sollen auf Seiten der Taliban gegen die afghanische Nordallianz und Special Forces der Anti-Terror-Allianz gekämpft haben. In Relation zu anderen „Fremdenlegionären des Djihâd“ (Pakistani, Usbeken, Uiguren, Kirgisen, Tadschiken, Tschetschenen und andere, insgesamt rund 10.000 Kämpfer) kämpften die „Arabi“ (aus den Golfstaaten, Jordanien, Ägypten, Algerien u. a.) oft bis zum eigenen

Untergang. So sollen bis zu 400 bei der Niederschlagung des Gefangenenaufstandes bei Masar-i-Sharif ums Leben gekommen sein.⁵⁵ Ein Großteil „der gewaltbereiten und zu allem entschlossenen potenziellen Attentäter aus dem Umfeld von Al-Qa'ida“, so Michael Lüders⁵⁶, kämpfen nicht am Hindukusch sondern halten sich in Europa, den USA und Kanada auf. Der Nestor der US-Terrorismusforschung, Yonah Alexander, präziserte die „areas of the network's operations“ der Al-Qa'ida auf insgesamt 55 Länder, so im Mittleren Osten (17), Asien (9), Europa (15), Ex-Sowjetunion (5), Afrika (16) und dem amerikanischen Doppelkontinent (6).⁵⁷

4.1 Die Internationalisierung der Al-Qa'ida

Die Internationalisierung der Al-Qa'ida begann Bin Laden bereits in seiner Zeit im Sudan. Später in Afghanistan arbeitete er an einem weltweit verzahnten islamistischen Mudjahidin-Netzwerk und lud zur Realisierung zu „Elementarversammlungen des Islamischen Weltbundes“ ein. In der Folge wurde im Gottesstaat⁵⁸ der Taliban (Emirat Afghanistan) in Chost im Februar 1998 eine Terrorkoalition namens „Internationale Islamische Front für den Heiligen Krieg gegen Juden und Kreuzzügler“ von sechs großen Terrorgruppen aus Afghanistan, Algerien, Bangladesch, Pakistan und Kaschmir gegründet. Zwei Jahre zuvor war die Gründung einer derartigen „Islamischen Internationale“ schon in London erwogen, aber nicht realisiert worden.⁵⁹

Nach der Gründung der Terrorkoalition wurde auf der 4. Elementarver-

sammlung im Juni 1998, an der arabische Delegierte, Abgesandte aus Tschetschenien, Somalia, dem Jemen und Exilantenkreise aus London teilnahmen, ein „verbindlicher Aktionsplan für alle Mitglieder des Weltbundes“ beschlossen. Seit dieser Zeit bedroht die Islamisten-Internationale gläubige und ungläubige „Feinde des Islam“ gleichermaßen. So werden prowestliche islamische Länder ins Visier genommen, wie – erst im Herbst 2001 bekannt gewordene – vom jordanischen GID aufgedeckte Attentatspläne gegen König Abdullah II. und seine Familie belegen.⁶⁰ „Wo immer sich Amerikaner und Juden befinden, werden sie zum Ziel“, hieß es in nicht wenigen Erklärungen der Al-Qa’ida bzw. ihrer Sprecher. Die letzte dieser Drohungen sprach mit Nasir Ahmed Mudschahed ein Militärführer der Al-Qa’ida am 25. September 2001 aus. In seiner in Pakistan verbreiteten Erklärung hieß es weiter, dass die Muslime in aller Welt aufgerufen sind, sich auf einen Heiligen Krieg vorzubereiten.⁶¹ Um diesen Djihâd auch global kämpfen zu können, ist die Al-Qa’ida mit einer Vielzahl von Organisationen und deren Gotteskriegern (aligned Mudjahidin) verbunden. Die Terrorismusforscher Yonah Alexander und Michael S. Swetnam haben davon über dreißig mit Sitz in Ägypten, Algerien, Bangladesch, Frankreich/Kanada, Jordanien, Kaschmir, Libanon, Libyen, Pakistan, Palästina, Philippinen, Somalia und Usbekistan⁶² ausgemacht.

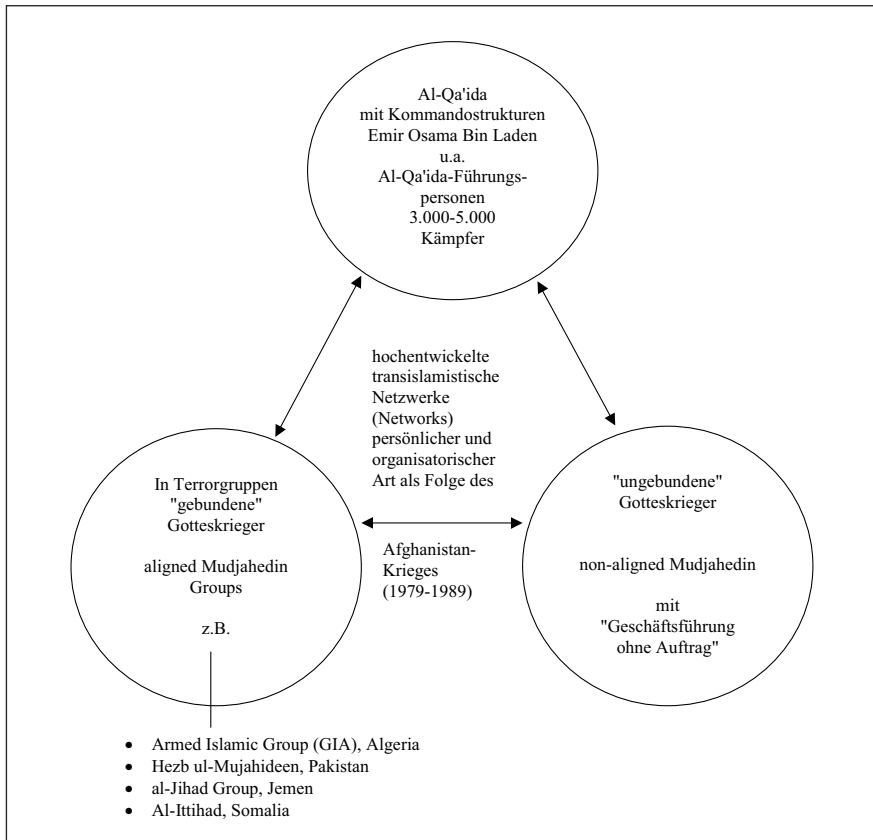
Neben den in islamistischen Gruppen organisierten Djihâdisten bestehen auch Kontakte zu völlig „ungebundenen“ Gotteskriegern (non-aligned Mudjahidin). Diese sind nur lose mit anderen Netzwerken verbunden

(s. Abbildung). Ihre Kämpfer, wo immer sie auch ihre Ausbildungen erhalten haben, beschließen – wenn sie nach Europa zurückgekehrt sind – allein, wo sie aktiv werden wollen. Über ihre Anschlagziele entscheiden „non-aligned“ Mudjahidin völlig autonom und „ohne Rücksprache an entscheidender Stelle“, so das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV).⁶³ Diese Art „Geschäftsführung ohne Auftrag“ birgt Gefahrenpotenziale unbekannter Größenordnung in sich. Unmittelbare hierarchische Beziehungen oder gar Befehlsstrukturen zwischen festen Gruppen mit „gebundenen“ Kämpfern und Kommandeuren und lockeren Bündnissen mit „ungebundenen“ Gotteskriegern bestehen offensichtlich nicht. Doch wie sieht die Struktur dieser Organisationen aus, in der sich voneinander unabhängig operierende Einzelgruppen nicht „auf Kommando“, aber „ad hoc“ zu einer bestimmten Aktion zusammenfinden?

4.2 Die Nutzung beduinisch-arabischen Erfahrungswissens

Der Islamwissenschaftler und Ethnologe Peter Heine geht davon aus, dass „wir es hier im Grunde mit einer Organisationsform zu tun haben, wie sie uns aus den beduinischen Gesellschaften der arabischen Halbinsel schon lange bekannt sind (...). Es ist nicht auszuschließen, dass die Form der Kooperation (temporäre Aktionsbündnisse) von den ‘neuen Terroristen’ ganz bewusst aus der Geschichte der frühen islamischen Kriege, den Maghâzî (Überfälle) übernommen worden ist (...).“⁶⁴ Merkmale der Beduinen⁶⁵ (arab. badû) sind die tribale Struktur, die sprachliche und ethnische Charakte-

Modell der Netzwerkstrukturen transislamistischer Terrorgruppen (nach Landesamt für Verfassungsschutz Niedersachsen 2001)



© B.G. Thamm 11/2001

risierung als Araber⁶⁶ und – in der Vergangenheit – die häufigen kriegerischen Auseinandersetzungen. Schon im 7. Jahrhundert galten auf der arabischen Halbinsel dominierende Stämme mit geübten Kriegern als besonders „edel“, was zu einem allseits respektierten „Kriegeradel“ führte. Ursprung aller Beduinenstämme war der Jemen. Hier liegen auch die familiären Wurzeln der Bin Ladens.⁶⁷ Zur Geschichte des Beduinentums auf der „Djesira“ (Insel) gehört auch die islamische Bewegung der Waghâbiten – Osama ist

ein Waghâbit. Er und die Mitglieder der Al-Qa'ida nutzen in Kriegsführung, Kommunikation und Finanzwesen sowohl moderne Technik, als auch archaisches beduinisch-arabisches Erfahrungswissen. In der Kommunikation verlässt man sich nicht nur auf Fax, E-Mails, Websides, Videos für TV-Sender, Satelliten-Telefon u.a., sondern setzt auch die „nicht zu ortende Wisperpropaganda“ (der Basar als Jahrhunderte alte Nachrichtenquelle) ein. Unter Ausnutzung des professionellen Menschenschmuggels können

codierte Botschaften⁶⁸ über geschleuste Personen von Afghanistan/Pakistan über die Türkei/Griechenland in die Europäische Union auf dem Land- und Wasserweg verbracht werden, wo dann die als Schleuserzettel getarnten Al-Qa'ida-Botschaften entcodiert werden können.⁶⁹

Auch in der Finanzierung werden neben modernen Transaktionsmöglichkeiten traditionelle Formen des Geldtransfers genutzt. Schon seit dem 9. Jahrhundert sind in der islamischen Welt Formen von bargeldlosem Zahlungsverkehr bekannt.⁷⁰ „Hawâla“ (Vertrauen, im Sinn von Wechsel, Überweisung, Scheck) steht für ein System, das wie das ebenfalls Jahrhunderte alte „Hundi-Trade“ der Pakistani⁷¹ und vergleichbare Systeme der Chinesen (fei chien = fliegendes Geld) und Lateinamerikaner (Chit=Zettel) heute vom offiziellen Finanzwesen als „Underground Banking“ bezeichnet wird. Die Systeme des inoffiziellen Finanzwesens sind vom Prinzip her genauso global organisiert wie das normale Bankgewerbe. Das Geld läuft theoretisch in beide Richtungen: „Eine Person an einer Stelle in der islamischen Welt zahlt bei einem Geldhändler eine bestimmte Summe ein und erhält gegen eine entsprechende Gebühr ein Schriftstück, für das er an einem anderen Ort von einem anderen Geldhändler und wiederum gegen die Zahlung einer entsprechenden Courtage die zuvor eingezahlte Summe zurückerhält. Zwischen den verschiedenen Geldhändlern besteht ein Netzwerk, das auch ein Kommunikationssystem beinhaltet, mit dessen Hilfe die jeweiligen Summen ausgetauscht werden können.“⁷² Gruppen der organisierten Kriminalität nutzen das Underground

Banking schon länger, insbesondere im transnationalen Rauschgifthandel. Die Drug Enforcement Administration (DEA) ging schon 1994 davon aus, dass „schätzungsweise zwei Milliarden Dollar jährlich durch Pakistans Hundi-Trade“ gingen.⁷³ Auch der moderne islamistische Terrorismus bedient sich dieser alten Systeme. Auch die Finanzströme der Al-Qa'ida liefen zum Teil über Hawâla. So soll das Geld für die Bombenanschläge auf die US-Botschaften in Kenia und Tansania 1998 über eine Hawâla-Stelle in Nairobi gekommen sein – aufgegeben in Kuwait und Jemen.⁷⁴

5. Anmerkungen zur Terrorfinanzierung als Nachwort

Unter den islamistischen Terrornetzwerken gilt Bin Ladens Al-Qa'ida als Organisation mit den meisten Ressourcen. Der Österreichische Ökonom Friedrich Schneider schätzte auf einem internationalen Symposium des BND zum Thema Geldwäsche im Oktober 2001, dass die Al-Qa'ida über ein Vermögen von fünf Milliarden Dollar und einem Jahresbudget von 20 bis 50 Millionen Dollar verfügt. Die Zahlen könnten bis zu 20 Prozent schwanken.⁷⁵ Schneiders Untersuchungen lieferten nicht nur Zahlen über „die Basis“ Bin Ladens, sondern auch über weitere – über 20! – islamistische Terrorgruppen. Nach seinen Berechnungen stammen bei den Finanzressourcen der internationalen Terrornetzwerke 30 bis 40 Prozent aus Drogengeschäften, 20 bis 30 Prozent aus Spenden/Zuwendungen von Religionsgemeinschaften, auch Regierungen und 10 bis 20 Prozent aus verschiedenen Kriminalitätsbereichen wie

Schutzgelderpressung und Kreditkartenbetrug.⁷⁶ Die Al-Qa'ida gehört als eine von mehreren „hoch entwickelten transislamistischen Netzwerken persönlicher und organisatorischer Art“⁷⁷ zur Hinterlassenschaft des Afghanistan-Krieges. Die dort erwachsenen Gefahrenpotenziale, deren Bedrohung heute globale Ausmaße

haben, kommentierte der Pakistani Ahmed Rashid. Sein Kurzkomentar ist Analyse und Prognose zugleich: „Keiner der Geheimdienste schien sich über die Konsequenzen im Klaren zu sein, die sich aus dem Zusammenkommen von Tausenden islamischen Radikalen aus der ganzen Welt ergaben.“⁷⁸

Anmerkungen

- ¹ Markov, Walter/Anderle, Alfred/Werner, Ernst (Hrsg.): Kleine Enzyklopädie Weltgeschichte Band 1, VEB Bibliografisches Institut, Leipzig 1981², S. 42.
- ² Vgl. auch Allan, Pierre/Kläy, Dieter: Zwischen Bürokratie und Ideologie – Entscheidungsprozesse in Moskaus Afghanistankonflikt, Bern-Stuttgart-Wien 1999.
- ³ Heine, Peter: Terror in Allahs Namen – Extremistische Kräfte im Islam, Freiburg-Basel-Wien 2001, S. 27.
- ⁴ Lüders, Michael: „Wir hungern nach dem Tod“ – Woher kommt die Gewalt im Dschihad-Islam? Zürich-Hamburg 2001, S. 55.
- ⁵ Rashid, Ahmed: Taliban – Afghanistans Gotteskrieger und der Dschihad, München 2001, S. 222.
- ⁶ Ebd.
- ⁷ Ebd., S. 223.
- ⁸ Lüders, Michael: Wir hungern nach dem Tod, S. 66.
- ⁹ Rashid, Ahmed: Taliban, S. 223.
- ¹⁰ Pohly, Michael/Durán, Khalid: Osama bin Laden – und der internationale Terrorismus, München 2001, S. 34–35.
- ¹¹ Ebd., S. 23.
- ¹² Lüders, Michael: Wir hungern nach dem Tod, S. 92.
- ¹³ Ebd., S. 93.
- ¹⁴ Ebd., S. 93–94.
- ¹⁵ Elger, Ralf (Hrsg.): Kleines Islam-Lexikon – Geschichte-Alltag-Kultur, München 2001, S. 322.
- ¹⁶ Rashid, Ahmed: Taliban, S. 226–227.
- ¹⁷ Vgl. auch Clark, Ramsey: Wüstensturm – US-Kriegsverbrechen am Golf, Göttingen 1993; Summers jr., Harry G.: A Critical Analysis of the Gulf War, A Dell Book, New York 1992.
- ¹⁸ Heine, Peter: Terror, S. 139.
- ¹⁹ Calic, Marie-Janine: Krieg und Frieden in

Bosnien-Herzegowina, Frankfurt, erweiterte Neuauflage 1996, S. 100.

- ²⁰ Zitiert n. einem Bericht des privaten russischen TV-Senders NTW im Februar 1995.
- ²¹ Windisch, Elke: Dagestan versucht sich an Neuauflage eines Gottesstaates, in: Der Tagesspiegel, 9. August 1999, S. 6.
- ²² Der Spiegel Nr. 31, 31. Juli 2000, S. 135.
- ²³ Prochaskowa, P./Mrozek, G.: Chatab kündigt Vergeltung an russischen Zivilisten an – Gespräch mit den Führern der Freischärler in Dagestan, in: Berliner Zeitung, 6. September 1999, S. 10.
- ²⁴ Wagensohn, Tanja: Krieg in Tschetschenien, aktuelle analysen 18, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München 2000, S. 39.
- ²⁵ Lüders, Michael: Wir hungern nach dem Tod, S. 97.
- ²⁶ Ebd., S. 97–98.
- ²⁷ Ulfkotte, Udo: Propheten des Terrors – Das geheime Netzwerk der Islamisten, München 2001, S. 73.
- ²⁸ Ebd., S. 61.
- ²⁹ Antonaros, Evangelos: Taliban reisen im Gewand der Skipetaren – Auf dem Balkan liegt das europäische Hauptquartier von Al-Qaidah, in: Berliner Morgenpost, 1. November 2001, S. 3.
- ³⁰ Lüders, Michael: Wir hungern nach dem Tod, S. 90.
- ³¹ Lippold, Frank E.: Jagd im Schwarzen Staub, in: Berliner Morgenpost, 3. Dezember 2001, S. 6.
- ³² Vgl. auch Ramadan, Said: Das Islamische Recht – Theorie und Praxis, hrsg. v. Muslim Studenten Vereinigung in Deutschland e.V./Islamisches Konzil in Deutschland, Marburg 1996, S. 42ff.; von Tornauw, Nicolaus: Das Moslemische Recht – aus den Quellen dargestellt, Leipzig 1855 (Reprint Editions RODOPI

- Amsterdam 1970).
- ³³ Scholz, Fred: Paschtunen – Ein Ehren-codex prägt die Gesellschaft, in: Berliner Zeitung, 21. November 2001, S.10.
- ³⁴ Vgl. auch Brisard, Charles/Dasquie, Guillaume: Ben Laden – La Vérité Interdite, Editions Denoel, Paris 2001.
- ³⁵ Germund, Willi/Reuters-Agenturmeldung: Taliban in Kandahar kapitulieren – Mullah Omar fordert freies Geleit, in: Berliner Zeitung, 7. Dezember 2001, S.1.
- ³⁶ Daase, Christopher: Kleine Kriege – große Wirkung. Wie unkonventionelle Kriegführung die internationale Politik verändert, Baden-Baden 1999, Klappentext.
- ³⁷ Vgl. auch Field Circular „Low-Intensity Conflict“, FC 100–20, U.S. Army Command and General Staff College, Fort Leavenworth/Kansas, 30 May 1986, p.V.
- ³⁸ Jahn, Olaf: Dialog der Kugeln, in: Berliner Morgenpost, 13. Oktober 2001, S.7.
- ³⁹ Der Stern Nr.42, 11. Oktober 2001, S.49.
- ⁴⁰ Stern-Interview mit Jordaniens König Abdullah II., in: Der Stern Nr.42, 11. Oktober 2001, S.48–49.
- ⁴¹ dpa-Meldung, in: Der Tagesspiegel, 24. September 2001, S.5.
- ⁴² Jahn, Olaf: Dialog, S.7.
- ⁴³ Vgl. auch Jacquard, Roland: The Guidebook of Jihad, in: Time, October 21, 2001, S.73.
- ⁴⁴ AP-Meldung, in: Der Tagesspiegel, 29. November 2001, S.5.
- ⁴⁵ Der Stern Nr.50, 6. Dezember 2001, S.19.
- ⁴⁶ Alibek, Ken/Handelman, Stephen: Direktorium 15 – Russlands Geheimpläne für den biologischen Krieg, München/Düsseldorf 1999, S.10–11.
- ⁴⁷ Focus-Interview mit Ely Karmon, in: Focus Nr.45, 5. November 2001, S.316.
- ⁴⁸ Roth, Jürgen: Netzwerke des Terrors, Hamburg-Wien 2001, S.165–166.
- ⁴⁹ Raman, Ashwin: Chemiewaffen aus Russland – Pakistanischer Reporter: Bin Laden hat im Interview Herkunft seiner Kampfstoffe enthüllt, in: Der Tagesspiegel, 13. November 2001, S.6.
- ⁵⁰ dpa-Meldung: Wollte Al-Qaida Atommaterial in Russland kaufen?, in: Der Tagesspiegel, 16. Oktober 2001, S.5.
- ⁵¹ Vgl. auch ARD-Magazin „Report Mainz“ vom 15. Oktober 2001.
- ⁵² Focus-Interview mit Ely Karmon, in: Focus Nr.45, 5. November 2001, S.316.
- ⁵³ AP/dpa/Reuters-Meldungen in: Berliner Zeitung, 12. November 2001, S.8.
- ⁵⁴ dpa-Meldung: Bin Laden und die Atombombe, in: Berliner Zeitung, 5. Dezember 2001, S.10.
- ⁵⁵ Vgl. auch Perry, Alex: Inside the Battle at Qala-I-Jangi, in: Time, December 10, 2001, p.28–35.
- ⁵⁶ Lüders, Michael: Wir hungern nach dem Tod, S.99.
- ⁵⁷ Alexander, Yonah/Swetnam, Michael S.: Usama bin Laden's al-Qaida: Profile of a Terrorist Network, Ardsley, NY 2001, p.31.
- ⁵⁸ Vgl. auch Krämer, Gudrun: Gottes Staat als Republik – Reflexionen zeitgenössischer Muslime zu Islam, Menschenrechten und Demokratie, Baden-Baden 1999.
- ⁵⁹ Tibi, Bassam: Fundamentalismus im Islam – Eine Gefahr für den Weltfrieden?, Darmstadt 2000, S.145.
- ⁶⁰ Stern-Interview mit König Abdullah II. von Jordanien, in: Stern Nr.42, 11. Oktober 2001, S.49.
- ⁶¹ AFP/AP/dpa-Meldungen: Drohungen der al-Qaida-Gruppe, in: Berliner Zeitung, 26. September 2001.
- ⁶² Alexander, Yonah/Swetnam, Michael S.: Usama bin Laden, S.30.
- ⁶³ Rosenkranz, Gerd: Anschläge ohne Auftrag, in: Der Spiegel, Nr.42, 15. Oktober 2001, S.31.
- ⁶⁴ Heine, Peter: Terror, S.155.
- ⁶⁵ Vgl. auch Brandes, Jörg-Dieter: Spuren im Wüstensand – die Geschichte der Beduinen vom Jemen bis zum Maghreb, Stuttgart 2001.
- ⁶⁶ Vgl. auch Haarmann, Ulrich/Halm, Heinz (Hrsg.): Geschichte der arabischen Welt, München 2001⁴.
- ⁶⁷ Vgl. auch Bergen, Peter: Heiliger Krieg Inc. – Osama bin Ladens Terrornetz, Berlin 2001.
- ⁶⁸ Vgl. auch Kippenhahn, Rudolf: Verschlüsselte Botschaften – Geheimschrift, Enigma und Chipkarte, Reinbek b. Hamburg 1999; Singh, Simon: Geheime Botschaft – Die Kunst der Verschlüsselung von der Antike bis in die Zeiten des Internet, München-Wien 2000.
- ⁶⁹ Vgl. auch ARD-Magazin „Report Mainz“ vom 3. Dezember 2001.
- ⁷⁰ Vgl. auch Duri, Abdalaziz: Arabische Wirtschaftsgeschichte, Zürich-München 1979.
- ⁷¹ Vgl. auch dpa-Meldung: Traditionelle Stoffketten durch Fax-Mitteilungen ersetzt – im Orient hält sich hartnäckig ein inoffizielles Finanzwesen, in: Der Tagesspiegel, 7. Januar 1992, S.24.
- ⁷² Heine, Peter: Terror, S.156.
- ⁷³ DEA: Trends in Pakistani Money Movement, DEA Sensitive, U.S. Department of Justice, DEA-Intelligence Division, DEA-94043, April 1994.
- ⁷⁴ Borst, S./Contoli, M./Henrich/ A./Treser, T.: Hawala – Bares Vertrauen, in: Focus Nr.42, 15. Oktober 2001, S.242–246.

⁷⁵ Reuter, Wolfgang: Terror-Finanzierung – Löchrige Daten, in: Der Spiegel Nr. 45, 5. November 2001, S. 40.

⁷⁶ Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) Nr. 249, 26.10.2001, S. 4.

⁷⁷ Thamm, Berndt Georg: Fundamentalismus – Gotteskrieger tragen Terror nach Europa, in: Deutsche Polizei, 50. Jg. Nr. 9 /September 2001, S. 7.

⁷⁸ Rashid, Ahmed: Taliban, S. 223.

Taliban in Deutschland*

Aschot Manutscharjan

„Warum sollten sich die Europäer ausgerechnet in dem so weit entfernt liegenden Afghanistan engagieren?“, fragte der Autor dieses Artikels Anfang April 2001 Achmad Schah Massud, Vizepräsident und Verteidigungsminister des „Islamischen Staates Afghanistan“. Die Antwort kam prompt: „Um sich selbst zu schützen“, sagte Massud. „Wenn nicht bald eine friedliche Lösung für Afghanistan gefunden wird, breitet sich die Krise aus und wird nicht nur Europa, sondern auch Amerika treffen. Die neue amerikanische Regierung sollte deutlicher Position beziehen gegen den Terror der Taliban, ansonsten wird dieser Terror auch Amerika erreichen. Meine Botschaft an die Europäer ist, dass ein Terrorregime keine Zukunft haben darf.“¹ Dennoch machten sich die USA und Deutschland die Sichtweise des charismatischen Führers der Nordallianz, bekannt auch unter dem Beinamen „Löwe aus dem Pandscher Tal“, nicht zu Eigen – bis zum 11. September 2001.

1. 1998: Die „Botschaft“ der Taliban in Frankfurt am Main

Afghanistans Islamisten-Krieger haben jahrelang ihre Landsleute in Deutschland unter Druck gesetzt – und das Auswärtige Amt duldet es. Frankfurt am

Main – Niddastrasse – Rauschgiftmilieu. Tür- und Klingelschilder am Haus geben nicht den geringsten Hinweis darauf, wer seit dem Frühjahr 1998 hier eine Agentur unterhält. Auf Merkblättern jedoch, die unter den fast 70.000 legal in Deutschland lebenden Afghanen kursierten, outete sich unter dieser Adresse „The Islamic Movement of Afghanistan Office in Germany“. Der Außenposten der Religionskrieger hatte das Völkerrecht unterlaufen und stiftete jetzt allseits Verwirrung bei der Bundesregierung, aber auch bei den deutschen Ausländerbehörden. Das obskure Büro führte sich als eine Art afghanisches Generalkonsulat auf, indem es beispielsweise Pässe ausstellte. Mit dem Personaldokumenten als Druckmittel wollten die Islam-Eiferer ihre Macht auf die Exil-Landsleute ausdehnen: „Wenn Sie keine Schwierigkeiten haben wollen“, etwa bei Besuchsreisen ins Heimatland, „wenden Sie sich an uns“, drohte das Merkblatt. Aufmerksamen Beamten bei den kommunalen Ausländerämtern fiel jedoch auf, was Bonner Regierungsstellen gleichgültig zu sein schien: Immer häufiger trugen afghanische Pässe offizielle Stempel des Taliban-Regimes, sie hatten also das Frankfurter Büro durchlaufen. Der Stolperstein: Weder Deutschland, die EU-Partnerstaaten noch die Vereinten Nationen hatten das menschenverachtende Regime anerkannt.

Durften die deutschen Behörden von den Taliban ausgestellte Pässe also überhaupt akzeptieren? Nach den Bestimmungen des Völkerrechts waren allein Afghanistans Botschaft in Bonn bzw. das Generalkonsulat in Berlin ermächtigt, den Staat offiziell zu vertreten. Die Taliban aber betrachteten die in Bonn akkreditierten Diplomaten ihres Landes als Feinde, weil sie noch von der 1996 gestürzten Regierung eingesetzt worden waren. Außerdem behaupteten sie, von der Botschaft ausgegebene Pässe seien „gefälscht“ und „in unserem Emirats nicht gültig“. Um Auskunft nachsuchenden Ausländerämtern konnte die Bundesregierung nicht weiterhelfen: Während die strengen Juristen des Bundesinnenministeriums ausschlossen, „Dokumente eines nicht anerkannten Regimes zu akzeptieren“, wollte das Auswärtige Amt (AA) „aus pragmatischen Gründen“ beide Augen zudrücken. Deshalb durfte das Afghanistan-Büro der Taliban in Frankfurt weiterarbeiten. Die Begründung lautete: Das Außenamt habe „keine Handhabe“, solange die Agentur „keine konsularische Tätigkeit ausübt“. Den Diplomaten war ein kleiner, aber feiner Unterschied aufgefallen: Angeblich wurden von Frankfurt aus nur Papiere mit der afghanischen Botschaft in Pakistans Hauptstadt Islamabad ausgetauscht, selbst Hand angelegt hätten die Taliban nicht, also keine Pässe gestempelt oder Siegel angebracht.

2. 1999: Die Taliban Bank in Hamburg

Ungeachtet der UN-Sanktionen betrieben die Islamisten in Deutschland eifrig Bankgeschäfte. Im Namen des

Volkes entschied die Zweite Kammer des Arbeitsgerichts Hamburg (Aktenzeichen 2 GA 5/98): Abdul Hai Sultani ist und bleibt rechtmäßiger Direktor der Deutschland-Repräsentanz der Bank Millie Afghan. De facto aber führte ein Vertrauensmann der Taliban, Schah Mohammad Sanehy, die Geschäfte der afghanischen Staatsbank-Filiale am noblen Hamburger Jungfernstieg. Nach ihrer Machtübernahme in Afghanistan hatten die Taliban Direktor Sultani kaltgestellt, weil er der von den Glaubenskriegern 1996 gestürzten Regierung die Treue hielt. Die beherrschte zwar nur noch ein kleines Gebiet im Norden des Landes, genoss aber weiterhin internationale Anerkennung, maßgeblich bei den Vereinten Nationen. Den Deckmantel der Paragraphen, die Direktor Sultanis formale Stellung auf richterlichem Papier beglaubigten, hielt das Auswärtige Amt der Bundesregierung offenbar für die Wirklichkeit. „Wirtschaftliche Aktivitäten“ des Taliban-Regimes in Deutschland „sind uns – mit Ausnahme eines Büros der Fluggesellschaft Ariana in Frankfurt am Main – nicht bekannt“, teilte das Auswärtige Amt mit. Nach abstrakter Juristen-Logik arbeitete die Bank legal, weil Sultani de jure der Chef blieb.

Deutschlands Diplomaten mussten so tun als ob. Denn seit November 1999 verlangte ein Sanktionsbeschluss des UN-Sicherheitsrates Resolution Nr. 1267 vom 15. Oktober 1999 u. a. die Sperrung der Auslandsvermögen der Taliban-Machthaber. Die Sachkenner des Bundeskriminalamts (BKA) wiesen darauf hin, dass Afghanistan außer Teppichen vor allem eine Ware nach Deutschland exportiert: Heroin. Bei der Geldwäsche von Gewinnen aus

dem Rauschgifthandel „spielen deutsche Banken eine wichtige Rolle“, betonten die Kriminalisten. „Die Taliban finanzieren sich mit Heroin“, klagte im Januar 2000 der Außenminister der legitimen Regierung des „Islamischen Staates Afghanistan“, Abdullah Abdullah. Von den weltweit 6.000 Tonnen Opium produzierte Afghanistan 1999 nach Angaben des UN-Drogenkontrollprogramms (UNDCP) allein mehr als drei Viertel (4.600 Tonnen). Daraus lassen sich 460 Tonnen Heroin herstellen. Der Straßenverkaufswert kann bis zu 200 Milliarden Mark betragen.

Angesichts des 15-Seiten-Urteils des Hamburger Arbeitsgerichts erachtete Außenminister Abdullah die Zustände bei der Staatsbank in Hamburg als Hohn. Dagegen „haben wir bei der Bundesregierung mehrmals Protest erhoben“. Außenminister Joschka Fischers Ressort nahm die Proteste nur zur Kenntnis und ließ verlauten: Deutschland „unterhält keine diplomatischen Beziehungen zu den Taliban“. Es duldet jedoch abgesehen von den monierten Bankgeschäften das „private“ Taliban-Verbindungsbüro in Frankfurt am Main. Dessen Aufgabe bestand u. a. darin, Pässe und Visa für Heimreisen der Anhänger des Regimes in Kabul zu beschaffen.

Wegen des Bankgeheimnisses „durfte“ die Deutsche Bank Informationen über Geschäftsbeziehung zur Bank Millie Afghan in Hamburg „nicht bestätigen“. Obwohl das Arbeitsgericht der Hansestadt den von Kabul bevollmächtigten Taliban-Banker Schah Mohammad Sanehy samt Beglaubigungspapieren nicht als Bankchef akzeptiert hatte, blieb Deutschlands Renommier-

bank dabei, dass für sie der jeweils aktuell „von Kabul bestellte Vertreter“ der Staatsbank als legaler Geschäftspartner gelte. Protest kam nur von der legitimen Regierung Afghanistans. Insgesamt unterhielten den Taliban nahe stehende afghanische Stellen bei deutschen Banken in Hamburg, Frankfurt und München neun Konten. „Um Gewinne aus dem Heroin-Handel zu legalisieren, reichen ein paar Dutzend Gaststätten und Imbissbuden nicht aus“, wissen die Geldwäsche-Experten des BKA zu berichten. Für verschleierte Investitionen in gewinnträchtige Immobilien oder Wertpapiere seien vordergründig saubere Geschäftsbeziehungen zu seriösen Banken unerlässlich. Vom Heroin-Geschäft profitierte nach Erkenntnissen der Nachrichtendienste nicht zuletzt der radikal-islamische Terroristenführer Osama bin Laden, seit Jahren „Gast“ der Taliban. „Angst vor dem Taliban-Terror“ vermutete Außenminister Abdullah als Beweggrund der deutschen Duldsamkeit. Dem widersprach der Befund des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) im Februar 2000 nur auf den ersten Blick: „Nach unseren Erkenntnissen betreiben die Taliban in Deutschland keine terroristischen Aktivitäten. Ihre Tätigkeit ist rein politischer Natur.“ Schlussfolgerung der Bundesregierung: Auf keinen Fall reizen.

3. 1997 – 2001: Taliban im deutschsprachigen „Web“

Medien- und Öffentlichkeitsarbeit gehören zu den wichtigsten Aufgaben einer jeden Terrorgruppe. „Die Medien sind die Arena, in der der Terrorismus spielt“, betont der irische Terrorismus-

Experte Max Taylor: „Terrorismus ist Theater“, hatte schon 1974 sein Kollege Brian Jenkins verkündet. Der Leiter des Washingtoner Büros der RAND-Corporation, Bruce Hoffman, bestätigt diese These und weist nach, dass die Medien „beinahe mit ungezügelter Bereitwilligkeit“ die speziell nach ihren Bedürfnissen inszenierten terroristischen Angriffe konsumieren. Bewusst wählen die Terroristen deshalb die brutalsten Aktionen aus, um sich medienwirksam zu präsentieren. Das bedeutet konkret, dass die international operierenden Terrorgruppen die aktuelle Berichterstattung, Sendezeiten, die Medienkonzentration in den Krisenregionen oder den „Medienwert“ der Opfer in ihren Planungen berücksichtigen.

„Sie predigen Wasser und trinken selbst Wein“ – selten passte dieses Sprichwort so gut wie auf die Propheten des Steinzeit-Islam: die Taliban. Gleich nach ihrer Machtübernahme verbot „Außenminister“ Muttawakil das Surfen im Internet. Denn im „Islamischen Emirat Afghanistan“ werde schließlich ein System aufgebaut, „mit dem wir alles kontrollieren wollen, was falsch, unmoralisch und gegen den Islam“ gerichtet sein könnte. Das allgemeine Misstrauen erstreckt sich jedoch erst seit August 2001 auch auf die eigenen Reihen: So erklärte Taliban-Führer Mullah Omar, dass in ganz Afghanistan nur noch ein einziger „vertrauenswürdiger Mann“ im World Wide Web surfen darf. Selbst die Minister, die bislang eine Internet-Verbindung hatten, müssen jetzt offline arbeiten. Wenn sie dennoch einen Internetzugang benötigen, können sie diesen schriftlich beim Taliban-Chef beantragen.

Geht es jedoch um Propaganda in eigener Sache, sind die Fundis weniger zimperlich. Wie die „Gottlosen im Westen“ bedienen sie sich seit 1997 gerne der Möglichkeiten des www. Auch den deutschsprachigen Raum deckten die Taliban mit ihren Websites ab. „Was kannst Du tun, um den Islamischen Staat gegen den amerikanischen-russischen Kreuzzug zu unterstützen?“, fragte qoqaz.de unschuldig. „Geldspenden“ sind besonders erwünscht, da ein „chemischer Angriff“, der angeblich „nahe bevorsteht“, abgewehrt werden müsse. Laut tönte die Taliban-Propaganda: Der Verlust des islamischen Afghanistan käme einer „Katastrophe“ gleich. Dagegen seien alle anderen „muslimischen Tragödien lächerlich“. Folglich habe die Hilfe für das Mullah-Regime „oberste Priorität vor allen anderen muslimischen Angelegenheiten“. Vierte Wahl sind also die Probleme der Moslems in Tschetschenien, Kaschmir oder Palästina.

Um dem diskreten Hinweis auf Geldnöte Nachdruck zu verleihen, wurde ausführlich erklärt, wie die Gläubigen effektiv Spenden sammeln können. Als Empfänger der Sammelaktion nannte die Website den in Karatschi residierenden Generalkonsul Mullah Rahmatullah. Ab 20.000 US-Dollar freute er sich über Barspenden. Eine Kurzeinweisung für das Überbringen schwarzer Koffer wurde gleich beigelegt. Obacht: Am Telefon bitte keine Namen nennen. Aber auch für die aktive Gegenpropaganda hält qoqaz.de praktische Ratschläge bereit: Gegen die Attacken der westlichen Medien, die „beleidigende Artikel über die Taliban verbreiten“ und „in Afghanistan gar eine Demokratie einführen wollen, in der Homosexualität, Alkohol, Musik

und Tanz erlaubt und gefördert werden“, sollen sich die Muslime in Diskussionsforen, Newsgroups, Chats und Newslettern aktiv zur Wehr setzen.

Die Zeit sei gekommen, „die legitime Regierung Afghanistans, die alle Bedingungen und Prinzipien der UNO respektiert“, endlich anzuerkennen, forderte taleban.com in den USA. Schließlich seien die Taliban die „einzige Regierung in der Geschichte des Landes, die die internationalen Menschenrechte akzeptieren“ würden. Erst unter dem „Führer aller Moslems“, Mullah Omar, könnten die Frauen „ihre Freiheit genießen“. Nur „im Staat der Heiligen Krieger haben die Frauen ihre Rechte verwirklicht und erhalten die ihnen gemäße Bildung“. Ähnlich abenteuerlich klingen die langen Ausführungen über das unermüdliche Engagement der Taliban gegen die „Planung, Organisation und Durchführung barbarischer Akte des Terrorismus, die von Afghanistan ausgehen sollen“. Diese Aktivitäten würden die Mullahs „in Kooperation mit anderen Staaten“ hart bekämpfen. Als Beispiel nannte taleban.com ausgerechnet den im afghanischen Kandahar lebenden Osama bin Laden. Er werde „streng“ bewacht. Schließlich müsse er vor terroristischen Attentaten geschützt werden, da er als „einziger Muslim tapfer seine Stimme gegen die amerikanisch-zionistische Unterdrückung“ erhoben habe. So nachzulesen bei azzam.de, ummah.com und kavkaz.org. Im Nebensatz erfährt man von Mullah Omar, dass es die Scharia verbietet, einen Muslim an einen Kafir (Ungläubigen) auszuliefern.

Unermüdlich rufen die Islamisten alle Muslime auf, insbesondere die Spezia-

listen „in den militärischen Forschungszentren des Westens“, sich zusammenzuschließen und einen Heiligen Krieg zu starten. Dazu sollen sie ihr ganzes Können in den Dienst der Taliban-Regierung stellen, forderte qoqaz.de. Es sei jedermanns Pflicht, die Gotteskrieger zu unterstützen und mit ihnen in den Dschihad zu ziehen, um dem Islam zum Endsieg zu verhelfen, hieß es in dem online verbreiteten Aufruf. Dass das Internet in Afghanistan verboten ist, erfährt der User mit keiner Silbe. Stattdessen werden die Muslime aufgerufen, diesen Appell mit allen zur Verfügung stehenden Medien, also Internet, E-Mail oder Fax zu verbreiten, so azzam.de. Ergänzt wird der Aufruf durch einen Appell an islamische IT-Experten, die Erfahrungen in der westlichen IT-Branche sammeln konnten: Sie sollen sich melden, um via E-Mail und Internet „authentische Nachrichten und Informationen über den Dschihad und die Mudschaheddins“ zu verbreiten.

Da den Islamisten die eigenen Soldaten scharenweise desertierten, versuchte Kabul, „Heilige Krieger“ verstärkt über das Internet zu rekrutieren. Anhand von praktischen Tipps erklärte qoqaz.de, wie man sich für den Dschihad fit macht. „Die militärische Ausbildung ist eine islamische Verpflichtung, die zu Ehren Allahs unternommen wird.“ Auf der Website finden sich auch Hinweise auf Handbücher der US-Armee und auf CD-ROMs britischer Soldaten, die der Wehrrtüchtigung wohl besonders dienlich sind. Einen weisen Rat gibt es gratis dazu: „Es ist besser, ein Fitnesscenter in Begleitung eines an-

deren Bruders aufzusuchen, zumindest aber zu einer Zeit, wo so wenig Frauen wie möglich trainieren.“ Denn diese Einrichtungen seien „im Allgemeinen unislamische Orte mit lauter Musik und unpassend gekleideten Frauen und Männern“. Deshalb eigne sich eine solche Umgebung für das Training eines „Gotteskriegers“ wenig. Stattdessen wird den jungen Moslems empfohlen, einem Schützen- und einem Kampfsportverein beizutreten. Konspiratives Verhalten wird dabei ganz groß geschrieben: „Während ihr im Kurs seid, behaltet eure Meinung für euch; diskutiert mit niemandem, verzichtet darauf, den Islam zu predigen oder heimlich zu beten. Ihr geht dorthin, um euch auf den Dschihad vorzubereiten und nicht, um die Leute zum Islam zu bekehren.“ Wer in einem Land lebt, das den Waffenbesitz gestattet, wird zudem aufgefordert, sich „ganz legal ein Sturmgewehr, vorzugsweise das AK-47 [Kalaschnikow, AM]“ zuzulegen.

Die Propaganda der Pro-Taliban-Gruppen im Internet, die auf 17 Sprachen weltweit (darunter auf Finnisch und Schwedisch) verbreitet wurde, beschränkte sich nicht nur auf Missionierung, Rekrutierung und Fundraising. Hinzu kam die Vorbereitung von konkreten Terrorakten über die Neuen Medien. Inzwischen konnte nachgewiesen werden, dass die nach dem 11. September in Deutschland verhafteten Terroristen, ein Türke und zwei Jemeniten, Mailinglisten der zuvor genannten Websites abonniert hatten. Übrigens sind inzwischen alle der zuvor genannten Homepages offline.

4. 2000 – 2001: Die Taliban zu Besuch in Deutschland

Berührungsgängste kannten die afghanischen Mullahs nicht: So versuchten sie emsig, auch hier zu Lande Kontakte zur Chemie- und Pharmaindustrie zu knüpfen. Fast alle Terrorismus-Experten haben bis zum 11. September ausgeschlossen, dass die Terroristen ABC-Waffen einsetzen könnten. Die Argumentation leuchtete ein: Diese Waffen werden strengstens kontrolliert, zudem könne man mit „konventionellen“ Waffen einen ähnlichen Effekt erzeugen. Auch sei die Produktion von ABC-Waffen technologisch für kleinere Terrororganisationen, die ohne staatliche Unterstützung auskommen müssten, schwierig. Weiter wurde gemutmaßt, dass die propagandistische Wirkung eines Einsatzes von ABC-Waffen kontraproduktiv sei, da Sympathisanten und potenzielle Anhänger negativ reagieren könnten.

Einleuchtende Überlegungen, es sei denn, man hat es mit einer Gruppe zu tun, die einen solchen Einsatz ausdrücklich gut heißt. Die Endzeit-Sekte „Aum“, die unter der strengen Beobachtung des japanischen Geheimdienstes stand, versuchte zunächst, wenn auch erfolglos, in den Besitz des Ebola-Virus zu gelangen. Stattdessen entschied sie sich schließlich dafür, eine chemische Waffe in der Tokioer U-Bahn einzusetzen. „Al-Quaida“, die man durchaus als islamische Endzeit-Sekte einstufen kann, arbeitet aggressiv auf den „Endsieg des Islam“ hin und wäre selbstverständlich ohne zu zögern bereit, ABC-Waffen einzusetzen, vorausgesetzt, „Al-Quaida“ verfügt über solche Massenvernichtungswaffen. Wegen ihrer Skrupel-

losigkeit stellt diese unter der Decke des Islam international operierende Terrorgruppe zurzeit die größte Gefahr dar. Die Welt hat es hier mit einer terroristischen religiösen Sekte zu tun, die den Anspruch erhebt, im Namen einer ganzen Weltreligion zu sprechen.

Früher haben die Islamisten „nur“ Ziele angegriffen wie zum Beispiel Politiker oder Regierungen, die sie als „Verräter des wahren Glaubens“ bezeichneten. Hinzu kamen der Staat Israel als „Besitzer der heiligen Stätten des Islam“ und die Weltmacht USA als „Unterdrücker des Islam“. Unterdessen hat sich die Ausgangslage grundlegend geändert: Denn seit den letzten zwei Jahren beschränkt sich die Angriffsregion der Islamisten nicht mehr „nur“ auf Israel und die USA, sondern sie hat sich auf Europa ausgedehnt. So bereitete eine Osama bin Laden nahe stehende Gruppe einen Terrorakt mit chemischen Stoffen in der Londoner U-Bahn vor; in Deutschland und Italien operierende Terroristen wurden bei der Vorbereitung eines Anschlages in Strassburg verhaftet. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die repressive Politik der islamischen Staaten gegen die eigenen Extremisten diese dazu zwang, ihre Aktivitäten in die „Peripherie des Islam“ zu verlegen, zum Beispiel in den Kaukasus oder nach Zentralasien. Oder nach Europa? Damit einher ging der Verlust aktiver Unterstützung der Terroristen durch islamische Staaten, aber auch der Verlust von Rückzugsgebieten. Einige Attentäter suchten und bekamen Asyl in demokratischen Staaten (Deutschland, Kanada, Australien u. a.) oder sind als „Schläfer“ untergetaucht.

Erst mit der Machtübernahme der Taliban 1996 in Afghanistan konnten sich die Terroristen wieder in einem Staat festsetzen, der sie voll unterstützte. Außerdem halfen die Geheimdienste einiger islamischer Staaten den Terroristen mit ihrer Logistik. Dabei blieb es nicht. Gleichzeitig änderte sich auch die Vorgehensweise: Nunmehr wurden als Zielobjekte für mögliche Attacken – bis auf wenige Ausnahmen – die meisten Staaten der Welt ausgemacht. Vor allem aber wurde den Verbündeten der USA, darunter auch Europa und Deutschland, der „Heilige Krieg“ erklärt und infolgedessen der islamistische Terrorismus zu einer strategischen Bedrohung für den Weltfrieden. Angst und Schrecken sollten das politische und wirtschaftliche System der westlichen Welt lahm legen. Bereits 1993 hatte ein Scheich aus Saudi-Arabien versucht, über einen deutschen Unternehmer ABC-Waffen und moderne Raketentechnik für Osama bin Laden zu besorgen.

In den vergangenen zwei Jahren (2000–2001) haben hochrangige Taliban-Vertreter des Öfteren verschiedene europäische Staaten besucht, darunter auch Deutschland. So hielt sich eine dreiköpfige „Delegation“ unter Führung des „Vize-Außenministers“ der Taliban-Regierung, Alhja Mullah Abdul Jalil Akhund, Anfang Juli 2000 in einem kleinen Ort in Nordrhein-Westfalen auf. Ihr dortiger Ansprechpartner war ein Exil-Afghane, der seit Anfang der Achtzigerjahre in Deutschland lebt, Chemie studiert und in diesem Fach promoviert hat. Inzwischen arbeitete der Wahl-Rheinländer als Leiter der Qualitätskontrolle eines pharmazeutischen Unternehmens. Von den Taliban wurde der Exil-Afgha-

ne gebeten, seine Kenntnisse der fern-
nen Heimat angeblich für den Aufbau
eines Lehrstuhls für Pharmakologie zur
Verfügung zu stellen. Vor allem war
sein Wissen über wirksame Arzneimit-
tel gefragt. Hatten sich die Taliban, die
vom ersten Tag ihrer Herrschaft an ihr
Volk terrorisierten, etwa eines Besseren
besonnen, indem sie sich jetzt für die
Produktion von Medikamenten in
Afghanistan interessierten? Einige
hundert in der Bundesrepublik an-
sässige islamische Naturwissenschaftler
gehörten zu den weiteren Gesprächs-
partnern der Mullahs: Angeblich woll-
ten sie ihre Kenntnisse in den Dienst
Afghanistans stellen.

Im Dezember 2000 hatte der UNO-
Sicherheitsrat die Resolution 1333 ver-
abschiedet, die ein Reiseverbot für
70 hochrangige Mullahs enthielt.
Gleichwohl kamen auch danach noch
emsig Emissäre aus Afghanistan in die
Bundesrepublik. Denn die Sanktionen
hatten ein Schlupfloch: Aus „huma-
nitären Zwecken“ und für „Friedens-
verhandlungen“ durften die Taliban-
Führer ausreisen.

Die Resolution 1313 des UNO-Sicher-
heitsrates vom 19. Dezember 2000
enthielt u. a. folgende Passagen: „Der
Sicherheitsrat beschließt: Unter 5.:
Verbot der Waffenlieferungen an die
Taliban. Unter 8.: a) alle Büros der
Taliban sofort und vollständig zu
schließen; b) alle Büros der Fluggesell-
schaft Ariana Afghan Airlines sofort zu
schließen; c) die Gelder und sonstigen
finanziellen Vermögenswerte Osama
bin Ladens und der mit ihm assoziierten
Personen und Körperschaften, namentlich
derjenigen in der Organisation Al-Quaida,
unverzüglich einzufrieren, einschließlich der Gelder (...)

die ihrer direkten oder indirekten Kon-
trolle unterstehen. Unter 14.: fordern
die Staaten nachdrücklich auf, Maß-
nahmen zu treffen, um die Einreise
aller hohen Amtsträger der Taliban im
Range eines Stellvertretenden Minis-
ters oder darüber, der Kontrolle der
Taliban unterstehendem bewaffneten
Personal vergleichbaren Rangs sowie
von anderen hochrangigen Beratern
und Würdenträgern der Taliban in ihr
Hoheitsgebiet beziehungsweise deren
Durchreise durch ihr Hoheitsgebiet zu
beschränken, es sei denn, diese Amts-
träger reisen zu humanitären Zwecken
(...) oder ihre Reise fordert die Erörte-
rung einer friedlichen Regelung des
Konflikts in Afghanistan (...).“

Auf Grund dieser Einschränkung
konnte im Januar und Februar 2001
Kabuls „Gesundheitsminister“ Mullah
Abbas Akhund nach Hamburg, Köln,
Frankfurt und weiter nach Paris flie-
gen. In diesen Städten hielt er in
kleinen, geschlossenen Kreisen Propa-
gandareden vor talibantreuen Lands-
leuten und vor Vertretern islamisti-
scher Kreise. Es ging dabei um den
„Endsieg des Islam“. Pikant: In Ham-
burg wusste der Dienststellenleiter der
Ausländerbeauftragten des Senats von
diesem Besuch, verzichtete jedoch dar-
auf, den Verfassungsschutz zu infor-
mieren. Stattdessen bot er dem Tali-
ban-Afghanen aus Hamburg, der den
Besuch des Ministers betreute, seine
Unterstützung an und versuchte sogar,
für den Taliban-Minister einen Termin
beim Auswärtigen Amt zu vereinbaren.
Erfolglos. Der Verfassungsschutz wäre
bei der Veranstaltung des Taliban-Ge-
sandten in Hamburg gerne dabei ge-
wesen. Da der Minister jedoch am
27. Januar 2001 im Gemeindesaal
der Billstedter Kreuzkirche predigte,

blieb das Observationsteam draußen: Die Verfassungsschützer hatten damals Bedenken, weil kirchliche Räume wegen des Religionsprivilegs unter besonderem Schutz stehen.

Als Reisezweck hatte der „Mullah-Gesundheitsminister“, der zuvor als Generalstaatsanwalt der Taliban tätig gewesen war, bei der Beantragung des Visums in der deutschen Botschaft in Karatschi angegeben: „Einleitung humanitärer Maßnahmen und Einkauf medizinischer Ausrüstung“. Eine äußerst knappe Skizzierung seiner Reisepläne. Denn in Deutschland besuchte Abbas Akhund Chemie- und Pharmabetriebe. Wie oft und mit welchem vorgeschobenen Reisezweck kamen andere Taliban in die Bundesrepublik? „Auskunft und Angaben zu den Einreisevisa kann das Auswärtige Amt grundsätzlich aus Datenschutzgründen nicht erteilen“, versicherte ein Sprecher des Außenamtes in Berlin. „Sie haben Deutschland öfter besucht, als es von uns erwünscht war“, meinte ein Sicherheitsbeamter dazu.

Das „Interesse“ der Taliban für die deutsche Pharma- und Chemieindustrie finden auch die Sicherheitsdienste „mehr als merkwürdig“. Warum suchen die Taliban vor allem in NRW, aber auch deutschlandweit ausgerechnet in Naturwissenschaften ausgebildete Menschen? Wozu haben sie ihre Ansprechpartner ausgewählt? Wie erklärt sich ihr enormes Interesse ausgerechnet für Pharmakologie und Chemie? Eines ist sicher: Die Taliban interessiert die Gesundheit ihres Volkes überhaupt nicht. Deshalb haben sie auch nicht vor, medizinische Ausrüstung oder Medikamente in Deutschland zu kaufen. Schließlich

waren bis vor kurzem sehr viele internationale Hilfsorganisationen ausschließlich zu diesem Zweck in Afghanistan, um Medikamente kostenlos zu verteilen. Steckt vielleicht hinter diesem Interesse der ägyptische Arzt Aiman Zawahiri, engster Vertrauter Osama bin Ladens und Mitglied im innersten Kreises der „Dschihad-Planer“?

5. Terrorgeld der Taliban in Deutschland – Die schwarze Liste der UNO

Ohne Geld geht auch bei der Vorbereitung von Terroranschlägen nichts. Hotels, Fahrtkosten, auch legale Geschäfte müssen im Vorfeld finanziert werden. Terroristen zahlen indes nicht mit Bargeld, sondern mit Kreditkarten, damit beim Grenzübergang kein Verdacht geweckt wird. Die seit Jahren weltweit eingesetzten „Schläfer“, die auf das Signal zum Losschlagen warten, verfügen über normale Bankkonten – auch in Deutschland. Das verschweigen nicht einmal Sicherheitsbeamte. Nach den Terroranschlägen gegen die US-Botschaften in Nairobi und Darressalam vor drei Jahren setzten die USA bei der UNO zwar Sanktionen gegen die Taliban und den von ihnen geduldeten Terroristen Osama Bin Laden durch. Außerdem veröffentlichte die UNO eine Liste mit 70 Namen und Organisationen, auf der die Taliban-Führer und ihre Bankverbindungen zu finden sind. Dennoch unterhielten die Taliban bis zuletzt immer noch Konten in Deutschland. Zum Beispiel in der Hamburger Filiale der Deutschen Bank, wo ein Konto auf den Namen der Bank Millie Afghan (Kabul) geführt wurde. Auch Commerzbank und Dresdner

Bank führten seit Jahren die Konten afghanischer Institute, die nach der Machtergreifung der Taliban Geschäfte der Fundamentalisten abwickelten.

Erst seitdem die Europäische Union –Verordnung (EG) Nr. 467/2001 des Rates vom 6. März 2001 – den Sanktionsbeschluss der UNO nachvollzogen hat, sind die Banken hellwach. „Die Beschlüsse der EU sind für uns Gesetz“, sagte ein Sprecher der Deutschen Bank. Das Konto der Millie Afghan ist eingefroren. „Viel Volumen haben wir aber nicht sicher gestellt“, heißt es unisono bei den deutschen Instituten, die ihre Kontoinhaber überprüft haben. Das bisherige Echo: „Es geht um kleine Beträge.“ Zurzeit werden mehrere tausend Konten in Deutschland durchgekämmt. Die Bank-Mitarbeiter vergleichen die Namen der Kontoinhaber mit denen auf der schwarzen Liste. Gleich klingende Namen werden vermerkt, alle Zahlungseingänge und Abbuchungen überwacht. Erhärtet sich ein Verdacht, wird das Landeskriminalamt informiert. Was bei normalen Konten allerdings mitunter kaum eine Rolle spielt (auf vielen befinden sich nur ein paar Mark), schlägt bei Wertpapierdepots stärker ins Gewicht. Manche dieser Depots haben einen sechsstelligen Wert. Das Problem bei der Identifikation: In Deutschland leben fast 100.000 Afghanen, drei Millionen Moslems, deren Namen denen der Taliban-Führer auf den Fahndungslisten mitunter sehr ähnlich sind. Da muss nach Angaben eines Dresdner Bank-Sprechers jedes Konto solange eingefroren werden, bis die Identität des Kontoinhabers geklärt ist. Andererseits können auch solche Aktivitäten nicht verhindern, dass über humanitäre Organisationen und islamische Stiftun-

gen weiter Geld transferiert wird. „Diese Konten können wir nicht einfrieren. Die Inhaber stehen nicht auf den Fahndungslisten, und wir wissen außerdem nicht, ob das Geld aus dem Heroinhandel oder aus terroristischen Quellen stammt“, sagte ein Sicherheitsexperte einer deutschen Bank. Zusätzlich erschwert werden Untersuchungen dadurch, dass das Geld oft über Drittländer hereinkommt. „Dann ist es enorm schwer, wenn nicht sogar unmöglich, die Quelle zu finden. Man kann die Dinge nicht mehr nachvollziehen“, bekennt auch ein Geldwäsche-Experte des CIA.

In Österreich waren Polizei und Geheimdienst mehr auf Zack: Schon Monate vor dem „11. September“ haben sie die Konten der Islamisten beobachtet und dreistellige Millionenbeträge sichergestellt. „Die Konten sind eingefroren“, bestätigt eine österreichische Bank. Das kann aber noch längst nicht alles sein. Experten glauben, dass das Geld der Terroristen sehr weit verstreut und gut versteckt ist. Die Signale aus der Schweiz, die sich den EU-Sanktionen angeschlossen hat, sind eindeutig. Die Eidgenossen haben die Schwarze Liste der UNO von 70 auf 170 Namen aufgestockt. Nichts soll dem Zufall überlassen bleiben.

6. 2001: Warnungen vor den Taliban

Die Behörden kennen die Drohbriefe der Moslem-Extremisten seit langem. Ein kurzer Blick auf den dreiseitigen Brief genügt dem Sicherheitsbeamten. Seine Diagnose lautet: „Das Schreiben ist bekannt. Die Verfasser des Briefes sind rechtsradikale Deutsche.“ Eine

ähnliche Antwort kommt auf Anfrage vom Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz. Es seien deutsche Rechtsradikale, die im Namen nicht bekannter islamischer Organisationen immer wieder solche Drohbriefe anfertigen würden. Trotzdem wirkt das den Sicherheitsbehörden vorliegende Schreiben mehr als Besorgnis erregend. In dem Brief, der auf den 31. März 2001 datiert ist, heißt es: „Es wird ein Kinderspiel sein, das Kanzleramt, den Bundestag, Botschaften, Konzernzentralen, Rathäuser, Einkaufszentren, Synagogen, Kirchen oder Kraftwerke aus sicherer Entfernung anzugreifen.“ Der Verfasser gibt sich selbst den Namen Amir al Umara. Er behauptet, im Auftrag Allahs eine nicht näher bezeichnete islamische Terror-Organisation anzuführen. Das Papier enthält weitere martialische Ankündigungen: Der „Heilige Krieg“ gegen die gesamte westliche Welt sei erklärt. Zur Begründung verweist der angebliche Terroristen-Chef auf eine weltweite „Unterdrückung der Muslime“. Alle, die dies unterstützten, bekämen es „hier zurückbezahlt, wo sie sich sicher fühlen“. In falscher Höflichkeit warnt Amir al Umara „alle Gegner des Islam vor dem Beginn des Dschihad“. Er wolle sie darauf aufmerksam machen, dass der Kampf bald beginne. „Wir werden alle Regierungen, Militärs, Weltkonzerne, Banken, Medien, angefangen mit den israelischen, englischen und amerikanischen gezielt und systematisch vernichten.“

Das primitive Schreiben eines Verrückten, dessen Ziel es ist, Panik und Angst im Namen Allahs zu verbreiten? Eine reine Provokation also? Verfassungsschützer zweifeln vor allem daran, dass die genannte Terror-Organisation über-

haupt existiert. Ein Verfassungsschutz-Mitarbeiter erläutert, in der Vergangenheit seien es in aller Regel schlecht gefälschte Schreiben gewesen, mit denen deutsche Rechtsextremisten versuchten, anti-islamische Stimmung zu verbreiten. „Es gab öfters solche Schreiben mit Drohungen, die auf den ersten Blick von Türken verfasst schienen, in Wirklichkeit aber von einem Deutschen geschrieben worden waren.“

Öfters, aber nicht immer. Im vorigen Jahr wurden mehrere Verbrechen in Deutschland fälschlicherweise zunächst Neonazis angelastet, obwohl die Polizei keine Aussage über potenzielle Täter gemacht hatte. In einigen Fällen war es die Bundesregierung, die die Schuldigen voreilig in der rechten Szene ortete und damit den Sicherheitsbehörden den falschen Weg bei der Ermittlungsarbeit gewiesen hatte. So wurde der Anschlag auf jüdische Aussiedler und Russland-Deutsche am S-Bahnhof Wehrhahn in Düsseldorf vom 27. Juli 2000 umgehend Rechtsradikalen zugeschrieben. Zu den Tätern gibt es aber bis heute keine heiße Spur. Szene-Kenner vermuten hinter dem Anschlag eher eine persönliche Abrechnung, die auf keinen Fall politisch motiviert war. Eine Fehleinschätzung unterlief Politikern und Ermittlern auch beim Brandanschlag auf die Synagoge in Düsseldorf am 3. Oktober 2000. Auch in diesem Fall wurde die Tat sofort dem rechtsextremen Lager zugeordnet. Die später verhafteten Täter, ein 19-jähriger Palästinenser und ein 20-jähriger Deutscher marokkanischer Abstammung verkündeten, sie hätten mit ihrer Tat ein „Zeichen gegen das brutale Vorgehen israelischer Soldaten im Gaza-Streifen setzen wollen“.

Ungeachtet solcher Irrtümer werden Drohbriefe, wie jener des ominösen Amir al Umara, von vielen Verantwortlichen immer noch nicht ernst genommen. Einige von ihnen aber haben ihre Sichtweise inzwischen modifiziert: „Ja, es spricht sehr viel dafür, dass der Brief wahrscheinlich von einem Moslem geschrieben worden ist“, gibt ein Extremismus-Experte zu. „Neu an dem Schreiben ist, dass Europa und Deutschland als Ziele genannt werden. So etwas gab es früher nicht.“ Islamische Terroristen verzichteten bislang auf größere Aktionen in Deutschland. Sie hatten hier ihr Rückzugsgebiet und konnten weitgehend ungestört Propaganda- und Geldsammelaktionen durchführen. Ein hochrangiger Mitarbeiter des Berliner Verfassungsschutzes: „Die Extremisten nutzen unseren Rechtsstaat aus.“ Die Möglichkeiten der Behörden, solche Gruppierungen hier zu Lande wirksam zu bekämpfen, seien sehr begrenzt. Doch mit der Verschärfung des Nahostkonfliktes und seit den Anschlägen in New York und Washington, hinter denen der Top-Terrorist Osama bin Laden vermutet wird, ist Europa keine Tabu-Zone mehr. Die Verhaftungen mehrerer mutmaßlicher bin-Laden-Männer in Frankfurt am Main zu Weihnachten 2000 sowie im April dieses Jahres und die Festnahmen nach dem 11. Sep-

tember 2001 bestätigen dies. Mehr noch: Auf Europa dürfte eine neue Welle islamistischen Terrors zurollen, die in beispielloser Skrupellosigkeit auch die „traditionellen Spielregeln“ der hier ansässigen Islamisten negiert. „Es wäre absurd zu sagen, dass Deutschland als Ziel islamistischer Terror-Aktionen ausgeschlossen werden kann“, bestätigt leise ein Sicherheitsbeamter.

Denn die politisch-militärische Niederlage der Taliban in Afghanistan bedeutet noch lange nicht, dass die fanatischen Islamisten im Nahen und Mittleren Osten, in Europa und in den USA auf ihr Hauptziel verzichten: den „Endsieg des Islam“. In den letzten fünf Jahren konnte man beobachten, wie sich die islamistische „Szene“ in Deutschland solidarisierte. Diesem Zweck dienten Mobilisierungskampagnen, mittels derer Protestaktionen zunächst gegen den Krieg in Tschetschenien, dann gegen Israel und schließlich gegen die Anti-Terrorallianz organisiert wurden. Dabei entschlossen sich bisher „konkurrierende“ oder verfeindete islamistische Organisationen zur Zusammenarbeit. In diesen Kreisen haben auch die deutschen Taliban-Anhänger ihre neue organisatorische und religiöse „Heimat“ gefunden.

Anmerkungen

* Der Beitrag beruht auf Recherchen des Autors, die teilweise bereits in FOCUS, in der Rheinischen Post und in

der Berliner Morgenpost veröffentlicht wurden.

¹ Berliner Morgenpost, 8.4.2001.

Der Sinn des Opfers

Über die sich verändernde Welt, über die Rolle und über den Platz Ungarns*

János Martonyi

Im Geflecht der internationalen Beziehungen kann man infolge der Terrorangriffe vom 11. September mit erheblichen Veränderungen rechnen. Eine globale Koalition ist im Entstehen, das Verhältnis zwischen den Supermächten verändert sich. Die Verbesserung der Beziehungen zwischen dem Westen – zu dem auch Ungarn gehört – und Russland bringt für unser Land besondere politische und wirtschaftliche Vorteile. Wir müssen deshalb diese Geschehnisse nicht nur einfach quittieren, sondern sie auch unterstützen. Auch die transatlantischen Beziehungen intensivieren sich, was ein elementares Interesse Mitteleuropas und darunter auch Ungarns ist. Die globalen Herausforderungen machen die Schaffung eines einheitlichen, erweiterten Europas dringend erforderlich.

Seit dem 11. September ist einige Zeit vergangen. Die Welt hat die erste große Erschütterung und auch die erste große Versuchung überwunden. Die amerikanische Regierung hat sich entschieden, nicht auf Grund des verständlichen Affekts einen unverhält-

nismäßigen Rückschlag anzuwenden, sondern einen langen Kampf zur Beseitigung des Terrorismus zu beginnen. Wir befinden uns wahrscheinlich noch ganz am Anfang dieses Kampfes. Wir wissen, dass dieser Kampf mit vielfältigen und abwechslungsreichen Mitteln gekämpft werden muss, wir wissen aber nicht, welche Wendungen, Gefahren und Opfer dieser Kampf mit sich bringen wird. Es wurde bereits von vielen und oft gesagt, dass dieser asymmetrische Krieg von allen früheren Kämpfen abweicht und dass man aus den Erfahrungen der früheren Konflikte nicht auf den Verlauf und auf den Ausgang dieses Krieges schließen darf. Bestimmte Folgerungen können wir aber jetzt schon ziehen, was zur Bestimmung unserer wichtigsten Aufgaben auch notwendig ist. In der gesamten Welt wurde ein intensiver Denkprozess begonnen, an dem sich nicht nur die Regierungen und ihre Experten, sondern auch Forschungsinstitute beteiligen. Viele sagen, mit dem 11. September sei die Welt eine andere geworden, das spektakuläre Auftreten neuer Risiken macht neue Verteidigungsstrategien, neue

Mittel erforderlich. Im Zusammenhang damit verändert sich die bisherige Struktur der Weltpolitik und die geopolitische Umgebung, in der wir unsere Politik bisher gestalten mussten. Die Zukunft wird aber auch das Element der Dauerhaftigkeit in sich tragen. Die wahre Frage ist also, wie tiefgehend und wie heftig die Krisen sein werden, wie wir sie mit einer mehr oder minder großen Wahrscheinlichkeit erfassen können und wie wir uns in einer Weise anpassen können, dass unsere Werte und Interessen nicht verletzt werden, unsere Sicherheit nicht gefährdet wird, sondern sogar zunimmt, die äußeren Bedingungen für die friedliche und erfolgreiche Entwicklung des Landes günstig bleiben, bzw. wie wir diese Bedingungen mit allen möglichen Mitteln in diese Richtung beeinflussen können.

1. Globale Interessengemeinschaft

In Bezug auf die Strukturveränderung der internationalen Beziehungen kann man jetzt schon bestimmte Prognosen machen. Diese sind – mit einer gewissen Vereinfachung – die folgenden:

- Eine globale Koalition ist im Entstehen, die – abgesehen von wenigen Ausnahmen – fast alle Länder der Welt umfasst – mit einer unterschiedlichen Stärke und im unterschiedlichen Ausmaß. Die Erkenntnis, dass die Terrorangriffe dieses besonderen Ausmaßes die gesamte Menschheit getroffen haben und dass sie eine Verletzung der universalen Werte bedeuten, die auf dem Nährboden der unterschiedlichen Kulturen und Zivilisationen mit

unterschiedlicher Gewichtung, in unterschiedlicher Formulierung erscheinen und trotzdem eine gemeinsame Erbschaft der Menschheit bedeuten, ist fast allgemein verbreitet. Alle größeren Weltreligionen enthalten den Satz, dass der Zerstörer eines Menschenlebens die gesamte Menschheit zerstört. Es ist in dieser Hinsicht zweitrangig, wer in welcher Formulierung diesen Satz im Neuen Testament, im Talmud oder im Koran gelesen hat. Im Zusammenhang mit der Globalisierung sprechen wir schon seit Jahren über globale Risiken, über gemeinsame Gefahren, in erster Linie im Zusammenhang mit den Umweltschäden. Die globalen Umweltrisiken machten vielleicht zum ersten Mal deutlich, dass die Menschheit eine gemeinsame konkrete Interessengemeinschaft besitzt, die mit der Sicherung der Grundbedingungen für die Weiterexistenz im Zusammenhang steht. Dies führte zu einer „unbeabsichtigten Gemeinschaft“, die unabhängig war von Ideologien, Kulturen, Religionen, von ethnischer Zugehörigkeit, von geografischer Lage und vom wirtschaftlichen Entwicklungsstand. Was jetzt geschieht, dessen Kern könnte man so formulieren, dass diese „unbeabsichtigte Gemeinschaft“ im Rahmen der globalen Koalition zu einer „bewussten Gemeinschaft“ geworden ist, d.h. sich zum bewussten Handeln entschließt. Die Dimension der uneingeschränkten Globalität ist neuartig, denn wenn der internationale Terrorismus und die organisierte Kriminalität mit der Verbreitung und mit der Verwendung der Massenvernichtungsmittel zusammen-

hängt, dann kann sich niemand der Gefahr entziehen, die die gesamte Menschheit bedroht. Diese globale Koalition erstreckt sich natürlich nur auf jenen Teil des internationalen Beziehungsgeflechts, der eindeutig gemeinsame Interessen vertritt. Der Wettbewerb der politischen und wirtschaftlichen Interessen läuft weiter und es wäre ein Fehler, die Risiken der Spannungen und der Konflikte zu unterschätzen, die sich aus der Unterschiedlichkeit der Kulturen ergeben. Was wesentlich ist, ist die Tatsache, dass die Rolle der universellen Werte infolge der globalen Risiken zunimmt. Und darauf kann man erfolgreicher einen Prozess bauen, der statt der Konfrontation der Kooperation, statt der Entropie der Harmonie den Vorrang gibt. Es gibt also jetzt eine größere Chance dafür, dass die seit Jahrzehnten betonten Ziele und Grundprinzipien der Wirklichkeit der Weltpolitik und des internationalen Beziehungsgeflechts etwas näher kommen. Es ist die Verantwortung der Politikgestalter, ob diese Chance genutzt wird und dadurch das Opfer einen Sinn bekommt, das am 11. September von mehreren Tausend Menschen gebracht wurde und auch jenes Opfer, das aller Wahrscheinlichkeit nach auch in Zukunft von zahlreichen Menschen gebracht wird. Die auf dem Fundament der universellen Werte zustandegekommene globale Koalition eröffnet neue Möglichkeiten auch für die UNO. Die bestimmten Stellungnahmen und der Beschluss des Sicherheitsrates, der die Bekämpfung des internationalen Terrorismus in einen weltweiten Rahmen und auf weltweite Grund-

lagen gestellt hat, haben das eindeutig gezeigt. Es ist auch ein Grund zur Hoffnungen, dass in der Versammlung in Bezug auf die Bekämpfung des Terrorismus ein noch nie erfahrener, breiter Konsens entstanden ist. Das kann auch auf anderen Gebieten des internationalen Lebens als Ansporn, ja sogar als Beispiel für die Lösung von Fragen dienen, die der breitesten Zusammenarbeit bedürfen.

- Im Zusammenhang mit dem Zustandekommen der globalen Koalition, aber auch zum Teil davon unabhängig, verändert sich das Verhältnis zwischen den Großmächten, in erster Linie das Verhältnis Russlands und Chinas zum transatlantischen System, darunter zu den Vereinigten Staaten und zu Europa. Heute ist es noch nicht klar abzusehen, welches Ausmaß diese Veränderung haben wird und wie dauerhaft es sein wird, aber es ist heute schon wenig diskutabel, dass Russland zum Teil als objektive Folge der Ereignisse, zum Teil der infolge der Ereignisse gefällten politischen Entscheidungen – die gerade die Folgen der entstandenen Lage zu Gunsten Russlands geltend machen wollen – seine Annäherung an den Westen verstärkt und beschleunigt. Die Reaktion ist eindeutig positiv, das Ergebnis eine bereits sichtbare, umfassende transatlantisch-russische Annäherung. Die weitere Gestaltung des Prozesses wird entscheidend durch die russische innere, wirtschaftliche und politische Entwicklung bestimmt, umso mehr, dass der zukünftige Rang Russlands in der Welt sich längerfristig entsprechend dem tatsächlichen de-

mografischen und wirtschaftlichen Gewicht des Landes gestalten wird. Im Falle Chinas ist die Lage komplizierter, denn China ist zweifellos die andere zukünftige Supermacht. Es ist jedoch ein gemeinsames Element ihrer Lage und ihrer zukünftigen Aussichten, dass sie genauso herausgehobene Zielpunkte für die zukünftigen terroristischen Angriffe sein können, wie gegenwärtig die Vereinigten Staaten, ihre Interessenlage im Kampf gegen das globale Risiko ist also eindeutig. Gleichzeitig ist es aber auch offensichtlich, dass die gemeinsame Bedrohung an sich das Rivalisieren unter sich, oder sogar die Möglichkeit von Spannungen oder Konflikten nicht ausschließt.

- Die Zeichen des Stärkerwerdens der transatlantischen Beziehung sind sogar auf jenen Gebieten gut sichtbar, die früher die wichtigsten Schauplätze der Streitigkeiten zwischen Europa und den Vereinigten Staaten waren. Die Chancen für das Starten der neuen Runde der Welthandelsdiskussion zum Beispiel sind erheblich größer geworden und die Wahrscheinlichkeit dafür, dass die Vereinigten Staaten und Europa zu einer Einigung in Bezug auf den Themenkreis einer breiten, neuen Verhandlungsrunde kommen, und dass sie dadurch die Hauptteilnehmer des Welthandels – mit Rücksicht auf die neue Situation –, so auch die dritte Welt, dazu bringen können, die Verhandlungsserie zu starten, nimmt zu. Das wäre gerade deshalb erforderlich, weil die globale Wirtschaft eine Regelung erforderlich macht, die nicht das Recht des Stärkeren, sondern das

Interesse aller Beteiligten ausgewogen berücksichtigt, was zur Überwindung der negativen Auswirkungen der Globalisierung beitragen soll. Die transatlantische Zusammenarbeit wird aber auch auf dem Gebiet der Sicherheits- und Verteidigungspolitik stärker. Abgesehen davon, dass Europa Teil der antiterroristischen Koalition ist und einzelne Länder auch unmittelbar im Rahmen der militärischen Aktion auftreten, kann und wird Europa bedeutende entlastende Aufgaben übernehmen. Es wird unterstrichen, was früher auch schon klar war: Die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik steht nicht im Widerspruch zur NATO, rivalisiert nicht mit der NATO, sondern versieht innerhalb der prioritären und bestimmenden Sicherheitsfunktion der NATO und im Einklang damit eigene Aufgaben zur Krisenvorbeugung und zum Krisenmanagement und trägt damit natürlich auch zur Stärkung der außen- und sicherheitspolitischen Dimension der europäischen Integration bei. Die Tragödie vom 11. September hat unter anderem auch deutlich gemacht, dass die Zusammengehörigkeit der atlantischen Familie eine sehr viel wichtigere Frage ist, als die zahlreichen Meinungsverschiedenheiten zwischen Europa und Amerika.

- Im Zustandekommen und in der Entwicklung des europäischen Integrationsprozesses haben äußere Faktoren immer eine wichtige Rolle gespielt. Der Gedanke der europäischen Einheit mag noch so schön und anziehend sein, mögen noch so viele seit Jahrhunderten über ein

einheitliches Europa geträumt haben, die Botschaft der Realpolitik heißt trotzdem, dass diese europäische Bauarbeit ohne kräftige äußere Impulse damals und auf diese Art und Weise nicht begonnen hätte und sie hätte sich nicht so entwickelt, wie sie sich entwickelt hat, wären nicht äußere zwingende Umstände da gewesen wie zum Beispiel das bedrohliche Erscheinen des sowjetischen Imperialismus. In letzter Zeit haben wir viel darüber gesprochen, dass an die Stelle der früheren Faktoren – das Vermeiden europäischer „Bürgerkriege“, die sowjetische Bedrohung – neue, mindestens genauso wichtige Faktoren getreten sind, so zum Beispiel die Herausforderungen der Globalisierung und das Bedürfnis, sich gegenüber deren negativen Auswirkungen zu schützen. Eine der wichtigsten Konsequenzen des 11. Septembers wird sein, dass der europäische Integrationsprozess in erster Linie im Bereich der zweiten Säule, also der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, bzw. im Bereich der dritten Säule, also der Zusammenarbeit im Inneren und der Justiz wesentliche Fortschritte machen wird. Die entsprechenden politischen Entscheidungen sind bereits getroffen worden und der Vollzug des Programms und des Maßnahmenkatalogs zur Zusammenarbeit im Inneren und im Justizwesen sind übrigens bereits im Gange. Man könnte auch so formulieren, dass die dritte Säule endlich einen wahren Inhalt bekommt, die Umsetzung von früher geplanten Programmen zur Schaffung einer Zone der Freiheit, der Sicherheit und der Gerechtigkeit wurde beschleunigt.

Und die Stärkung der zweiten und dritten Säule wird vielleicht die Verwirklichung jenes Gedanken erleichtern, dass die Säulen einander näher gebracht werden müssen und damit das ganze System einfacher, übersichtlicher und effizienter gestaltet werden muss.

Der 11. September wird also einen wesentlichen Einfluss auf die Diskussion über die Zukunft Europas, auf den Ausgang dieser Diskussion und auf die Prozesse in der Folge dieser Diskussion haben. Europa muss aber nicht nur deshalb stärker werden, sondern auch deshalb, weil die Tragödie den Prozess der Wiedervereinigung Europas, also die Erweiterung beschleunigen muss. Die Entwicklungen der kommenden Monate werden darüber entscheiden, ob das wirklich so kommen wird, oder nicht. Der erste Prüfstein wird sein, ob die Verhandlungskapitel über Inneres und Justiz mit den Beitrittskandidaten, die die Bedingungen erfüllt haben, abgeschlossen werden, oder neue Sorgen, neue Ängste und neue Gefahren als Vorwand zur Verzögerung des provisorischen Abschlusses dieses Themenkomplexes dienen werden. Diesem Prüfstein werden natürlich andere Prüfsteine folgen, aber das Wesentliche dabei ist, ob von allen Beteiligten die politische Erkenntnis und der Wille geteilt werden, dass der Erweiterungsprozess im Besitz des bisher Erreichten bestimmt und zügig, unter Anerkennung der wahren individuellen Leistungen der einzelnen Beitrittskandidaten und unter Beachtung des Prinzips der Gleichbehandlung der alten und der neuen Mitglieder verwirklicht werden

muss. Wenn die Erkenntnis und der Wille geteilt werden, dann können Mittel- und später Südosteuropa in den Prozess der europäischen Bauarbeit integriert und Teil eines politisch und wirtschaftlich einheitlichen Integrationssystems werden. Und das wird eine bestimmende Rolle auf die weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Strukturen der kommenden Jahrzehnte, auf die Gestaltung des universalen Wertesystems und der globalen Zusammenarbeit haben.

Der Angriff vom 11. September beschleunigt also einerseits bereits begonnene Prozesse, korrigiert andererseits deren Richtung und startet drittens neue Prozesse. Da das alles gegenwärtig und mit uns passiert, besteht unsere Aufgabe nicht nur darin, den Inhalt dieser Prozesse und ihre auf Ungarn ausgeübte Auswirkung im Rahmen der gemäßigten Vorhersagbarkeit zu bestimmen versuchen, sondern wir müssen auch bestimmen, welche Rolle Ungarn in diesen Prozessen spielen kann und wie Ungarn diese Prozesse im Rahmen seiner Möglichkeiten beeinflussen kann.

Die wichtigste Folgerung ist, dass die in den vorherigen vier Punkten prognostizierten Veränderungen einen grundsätzlich günstigen Einfluss auf Ungarn, auf die Sicherheit, auf die Interessen und auf die Rolle Ungarns haben werden. Wegen unserer eigentümlichen historischen und geografischen Gegebenheiten ist es unser eindeutiges Interesse, statt einer Konfrontation der Kulturen und der Zivilisationen die Betonung der universalen Interessen in den Vordergrund zu stellen und in der Welt die globale Zusammenarbeit

zu stärken. Das ist das Interesse der gesamten Menschheit, das Interesse Europas und darunter selbstverständlich auch das Interesse Ungarns. Und unsere Rolle, unsere Bedeutung hängt in dieser globalen Koalition im Wesentlichen von unserem Beitrag, von der Sicherheit unserer Wertewahl und von der Kraft des nationalen Einverständnisses ab, das hinter unserem Auftritt steht. Deshalb glauben wir, dass wir uns entsprechend unserer Stärke und unseren Fähigkeiten mit der größten Bestimmtheit an der Bekämpfung des Terrorismus beteiligen müssen. Ein Zurückweichen, eine Versöhnung kann nicht die richtige Politik sein, schon auch deshalb nicht, weil sie unsere Gefährdung nicht verringern, sondern sogar vergrößern würde.

2. Ein eindeutiges Signal

Wir wissen, dass die Bekämpfung des Terrorismus mit den unterschiedlichsten Mitteln geschieht. Es wäre besonders wichtig, dass wir als deutlichen Beweis unserer Bestimmtheit und unserer Einheit der Welt ein eindeutiges Signal schicken durch die dringende und vorgezogene Verabschiedung des Gesetzes zur Vernichtung der finanziellen Grundlagen des Terrorismus. Es wäre ein Irrtum anzunehmen, dass diese Frage von geringerer Bedeutung ist, als die Überlassung unseres Luftraumes und unserer militärischen Flugbasen für unsere Verbündeten. Das Maßnahmenpaket der Regierung zur Bekämpfung des Terrorismus hat allgemeine Anerkennung gefunden. Noch wichtiger ist es aber, dass wir die Inhalte dieses Pakets präzise, bestimmt und schnell auch umsetzen. In dieser Frage dürfen innenpolitische Über-

legungen, parteipolitische Empfindlichkeiten keine Rolle spielen, denn es muss von allen verstanden werden, dass das zukünftige Gewicht, die Autorität und Glaubwürdigkeit Ungarns davon abhängen, wie wir in unserer gegenwärtigen Situation handeln und wieweit wir garantieren können, dass unsere innenpolitischen Diskussionen unsere Handlungsfähigkeit in Fragen von grundsätzlichen Werten und Interessen nicht beeinträchtigen.

Die gewachsene Bereitschaft Russlands zur Kooperation mit dem Westen kann für Ungarn nur günstig sein. Das ist auch dann so, wenn die Hauptakteure der Weltpolitik in großen strategischen Fragen sich in erster Linie offensichtlich gegenseitig suchen und in besonderen Krisensituationen das geopolitische und strategische Gewicht eine entscheidende Rolle spielen. Die Verbesserung der Beziehungen zwischen dem Westen – zu dem auch Ungarn gehört – und Russland bringt für uns hier in Mitteleuropa besondere politische und wirtschaftliche Vorteile. Wir dürfen deshalb die diesbezüglichen Ereignisse nicht nur einfach quittieren, wir müssen sie auch unterstützen. Wir haben deshalb Schritte unternommen – und wir tun weitere Schritte – zur weiteren Verbesserung der ungarisch-russischen bilateralen Beziehungen.

3. Grundsätzliches Interesse

Die Stärkung der transatlantischen Beziehungen ist ein elementares und grundsätzliches Interesse Mitteleuropas und darunter auch Ungarns. Ungarn hat seit Beginn der Wende die „Wahl“ zwischen Nordamerika und Europa ab-

gelehnt und konsequent den Standpunkt vertreten, ein vollberechtigtes und wertvolles Mitglied sowohl der Nordatlantischen Allianz als auch der Europäischen Union werden zu wollen. Und die Nordatlantische Allianz ist unvorstellbar ohne die langfristige Präsenz der Vereinigten Staaten in Europa. Die ungarische Diplomatie hat im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch mit Ausdauer an der Linderung und Behebung der Meinungsverschiedenheiten gearbeitet. Die Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung der Kontrollmechanismen biologischer Waffen hat unter ungarischer Leitung gearbeitet und die Hoffnung auf Erfolg bis zum letzten Augenblick nicht aufgegeben. Wir haben auch dafür Anerkennung erhalten, wie unsere Experten mit Beharrlichkeit und zum Teil hinter den Kulissen daran gearbeitet haben, eine neue Welt handelsrunde in Gang zu setzen. Wir haben von Anbeginn die Schaffung einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik unterstützt, ohne jedoch ein paralleles System zur NATO aufzustellen und unter Wahrung der grundlegenden und vorherrschenden Sicherheitsfunktion der NATO. Es ist unser elementares Interesse, dass in den transatlantischen Beziehungen die Kooperation und nicht das Rivalisieren die Oberhand gewinnt. Wir glauben nicht, dass es klug ist, die Beschaffung von Verteidigungsmitteln, gegebenenfalls von Jagdflugzeugen, bzw. deren Beschaffungsquelle als Teil des Rivalisierens zu betrachten. Die Entscheidungen in solchen Fragen halten wir nie für ein Votieren für „Amerika“ oder für „Europa“, besonders nicht, wenn das gewählte Mittel mindestens zur Hälfte amerikanischen Ursprungs und der Jagdflieger ein wahres atlantisches Produkt ist.

Was die europäische Integration betrifft, sprechen Ungarns Interessen zweifelsohne für ein stärkeres, einheitlicheres und erweitertes Europa. Deshalb unterstützten wir bereits vor der Diskussion über die Zukunft Europas die Bemühungen zur Stärkung der einzelnen Gemeinschaftspolitiken, die Reform und die Stärkung der institutionellen Strukturen, die Vereinfachung der Vertragssysteme, die übersichtlichere und demokratischere Gestaltung des gesamten Integrationsapparats, die deutlichere Trennung zwischen den Gemeinschaftskompetenzen und den Kompetenzen der Mitgliedsstaaten, die Stärkung der Legitimation der Gemeinschaftseinrichtungen, in erster Linie des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission, bzw. die verstärkte Einbeziehung der Beitrittskandidaten in all diese Arbeiten. Die Diskussion über die Zukunft Europas wird infolge der tragischen Ereignisse neue Dimensionen und einen neuen Schwung erhalten. Die in den Detailfragen bestehenden Interessensgegensätze müssen zurückgedrängt werden im Vergleich zu den Aspekten eines stärker werdenden Europas. Wir sind zuversichtlich, dass das selbe Prin-

zip auf dem Gebiet der Erweiterung, bzw. bei den Beitrittsverhandlungen angewendet wird, denn die Warnung gilt für alle: Wir haben nicht allzu viel Zeit, um ein wirklich einheitliches, erweitertes Europa zu verwirklichen. Die globalen Herausforderungen machen diese Aufgabe nicht nur unausweichlich, sondern auch dringend. Wir werden auch in Zukunft daran arbeiten, die Beitrittsverhandlungen möglichst bald abzuschließen und die Beitrittsbedingungen unter sinnvoller Beachtung der gegenseitigen Interessen und unter strikter Anwendung des Prinzips der Gleichbehandlung auszuarbeiten.

Die großen Tragödien machen auf die Ernsthaftigkeit der Gefahren aufmerksam, sie senden aber auch gleichzeitig Botschaften in Bezug auf die notwendige Richtung unseres Handelns. Das Opfer bekommt nur in jenem Fall einen Sinn, wenn wir die Botschaft verstehen und befolgen. Es hängt jetzt von uns ab, von der Welt, von der NATO, von Europa, ob der sinnlose und schreckliche Tod von mehreren Tausend Menschen in der historischen Perspektive einen Sinn erhält oder nicht.

Anmerkung

- * Erstveröffentlichung im ungarischen Tagesblatt Népszabadság am 26.10.2001. Weitere Veröffentlichung der Übersetzung in den Südosteuropa Mitteilungen, Nr. 4/2001 (41. Jahrgang).

Aktuelle Aspekte der Familienpolitik als bevölkerungsbewusste Gesellschaftspolitik

Max Wingen

1. Zur Problemlage

Die demografischen Probleme unseres Gemeinwesens, in der Fachöffentlichkeit seit langem bekannt, wurden in einer breiteren Öffentlichkeit immer wieder verdrängt. Inzwischen sind sie verstärkt in das öffentliche Bewusstsein getreten. Zum Verständnis der Problemlage verdient ein Zusammenhang besondere Hervorhebung, der nach wie vor – bis in den Raum der Politik hinein – recht wenig in seiner wirklichen Tragweite gesehen wird: Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum anzunehmen, der sich aus den vorliegenden demografischen Modellrechnungen abzeichnende Bevölkerungsrückgang auf – je nach Ausmaß der Zuwanderung – 60 bis 65 Mio. zur Mitte des Jahrhunderts erfordere lediglich die Bewältigung damit verbundener „Übergangsprobleme“ in diesen Jahrzehnten. Diese niedrigeren Niveaus bezeichnen Durchgangsniveaus eines abwärts gerichteten Prozesses, der sich auf Grund des Eigenschwungs von Bevölkerungsprozessen („Gesetz der demografischen Trägheit“) nicht kurzfristig auf dem dann erreichten Niveau

stabilisieren lässt. Wenn in einigen Jahrzehnten eine gegenüber heute deutlich niedrigere Bevölkerungsgröße auf einem dann einigermaßen dauerhaft stabilisierten Niveau erreicht werden soll, wäre schon heute und in den nächsten Jahren auf ein höheres Geburtenniveau hinzuwirken.

Da auch eine gelenkte und in ihren damit verbundenen Integrationsproblemen bewältigbare Zuwanderung keine wirkliche Problemlösung bringen kann – sie kann den programmierten Bevölkerungsrückgang abschwächen, aber nicht kompensieren, und den Prozess der „kollektiven Alterung“ unserer Gesellschaft ohnehin nicht aufhalten – lautet ein Fazit der bevölkerungswissenschaftlichen Analyse: Unser Geburtenniveau ist nicht nur – auch international gesehen – vergleichsweise niedrig, es ist zu niedrig. Dies ist kein ideologisch begründetes, sachfremdes Werturteil, sondern stellt das Ergebnis eines (hier nicht im Einzelnen nachzuzeichnenden, sondern nur stichwortartig anzudeutenden) rationalen Diskurses dar: Umsetzung der gemeinwohlrelevanten Wertentscheidungen

des Grundgesetzes, dauerhafte Absicherung der Sozialstaatlichkeit, Verwirklichung von „Generationengerechtigkeit“ (was meint, dass jede Generation der nächsten mindestens genau so viele Chancen und Handlungsspielräume hinterlassen sollte, wie sie selbst vorgefunden hat) u.ä. grundlegende Ziele unseres Gemeinwesens setzen einen demografischen Prozess voraus, der nicht durch einen solchen drastischen Rückgang der (deutschen) Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten gekennzeichnet ist, wie er schon seit Jahren absehbar ist. Es besteht – nicht zuletzt weltweit gesehen – keinerlei Grund, für Bevölkerungswachstum zu plädieren; aber wir haben allen Grund, auf eine Abschwächung des sich klar abzeichnenden Rückgangs hinzuwirken. Das Problem besteht im Grunde nicht einmal in erster Linie in dem Bevölkerungsrückgang als solchem, sondern in dessen Ausmaß, also in dem Grad des Schrumpfens. Insofern stellt sich angesichts unserer demografischen Situation das gesellschaftspolitische Ziel einer „verantworteten Bevölkerungsschrumpfung“. Es ist für entwickelte Industriegesellschaften gar nicht so einfach, in sozialverträglicher Weise zu schrumpfen.

2. Ein Fazit aus dem demografischen Befund

Ziel muss es also sein, darauf hinzuwirken, dass sich das Geburtenniveau in Richtung auf das für ein stabiles Null-Wachstum der Bevölkerung erforderliche Niveau (Generationenrate – NRR – von 1,0) anhebt. Daneben werden vielfältige Anpassungsmaßnahmen an einen dann zwar abgefederten,

aber immer noch verbleibenden Rückgang der Bevölkerung nötig sein. Den Veränderungen in Entwicklung und Struktur der Bevölkerung sollte aber angesichts der demografischen Langzeitwirkungen nicht nur re-aktiv begegnet werden, vielmehr sollte an der Wurzel ansetzend – und in diesem Sinne „radikal“ – auf Voraussetzungen für ausgeglichene demografische Strukturen hingewirkt werden. Die Bewältigung der (zu) lange verdrängten mehrdimensionalen gesellschaftspolitischen Herausforderung der demografischen Entwicklung in unserem Gemeinwesen erfordert einen „policy mix“, in dem auch eine – mit den Grundsätzen unserer freiheitlichen Sozialordnung übereinstimmende – Anhebung der Geburtenrate ihren Platz haben muss.

Welche Möglichkeiten einer Beeinflussung der demografischen Entwicklung hat die Gesellschafts- und Familienpolitik hier wirklich, und zwar Möglichkeiten, die mit einer freiheitlichen Sozialordnung vereinbar sind? Mit dieser Frage rückt der innere Zusammenhang von Familienpolitik und Geburtenentwicklung betont sowohl in der familien- und bevölkerungswissenschaftlichen als auch in der politischen Diskussion sehr ins Blickfeld. Für eine systematische und auf die gesamte Leistungsbreite von Familien (und damit eben auch auf die generative Funktion) ausgerichtete Familienpolitik lässt sich dieser Zusammenhang im Grunde gar nicht (länger) ausklammern. In der praktischen Politik war dieser Aspekt in den letzten Jahren eher etwas zurückgetreten; weithin war und ist diese Thematik sogar tabuisiert – im Unterschied zu manchen anderen Mitgliedstaaten der

EU wie schon in den ersten Jahrzehnten der Nachkriegszeit in Frankreich und jüngst offensichtlich auch in Schweden. Im eigenen Land ist die Nachwirkung der nationalsozialistischen Bevölkerungs- und Familienpolitik noch immer zu spüren, was auch sein Gutes hat: Damit wird das Gespür dafür wach gehalten, dass Familien nicht für bevölkerungspolitische Ziele instrumentalisiert werden dürfen. Generative Entscheidungen sind hochpersönliche Entscheidungen der Paare und müssen es bleiben, aber in ihren objektiven Konsequenzen sind sie indessen gesellschaftlich hochgradig relevant. Darum ist Kinderhaben und -aufziehen auch keine reine Privatangelegenheit, mit der die einzelne Familie allein fertig zu werden hat.

Familienpolitik als gesellschaftliche Ordnungspolitik entspringt nicht zuletzt auch dieser Sichtweise und steht hier in einem Spannungsverhältnis zwischen der Respektierung der selbstbestimmten familialen Lebensgestaltung und der politischen Gewährleistung der Voraussetzungen, die diese Lebensgestaltung erst möglich machen. Darum sind auch die Bedingungen der Weitergabe des Lebens und der Sicherung der Generationenfolge in das Aufgabenfeld einer systematischen Familienpolitik zu integrieren. Insofern wird im Folgenden für eine auch bevölkerungsbewusste Familienpolitik plädiert, die ihre Auswirkungen auf das Bevölkerungsgeschehen zu erkennen und ihre demografischen Nebenwirkungen zu berücksichtigen sucht.¹ Sich über diese Zusammenhänge gesellschaftspolitisch zu verständigen war lange Zeit über dadurch sehr erschwert, dass eine „political correctness“ ein ungeschminktes Ansprechen

der tatsächlichen Problemlage und ihrer wesentlichen demografischen Mitverursachung in öffentlichkeits- und politikwirksamer Weise eher verhinderte. Die Argumentationskeule der „Bevölkerungspolitik“ lag stets griffbereit (was für nicht wenige Zeitgenossen auch heute noch gilt), um auch rationale familienpolitische Denksätze schon im Keim zu ersticken. Die inzwischen sehr viel deutlicher in das öffentliche Bewusstsein tretenden Problemlagen sollten hier eigentlich für eine unvoreingenommene Sicht den Weg ebnen. Hat W. Lutz etwa Recht mit der Vermutung, die öffentliche Besorgnis über die niedrige Fruchtbarkeit scheine in eine neue Phase einzutreten? Nachdem die Periodenfertilität in vielen Staaten Europas schon seit einem Vierteljahrhundert unter dem Bestandserhaltungsniveau liege, schwinde die Hoffnung, dass sie sich von selbst erhole.² Was H. Wendt im Blick auf die aufgehobene Tabuisierung des Zuwanderungsthemas feststellt, ist für die natürliche Bevölkerungsbewegung schon lange zu wünschen und könnte hier – im Zusammenhang mit der Zuwanderungspolitik – vielleicht doch Geltung erhalten: „Eine rationale Sicht auf notwendige Prozesse scheint das politische Klima im Lande zu verändern und damit die Bereitschaft zur Lösung unumgänglicher Problemstellungen zu erhöhen.“³

3. Aufgabe und Grenzen einer bevölkerungsbewussten Familienpolitik

Unter Rückgriff auch auf familien- und bevölkerungswissenschaftliche Einsichten in die demografischen Aus-

wirkungen von familienpolitischen Maßnahmen, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann,⁴ lassen sich unterschiedliche Familienpolitikprofile entwerfen; eine betonte Berücksichtigung von positiv zu bewertenden, in diesem Falle geburtenfördernden Nebenwirkungen der Familienpolitik führt zu einem Familienpolitikprofil, das Ausdruck einer (auch) demografisch akzentuierten Familienpolitik ist, also einer Politik, die die unverkennbaren Umbrüche in der sog. natürlichen Bevölkerungsbewegung berücksichtigt, und die mit Vorstellungen zur sozialen Rahmensteuerung des demografischen Prozesses abgestimmt ist. Das Konzept einer „Rahmensteuerung“ der Geburtenentwicklung meint gerade auch dieses, nämlich das bewusste Einkalkulieren demografischer Nebenwirkungen einer in eine übergreifende Gesellschaftspolitik integrierten Familienpolitik. Eine (Mit-)Gestaltung des Bevölkerungsprozesses und der Geburtenentwicklung kann (und sollte in einer betont freiheitlich orientierten Sozialordnung) gerade in einer Ziel-Mittel-Alternative gesehen werden, bei der neben speziell ordnungspolitischen Ansätzen in den Rahmenbedingungen des generativen Verhaltens auch die bevölkerungsmäßigen Nebenwirkungen anderer Teilpolitiken der Gesellschaftspolitik gezielt berücksichtigt werden.

Wichtig erscheint es damit, Maßnahmen, die als solche z. B. aus einer genuin sozial-, familien- oder arbeitsmarktpolitischen Zielsetzung heraus getroffen werden, von denen indessen Auswirkungen auf das generative Verhalten ausgehen, auch im Blick auf Ordnungsvorstellungen zur Bevölkerungsentwicklung zu sehen und zu

akzeptieren. Dabei geht es dann auch um die Schaffung ganz bestimmter ordnungspolitischer Voraussetzungen in der Gesellschaft, um zu erreichen, dass es für den Einzelnen „interessant“ und im Hinblick auf seinen persönlichen Lebensentwurf „vernünftig“ und „sinnvoll“ erscheint und es zumindest nicht andere attraktive Lebensoptionen von vornherein völlig ausschließt, wenn er sich für (auch mehrere) Kinder entscheidet. Es gehört im Übrigen auch zu der in der offiziellen Familienpolitik immer wieder vertretenen Auffassung, dass junge Paare ihre Kinderwünsche verwirklichen können sollen – freilich wird oft zu wenig die Bedeutung der tatsächlichen Voraussetzungen dieser Verwirklichung gesehen. Es gilt in dieser Sicht, eine solche institutionelle Rahmenordnung und solche organisatorischen Bedingungen in Gesellschaft und Wirtschaft zu schaffen, dass die Verfolgung der individuellen Interessen der einzelnen Paare bei ihrem generativen Verhalten mit dem Erreichen eines auch demografisch ausgerichteten Allgemeininteresses möglichst übereinstimmt, dass m.a.W. die Einzelnen dadurch, dass sie höchst „eigennützig“ Interessen zu befriedigen suchen, zugleich – auch ohne dies in der Regel bewusst anzustreben – in ihrem Geburtenverhalten zu der Kinderzahl beitragen, die im Blick auf das Wohl der Gemeinschaft erstrebenswert erscheint. Man mag dies eine „bevölkerungspolitische“ Strategie nennen und dann demgegenüber ins Feld führen, dass es auch nicht um eine „Bevölkerungspolitik neuer Art“ gehen dürfe; – entscheidend ist, dass hier politisch induzierte mittelbare Einwirkungen auf den Bevölkerungsprozess nicht zur isolierten „Bevölkerungspolitik“ geraten dürfen

(gar mit einer „Verzweckung“ von Familien), sondern als in die Gesellschaftspolitik voll eingebettete, gemeinwohldienliche politische Strategien zu sehen sind. Familienpolitik darf nicht für eine Bevölkerungspolitik instrumentalisiert werden. Darauf ist auch bei der Anlage einer bevölkerungsbewussten Familienpolitik im Rahmen eines familienpolitischen Gesamtkonzepts besonders zu achten.

Die Frage bleibt freilich, ob insbesondere ordnungspolitische Ansatzpunkte, selbst wenn sie konsequent aufgegriffen werden, in jedem Falle ausreichend erscheinen, um gesamtgesellschaftlich befriedigende demografische Strukturen dauerhaft zu sichern. Immerhin muss mit der Möglichkeit gerechnet werden, dass – solange gesellschaftliche Bezüge in den generativen Entscheidungen zu schwach ausgeprägt sind – unter dem Einfluss von Kalkülen, in die vorwiegend die privaten Folgen der individuellen Entscheidungen für oder gegen Kinder eingehen, die Vielzahl der einzelnen demografisch generativen Paarentscheidungen noch nicht eine gesamtgesellschaftlich erwünschte demographische Entwicklung gewährleisten. Und doch sind hier die grundlegenden individuellen Rechte (gerade auch der Frau) im generativen Feld zu beachten. Hier ist auf das grundlegende, schon in der Menschenrechtserklärung von Teheran (1968) festgeschriebene Recht der einzelnen Paare zu verweisen, frei, verantwortlich und informiert über die Zahl ihrer Kinder (und den zeitlichen Abstand der Geburten) zu entscheiden. Dieses Recht setzt als Gegenpol zu gesamtgesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen zur Bevölkerungsentwicklung eines Gemeinwesens wichtige

Grenzen für politisches Handeln in der Verfolgung solcher gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen. Diese dürfen nicht gegen das grundlegende Recht der einzelnen Paare zu verwirklichen versucht werden. Maßnahmen, die die Freiheit der einzelnen Paare in ihrer generativen Entscheidung beeinträchtigen, können in unserer Sozialordnung nicht akzeptiert werden. Hier würde der Rubikon zu einer Bevölkerungspolitik überschritten. Entscheidend für die Abgrenzung einer bevölkerungsbewussten Familienpolitik, die in einer bestimmten historischen Situation des Gemeinwesens zu einem Geburtenanstieg führt, gegenüber einer Bevölkerungspolitik ist, dass es sich um einen Geburtenanstieg handelt, der aus den eigenverantwortlichen Entscheidungen der einzelnen Paare im Hinblick auf die Realisierung ihrer Kinderwünsche im Rahmen ihrer individuellen Lebensentwürfe erwächst (und nicht staatlichen Planvorgaben entspringt, auf die hin Familien instrumentalisiert bzw. „verzweckt“ würden). Der Mensch ist Person, die sich in ihrer Individualität selbst ihre Zwecke setzt. Muss Politik also u.U. akzeptieren, wenn die Entscheidungen der Einzelnen im Ergebnis etwa zu einem als sozial unerwünscht angesehenen Ausmaß des Bevölkerungsrückgangs führen? Ehe sich diese Frage in aller Radikalität stellt, hat die Politik zuvor die gesellschaftlichen Bedingungen so zu gestalten, dass von wirklich freien Entscheidungen gesprochen werden kann.

4. Die Bedeutung der Wertorientierungen

Eine solche Politik verweist auf Zusammenhänge, die weit über den Ein-

fluss von wirtschaftlichen Leistungen hinausgehen. Entscheidungen für (oder gegen) Kinder sind durchweg partnerschaftlich gefällte, wertbezogene Entscheidungen, bei denen zentrale persönliche Lebensoptionen in ihrer Verknüpfung mit der Sinnsuche des Einzelnen berührt sind. Wenn hier Kinderhaben sich als ein Wert behaupten können soll, gilt es, die allgemeinere Einsicht zu berücksichtigen, dass die Bindung an Werte Erfahrungen voraussetzt, in denen die Bindung an Werte überhaupt erst entstehen kann. Dies gilt es auch für die Bedingungen der Möglichkeit von Erfahrungen zu bedenken, die Menschen mit Kindern als „Sinnstiftern“ machen. Diese Erfahrungen werden neben der Herkunftsfamilie sehr stark durch die gesellschaftlichen Bedingungen geprägt, die die einzelnen Paare vorfinden. Wenn diese Erfahrungen darauf hinauslaufen, dass es von den damit verbundenen Konsequenzen in sozialökonomischer und berufsperspektivischer Hinsicht her schlicht unvernünftig ist, sich für Kinder – erst recht für mehrere – zu entscheiden, dann kann dem Wert Kind und personale Bereicherung durch Kinderhaben kaum jene verhaltensleitende Kraft verliehen werden, die Voraussetzung für eine Bewältigung der demografischen Problemlagen unseres Gemeinwesens auf der Seite der sog. natürlichen Bevölkerungsbewegung ist. Eine wichtige Rolle spielt dabei sicherlich auch die Antwort auf die Frage, was Kinder für den Einzelnen in seinen verschiedenen Lebensphasen bedeuten – von der Zeit der jungen Aufbaufamilie bis zum Leben im Alter. Was den letzteren Aspekt angeht, so braucht es naturgemäß viel Zeit, bis die Erfahrungen von verbreiteter Kinderlosigkeit im öffentlichen

Bewusstsein durchschlagen. Bis dahin können sich freilich Veränderungen in den generativen Strukturen, was deren langfristige Auswirkungen angeht, in einer eher gemeinwohlschädigenden Weise ausprägen und spätere Probleme (für den Einzelnen und die Gesellschaft) zum Teil unkorrigierbar grundlegen. Dies ist mit zu bedenken, wo gewollte Kinderlosigkeit selbstverständlich als persönliche Entscheidung gesellschaftliche Akzeptanz verlangt.

Für eine (auch) bevölkerungsbewusste Familienpolitik wird es sich im Spannungsfeld von individueller und kollektiver Rationalität darum handeln müssen, Entscheidungs- und Handlungsspielräume für junge (Ehe-)Paare offen zu halten, sich auch für (mehrere) Kinder entscheiden zu können, wenn dies grundsätzlich ihrem Lebensentwurf entspricht, und dann nicht lebensperspektivisch durch massive Beeinträchtigungen in der Entfaltung anderer Lebensdimensionen (wie z. B. Berufstätigkeit in ihren verschiedenen Formen) behindert zu werden. So gilt es also zu vermeiden, dass die Realisierung von Kinderwünschen durch wirtschaftliche und sozialkulturelle Lebensbedingungen, die ja immer zum Teil auch politisch zu verantworten sind, vorzeitig verschüttet wird. Familienpolitik darf die individuellen Entscheidungen für oder gegen Kinder nicht in einer Weise „manipulieren“ wollen, die den freien Willen der einzelnen Paare unterlaufen oder gar außer Kraft setzen würde (wozu auch in bestimmten sozialökonomischen Lebenslagen das Setzen von übermächtigen wirtschaftlichen Anreizen gehören kann); sie hat die hochpersönlichen, generativen Entscheidungen zu respektieren, sehr wohl aber die

Rahmenbedingungen, unter denen diese Entscheidungen zu treffen sind, so zu gestalten, dass Entscheidungen zur Übernahme von Elternverantwortung mit „Vernunft und Anstand“ getroffen werden können (wie es schon in den frühen 50er-Jahren des letzten Jahrhunderts in der bevölkerungswissenschaftlichen Diskussion formuliert worden ist) und auch grundlegenden Wertentscheidungen in der Gesellschaft etwa hinsichtlich der Geschlechterbeziehungen oder der Gerechtigkeit zwischen den Generationen nicht von vorneherein entgegenlaufen müssen.

5. Profil einer auch bevölkerungsbewussten Familienpolitik

Von isolierten Einzelmaßnahmen („monoinstrumentellen Politikansätzen“), wie etwa zu der so wichtigen konfliktfreieren Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit, kann auch in demografischer Hinsicht kaum ein wirklich nachhaltiger und über eventuelle kurzfristige „Pusch-“ oder „Strohfeuereffekte“ hinausgehender Erfolg erwartet werden. Mit dem Verweis auf verbesserte Rahmenbedingungen für eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird zwar eine sehr wichtige, aber eben auch nur eine Rahmenbedingung angesprochen, deren Erfüllung allein für eine Bewältigung des Geburtenproblems nicht ausreicht. Das gilt erst recht für isolierte einkommenspolitische Einzelmaßnahmen, die nicht die Lösung sein können. Die Übernahme von Elternverantwortung muss als „sinnhaft“ erlebt werden können, auch darf sie andere Optionen der Lebensgestaltung nicht generell ein-

fach ausschließen, (was zwar auch, aber keineswegs nur eine wirtschaftliche Problemstellung beinhaltet). Zum Systemwissen einer modernen Familienpolitik als gesellschaftliche Ordnungspolitik mit Querschnittscharakter gehört die Einsicht, dass nur integrativ geplante Politikansätze mit Maßnahmenbündeln, die mit der Notwendigkeit des Ineinandergreifens von einer Änderung der gesellschaftlichen Lebensbedingungen und eine Bewusstseinsänderung der Einzelnen ernst machen, am ehesten Erfolg versprechen, allerdings auch unterschiedliche Verantwortungsträger (im staatlichen und nichtstaatlichen Raum) gleichermaßen in die Pflicht nehmen. Dies gilt auch für eine demografische Akzentuierung der Familienpolitik.

In einer auch bevölkerungsbewussten Familienpolitik geht es darum, in einem sozialreformerischen Ansatz mehr Chancengleichheit auch für Eltern mit (mehreren) Kindern durch eine nachhaltige und generationensolidarische Familienpolitik zu schaffen, die

- die Strukturen der marktleistungsbestimmten Einkommensverteilung durchgreifend korrigiert, und zwar durch Sicherung eines der allgemeinen Einkommens- und Preisentwicklung laufend anzupassenden, familiengemäßen Einkommens in seinem dreifachen Aspekt:
 - Gewährleistung von Steuergerechtigkeit (einkommensteuerliche Freistellung des sozial-kulturellen Mindestbedarfs von Kindern (einschl. des Betreuungs- und Erziehungsbedarfs, mit realitätsgerechter Bewertung der einzelnen Aufwandsfaktoren), was noch kei-

- ne eigentliche Familienförderung darstellt);
- Gewährleistung von Bedarfsgerechtigkeit mit Blick auf den Ausgleich der kinderbedingten Mehrkosten im Vergleich zu Kinderlosen (Familienlastenausgleich i.e.S.), in den auch familienphasenspezifische Transferleistungen wie Erziehungsgeld (Erziehungseinkommen) zu integrieren sind, womit dann die Grenze überschritten wird zur
 - Gewährleistung eines Familienleistungsausgleichs, der in Deutschland (und nicht nur hier) bisher erst in den Anfängen steht und elementare Leistungen der Familien für das Gemeinwesen (positiv zu bewertende externe Effekte im Aufbau des „Humanvermögens“ der Gesellschaft) angemessen anerkennt;
- eine stringenter strukturelle Verknüpfung von Familienförderung und sozialer Altersversorgung Gewähr leistet und damit auch der Mehr-Generationen-Solidarität Rechnung trägt;
 - in den übrigen Zweigen der Sozialversicherung die familien- und kindbezogene Ausgestaltung des konstitutiv durch Elemente des sozialen Ausgleichs gekennzeichneten Leistungssystems sicherstellt und weiterentwickelt;
 - als gesellschaftsstrukturgestaltende Politik auch das Feld einer familienbezogenen, sozialen Infrastruktur auf der kommunalen Ebene bis hin zu einem familiengerechten Wohnungs- und Wohnumfeldangebot mit umfasst; dabei gilt es zu berücksichtigen, dass die familiäre Dienstleistung des Aufziehens von Kindern heute mehr als je zuvor
- durch Elemente eines Kollektivgutes gekennzeichnet ist und in der Sprache der Theorie der öffentlichen Güter als ein „Mischgut“ anzusprechen wäre, sodass im Blick auf damit verbundene, positiv zu bewertende, externe Effekte eine öffentliche finanzielle Mitverantwortung für die Erstellung dieses Gutes zu bejahen ist, wobei freilich das Problem der ungleichen ökonomischen Ausgangsbedingungen bei Inanspruchnahme von hochgradig öffentlich subventionierter, außerhäuslicher (Klein-)Kinderbetreuung und demgegenüber deren Nicht-Inanspruchnahme (mit weitestgehend unentgeltlicher, familiärer Eigenleistung) zu sehen und anzugehen ist;
- eine Strategie der Absicherung einer konfliktfreieren Vereinbarkeit der Übernahme von Elternverantwortung mit Erwerbstätigkeit in unterschiedlichen, von den Eltern möglichst frei zu bestimmenden, lebensperspektivischen Modellen erst voll wirksam werden lässt, was die Gestaltung der ökonomischen und sozialen Randbedingungen der außerhäuslichen (Klein-)Kinderbetreuung ebenso umfasst wie die Anregung und Förderung entsprechender Maßnahmen im Rahmen der unternehmerischen Familienpolitik (mit familienbewusster Personalpolitik) und bei alledem die Bedeutung angemessen berücksichtigt, die der Ressource Zeit bei der elterlichen Betreuungs- und Erziehungsarbeit beizumessen ist;
 - ausgerichtet ist auf eine auf möglichst großem, gesellschaftlichen Konsens beruhende, breitenwirksame und bildungspolitisch unterlegte Wertorientierung, die Entscheidungen für Kinder nicht ab-

träglich ist, sondern sie als lebenssinnstiftend unterstützt, was in einer auch wertpluralistischen Gesellschaft ein nicht leichtes Unterfangen bezeichnet und neben dem Staat und seiner Kulturpolitik gerade die Träger von Wertsetzungen in besonderer Weise herausfordert (wie Kirchen u. a.) und in das gesellschaftspolitische Gesamtkonzept eingebunden sein muss, das bei aller Wertpluralität an dem grundlegenden Sachverhalt fest zu halten hat, dass der Einzelne ein Einzelwesen und zugleich gemeinschaftsbezogenes Wesen ist;

- nicht zuletzt als Ausdruck einer auch demografischen Akzentuierung im Rahmen des familienpolitisch zu gewährleistenden, familienbezogenen Bildungsangebots eine demografische Information und Bildung im Auge behält. Diese könnte schon in der Sekundarstufe II ihren Platz finden und hätte u. a. zu verdeutlichen, dass der Einzelne Entscheidungen trifft, deren Tragweite er auch wegen der spezifischen Langzeitwirkungen demografischer Prozesse gar nicht voll übersehen kann. Eine solche demografische Information und Bildung muss freilich mit „handfesten“ sozial-strukturellen Maßnahmen verknüpft sein, weil sie isoliert allzu leicht zu einem ideologischen Unterfangen gerät. Es kann und darf nicht darum gehen, im Feld der generativen Entscheidungen einfach auf gesinnungsethische Appelle zu setzen, die das Bedachtnehmen auf die individuelle Wohlfahrt zu überspringen suchen.⁵

Was in der Wirkungsforschung zum Verhältnis von Familienpolitik und

Geburtenentwicklung fehlt, ist eigentlich die empirische Überprüfung der demografischen Wirkungen eines tatsächlich verwirklichten, ganzheitlichen Familienpolitikansatzes, der über bisher mehr oder minder isolierte Einzelaktionen weit hinaus geht und von vorneherein integrativ geplante Maßnahmenbündel umfasst, die aufeinander abgestimmte Maßnahmen sowohl wirtschaftlicher als auch außerwirtschaftlicher Art (wie die systematische, familienfreundliche Gestaltung des soziokulturellen Umfeldes) verbinden und möglichst langfristig wirksam sind (Prinzip der Dauerhaftigkeit und Verlässlichkeit), sodass sie auch bewusstseinsprägend sind. Einstellungs- und daraus erwachsende Verhaltensänderung stellt in der Regel keinen kurzfristigen Prozess dar. Ein solcher Ansatz konnte bisher kaum überprüft werden, weil er in der gesamten, hier angesprochenen Breite und Nachhaltigkeit noch gar nicht wirklich unternommen worden ist.⁶

Bei einer Analyse der demografischen Wirkungen staatlicher Familienpolitik müsste also eigentlich unterschieden werden zwischen der tatsächlich betriebenen, recht unzulänglichen Familienpolitik, die im Übrigen auch noch durch Elemente bloßer „verbaler Politik“ gekennzeichnet ist, und einem familien- und politikwissenschaftlichen Einsichten voll Rechnung tragenden Familienpolitik-Profil, zu dem sich die Politik aber erst noch durchringen müsste. Diese Unterscheidung erscheint aber deshalb so wichtig, weil aus – im Einzelfall durchaus sorgfältig untersuchten – Befunden über die Wirkungen von einzelnen familienpolitischen Maßnahmen nicht selten auf die Wirkungen „der“ Familienpolitik

als solcher in ihren Möglichkeiten (und Grenzen) geschlossen wird. Einem solchen „Kurzschluss“ Vorschub zu leisten wäre aber eine bedenkliche Schwäche einer familienwissenschaftlichen Politikberatung. Insofern steht also eigentlich der Test auf die demografischen Wirkungen einer vollentfalteten Familienpolitik noch aus. Er kann nur gemacht werden, wenn die politischen Entscheidungsträger den politischen Willen zu einer solchen Familienpolitik aufbringen. Sie ist ohnehin angesagt, wenn die Gesellschaftspolitik in unseren europäischen Gesellschaften vor der Zukunft Bestand haben soll. Der demografische Prozess, insbesondere das veränderte Geburtenverhalten (aber auch die Wanderungsbewegung), ist kein schicksalhafter Prozess, der außerhalb der von der Politik gesetzten Randbedingungen abläuft.⁷ Diese Rand- oder Rahmenbedingungen, unter denen Eltern sich für mehr oder weniger Kinder entscheiden und damit in einem Ausmaß, das als sozial erwünscht oder problematisch einzustufen ist, unterliegen auch der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung. Die hochproblematische These, hier könne der Staat nichts bewirken, lenkt insoweit im Grund von längst fälligen, familienpolitischen Entscheidungen ab und ist geeignet, Politikern eher noch ein

„gutes Gewissen“ für familienpolitisches Nicht-Handeln zu vermitteln.

6. Schlussbemerkung

Die Familien dürfen zwar keinesfalls, um dies noch einmal deutlich zu unterstreichen, zu bevölkerungspolitischen Zwecken instrumentalisiert werden, wohl aber sollten die Entscheidungs- und Handlungsspielräume junger Paare so erweitert werden, dass sie sich unter zumutbaren Bedingungen für die Kinderzahl entscheiden können, die ihrem persönlichen Lebensentwurf entspricht. Auch das in jüngster Zeit andiskutierte Konzept einer „Neuen Sozialen Marktwirtschaft“ – oder vielleicht besser: einer „erneuerten Sozialen Marktwirtschaft“ – wird gerade auch im Blick auf die demografische Problemlage daran gemessen werden müssen, inwieweit die real verwirklichte, sozialmarktwirtschaftliche Ordnung diesem Anspruch gerecht wird. Wenn die Gesellschaftspolitik in Deutschland und EU-weit der Gefahr eines wachsenden Wahrnehmungsverlustes gegenüber der gesellschaftlichen Wirklichkeit von Eltern-Kinder-Gemeinschaften in ihren verschiedenen familienstrukturellen Ausprägungen entgegen will, wird sie sich dieser Herausforderung stellen müssen – und zwar alsbald.

Anmerkungen:

¹ Zur näheren Auseinandersetzung mit den Grundlagen und Problemen einer bevölkerungsbewussten Familienpolitik sei verwiesen auf die Arbeit des Verfassers: Notwendigkeit, Möglichkeiten und Grenzen einer bevölkerungsbewussten Familienpolitik, in: Max Wingen, Familienpolitische Denkanstöße – sieben Abhandlungen, Grafschaft 2001.

² Lutz, W.: Werden Kinder in Europa Man-

gelware?, in: Family Observer (Europ. Beobachtungsstelle für Familienangelegenheiten), Europ. Gemeinschaften 1999, S. 16.

³ Wendt, H.: Einwanderung und Integration: Herausforderungen eines unumkehrbaren Prozesses, in: H. Wendt/A. Heigl (Hrsg.), Ausländerintegration in Deutschland, BIB, Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, H.101, Wiesbaden 2000, S.9.

- ⁴ Zur Aufarbeitung der Forschungslage über die demografischen Auswirkungen familienpolitischer Maßnahmen (mit weiterführenden Literaturhinweisen) siehe auch Wingen, M.: Familienpolitische Denkanstöße.
- ⁵ Näheres zum Konzept einer demografischen Information und Bildung siehe Wingen, M.: Familienpolitik – Grundlagen und aktuelle Probleme, UTB für Wissenschaft Bd.1970, Stuttgart 1997, S.361ff.; ferner: Demografische Information und Bildung (population education) als Aufgabe in den entwickelten Industriegesellschaften, in: M. Wingen, Zur Theorie und Praxis der Familienpolitik, Frankfurt/M. 1994, S.386–410.
- ⁶ Zum Gesamtsystem einer auf Rationalität bedachten Familienpolitik sei auch verwiesen auf Lampert, H.: Priorität für die Familie, Berlin u. a., 1996. – Ein umfassender Sammelband zu theoretischen und praktischen Problemen der Familienpolitik und ihrer verschiedenen Handlungsfelder (einschl. internationaler Ausblicke) mit über 60 Beiträgen aus im Einzelfall unterschiedlichen Ausgangspositionen liegt ebenfalls seit kurzem vor: Jans, B./Habisch, A./Stutzer, E. (Hrsg.): Familienwissenschaftliche und familienpolitische Signale, Graftschaff 2000, 687 S.
- ⁷ Der Verfasser hat diese These seit der zweiten Hälfte der 70er-Jahre des letzten Jahrhunderts gerade im Blick auf die Geburtenentwicklung in den westeuropäischen Industriegesellschaften wiederholt dargelegt; s. z. B.: Wingen, M.: Rahmensteuerung der Bevölkerungsbewegung als gesellschaftspolitische Aufgabe, in: aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament), B 52/1977; Die Bevölkerungsentwicklung in den Industriestaaten – Schicksal oder Gestaltungsaufgabe?, in: W. Engels (Hrsg.), Arbeit und Einkommensverteilung in der Informationsgesellschaft der Zukunft, Heidelberg 1990, S.129–146; Zur Tragweite der Familienpolitik in einer Rahmensteuerung der Bevölkerungs- und Geburtenentwicklung, in: M. Wingen, Zur Theorie und Praxis der Familienpolitik, Frankfurt a.M. 1994, S.365–385. Aus jüngster Zeit sei besonders auf die umfangreiche Arbeit (Habil.-Schr.) von Mayer, T.: Die demografische Krise. Eine integrative Theorie der Bevölkerungsentwicklung, Frankfurt a.M. 1999, verwiesen, in der diese These ebenfalls nachdrücklich und sehr nachlesenswert untermauert wird.

Innere Einheit durch politische Bildung?

Carl Deichmann

Will die politische Bildung einen Beitrag zur Herstellung der Inneren Einheit liefern, dann muss es ihr darum gehen, die Entwicklung der demokratischen politischen Kultur im vereinten Deutschland zu fördern. Deshalb steht die Politikdidaktik zumindest vor drei Aufgaben.

Erstens ist der Begriff der Inneren Einheit für die Zwecke der politischen Bildung genauer zu fassen. Damit verbunden muss zweitens das politikwissenschaftliche Konzept der politischen Kultur befragt und mit dem Ziel weiterentwickelt werden, eine tragfähige Orientierung für die politische Bildung zu gewinnen. Die dritte Aufgabe besteht darin, auf der Basis dieser theoretischen Abklärungen konkrete Vorschläge für die Praxis der politischen Bildung zu formulieren.

1. Bestimmung der Inneren Einheit im Rahmen des political-culture-Konzeptes

1.1 Forschungskonzept und Forschungsergebnisse zum Problem der Inneren Einheit

Bei der näheren Bestimmung des Begriffs der Inneren Einheit sollte die po-

litische Bildung von zwei Prämissen ausgehen: Innere Einheit ist von der konstitutionell-institutionellen Einheit, die am 3. Oktober 1990 vollzogen wurde, abzugrenzen. Sie muss ebenfalls von der so genannten materiellen Einheit unterschieden werden. Nach dieser besteht die Auflage – entsprechend der Forderung des Art. 72 GG –, dass die durchschnittlichen Lebensverhältnisse von Westdeutschland auch in den neuen Bundesländern erreicht werden.¹

Damit stehen die subjektiven (Wert-) Vorstellungen im Vordergrund der Betrachtungsweise. Aus diesem Grund ist bei der Zustandsbeschreibung der Inneren Einheit die politikwissenschaftliche Forschung zur politischen Kultur der Bundesrepublik hilfreich, unternimmt sie doch den Versuch, das Problem der Inneren Einheit mit Hilfe der empirischen Forschung zu erfassen. Den Ausgangspunkt bildet dabei das political-culture-Konzept von Gabriel Almond und Sidney Verba.

Politische Kultur wird dabei als Verteilungsmuster der Orientierungen verstanden, das die Mitglieder einer Gesellschaft gegenüber ihrem politischen System, seinen Teilbereichen, seiner Politik und ihrer eigenen speziellen

Rolle in diesem System haben. Danach fasst die politische Kultur nicht nur das, was in der Politik geschieht, sondern das, was die Mitglieder der Gesellschaft darüber denken: empirische Glaubensüberzeugungen darüber, was vor sich geht, und Ansichten über Werte und Ziele, die in der Politik verfolgt werden sollen.²

Die Innere Einheit, bzw. die (noch) nicht existierende Innere Einheit, wird sodann daran gemessen, in welchem Grad Übereinstimmungen bzw. Differenzen zwischen Bürgern in Ost- und Westdeutschland in den wichtigen Einstellungen zu diesen Aspekten des politischen Systems bestehen. Aber auch Fragen zur Bedeutung der Einheit und zu dem Verhältnis der Deutschen zu einander werden gestellt; es werden also die wechselseitigen Eigen- und Fremdwahrnehmungen untersucht.

Bezüglich der Bedeutung der deutschen Einheit ist die Mehrzahl der Bürger der Meinung: Wir sind ein Volk³. Es existiert ein gemeinsames Grundgefühl: 81% der Westdeutschen und 68% der Ostdeutschen sehen sich 1999 in erster Linie als Deutsche und nicht als West- bzw. Ostdeutsche.⁴

Auch die gegenseitige Wertschätzung der Deutschen in Ost und West ist – wenn sie sich denn treffen – sehr hoch.⁵

Differenzen treten jedoch dann auf, wenn es um die Fragen geht, welche die Kernbereiche der demokratischen politischen Ordnung betreffen. Hier sind Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Bürgern festzustellen. Diese werden besonders bei Befragungen zu folgenden Themen deutlich:

- den Einstellungen zur Demokratie und zur Problemlösungsfähigkeit des demokratischen politischen Systems;
- den Wertorientierungen (Freiheit/Gleichheit);
- der Einstellung zur sozialen Marktwirtschaft;
- der Einstellung zu Institutionen der politischen Partizipation⁶

Die Untersuchungen zeigen, dass Ostdeutsche in einem höheren Maße als Westdeutsche (44% zu 25%) den Begriff der Freiheit mit der Existenzsicherung verbinden und weniger mit individueller Selbstbestimmung (41% Ostdeutsche; 55% Westdeutsche) und die ostdeutsche Bevölkerung ab 16 Jahren die sozialistische Planwirtschaft zu 81% eher mit den Werten der sozialen Sicherung verbindet als die soziale Marktwirtschaft (42%) sowie in diesem Vergleich der sozialistischen Planwirtschaft mehr Menschlichkeit (68% zu 25%) zuschreibt.⁷

Bei Befragungen zu dem Institutionenvertrauen zeigt sich, dass zum Beispiel die Parteien nach der dreizehnten Shell Jugendstudie bei den Institutionen, zu denen die Jugendlichen Vertrauen haben, an letzter Stelle rangieren. Bundesregierung und Bundestag bringen die Jugendlichen ebenfalls geringes Vertrauen entgegen (Platz 10 und Platz 11 bei 14 zu beurteilenden staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen). Bei den staatlichen öffentlichen Institutionen erhalten die Gerichte mit Platz 2 das höchste Vertrauen. Im Bereich der nicht etablierten Politik rangieren seit Jahren die Umweltschutzgruppen, an erster Stelle.⁸ Bei Befragungen zu dem Institutionenvertrauen der Jugendlichen sind

auch deutliche Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Jugendlichen festzustellen, wobei die Differenz zwischen ost- und westdeutschen Jugendlichen bezüglich des Vertrauens in Organisationen zwischen 1996 und 1999 stark gestiegen ist.⁹

Das Ost-Westgefälle, das sich in den empirischen Untersuchungen niederschlägt, wird von manchem mit der Frage kommentiert: Sind Teile der ostdeutschen Bevölkerung, besonders die ostdeutsche Jugend, noch nicht in der Demokratie angekommen?

Legt man nun die Messlatte traditioneller Demokratien, wie diejenige der USA an, dann hat es allerdings in Westdeutschland auch 20 Jahre gedauert, bis die westdeutschen Bürger sozusagen in der Demokratie angekommen sind.

Wobei man sich in diesem Fall noch vergegenwärtigen muss, dass durch das so genannte Wirtschaftswunder in Westdeutschland und durch den Kalten Krieg vergleichsweise viel günstigere Bedingungen für die Akzeptanz der demokratischen politischen Ordnung bestanden.¹⁰

Stellt man also die empirischen Befunde zu den Kernbereichen der demokratischen politischen Ordnung in einen historischen Kontext, so verlieren sie zwar an Dramatik, doch sind deutliche Ost-West-Unterschiede bezüglich der Demokratieakzeptanz festzustellen.

Bei aller Freude über den Stand des Transformationsprozesses bleibt sozusagen eine kritische Restgröße, die interpretiert und verstanden werden muss, will politische Bildung einen

Beitrag zur Weiterentwicklung der politischen Kultur und zur Inneren Einheit leisten.

1.2 Konsequenzen für Politikdidaktik und Praxis der politischen Bildung

Welche Konsequenzen sollen Politikdidaktik und die Praxis der politischen Bildung ziehen?

Die Autoren der schon zitierten Shell-Studie 2000 interpretieren die von ihnen festgestellte Distanz zur Politik mit den geringen Zukunftserwartungen der Jugendlichen und gestehen der politischen Bildung nur eine geringe Einwirkungsmöglichkeit zu:

„Konzepte der politischen Bildung, die auf das Einüben von Demokratie abstellen, müssen deshalb eher wirkungslos bleiben. Entscheidend ist vielmehr, den Jugendlichen Ressourcen und Unterstützung zu bieten, ihre Zukunft zu meistern.“¹¹

Wenn auch nicht die Bedeutung der ökonomischen Rahmenbedingungen für die Entwicklung politischer Einstellungen bestritten werden soll, so liegt dieser Auffassung jedoch ein Missverständnis über die Aufgaben politischer Bildung zu Grunde. Politische Bildung kann nicht als kurzfristige, punktuelle Reaktion missverstanden werden, sondern sie ist auf die Herausbildung von Werthaltungen und auf die Herausbildung von Verhaltensdispositionen angelegt. Dieses Ziel wird aber nur in einem langfristigen politischen Sozialisationsprozess erreicht, in dem kognitive und affektive Vorgänge verschränkt sind.¹²

In diesem Sinne argumentieren sodann auch die Autoren der Regionalstudie zur politischen Kultur in Thüringen, wenn sie zwar die Ergebnisse ihrer Untersuchung im Sinne des Verfassungspatriotismus zehn Jahre nach der Vereinigung als bürgerschaftliche Leistung hervorheben, jedoch gleichermaßen die Defizite bezüglich der Demokratiezufriedenheit und die Abhängigkeit des Institutionenvertrauens von der persönlichen finanziellen Lage feststellen.¹³

Denn gleichzeitig zeigt sich, so die Autoren des Thüringen-Monitors, „[...] gerade auch bei den Abstufungen der Demokratiezufriedenheit wie in nahezu allen Einzelfragen der politischen Kultur die durchschlagende Wirkung des Faktors Bildung. Bildung und in Besonderheit politische Bildung erscheint immer wieder als ein den Verfassungspatriotismus in einem hohen Ausmaß geradezu determinierender Faktor. Investitionen in Bildung und in politische Bildung erweisen sich vor diesem Hintergrund zweifelsfrei als Primärinvestitionen in Verfassungspatriotismus und demokratisches Ethos.“¹⁴

Angesichts der unterschiedlichen Konsequenzen, die aus ähnlichen Ergebnissen empirischer Untersuchungen gezogen werden, wird besonders deutlich, dass sich politische Bildung nicht damit zufrieden geben kann, politische Kultur im Sinne der politischen Einstellungen der Bürger zum politischen System und seinen Teilbereichen zu beeinflussen, sondern sie zielt auf die – diesen Einstellungen zugrundeliegenden – Ordnungsvorstellungen ab.

Der political-culture-Ansatz greift demnach zu kurz. Die politische Bildung

benötigt eine andere Sicht der politischen Kultur. Dabei kristallisiert sich als Konsequenz eine für die politische Bildung zu verwendende Definition der Inneren Einheit heraus.

Innere Einheit ist danach in ihrem Kern als Konsens in Grundkenntnissen und Grundüberzeugungen der Bürger hinsichtlich der für die Bundesrepublik Deutschland typischen Ausprägungen demokratischer politischer Ordnungsvorstellungen und hinsichtlich der Vorstellungen von der Gesellschaft zu verstehen.

2. Politikwissenschaftlich und politikdidaktisch erweitertes Konzept der politischen Kultur

Die Politikdidaktik sollte sich einer Konzeption der politischen Kultur anschließen, die Karl Rohe als Deutungskultur beschreibt. Sie hat dieses Konzept aber weiterzuentwickeln.

Karl Rohe¹⁵ zeigt das Problem auf, dass die kulturellen Regeln und Prinzipien auch einer Veräußerung bedürfen, in denen sich der Sinn niederschlägt (Normen/Zeichen/Symbole etc.). Die politische Kultur besteht danach auch aus mental und habituell verankerten Sets von Prinzipien und Regeln. Diese programmieren und regulieren das politische Denken und Handeln, einschließlich des Sprachhandelns. Die Prinzipien und Regeln sind von den Bürgern verinnerlicht. Sie bilden den kulturellen Rahmen, in dem politisches Handeln, Denken und Reden stattfindet. Rohe schlägt vor, zwischen Deutungskultur und Soziokultur zu unterscheiden. Die Deutungskultur

integriert und schafft den Rahmen für die verschiedenen Soziokulturen (katholische Teile/Arbeiterteile der Bevölkerung etc.). Es muss nach seiner Meinung gefragt werden, „von wem für wen, in welcher Weise die politische Welt ausgelegt wird“¹⁶.

Eine Weiterentwicklung der Konzeption der Deutungskultur als Orientierung für die politische Bildung wird von einem Ansatz aus geschehen müssen, bei dem das Verhältnis zwischen gesellschaftlichen Regeln/Symbolen und individuellem Wissen und Handeln thematisiert und untersucht wird, wie dies in der Wissenssoziologie und der Anthropologie, etwa von Berger/Luckmann¹⁷, Max Scheler¹⁸, Helmut Plessner¹⁹ oder Ernst Cassirer²⁰ der Fall ist.²¹

Eine solche Weiterentwicklung soll mit Hilfe des von Ernst Cassirer verwendeten Symbolbegriffs im Folgenden aufgezeigt werden.

In einem umfassenden Sinn stellt Ernst Cassirer den Symbolbegriff – und in diesem Zusammenhang die Symbolbedeutung der Sprache – in den Mittelpunkt der anthropologischen Analyse. Die Beschreibung des animal symbolicum ist dazu angetan, eine weiter gehende Beschreibung der politischen Deutungskultur vorzunehmen und für die politische Bildung zu nutzen. Der Mensch lebt im Gegensatz zu anderen Lebewesen insofern in einer anderen Dimension als er sich ein Symbolnetz, als Symbolsystem geschaffen hat. Dies kann als Methode angesehen werden, sich an seine Umgebung anzupassen.²² Der Mensch lebt „[...] nicht mehr in einem bloß physikalischen, sondern in einem symbo-

lischen Universum. Sprache, Mythos, Kunst und Religion sind Bestandteile des Universums. Sie sind die vielgestaltigen Fäden, aus denen das Symbolnetz, das Gespinnst menschlicher Erfahrung gewebt ist. Aller Fortschritt im Denken und in der Erfahrung verfeinert und verfestigt dieses Netz.“²³

Diese Symbole treten dem Menschen wieder gegenüber, sie sind Objektivationen.

„Statt mit den Dingen hat es der Mensch nun gleichsam ständig mit sich selbst zu tun. So sehr hat er sich mit sprachlichen Formen, künstlerischen Bildern, mythischen Symbolen oder religiösen Riten umgeben, dass er nichts sehen oder erkennen kann, ohne dass sich dieses artifizielle Medium zwischen ihn und die Wirklichkeit schöbe.“²⁴

Bezieht man den symbolorientierten Ansatz auf die Politik,²⁵ so besteht die Möglichkeit, Unterschiede des politischen Deutungs- und Ordnungswissens der Menschen in Deutschland zu erfassen. Sie haben in verschiedenen Ordnungen gelebt, jeder Landesteil sozusagen in einem anderen symbolischen Universum.

Das politische Ordnungswissen der Bürger in der DDR enthielt auf der theoretischen Legitimationsebene mythisches Denken. Gemeint ist die im Rahmen des Marxismus/Leninismus und im Rahmen der Parteilehre vertretene Vorstellung von der Harmonie und Gleichheit in der Urgesellschaft, welche in der kommunistischen Gesellschaft wieder hergestellt werden soll und die in der sozialistischen Gesellschaft in wesentlichen Struktur-

elementen realisiert sein sollte.²⁶ Das mythische Denken wurde ebenfalls in der symbolischen Politik aktualisiert, ironisch ausgedrückt:

„Wenn nichts klappte in der DDR, so doch die Inszenierung.“²⁷

Es fand in Fragmenten Eingang in die politischen Interpretationen, die Alltagsweltinteraktionen sowie in die Alltagssprache. Der mit vielen Elementen mythischen Denkens durchsetzte und an Riten (Parteitage/Umzüge/Jugendweihe u. a.) ausgerichtete verordneten Öffentlichkeit²⁸, konnte man sich nur mit Mühe entziehen. Dies führte auch zu einem politischen Deutungswissen, welches in entsprechenden Krisensituationen, die als persönliche Enttäuschungen erlebt werden, von vielen Menschen aktualisiert wird, weil es als Hintergrundorientierung immer noch vorhanden ist. Der Mythos wird immer dann bemüht, wenn die Situation für den Menschen unübersehbar oder gefährlich ist.²⁹ Es wird, verbunden mit den Erfahrungen in verschiedenen politischen Ordnungen und deren Interpretation, der jüngeren Generation übertragen, die es mit den eigenen Erfahrungen verbindet.

Der in den empirischen Untersuchungen zu Tage tretende Dissens in den Grundüberzeugungen hinsichtlich der für die Bundesrepublik Deutschland typischen Ausprägungen demokratischer politischer Ordnungsvorstellungen und hinsichtlich der Vorstellungen von der Gesellschaft, wird verständlich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass in der DDR ein politisches Deutungswissen vermittelt wurde, das in seinem Anspruch die theoretische Legitimation, die Ebene

der symbolischen Politik sowie die sich hierin einbindende Interpretation des Alltags umfasste. Insofern handelt es sich um eine andere Struktur des Deutungswissens als sie bei den Bürgern der parlamentarischen Demokratie anzutreffen ist: Die Legitimation umfasst nicht nur den unmittelbaren Bereich des politischen Systems, sondern umschließt von seinem Anspruch her alle Daseinsbereiche.

Dies zeigen nicht zuletzt sprachanalytische Interpretationen, ist doch davon auszugehen, dass die Sprache als Begriffssystem einerseits die theoretische Sphäre des Menschen und seinen Zugang zur Welt bildet, es sich aber andererseits dabei nicht nur um rationale Zusammenhänge, sondern um Emotionalität handelt, wenn die alltagsweltliche Bedeutung der Sprache gesehen wird.³⁰ So ist in der DDR nicht nur im engeren Sinne der wissenschaftlichen Sprache, sondern auch in den alltagssprachlichen Symbolen eine starke mythische Orientierung festzustellen. Denn die gesamte Lebenswelt – Alltag, Gesellschaft, Staat, Geschichte – wurde in eine sprachliche Konstruktion eingebunden, welche in sich geschlossen und harmonisch war. Sie erlaubte eine Gesamtinterpretation von Geschichte, gesellschaftlicher Situation und Zukunft.³¹

Insofern wird die auch in den demokratischen Gesellschaften festzustellende Diskrepanz zwischen der theoretischen Legitimation der repräsentativen Demokratie, welche eher mit der wissenschaftlichen Sprache erfasst wird, und der symbolischen Politik, in der auch mythische Grundmuster im Sinne der Riten festzustellen sind, in der sozialistischen Gesellschaft durch

sprachliche Symbole und durch Handlungssymbole eingegebenet (Aufbau des Sozialismus/Arbeiter und Bauernstaat/Arbeiter mit Kopf und Hand/ Einheit von Volk und Führung/symbolische Bedeutung der Volkskammer/ 1. Mai-Demonstrationen etc.). Politische Institutionen wie die Volkskammer haben darüber hinaus nur die Funktion der symbolischen Politik.

Die tatsächlich im Alltag festzustellende Diskrepanz zwischen den Defiziten in Versorgung und Lebensstandard konnte nur durch Zukunftsversprechungen überwunden werden, die mit der Hoffnung verbunden waren, dass die mit der Idee des Sozialismus einhergehenden Erwartungen einer humanen und gerechten Gesellschaft in Erfüllung gehen.³² In der Sicherung des Arbeitsplatzes konnte die humane Gesellschaft trotz der Defizite im Alltag erahnt werden.

So stellen die Interpretationen mit Hilfe der Aspekte der symbolischen Formen ein besonders geeignetes Mittel zum Verständnis des Hintergrundwissens dar, durch welche das Kernproblem der Inneren Einheit als Diskrepanz in den politischen Ordnungsvorstellungen sichtbar wird: Auch wenn Ost- und Westdeutsche den gleichen Gegenständen wie der Idee der Demokratie, hohe Priorität einräumen, ist die Annahme berechtigt, dass sie hierunter Verschiedenes verstehen.³³

3. Konsequenzen für die politische Bildung: Analyse und Vermittlung politischen Ordnungswissens

Auf dem Hintergrund dieser Überlegungen muss die Politikdidaktik durch Unterrichtsforschung politisches Ordnungswissen und politische Identitätsbildung Jugendlicher analysieren und hieraus geeignete didaktische Strategien entwickeln. Dadurch kann sie ihren Beitrag zur Inneren Einheit im Sinne der Entwicklung demokratischen politischen Ordnungswissens liefern.

Die Voraussetzung für die Unterrichtsforschung besteht in einer weitergehenden Operationalisierung des Begriffs des politischen Ordnungswissens als politischem Hintergrundwissen im Rahmen der Identitätsbildung, damit Einstellungen und Interaktionen Jugendlicher beobachtbar werden. Die Unterrichtsbeobachtung geschieht sodann durch teilnehmende Beobachtung, durch die Interpretation von Schülerarbeiten, durch Interviews sowie durch Simulationsspiele und deren Interpretation u. a.

Die für die konkrete Unterrichtsforschung zu entwickelnden Perspektiven gehen unter Berücksichtigung der Überlegungen zur Deutungskultur und der Bedeutung der symbolischen Formen von der folgenden Sicht des politischen Ordnungswissens aus: Das Ordnungswissen zeichnet sich durch einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem Selbstverständnis des Individuums und der gesellschaftlichen Ordnung aus. Es besteht eine Verknüpfung der Interpretation der eigenen Existenz mit der für notwendig und sinnvoll gehaltenen gesellschaftlichen Ordnung. Das heißt, politisches Ordnungswissen ist politisches Deutungswissen, in welchem historische Erfahrungen und Vorstellungen

von einer wünschenswerten Zukunft einfließen.

Politisches Ordnungswissen bezieht sich auf die Fragen, wie ich mich als Mensch, meine Bedürfnisse und Interessen, meine Entfaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der tatsächlichen politischen Ordnung sehe. Durch die unmittelbare Verknüpfung von eigener Bedürfnis- und Interessenlage, eigenen Sinnentwürfen etc. mit der von ihm interpretierten politischen Ordnung entwickelt das Individuum seine politische Identität.

„Identität ist also – anders ausgedrückt – die Summe unseres Ordnungswissens. Orientierungen – das sind die Ordnungsrahmen für die eingehenden Informationen, für die Lokalisierung sozialer Objekte. Sie sind allgemeine Umweltbeschreibungen, grundlegende Erwartungen, Bestandsaufnahmen, Selektionshilfen. Identität und Orientierung sind gewissermaßen zwei Seiten der gleichen Medaille.“³⁴

Eine nähere Betrachtung dieser politischen Identitätsbildung zeigt aber auch, dass trotz der festgestellten Ganzheit in der Bewusstseinsstruktur des Individuums, gebildet aus dem Interaktionsprozess zwischen dem Individuum und dem verallgemeinerten Anderen, der politischen Ordnung, deren Symbolen und Riten sowie der symbolischen Politik,³⁵ Strukturelemente im politischen Ordnungswissen zu unterscheiden sind: „Jede Form der Identität kennt diese drei Komponenten: Geschichte stiftet Identität durch das Verhältnis der Menschen zur Vergangenheit; Gegenwart begründet Identität durch politische und soziale Ortbestimmung; Zukunft formt Identität

durch die Antizipation künftigen Handelns. Danach ist Identität ein Informationsmuster zur Koordination des jeweiligen Akteurs mit seiner Umwelt.“³⁶

Bei der Zugrundelegung dieser Forschungs- und Beobachtungsperspektive sind u.a. die folgenden Einzel-elemente des politischen Ordnungswissens auszumachen: Das Zukunftswissen, das Erinnerungswissen, die Regelkenntnisse und die Beherrschung demokratischer Regeln, das Handlungswissen und die Handlungsfähigkeit sowie das Institutionenwissen.

Im Folgenden sollen vier Schwerpunkte einer didaktischen Strategie skizziert werden, die sich als Beitrag zur Entwicklung des so ausdifferenzierten politischen Ordnungswissens versteht.

Erstens besteht die Notwendigkeit, die Verknüpfung des Zukunftswissens mit dem Erinnerungswissen zu untersuchen. Durch die teilnehmende Beobachtung bei Simulationsspielen, z. B. durch die in der Politikdidaktik schon verwendete Methode der Zukunftswerkstatt,³⁷ besteht die Möglichkeit, die bewusstseinsmäßige Verknüpfung von Einstellungen/Bewertungen zu vergangenen politischen Ordnungen mit der Sicht der Weiterentwicklung politischer Ordnungen zu analysieren. Die Schüler bekommen die Möglichkeit, eine politische Ordnung zu konstruieren, von der sie annehmen, dass sie in dieser die eigenen Interessen am besten verwirklichen könnten. Die Analyse der Vorschläge, aber besonders die Analyse der Begründungen für die entsprechenden Vorschläge, führt zu oft erstaunlichen Rückschlüssen auf grundlegende politische Orientierungen.

gen, in denen sich die Beurteilungen historischer Vorgänge widerspiegeln. Diese verdeutlichen, dass Schüler in den ostdeutschen Bundesländern und in Westdeutschland auf Grund unterschiedlicher politischer Sozialisation, bei der sie mit sehr unterschiedlichen politischen Erfahrungen und politischen Interpretationen der Eltern, Verwandten, Lehrer usw. konfrontiert sind, manchmal konträre Vorstellungen über Vergangenheit und wünschenswerter Zukunft besitzen.³⁸

Unterrichtsmodelle / Materialien zu diesem Thema sollten sich an den Ergebnissen dieser Untersuchungen ausrichten und könnten sich in dem normativen Rahmen bewegen, den John Rawls beschrieben hat:

„Eine Institution ist dann gerecht oder fair, wenn sie den Grundsätzen genügt, die die daran Beteiligten einander in einer ursprünglichen Situation gleicher Freiheit zu wechselseitiger Anerkennung vorschlagen könnten.“³⁹

Damit ist schon der zweite Schwerpunkt angesprochen: die Vermittlung von Institutionenwissen, welches in einer modernen Institutionenkunde durchaus mit handlungsorientierten Elementen der politischen Bildung verknüpft werden kann.⁴⁰ Die zentrale Aufgabe einer modernen Institutionenkunde besteht darin, die Einsicht zu vermitteln, dass die politischen Institutionen nicht die Freiheit einschränken (müssen), sondern bei entsprechender Kontrolle und Transparenz Bedingungen für die freie Entfaltung des Individuums sind. Diese Einsicht kann besonders durch den in den letzten Jahren in der politischen Bildung vernachlässigten Systemver-

gleich zwischen der freiheitlichen politischen Ordnung und der autoritären politischen Ordnung der DDR vermittelt werden, wobei die Lebensbedingungen der Menschen im Mittelpunkt stehen. In der Praxis der politischen Bildung werden oft pädagogische Möglichkeiten nicht genutzt, welche sich z.B. durch die Befragung von Zeitzeugen aus der ehemaligen DDR oder durch die Verwendung der in den Stasi-Akten enthaltenen anschaulichen Beispiele für die Lebensbedingungen der DDR-Bürger ergeben. Schüler können an diesen Beispielen erkennen, nach welchen, die Freiheit einschränkenden Regeln die Menschen das Leben in der DDR gestalten mussten, und welche Bedeutung rechtsstaatliche Prinzipien für ihren eigenen Alltag besitzen.

Der alltagsweltliche Bezug der in diesem Zusammenhang notwendigen Beobachtung der Grundrechte geht davon aus, dass sich Solidarität, Freiheit und Gleichheit in konkreten Verhaltensweisen realisieren. Im Schulalltag wird Toleranz z.B. schon in der Bereitschaft deutlich, den Anderen ausreden zu lassen oder ihn nicht lächerlich zu machen, wenn er Fehler gemacht hat. Solidarität wird nicht in allgemeinem Gerede, sondern in der konkreten Hilfsbereitschaft beobachtbar. Die Politikdidaktik sollte letztlich dem Lehrer Angebote bereitstellen, die aufzeigen, wie im Rahmen eines handlungsorientierten Politikunterrichts solche Situationen geschaffen werden können, in denen die an den genannten Prinzipien ausgerichtete aktive Wahrnehmung der Bürgerrolle eingeübt werden kann.⁴¹

Drittens besteht die Aufgabe der Politikdidaktik darin, zusammen mit den

Lehrerinnen und Lehrern im Rahmen der Unterrichtsforschung durch teilnehmende Beobachtung typische Kommunikations- und Handlungsstrukturen aus dem komplexen Unterrichtsgeschehen zu analysieren, welche demokratische Handlungskompetenz verstärken. Weiterhin geht es darum, eine Typologie von Kommunikationstypen von Schülern empirisch zu ermitteln. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen verschaffen dem Lehrer eher die Möglichkeit, Kommunikation zu beobachten, zu bewerten und im Sinne demokratischen Handelns zu beeinflussen.

Weil politische Identität und politisches Ordnungswissen nicht in einem zweistündigem Fach gebildet werden, besteht viertens die Notwendigkeit, das fächerübergreifende Unterrichts-

prinzip zu erweitern. Die politikdidaktische Zielbestimmung des fächerübergreifenden Unterrichts in der politischen Bildung ist darin zu sehen, das ganzheitliche Lernen zu fördern und die Fächer unter politikdidaktischen Gesichtspunkten an denjenigen Stellen wieder zu Problemkomplexen zusammenzufügen, durch welche politisches Ordnungswissen vermittelt werden kann.⁴²

Zusammenfassend ist also festzustellen, dass politische Bildung einen wichtigen Beitrag zur Inneren Einheit leisten kann, wenn sie von einem erweiterten Begriff der politischen Kultur ausgeht und mit vielfältigen Methoden zur Entwicklung des demokratischen Ordnungswissens Jugendlicher beiträgt.

Anmerkungen

- ¹ Vgl. Kaase, Max: Innere Einheit, in: Werner Weidenfeld/Karl Rudolf Korte (Hrsg.), Handbuch zur deutschen Einheit 1949 – 1989–1999, Bonn (Bundeszentrale für politische Bildung) 1999, S.454–466.
- ² Vgl. Almond, A. Gabriel, A./Verba, Sidney: The Civic Culture: Political Attitudes and Democracy in Five Nations, Princeton 1963, S.16f auch für das Folgende; vgl. Greiffenhagen, Martin/Greiffenhagen, Sylvia: Politische Kultur, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Grundwissen Politik, Bonn (3) 1997, S.167–238 zur Geschichte des Forschungskonzeptes und zu wichtigen Ergebnissen der political-culture-Forschung.
- ³ Allensbacher Archiv, IFD-Umfragen 5094, 6051, 6066, 6080.
- ⁴ Ipsos-Institut Mannheim, Die Berliner Republik, Umfrage im Auftrag des Bundesverbandes deutscher Banken, zitiert nach Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft, Heft 24, 15.6.2000, Köln 2000, S.2.
- ⁵ Vgl. Noelle-Neumann, Elisabeth: Die Deutschen haben die Probe als Nation bestanden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 225/2000, S.5.

- ⁶ Vgl. Gabriel, Oscar: Politische Orientierungen im vereinten Deutschland: Auf dem Weg zur „Civic Culture“?, in: Hans Bertram/Raj Kollmorgen (Hrsg.), Die Transformation Ostdeutschlands. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern, Opladen 2001, S.98–129; vgl. Köcher, Renate: Hat Deutschland eine gefestigte Demokratie?, in: Das Parlament, Nr.16/16.04.1999, S.14; vgl. Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 6070.
- ⁷ Vgl. Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 4218.
- ⁸ Vgl. Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend 2000, Bd.1, Opladen 2000, S.271, Tabelle zur Frage 27.
- ⁹ Ebd.
- ¹⁰ Vgl. Greiffenhagen, Martin: Politische Legitimität in Deutschland, Bonn 1998, S.71.
- ¹¹ Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend 2000, S.16f.
- ¹² Vgl. Reinhardt, Sibylle: Bildung zur Solidarität, in: Gotthardt Breit/ Siegfried Schiele (Hrsg.), Werte in der politischen Bildung, Bonn (Bundeszentrale für politische Bildung) 2000, S.288–302, bes.

- S.297ff.
- ¹³ Vgl. Dicke, Klaus/Edinger, Michael/Schmitt, Karl: Politische Kultur in Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2000, Anlage zur Drucksache 3/1106 vom 16.11.2000 des Thüringer Landtages, 3. Wahlperiode, Erfurt 2000, S.22ff, 71ff.
- ¹⁴ Ebd., S.22.
- ¹⁵ Vgl. Rohe, Karl: Politische Kultur und ihre Analyse. Probleme und Perspektiven der Politischen Kulturforschung, in: Historische Zeitschrift, Bd.250, S.321–346.
- ¹⁶ Ebd., S.8.
- ¹⁷ Vgl. Berger, Peter/Luckmann, Thomas: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit, Frankfurt 1974 (The Social Construction of Reality, New York 1966).
- ¹⁸ Vgl. Scheler, Max: Die Stellung des Menschen im Kosmos, Bonn 1995.
- ¹⁹ Vgl. Plessner, Helmut: *Conditio Humana*, in Golo Mann/Alfred Heuß (Hrsg.), *Propyläen Weltgeschichte*, Bd.1, Frankfurt 1991, S.33–86.
- ²⁰ Vgl. Cassirer, Ernst: Versuch über den Menschen. Einführung in eine Philosophie der Kultur, Hamburg 1996 (An Essay on Man. An Introduction to a Philosophy of human Culture, New Haven 1944).
- ²¹ Vgl. Stammen, Theo: Grundlagen der Politik, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), *Grundwissen Politik*, Bonn, S.20ff. zu diesem Ansatz.
- ²² Vgl. Cassirer, Ernst: Versuch über den Menschen, S.49.
- ²³ Ebd., S.50.
- ²⁴ Ebd.
- ²⁵ Vgl. Dörner, Andreas: Politischer Mythos und symbolische Politik. Sinnstiftung durch symbolische Formen am Beispiel des Hermannmythos, Reinbek 1996.
- ²⁶ Vgl. Wolle, Stefan: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989, Bonn 1998, S.131ff.
- ²⁷ Ebd., S.167.
- ²⁸ Vgl. ebd., S.136ff.
- ²⁹ Vgl. Cassirer, Ernst: Der Mythos des Staates. Philosophische Grundlagen politischen Verhaltens, Frankfurt 1985, S.361.
- ³⁰ Vgl. Cassirer, Ernst: Der Mythos des Staates, S.51, S.171ff.
- ³¹ Vgl. Wolle, Stefan: Die heile Welt der Diktatur, S.128ff.
- ³² Vgl. Fritze, Lothar: Die Gegenwart der Vergangenheit, Weimar 1997, S.12.
- ³³ Vgl. Kaase, Max/Eisen, Andreas/Gabriel, Oscar: Politisches System. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland, Opladen 1996, S.5ff.
- ³⁴ Weidenfeld, Werner: Die Identität der Deutschen – Fragen, Positionen, Perspektiven, in: Ders. (Hrsg.), *Die Identität der Deutschen*, Bonn 1983, S.18f; vgl. Giesen, Bernhard: *Kollektive Identität. Die Intellektuellen und die Nation 2*, Frankfurt 1999, S.24ff.
- ³⁵ Vgl. Berger, Peter/Luckmann, Thomas: *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit*, S.111ff.
- ³⁶ Weidenfeld, Werner: *Die Identität der Deutschen*, S.430.
- ³⁷ Vgl. Weinbrenner, Peter: Zukunftswerkstatt, in: Georg Weißeno (Hrsg.), *Lexikon der politischen Bildung*, Bd.3, Schwalbach 2000, S.272–274.
- ³⁸ Vgl. Gabriel, Oscar: Politische Orientierungen im vereinigten Deutschland: Auf dem Weg zur „Civic Culture“, S.99–103 zum Problem der Identifikation mit der politischen Vergangenheit.
- ³⁹ Rawls, John: Der Gerechtigkeitssinn, in: Ders., *Gerechtigkeit als Fairness*, Freiburg 1977, S.127f; vgl. Deichmann, Carl: *Grundkurs Politikdidaktik. Einführung in Theorie und Praxis der politischen Bildung*, Thillm, Bad Berka 2000, S.51ff.
- ⁴⁰ Vgl. Deichmann, Carl: *Mehrdimensionale Institutionenkunde in der politischen Bildung*, Schwalbach 1996, bes. S.35–40.
- ⁴¹ Vgl. Massing, Peter: *Handlungsorientierter Politikunterricht*, Schwalbach 1997.
- ⁴² Vgl. Deichmann, Carl: *Fächerübergreifender Unterricht in der politischen Bildung*, Schwalbach 2001, bes. S.11–18.

Neue deutsche Europapolitik?

Deutsche Führungsambitionen und deutsch-französische Verstimmungen*

Wolfram Hilz

Wenn neues Führungspersonal die politische Bühne eines Staates betritt, so scheint zunächst einmal vieles anders zu laufen und neu zu sein. Legt sich der „aufgewirbelte Staub“, so wird der Blick frei für wirkliche inhaltliche Neuerungen und schlichte stilistische Veränderungen.

Was bedeutet das für die deutsche Europapolitik? Mit dem Abtreten von Helmut Kohl als allseits geachtetem Europapolitiker und der Regierungsübernahme durch den europapolitischen Novizen und erklärten Euroskeptiker Gerhard Schröder vor drei Jahren konnte niemand mit einer Fortsetzung der „alten“ deutschen Europapolitik rechnen. Das „Anfangsfurioso“ mit dem Kampf gegen die Brüsseler Kommission, die das „deutsche Geld verbrate“ ist noch gut in Erinnerung. Ebenfalls gut in Erinnerung ist das „klein Beigeben“ des vorlauten Kanzlers beim Berliner EU-Gipfel vom März 1999, als er unter eigenem Vorsitz einsehen musste, dass Deutschland als größte europäische Wirtschaftsmacht die Rolle des Zahlmeisters der EU nicht einfach abgeben kann.

Damit stellt sich die Frage – und der möchte ich nachgehen –, wie neu die „neue“ deutsche Europapolitik der Regierung Schröder/Fischer abgesehen von „rhetorischen Höhenflügen“ bisher wirklich war. Der Schwerpunkt wird auf dem „neuen“ außen- und europapolitischen Stil und dessen Auswirkungen insbesondere auf das deutsch-französische Führungsduo in der EU liegen.

1. Inhaltliche Aspekte

Inhaltlich sollen nur einige wenige Punkte Erwähnung finden, die zeigen, dass die Kontinuität die Neuerungen überwiegt. Bevor inhaltliche Aspekte der rot-grünen Europapolitik beleuchtet werden (Punkte 5–7), lohnt es sich vier grundsätzliche Faktoren in Erinnerung zu rufen, die die inhaltliche Variierbarkeit deutscher Europapolitik begrenzen (Punkte 1–4):

1. Politik wird auch als die „Kunst des Möglichen“ bezeichnet. Diese weit verbreitete Erkenntnis¹ bedeutet für die deutsche Europapolitik ganz schlicht,

dass der Handlungsspielraum, innerhalb dessen eine deutsche Bundesregierung angesichts der dichten Verflechtungen des europäischen Integrationsnetzwerkes nach fünf Jahrzehnten agieren kann, äußerst eng bemessen ist. Das bereits erwähnte Beispiel der deutschen Finanzbeiträge zum EU-Haushalt ist nur ein Punkt.

2. Der spezielle Charakter der europäischen Integration als multilaterale, rechtliche und politische Konstruktion präjudiziert spezifische politische Kooperationsmuster zwischen den EU-Partnern. Aus diesen kann keine Regierung ausscheren, ohne größeren Schaden zu verursachen – die europäischen Führungsstaaten Deutschland und Frankreich ohnehin nicht. Ein Rückzug aus Politikbereichen, die bereits europäisch koordiniert werden, ist nicht denkbar.

3. Die primären inhaltlichen EU-Ziele der fortschreitenden Wirtschafts- und Währungsintegration, der Osterweiterung sowie der engeren außen- und sicherheitspolitischen Abstimmung sind unverrückbar. Sie in Frage zu stellen, ist gerade für die traditionelle europäische Führungsmacht Deutschland, auch innenpolitisch, unmöglich.

4. Die Bundesregierung hat auf Grund der strikt multilateralen Ausrichtung der deutschen Außenpolitik keine unilateralen Handlungsalternativen, wie etwa Großbritannien oder Frankreich. Auf Grund dieser Alternativlosigkeit und der Einbindungsfunktion des europäischen Integrationsprozesses für das „große“ Deutschland haben deutsche Bundesregierungen immer nur geringe inhaltliche Variationsmöglichkeiten ihrer Europapolitik.

5. Die Regierung Schröder/Fischer nutzte den geringen inhaltlichen Spielraum, um eine prononcierte nationale Europapolitik zu betreiben, als dies unter Helmut Kohl der Fall war. Beispiele hierfür waren das deutsche Drängen auf eine Reduzierung der hohen Netto-Beiträge, auf sozialverträgliche Übergangsfristen bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit im Zuge der Osterweiterung sowie auf Berücksichtigung des Bevölkerungsfaktors im Ministerrat bei Mehrheitsentscheidungen während der Regierungskonferenz von Nizza. Die Forderungen nach einer föderativen Ordnung der künftigen EU und verstärkter Integration waren dagegen im Grundsatz ebenso wenig neu wie das Plädoyer für eine genauere Kompetenzabgrenzung zwischen Gemeinschaft, Mitgliedstaaten und Regionen.²

6. Eine vermeintliche inhaltliche Neuerung der rot-grünen Europapolitik besteht in der Forcierung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) zusammen mit Frankreich und Großbritannien. Bei näherer Betrachtung steht aber auch dieser Schritt in der Tradition der europapolitischen Bemühungen der Regierung Kohl/Genscher im Vorfeld von Maastricht. Die ESVP stellt insofern eine konsequente, an die GASP-Pläne anknüpfende Fortentwicklung dar.

7. Mit der stärkeren Betonung nationaler Interessen vollzog die neue Bundesregierung einen für die EU-Partner nachvollziehbaren Schritt, der im Allgemeinen schon mit der Wiedervereinigung sehr viel deutlicher erwartet worden war. Die „selbstlose“ Europapolitik Helmut Kohls erzeugte vielfach

mehr Misstrauen als Vertrauen, da das Leugnen nationaler Interessen als „unnormal“ bewertet wurde.

2. Stilistische Neuerungen

Inhaltlich ist die „neue“ Europapolitik also gar nicht so neu. Bei der Betrachtung des europapolitischen Stils und den Rückwirkungen auf das innere Gefüge der EU sieht das Ergebnis dagegen etwas anders aus. Auch hier sollen den auf die rot-grüne Europapolitik bezogenen Punkten (5.–8.) vier generelle Vorbemerkungen vorangestellt werden, die sich auf die Relevanz stilistischer Elemente europäischer Politik beziehen:

1. Wie auf der inhaltlichen Ebene gilt es zu berücksichtigen, dass es sich bei der europäischen Integration um ein spezifisches Gefüge der daran beteiligten Staaten handelt. Auch wenn die Gemeinschaft heute aus 15 gleichberechtigten Mitgliedern besteht, ist die Ursprungskonstruktion der sechs Gründungsmitglieder und ihr damaliges Beziehungsgefüge untereinander heute noch von Bedeutung – insbesondere gilt dies für das deutsch-französische Führungstandem.³

2. Nachdem jeder Mitgliedsstaat innerhalb der Gemeinschaft eine bestimmte, nicht leicht veränderbare „Rolle“ spielt, haben Änderungen des „Rollenverhaltens“ Rückwirkungen auf das Gesamtgefüge. Besondere Auswirkungen haben Verhaltensänderungen an der Führungsspitze. Der europäische Integrationsprozess basiert auf einem Interessenausgleich zwischen Deutschland und Frankreich als europäischem Führungsduo. Zentrale europäische Initiativen erfolgten immer in enger

Abstimmung zwischen Bonn und Paris. Das Bemühen der Regierungen Deutschlands und Frankreichs um die Wahrung der „Form“ war, über die rein symbolische Bedeutung hinaus, wichtig für die gegenseitige Rückversicherung der jeweiligen Kompromissbereitschaft.

3. Die Bundesrepublik als ökonomisch dominierende Macht der EU akzeptierte einen politischen Vorrang Frankreichs in der Gemeinschaft. Kooperationsgrundlage war jedoch immer die Anerkennung der Gleichwertigkeit, auch wenn dies zeitweise Zugeständnisse von einer Seite verlangte (anfangs von Frankreich, spätestens seit 1990 von Deutschland).

4. Deutsche und französische Positionen in der Europapolitik waren nie so stark im Einklang, wie es die offiziellen Harmoniebekundungen hätten vermuten lassen (beginnend mit den konträren europapolitischen Ansätzen de Gaulles und Adenauers). Die divergierenden inhaltlichen Vorstellungen von der Weiterentwicklung der EU zwischen Bonn und Paris haben seit der Wiedervereinigung eher noch zugenommen. Beide Seiten waren jedoch immer bemüht, einen Interessenausgleich zu finden und wichtige Initiativen miteinander abzustimmen – zumindest die „Fassade der Gemeinsamkeit“ wurde aufrechterhalten. Es gab nie den Versuch, die eigenen Vorstellungen dem Partner aufzuzwingen. Der noch sehr stark auf politische Rituale und Symbole bedachte deutsche Nachbar ist besonders empfindlich, wenn er das „Gesicht zu verlieren“ droht. Unabgestimmte deutsche Vorschläge verprellen deshalb den französischen Partner nachhaltig.

Allzu forsches und bestimmtes deutsches Auftreten muss schon deswegen zu einer Abkühlung der deutsch-französischen Beziehungen führen, da die auf souveräne Entscheidungen pochende politische Führung in Paris von ihrem Selbstverständnis her nicht einfach den deutschen Vorstellungen beipflichten kann. Dadurch würde sie den Anspruch der Unabhängigkeit, der europäischen Führungsrolle und sogar der Gleichberechtigung aufgeben.

5. Die von manchen Beobachtern und Partnerregierungen positiv bewerteten deutschen Vorstöße der letzten beiden Jahre sind deshalb für das empfindliche deutsch-französische Gefüge äußerst bedenklich. Drei Beispiele machen dies besonders deutlich: Erstens die Humboldt-Rede Außenminister Fischers vom Mai 2000 mit den Überlegungen zu einer Europäischen Föderation, die die weitere Zukunftsdiskussion in der EU prägte; zweitens die einseitige, unabgestimmte Festlegung von Bundeskanzler Schröder auf weitere Integration statt Kooperation im deutschen und französischen Sinne vom Januar 2001, die in Frankreich als deutsche Anmaßung und offener Affront gesehen wurde; drittens die Forderung Schröders nach teilweiser Renationalisierung der EU-Agrarpolitik und nach Rückstufung des Ministerrats zur 2. Kammer des Europäischen Parlaments im April des gleichen Jahres, was für Paris nach einer vorzeitigen inhaltlichen Festlegung im Post-Nizza-Prozess aussah. Zwar regten diese Vorstöße die europapolitische Debatte an, die Verstimmung in Paris war jedoch nachhaltig. Letztere ist an den äußerst zurückhaltenden und knappen französischen Reaktionen zu erkennen, die

auch als „ohrenbetäubendes Schweigen“ bezeichnet wurden.⁴

6. Die deutschen Alleingänge und Profilierungsversuche versperren zudem den Weg für deutsch-französische Initiativen und gefährden die gemeinsame Vertrauensbasis. Die schwierige Ausgangslage der Regierungskonferenz 2000 wurde durch die Fischer-Rede noch verkompliziert. Die kurzfristig notwendigen Diskussionen auf dem Weg nach Nizza wurden durch die Debatten über die mittel- und langfristigen Entwicklungsperspektiven Europas verwässert. Zum ernsthaften Problem für die deutsch-französischen Beziehungen wurde die „neue deutsche Unabhängigkeit“ insbesondere durch das unsensible Timing. Die Fischer-Rede und die anschließende Diskussion, so interessant und sinnvoll sie grundsätzlich auch waren, belasteten die französische EU-Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2000 schwer. Der ohnehin ohne großen französischen Enthusiasmus gestarteten Schlussphase der Regierungskonferenz wurde durch die Vermengung von Nah- und Fernzielen weitere Energie entzogen.⁵ Die bekannten Meinungsverschiedenheiten über die Finalität des Integrationsprozesses erschwerten Kompromisse bei der Institutionenreform. Die Stimmgewichtung im Rat, die Präsenz in der Kommission und die Mitwirkungsrechte des Parlaments wurden nicht mehr nur unter dem Aspekt der kurzfristigen Arbeitsfähigkeit der Gemeinschaft nach der Osterweiterung diskutiert, sondern Überlegungen zu möglichen künftigen Aufgaben der Organe schwangen immer mit.

Zum ersten Mal erfolgte während einer EG-/EU-Regierungskonferenz keine ge-

meinsame deutsch-französische Initiative! Es wurde also nicht einmal der (formale) Anschein eines gemeinsamen Willens gewahrt.

7. Zum regelrechten Affront für Frankreich geriet das zur Schau gestellte neue deutsche Selbstbewusstsein kurz vor und während des Gipfels von Nizza.⁶ Die Forderung Bundeskanzler Schröders nach einer Sonderstellung Deutschlands im Ministerrat durch eine Anpassung der Stimmengewichtung an die demografischen Verhältnisse signalisierte Präsident Chirac, dass die Bundesregierung im Zuge des Beitritts neuer Staaten einen Vorteil für sich sichern wollte. Damit bescherte die rot-grüne Regierung der französischen Präsidentschaft ein zusätzliches Problem und kündigte der Pariser Führung die Solidarität bei der schwierigen Aufgabe des Austarierens der künftigen Ministerratsstimmen auf. Paris musste somit alleine an zwei „Fronten kämpfen“: mit den kleinen und potenziellen Mitgliedern um die Ausgewogenheit und mit dem deutschen „Partner“ um die Gleichberechtigung der Großen.

Dieses unsolidarische Verhalten der Bundesregierung wurde aber noch dadurch „gekrönt“, dass Bundeskanzler Schröder in Nizza die Vermittlerrolle im von ihm selbst verschärften Stimmenstreit übernahm und diese auch noch entsprechend öffentlichkeitswirksam präsentierte. Dieses, wie auch immer sachlich gerechtfertigte Verhalten verstieß gegen jegliche „europäische Spielregeln“. Das den Vorsitz führende Land wurde als unfähig hingestellt und die Berliner Regierung profilierte sich auf Kosten der Pariser Führung.⁷

8. Neu ist die deutsche Reaktion auf die – nicht neue – französische Überlegenheitspose: statt wie bisher auf den traditionellen Partner zuzugehen und ihm öffentlichkeitswirksam Zugeständnisse zu machen (Kohl-Mitterrand- und Kohl-Chirac-Initiativen unmittelbar vor den Gipfeln von Maastricht und Amsterdam), blieb die Regierung Schröder auf Distanz zu Chirac und gerierte sich als Moderator zwischen französischer Präsidentschaft, den Beitrittskandidaten, sowie den restlichen Mitgliedsregierungen. Die deutsche Regierung tat es damit der Pariser Führung gleich und blieb unachgiebig. Für das deutsch-französische Verhältnis ergibt sich daraus eine Verkomplizierung, da Frankreich nun nicht mehr, wie bisher, mit dem Einlenken Berlins im Konfliktfall rechnen kann.

3. Bewertung

Nach der deutschen Einheit haben die Regierungen Kohl/Genscher und Kohl/Kinkel versucht, den Anschein zu vermeiden, das größere Deutschland würde nun in der EU eine gewichtigere Rolle beanspruchen. Die Bundesregierungen betrieben eine bewusst „devote“ Politik der Selbsteinbindung in Europa, um jegliche 1989/90 geäußerten Ängste vor einem „deutschen Europa“ bereits im Keim zu erstickten. Im Zuge dieser, von Helmut Kohl personifizierten, defensiven Europapolitik – das deutsch-französische Euro-Projekt ist die große Ausnahme – war keine „normale“ deutsche Interessenpolitik möglich.⁹

In gewisser Weise verständlich war deshalb eine stärker auf deutsche Inte-

ressen verweisende Europapolitik der „neuen Generation“ nach dem Regierungswechsel in Bonn im Jahr 1998. Der erklärte Europaskeptiker Gerhard Schröder schlug eine stärker nationalorientierte Linie deutscher Europapolitik ein. In gewisser Weise entsprach er damit den Denkschemata der großen EU-Partner.

Während der außenpolitische Novize Schröder seine großspurigen Forderungen nach einer substanziellen finanziellen Entlastung Deutschlands auf europäischem Parkett schon während der deutschen EU-Präsidentschaft aufgeben musste und über die bisherigen Zielsetzungen hinausgehende europapolitische Schwerpunktsetzungen nicht erfolgten, blieb als Zeichen größerer deutscher Unabhängigkeit lediglich die Option für eigenständige Initiativen und die Wahl eines neuen europapolitischen Stils übrig.

Die wiederholten und in ihrer Konzentration bisher einmaligen unilateralen Initiativen der Berliner Regierung signalisieren gegenüber der Pariser Führung unmissverständlich eine neue deutsche Eigenständigkeit in der Europapolitik. Was von vielen kleineren EU-Partnern wegen der Diskussionsanregung und der inhaltlichen Konkretisierungsvorschläge begrüßt wird, stößt bei der französischen Führung – assistiert von London und Madrid – auf Widerwillen. Dies hat auch, aber nicht ausschließlich, mit den konträren inhaltlichen Vorstellungen von einer europäischen Föderation zu tun. Fischer und Schröder haben aus Sicht der französischen Eliten – in Zeitungskommentaren wird dies häufig angesprochen – im Stil französischer Politiker die Initiative und damit die

Führung in Europa übernommen. Bisher galten öffentlichkeitswirksame, visionäre Auftritte von Staats- oder Regierungschefs in der Integrationsgemeinschaft als Domäne französischer Führungsgestalten. Das deutsche Regierungsgespann hat mit seinen – größtenteils nicht mit Paris abgestimmten – Auftritten nicht nur mit dem Partner jenseits des Rheins gleichgezogen, sondern ihm auch noch die inoffizielle Führungsrolle abgenommen. Dies ist für das durch die Kohabitation und die europapolitische Antriebslosigkeit blockierte Pariser Duo Chirac/Jospin doppelt schmerzhaft, da es selbst nicht zu derartigen Initiativen in der Lage war, dadurch unter Reaktionszwang geriet und vor dem eigenen Volk als führungsunfähig da stand.¹⁰

Der neue europapolitische Stil der rot-grünen Bundesregierung ist somit für das deutsch-französische Verhältnis, die bisher darin geltenden informellen Spielregeln und Rollenverteilungen höchst problematisch. Man kann darin zwar ein vordringlich französisches Problem sehen, was es im Kern auch ist; durch die entstehenden Spannungen für die Achse Paris-Berlin resultieren daraus aber auch Schwierigkeiten für die Bundesregierung selbst, da die gesamte Politik in der EU davon beeinträchtigt wird.¹¹

Inhaltlich ist das deutsche Drängen und Bedrängen des französischen Partners mit den spezifisch deutschen Föderations- und Integrationsplänen für Europa kontraproduktiv. Es führt nicht zu einer intensiven Sachdiskussion, sondern zu einer massiven Abwehrreaktion aus Paris. Dies machen die Entgleisung Außenminister Védérines,

als er seinen deutschen Kollegen Fischer indirekt als „Flötenspieler“ – gemeint war „Rattenfänger“ – bezeichnete sowie die immer wieder hinausgeschobene europapolitische Rede von Premierminister Jospin deutlich.¹² Die Fronten sind dadurch starr und verhärtet. Durch den gelegentlich un diplomatischen Stil, u. a. von Bundeskanzler Schröder, der in Paris als offener Affront gesehen wird, bleibt wenig Spielraum für Kompromisse.¹³

Es ist umso bedenklicher, dass die Regierung Schröder/Fischer den Streit mit Chirac und Jospin provoziert hat, da die inhaltlichen Divergenzen keineswegs neu sind, sondern nur die bekannten, unterschiedlichen Präferenzen in Bonn/Berlin und Paris zum Ausdruck bringen. Geradezu grotesk erscheint das deutsche Vorgehen durch die Rücknahme der im SPD-Leit antrag vom April formulierten und von Schröder verbreiteten institutionellen Forderungen durch den Bundeskanzler im Juni 2001. Er begründete seinen Rückzieher damit, dass institutionelle Veränderung 2004 ohnehin nicht anstünden.¹⁴ Dadurch entstand der Eindruck, der Bundeskanzler habe den Disput mit Paris leichtfertig und unbedacht ausgelöst. Mit dieser Geringschätzung entwertete er die bilateralen Beziehungen nochmals.

4. Ausblick

Die Berliner Regierung muss den Kurs des europapolitischen Unilateralismus schnellstmöglich wieder verlassen und sich auch der Form nach wieder klar zum deutsch-französischen Führungsge spannt bekennen.¹⁵ Dies mag viel-

fach zunächst nur eine Rückkehr zu einem symbolischen Element der Europapolitik sein. Die europäische Integration lebt jedoch seit dem Schuman-Plan sehr stark von solchen symbolischen Akten, die nicht immer sofort durch substantielle inhaltliche Schritte materialisiert werden.

In einem Punkt müsste zumindest bereits Einigkeit herrschen: an einer dauerhaften „Divorce à l’Européenne“, wie Jean-Louis Bourlanges¹⁶ die Entwicklung überspitzt bezeichnet, kann keine der beiden Seiten interessiert sein. Es ist jedoch klar, um in diesem Bild zu bleiben, dass die alte eheliche Rollenverteilung, nach der immer nur ein Partner zurücksteckt, nicht wieder hergestellt werden kann. Auch die „französische Marianne“ muss akzeptieren, dass sich der „deutsche Michel“ emanzipiert hat. Die anzustrebende gleichberechtigte Partnerschaft erfordert einen neuen „informellen Ehevertrag“ in dem die Partner in Berlin und Paris die gleichen Rechte bekommen.¹⁷

Bei wohlwollender Betrachtung könnte man die deutlich gesteigerte Frequenz informeller bilateraler Gipfelkonsultationen zwischen Schröder und Chirac im Jahr 2001 als ersten Schritt des guten Willens beider Seiten in diese Richtung werten.¹⁸ Hiermit unterbanden beide Politiker Spekulationen, wonach das deutsch-französische Tandem durch Einbeziehung des britischen Partners in die „europäische Führungsspitze“ als Kernelement der Integrationsbemühungen verwässert werden könnte.¹⁹ Bedenklich ist nur, dass dieser „Blaesheim-Dialog“, der als Konsequenz aus den Kommunikationsstörungen von Nizza initiiert wurde, die oben genannten gegenseitigen

öffentlichen Brüskierungen des Jahres 2001 nicht zu verhindern oder zumindest abzufedern vermochte. Bezeichnend für die fortbestehenden Spannungen zwischen Paris und Bonn ist das Ausbleiben einer gemeinsamen Positionsbestimmung für den EU-Gipfel von Laeken im Dezember 2001, der den Startpunkt für den Reformprozess der nächsten Jahre darstellt. Charakteristisch für die bilateralen Probleme ist dabei, dass es bereits als Fortschritt gewertet wird, dass es seit dem Sommer 2001 zu keinen weiteren Spannungen gekommen ist und beide Seiten ihren gemeinsamen Willen bekunden, Europa gemeinsam voranbringen zu wollen.²⁰

Die Voraussetzungen für die Rückkehr zu einer engen formalen deutsch-französischen Abstimmung, wie sie bis zum Ende der Ära Mitterrand üblich war, sind zwar momentan nicht gut, aber die mittelfristige Perspektive zur Verbesserung ist gar nicht schlecht. Vier Faktoren geben Anlass zur Hoffnung:

1. Die französischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Frühjahr 2002 bringen eine Klärung der außenpolitischen Führungsfrage für die nächsten Jahre. Die wahlkampfaktische Blockade durch die Kohabitation könnte dadurch aufgelöst werden – egal wer gewinnt.

2. Da beide Politiker, Chirac und Schröder, stark auf öffentlichkeitswirksame – manchmal auch rein populistische – Politik bedacht sind, ist die Ausgangsposition für gemeinsame symbolische Schritte günstig (z. B. aus Anlass der Einführung des Euro als realer Währung zum 1. Januar 2002).

3. Der anfängliche außenpolitische Profilierungsdrang der rot-grünen Regierung Schröder/Fischer scheint sich abzuschwächen. Es müsste sich langsam die Einsicht in Berlin durchsetzen, dass europapolitisch durch unilaterale Initiativen ohne eine Abstimmung mit dem Nachbarn jenseits des Rheins keine Erfolge zu erzielen sind.²¹ Nach den Diskussions- und Denkanstößen Fischers und Schröders müsste die rot-grüne Regierung wieder stärker inhaltlich auf Paris zugehen, um eine gemeinsame Basis für die nächste, auf Drängen der Bundesregierung durchgesetzte EU-Regierungskonferenz 2004 zu suchen; andernfalls ist eine Klärung der Kompetenzabgrenzung ohnehin nicht zu erreichen. Im Hinblick auf die Bundestagswahl im Herbst 2002 könnte die Demonstration wiederbelebter deutsch-französischer Verbundenheit für die deutsche Regierung zudem vorteilhaft sein.

4. Nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 dürfte den verantwortlichen europäischen Politikern klar geworden sein, dass die eng verflochtenen gemeinschaftlichen Kooperationsbeziehungen angesichts der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus von unschätzbarem Wert sind. Das deutsch-französische Führungsduo steht dadurch in der Verantwortung, den „Kleinkrieg“ der letzten Jahre um symbolische Vorteile zu Gunsten gemeinsamer Führung bei der Bewältigung der noch unklaren Herausforderungen zu beenden.

Alfred Grosser hat den derzeitigen deutsch-französischen Stillstand mit den „Szenen einer lange kinderlosen Ehe“²² verglichen. Demnach können

„europäische Kinder“ erst dann wieder gezeugt und großgezogen werden, wenn sich „Mann und Frau“ wieder näher gekommen sind. Dass diese Wiederannäherung zum Wohle Europas unerlässlich ist, wird niemand in Ber-

lin oder Paris ernsthaft bezweifeln, denn eines ist klar: Das deutsch-französische Führungsduo ist nicht alles für die Europäische Union, aber ohne das Tandem Paris-Berlin ist in Europa alles nichts!

Anmerkungen

- * Der Beitrag basiert auf einem Vortrag bei der 25th Annual Conference of the German Studies Association, Washington D.C., 4.–7.10.2001.
- 1 Zur Anwendung auf Frankreich siehe z. B. Baring, Arnulf: Beim Bau Europas geht es um die Kunst des Möglichen, *Die Welt*, 31.1.2001 (www.welt.de).
 - 2 Die Thematik wurde, angestoßen durch die deutschen Länder, bereits seit Anfang der Neunzigerjahre auf der europäischen Ebene diskutiert. Siehe hierzu auch Hilz, Wolfram: Subsidiaritätsprinzip und EU-Gemeinschaftsordnung. Anspruch und Wirklichkeit am Beispiel des Maastricht-Prozesses, Opladen 1998, S. 75ff.
 - 3 Neben der deutsch-französischen „Schicksalsgemeinschaft“ ist dies, vereinfacht gesagt, die Stellung Italiens als dritter europäischer „Größe“ und den Benelux-Staaten als treibenden integrationspolitischen „Motoren“ – alle sechs sind bis heute verlässliche Kräfte der Integration.
 - 4 Vgl. Einwände Frankreichs gegen Fischers EU-Vision, *Neue Zürcher Zeitung*, 13.6.2000; Streitgespräch Joschka Fischer contra Jean-Pierre Chevènement, *Die Zeit*, 21.6.2000; Helm, Toby/Bishop, Patrick: French face German federalist ultimatum, *The Telegraph*, 24.1.2001 (<http://www.telegraph.co.uk>); Blome, Nikolaus: Deutsche Inbrunst, *Die Welt*, 31.1.2001 (<http://www.welt.de>); Laparmentier, Arnaud: Comment Berlin voit sa politique française et européenne, *Le Monde*, 31.1.2001 (<http://www.lemonde.fr>); Kritik in Paris an Schröders EU-Vision, *Neue Zürcher Zeitung*, 3.5.2001.
 - 5 Vgl. Frankreichs Nöte mit dem EU-Vorsitz, *Neue Zürcher Zeitung*, 30.11.2000.
 - 6 Vgl. Bolesch, Cornelia: Im Wartesaal vom Haus Europa, *Süddeutsche Zeitung*, 11.12.2000; Divorce after all these years? Not quite, but..., *The Economist*, 25.1.2001 (<http://www.economist.com>). Interessante Verweise finden sich auch in den Anmerkungen von Guérot, Ulrike: Nach der Krise die 'relance'? Anmerkungen zu den deutsch-französischen Beziehungen, in: *Politische Studien*, 52. Jg. (2001), Nr. 376, S. 31.
 - 7 Unter den Beobachtern ist es unstrittig, dass sich die Führung in Paris durch ihre Passivität während ihrer Präsidentschaft und die schlechte Gipfelvorbereitung erst in diese missliche Lage manövriert hat. Der Punkt auf den es hier ankommt, ist jedoch die deutsche Reaktion hierauf. Vgl. Harzige Reformdiskussionen am EU-Gipfel in Nizza, *Neue Zürcher Zeitung*, 12.12.2000; EU-Gipfel in Nizza, *Süddeutsche Zeitung*, 12.12.2000.
 - 8 Vgl. Wernicke, Christian: Klempnern für Europa, *Die Zeit*, 30.11.2000; Bolesch, Cornelia: Im Wartesaal vom Haus Europa, *Süddeutsche Zeitung*, 11.12.2000. Möglicherweise ist diese harte Haltung Schröders gegenüber Chirac auch eine – bewusste oder unbewusste – „Retourkutsche“ für dessen Unnachgiebigkeiten beim Berliner EU-Gipfel vom März 1999, als der Bundeskanzler beim Finanzrahmen und der Agrarpolitik dem französischen Präsidenten nachgeben musste.
 - 9 Zu deutsch-französischen Verstimmungen während der Regierungszeit Helmut Kohls siehe Guérot, Ulrike: Nach der Krise die 'relance'? Anmerkungen zu den deutsch-französischen Beziehungen, in: *Politische Studien*, 52. Jg. (2001) Nr. 376, S. 35ff.
 - 10 Vgl. Kröncke, Gerd: Paris sucht einen Sündenbock, *Süddeutsche Zeitung*, 23.11.2000; Kläsgen, Michael: Pariser Sprachlosigkeit, *FAZ-Net*, 4.5.2001 (<http://www.faz-net>); Mény, Yves: Le train Bruxelles-Berlin ne passe pas par Paris..., *Le Monde*, 9.5.2001 (<http://www.lemonde.fr>).
 - 11 Vgl. Karacs, Imre: End of the Franco-German love affair leaves little hope of a new beginning, *The Independent*, 7.5.2001 (<http://news.independent.co.uk>).
 - 12 Vgl. Jospin rejects German Europe plan, *CNN.com*, 28.5.2001 (<http://europe.cnn.com>); Absage Jospins an EU-Föderalismus, *Neue Zürcher Zeitung*, 29.5.2001; Vernet, Daniel: Europe: les oublis de Lionel

- Jospin, *Le Monde*, 1.6.2001 (<http://www.lemonde.fr>).
- ¹³ Besonders heftige Reaktionen rief die bereits oben erwähnte Aussage des deutschen Bundeskanzlers Ende Januar 2001 hervor, als dieser sich anmaßte auch im Namen der Pariser Führung zu sprechen. Vgl. Bremer, Hans-Hagen: Schröders Europa-Appell verärgert Paris, *Frankfurter Rundschau*, 23. Januar 2001; Deutsch-französische Divergenzen, *Neue Zürcher Zeitung*, 23.1.2001; Vinocur, John: Schroeder's EU Vision Raises Questions, *International Herald Tribune*, 2.5.2001 (<http://www.iht.com>); Schröder, réformateur de l'Europe. Réactions prudentes dans le reste de l'UE, *Libération*, 2.5.2001 (<http://www.liberation.fr>).
- ¹⁴ Vgl. Gowers, Andrew/Hanke, Thomas: Schröder kapt sein EU-Modell, *Financial Times Deutschland*, 15.6.2001.
- ¹⁵ Dass diese Einsicht inzwischen bei Außenminister Fischer vorhanden ist lässt sich seiner Rede zu den deutsch-französischen Beziehungen vor dem Deutschen Bundestag vom 31. Mai 2001 entnehmen (<http://www.auswaertiges-amt.de>).
- ¹⁶ Bourlanges, Jean-Louis: France-Allemagne: Divorce à l'Européenne, in: *Politique Internationale* Vol. 90 (Hiver 2000/01), S.99–112.
- ¹⁷ Vgl. Rühl, Lothar: Deutsche Mittellage als Problem Frankreichs, *Neue Zürcher Zeitung*, 30.1.2001.
- ¹⁸ Vgl. Paris und Berlin im Zeichen Afghanistans, *Neue Zürcher Zeitung*, 25.10.2001.
- ¹⁹ Die französisch-britische Initiative von St. Malo im Dezember 1998 zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist insofern als singulärer Schritt zu sehen. Auch die offenen Dreier-Konsultationen im Herbst 2001 zwischen Paris, Berlin und London sind auf Grund der vielfältigen Meinungsverschiedenheiten weniger ein Schritt zu einem europäischen Führungstrio, denn der Versuch die Positionen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus nach dem 11. September besser zu koordinieren. Vgl. Bolesch, Cornelia: Generelles aus Gent, *Süddeutsche Zeitung*, 19.10.2001; EU-Regierungschefs bekunden Solidarität, *Süddeutsche Zeitung*, 6.11.2001.
- ²⁰ Beim 77. bilateralen Gipfeltreffen in Freiburg im Juni 2001 hatten beide Seiten noch davon gesprochen, bis Jahresende 2001 einen „Markstein“ für den Integrationsprozess setzen zu wollen. Zwar bekannten sich Schröder und Chirac beim 78. Treffen in Nantes kurz vor dem EU-Gipfel von Laeken erstmals gemeinsam zur Ausarbeitung einer europäischen Verfassung, inhaltlich gab es jedoch keine Konkretisierung, da die Divergenzen nicht überwunden wurden. Vgl. Spitzentreffen von Chirac und Schröder in Paris, *Berliner Zeitung*, 25.10.2001; Berlin und Paris für EU-Verfassung, *Neue Zürcher Zeitung*, 24./25.11.2001; Kröncke, Gerd: Paris und Berlin für eine europäische Verfassung, *Süddeutsche Zeitung*, 24./25.11.2001.
- ²¹ Auf diese Gefahr hatte der ehemalige Bundeskanzler Schmidt die neue Regierung schon früh hingewiesen. Vgl. Schmidt, Helmut: Patrioten setzen auf Europa, *Die Zeit*, 12.8.1999.
- ¹¹ Interview mit der *Süddeutschen Zeitung*, 2.6.2000.

Das aktuelle Buch

Langguth, Gerd: Das Innenleben der Macht. Krise und Zukunft der CDU. Berlin: Ullstein Verlag, 2001, 328 Seiten, € 21,00.

Die Literatur über Politik und Parteien leidet oftmals daran, dass die Wissenschaftler auf der einen Seite keinen echten Einblick darin haben, wie praktische Politik in den Parteien im alltäglichen Betrieb funktioniert. Die Politiker auf der anderen Seite können und wollen oft – wenn sie überhaupt ihre Erfahrungen publizieren – eher Memoiren verfassen, ohne ihre Schilderungen und Wertungen mit der vorhandenen wissenschaftlichen Literatur zu verzahnen. Dieses Buch verspricht aber, genau das zu tun: Gerd Langguth lehrt gegenwärtig Politische Wissenschaft an der Universität Bonn, kann aber – obwohl erst Mitte Fünfzig – bereits auf eine lange praktische politische Erfahrung zurückblicken, die ihn unter anderem in den Bundestag und in die Spitzenpremieren der CDU gebracht hat. Eben diese Erfahrung liefert ihm das nötige Material und wohl auch den inneren Antrieb, die Mechanismen der Macht in der Politik und speziell in der CDU der Ära Kohl näher zu analysieren. Dies tut er nicht nur fundiert und flott geschrieben, sondern er nennt auch Namen, wenn es darum geht, Verantwortung und Fehler zu benennen. Allein dies ist nicht nur unüblich in der deutschen Parteienliteratur, es macht das Buch außergewöhnlich interessant und als Quelle noch hilfreicher.

Langguth will aber keine leere Universalkritik leisten. Sein Ziel ist klar definiert: Er will das Phänomen der Macht ergründen und darlegen, wie die CDU wieder an die Macht zurückkehren kann. Dazu will er aber im Detail analysieren, wie die Mechanismen der Macht in der Amtszeit Helmut Kohls funktionierten. Schon im einleitenden Kapitel liefert er dazu einige interessante Perspektiven, etwa das Phänomen der vermuteten Macht bei eigentlich Einflusslosen, die aber „dazugehören“ wollen und müssen, um ihre Position halten zu können. Konkrete Entscheidungsmacht habe ein Politiker in der heutigen Zeit ohnehin immer weniger; umso wichtiger werden die Symbole der Macht, zu denen heute vor allem die Dauerpräsenz im Fernsehen gehört. Noch weniger habe Macht mit Kompetenz zu tun. Macht sei viel mehr abhängig von Konstellationen, die dazu führten, dass jemand in ein

Amt berufen wird oder auch nicht. Andererseits braucht die Politik Führungspersönlichkeiten, die Macht wollen – aber deren drohender Entzug mache manchen zum „Politaholic“, der fast alles dafür tut, um dem drohenden Verlust der Insignien der Macht zu entgehen. Genau dieses Machtstreben aber wird in der Öffentlichkeit häufig von Politikern geleugnet – sie wissen auch, warum. Große Teile der Öffentlichkeit wollen in ihrem Harmonie- und Konsensbedürfnis lieber in der Illusion leben, dass die Gesetze der Macht so brutal doch nicht sein können. Aber diese Verdrängung führt umgekehrt bei vielen Politikern dazu, dass sie nicht wahrhaben wollen, dass ihre Macht nur auf Zeit verliehen wird.

All dies wird Fachleute nicht überraschen und lässt sich in vielen Bereichen von Politik und Gesellschaft finden. Die Leistung des Autors ist es aber, diese aus politischer Erfahrung und wissenschaftlicher Analyse abgeleiteten Beschreibungen konkret auf die Situation der CDU anzuwenden und im Detail durchzudeklinieren.

Er will dabei zum einen die Rolle Helmut Kohls untersuchen und erläutern, mit welchen Methoden er es verstand „sich eine Partei, die die Quelle seiner Macht war, förmlich untertan zu machen“ (S. 23). Zweitens will er die Gründe für die Wahlniederlage 1998 erläutern und drittens untersuchen, wie sich die CDU zu einer funktionsfähigen Opposition entwickeln kann. Schließlich will Langguth der Frage nachgehen, ob die Oppositionsrolle der CDU langfristig das Parteiensystem in Deutschland verändern kann.

Konsequenterweise steht in diesem Buch Helmut Kohl und die „Architektur“ seiner Macht im Vordergrund. Ein großer Teil des Textes befasst sich mit dem Herrschaftsstil Kohls und seinem Machtumfeld. In einem historischen Rückblick wird in Erinnerung gerufen, wie sehr die Partei die Grundlage, die erste „Säule“ seiner Macht war. „Eine föderal strukturierte Partei wie die CDU so sehr zu kontrollieren, wie dies Helmut Kohl tat, und nicht wieder schnell vom Podest gestoßen zu werden war vor allem in der Zeit vor der Erringung der Kanzlerschaft schon eine herausragende machtpolitische Leistung“ (S. 36). Dies erfordere einen unbedingten Willen zur Macht, das hierfür nötige Sensorium und – nicht zu unterschätzen – Fortune. Die aber hatte Kohl, so der Autor:



Innenpolitisch sei seine Regierung Ende der 80er-Jahre am Ende gewesen; ohne die Wiedervereinigung wäre sie früher abgewählt worden. Kohls Macht basierte, so Langguth, in den ersten Jahren auf einem stark vernetzten, in alle Landesverbände hineinwirkenden Einflussgeflecht, das er sich bereits in den Jahren aufgebaut hatte, bevor er Parteivorsitzender wurde. Damit wird deutlich, dass sich die Machtbasis Helmut Kohls von Strukturen außerhalb der Bundespartei Spitze verschob auf die Parteizentrale und später auf die Regierungszentrale. Dabei verlangte Kohl stets unbedingte Loyalität von allen Mitstreitern. Der Autor zeichnet weiterhin klar den Aufstieg Kohls als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz über die Übernahme des Parteivorsitzes 1973 und gleichzeitig im Fraktionsvorsitz 1976 nach. Kohl sei im Umgang mit der Macht stets flexibel gewesen – hatte er laut Langguth doch noch 1971 für eine Ämtertrennung in der CDU plädiert. Dabei sei es ihm gerade in den Anfangsjahren noch überzeugend gelungen, als Parteireformer zu gelten, was sich vor allem durch die Auswahl der Generalsekretäre Geißler und Biedenkopf zeigte. Nach den Rivalitäten vor allem mit Geißler, die Kohl als machtpolitische Herausforderung verstand, sei er aber dem Amt des Generalsekretärs gegenüber aber immer skeptischer und „beratungsresistenter“ geworden. Im Laufe der Kanzlerschaft regierte Kohl dann die Partei zusehends selbst aus dem Kanzleramt heraus – zum Teil mit Mitarbeitern, die erst im Laufe der Spendenaffäre einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wurden.

Neben der Partei war aber immer die Bundestagsfraktion eine zentrale Quelle der Macht Helmut Kohls, dem es gelang, die CDU-Abgeordneten (erst selbst, dann über die anderen Fraktionsvorsitzenden) hinter sich zu scharren und die CSU-Landesgruppe einzubinden. Das wäre auch heute so: „Jeder Kanzlerkandidat und jede Kanzlerkandidatin der CDU/CSU wird versuchen müssen, die Kontrolle über die Fraktion zu erlangen – und dabei von Kohl zu lernen“ (S. 71). Schließlich wurde immer mehr das Kanzleramt zur Zentrale der Macht. Ausführlich und kenntnisreich zeigt Langguth auch hier die Stärken und Schwachpunkte des Machtapparates Helmut Kohls auf. Auch hier werden Namen genannt: Wolfgang Schäuble und Rudolf Seiters etwa kommen gut, Anton Pfeiffer schlechter weg; dieser habe am „Realitätsverlust“ Kohls im letzten Teil seiner Amtszeit einen großen Anteil gehabt. Auch die Abteilungsleiter und die persönliche Umgebung werden erläutert – hier findet der Leser erneut durch Insiderwissen aufgewertete nützliche Charakterisierungen. Auch externe

Berater und Regierungssprecher bleiben nicht unerwähnt, wobei auch hier die Ambivalenz des abgeschotteten Apparats deutlich wird. So sehr sich in den Augen Langguths Helmut Kohl lange Jahre auf einen Fundus kompetenter und solider Mitarbeiter verlassen konnte, so waren einige im engsten Umfeld mit dafür verantwortlich, dass sich der Kanzler vor Kritik immer mehr immunisierte.

Was sind nun die wesentlichen Elemente im Politikstil Kohls? Langguth nennt an erster Stelle den unbedingten Glauben an sich selbst. Außerdem fand er – obwohl kein großer Redner – gerade in schwierigen Situationen immer das richtige Wort. Seine Stärke sei auch seine Kommunikationstechnik gewesen, die den persönlichen Hintergrund seines jeweiligen Gesprächspartners optimal mit einbezog. Er pflegte einen paternalistischen und personalistischen Stil, der „Präsidieren als Führungersatz“ (S. 107) beinhaltete. Negativ zu vermerken seien seine Konflikt scheu, eine Missachtung des Institutionellen sowie eine Geringschätzung demokratischer Institutionen. Seine gezielte Medienstrategie sicherte seine Macht ebenso ab wie die „absolute FDP-Treue“; der SPD versuchte er sogar, durch Goodwill-Personalentscheidungen entgegenzukommen. Als größtes Problem mit den längsten Nachwirkungen sieht Langguth aber die aus diesem Politikstil resultierende Entpolitisierung der Parteigremien und die Missachtung von allgemeinen demokratischen Grundsätzen.

Die Wahlniederlage der CDU war, folgt man dem Autor, ebenso nachvollziehbar wie vorhersehbar. Die Hauptgründe, die Langguth nennt, waren also längst vorher klar: Erstens die mangelnde Attraktivität und Kompetenz ausstrahlung des Kandidaten Kohls, die am Ende dazu führten, dass die Sympathiewerte Kohls hinter der seiner Partei lagen. Zweitens wirkte die Regierungskoalition abgenutzt und handelte nur noch reaktiv – „ohne Visionen und wirkliche Gestaltungskraft“ (S. 142). Drittens mangelte es der Regierung vor allem auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik an Kompetenz und viertens hätte die zerschlissene Regierung nur noch einen defensiven Wahlkampf mit unklarer Wahlkampfstrategie führen können „begleitet von spezifischen Fehlentscheidungen Kohls hinsichtlich der Wahlkampf Führung“ (S. 146). Und fünftens war die Konkurrenzsituation eine andere: Die SPD hatte erstmals mit ihrem Konzept der neuen Mitte ein Angebot, das auch für bürgerliche Wähler attraktiv war. Angesichts steigender Arbeitslosenzahlen konnte die SPD mit nebulösen Versprechungen von „Innovation“

kontern. „Die Bevölkerung wurde mit dem Angebot gelockt, es doch einmal mit einem Wechsel zu versuchen, der durch beruhigende Kontinuitätsversprechen abgemildert wurde. Der auf einen Kanzlerkandidaten mit Namen Lafontaine fixierte Kohl war zudem der ‚Amerikanisierung‘ des Wahlkampfes nicht gewachsen“ (S. 151f.). Es gab viele Gründe für die Wahlniederlage der CDU: Aber – so Langguth – jeder andere Kandidat als Kohl hätte bessere Chancen gehabt, denn einen ausgeprägten Wunsch nach einem prinzipiellen Politikwechsel habe es nicht gegeben.

Verschärft wurden die Probleme der CDU nach der Bundestagswahl 1998 noch durch die Spendenaffäre. Hier attestiert der Autor Helmut Kohl Insensibilität im Umgang mit den Parteifinanzien, macht aber auch deutlich, dass es sich bei diesem Komplex um ein gemeinsames Problem aller Parteien handelt. Nicht zuletzt dadurch wurde die „Entfremdung“ Wolfgang Schäubles und Helmut Kohls beschleunigt, der Langguth ausführlich nachgeht. Dessen Nachfolgerin Angela Merkel sieht er als „Sphinx“, der er eine Menge Berechnung zutraut. Friedrich Merz ist für ihn eine „Leitfigur“ mit Perspektiven. Edmund Stoiber sieht er als „Joker“ in der Kandidaten-Frage mit machtpolitisch den größten Chancen innerhalb der Union.

Liegt die Zukunft der Union also im Zerfall oder im Wiederaufstieg? Im Schlusskapitel versucht Langguth, Hinweise auf eine erfolgreiche Oppositionsstrategie zu geben. Nach seiner Analyse müssten die Chancen hierfür gut sein: Bei aller Veränderung des Parteiensystems sei das Primat der beiden großen Volksparteien bislang nicht in Frage gestellt worden. Eher bestünde die Möglichkeit, dass die kleinen Parteien zerrieben werden könnten. Langguth sieht die Gefahr im momentanen Vorteil der allseitigen Koalitionsfähigkeit der SPD, da so die PDS auf ihre Kosten profitieren könnte. Aber er nennt auch Gefahren, denen alle Parteien momentan ausgesetzt sind: Sie wirken kraftlos und inhaltlich ausgebrannt; die programmatische Unschärfe (gerade der großen Parteien) erhöht die Integrationsfähigkeit, macht sie aber auch austauschbar. Die Artikulation politischer Probleme findet immer mehr in anderen Organisationen oder den Medien selbst statt.

Vielleicht ist die Problemanalyse der CDU in der Ära Kohl so erschöpfend, dass dem Autor auch nur wenige Heilmittel einfallen. Die CDU müsse in der Opposition „sich erstens auf einige wichtige inhaltliche Aspekte (...) konzentrieren und diese mit glaubhaft-konsens-

fähigen Positionen (...) füllen, zweitens eine konzise Medienstrategie (...) entwickeln und drittens durch geeignete Persönlichkeiten ein klar konturiertes Profil (...) vertreten“ (S.287). Als Themen, wo sie ihr Kompetenzprofil am besten ausspielen könnte, nennt Langguth die Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Umwelt- und Zukunftspolitik, Einwanderungspolitik, Innere und äußere Sicherheit, Europapolitik und Bildungspolitik. Er rät Angela Merkel, der er zutraut, mehr als eine Übergangslösung zu sein, rechtzeitig eine Schattenmannschaft für die Bundestagswahl zu bilden, mit der man diese Themenbereiche abdecken kann.

Aber geht das so einfach? Hat nicht die Ära Kohl gezeigt, dass in der machtorientierten Parteipolitik Personen die Sachfragen überlagern? Aber das war wohl immer schon so und ist in der Ära Kohl nur auf die Spitze getrieben worden. In Parteien laufen Profilierungs- und Karrierebahnen bei weitem nicht immer auf der Basis persönlicher Kompetenzprofile, sondern durch die Rücksichtnahme auf eine Fülle von taktischen und Proporzfaktoren. Die Stärke dieses Buches ist zugleich seine Schwäche: Die fundierte und sachkundige Analyse der CDU in der Ära Kohl und dessen Fundamente der Macht sucht ihresgleichen und ist allein schon ein wertvoller Beitrag zur Parteienforschung wie zur politischen Literatur in Deutschland allgemein. Auf der anderen Seite fehlt oft der Vergleich: Gab es in anderen Parteien vergleichbare Phänomene? Sogar bei den Grünen könnte man sich die Rolle Joschka Fischers zuweilen ähnlich vorstellen – und der ist weder Bundeskanzler noch Parteivorsitzender. Handelt es sich hier um ein deutsches Phänomen? Die Rolle Tony Blairs in der „neuen“ Labour-Party und als Premierminister drängt sich auch als Vergleichsmuster auf. Für die umfassende Beurteilung der Führungsprobleme und der Oppositionsstrategie der CDU wäre in der Tat eine umfassende Einbeziehung von Ergebnissen der internationalen Parteienforschung sehr lohnend. Aber auch für die deutsche Lage könnte man andere Faktoren noch stärker mit einbeziehen und gewichten: Die Ansehens- und Rekrutierungsprobleme der deutschen Parteien sind empirisch unbestritten. Sind diese nun Resultat dieser Strukturen oder bilden sich derartige Führungsstrukturen, weil eine Öffnung der Parteien über gewisse Grenzen hinaus unter den Bedingungen unseres politischen Systems einfach nicht möglich ist? Auch in den Ländern und Gemeinden sowie in den Parteigremien auf allen Ebenen verzeichnen wir in Deutschland (auch nach der Wiedervereinigung) von je her sehr lange Verweildauern in den Ämtern und Elitepositionen – sind über-

lange Herrschaftszeiten und Verkrustungen also systemimmanent und unvermeidbar? Gibt es derartige Phänomene auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen?

In der Politik und im außerpolitischen Leben werden immer wieder neue Fragen aufgeworfen, die durch Analysen der Vergangenheit allein nicht gelöst werden können. Die aktuellen Probleme der CDU und ihre Zukunft kann dieses Buch nicht wirklich umfassend beschreiben. Aber die jüngste Vergangenheit und die Konstanten der Entwicklung der CDU sehr überzeugend. Es ist in jedem Fall eine span-

nende und lohnende Lektüre – und das nicht nur für Fachwissenschaftler, sondern für alle, die Einblick in das Innere der Macht im Deutschland der 80er- und 90er-Jahre erhalten wollen. In der Parteienforschung bräuchte man mehr derartige Beiträge, die theoretische Konzepte mit eigenem empirischen Erfahrungsschatz verarbeiten können. Dies würde helfen, Politik nicht nur im Nachhinein erklären zu können, sondern auch praxisorientierte Beratung für die Parteien wie die Öffentlichkeit zu leisten.

Gerhard Hirscher

Buchbesprechungen

Weber-Fas, Rudolf: Grundrechte Lexikon. Tübingen: Mohr-Siebeck (UTB für Wissenschaft 2217), 2001 251 Seiten, € 13,19.

Mehr als 50 Jahre nach Inkrafttreten des Grundgesetzes erfreuen sich dessen Grundrechtsbestimmungen ungebrochen großer Beachtung. Sie stehen im Zentrum der verfassungsrechtlichen Theorie und Praxis, des Öffentlichen Rechts insgesamt. Rechts- und verfassungspolitische Debatten werden häufig von grundrechtlichen Argumenten geprägt, wobei allerdings gelegentlich eine wenig differenzierte Verwendung der grundrechtstheoretischen und grundrechtsdogmatischen Basisbegriffe zu beobachten ist. Dies gilt zumal für den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit oder die Würde des Menschen, die in Art. 1 Abs. 1 Satz 1 des Grundgesetzes für unantastbar erklärt wird. Wer in der politischen Diskussion mit grundrechtlichen Argumenten konfrontiert wird, wer vielleicht selbst der Meinung ist, ein bestimmter Gesetzgebungsvorschlag könnte vor dem Hintergrund der Grundrechte bedenklich sein, wird sich genauer informieren wollen. Doch wo nachsehen? Wer keinen Überblick über die verfassungsrechtliche Literatur hat, wird sich schwer tun, die für ihn richtige Informationsquelle zu finden. In den mittlerweile über 100 Bänden der amtlichen Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts eine vielleicht passende Entscheidung zu finden, ist ein nahezu aussichtsloses Unterfangen. Weiterführend ist meist ein Blick in einen der vielen Kommentare, die zum Grundgesetz erschienen sind. Doch in welchen? Wirklich hilfreich sind meist nur die dickleibigen Bände neueren Datums, die dem Nicht-Verfassungsrechtler aber oft nicht gleich zur Hand sind. Was bislang fehlte, ist ein handliches Buch, das dem an Grundrechtsfragen Interessierten einen schnellen und fundierten Zugriff ermöglicht.

Diese Lücke scheint Weber-Fas, emeritierter Ordinarius für Öffentliches Recht und Staatslehre an der Universität Mannheim, mit seinem „Grundrechte Lexikon“ schließen zu wollen. Das Lexikon will ausweislich des Vorwortes alle Begriffe und Institutionen, die für das Verständnis der Grundrechte wichtig sind, erklären. Das gelingt jedoch nur teilweise. Man vermisst zunächst eine Einleitung, die Aufschluss über die Grundkonzeption des Lexikons und den angesprochenen Leserkreis geben könnte. Ohne jegliche Hinführung, insbesondere ohne Hinweise auf die Schwerpunktsetzung beginnt das Lexikon mit dem

Begriff „Abhörkontrolle“. Das ist für einen Benutzer ohne größere Vorkenntnisse – und an diesen wendet sich das Lexikon wohl – unbefriedigend. Die einzelnen Begriffe werden in unterschiedlichem Umfang erklärt, ohne dass der Erläuterungsumfang immer der Bedeutung des Begriffs entspräche. Es werden Begriffe, die mit Grundrechten eigentlich nichts oder nur am Rande zu tun haben, teilweise umfangreicher abgehandelt als grundrechtliche Kernbegriffe. So findet sich eine über eine Seite lange Erläuterung des Begriffs „Opposition“, die für die rechtliche und politische Praxis so wichtige „Eigentumsgarantie“ wird auf gleichem Raum behandelt. Für den „Verhältnismäßigkeitsgrundsatz“, letztlich den Kern der deutschen Grundrechtsordnung, sind ganze zehn Zeilen reserviert, halb so viel wie für den Begriff „Bojkottmaßnahmen“, deren praktische Bedeutung sich vergleichsweise in Grenzen hält. Mancher für das Verständnis der Grundrechte zentrale Begriff findet sich überhaupt nicht eigens: z. B. die Funktion der Grundrechte als Schutzpflichten oder die Figur des Grundrechtseingriffs. Dies ist umso ärgerlicher, als für eine Kurzbiografie über „Hindenburg“ Platz gefunden wurde. Die Prioritäten, von denen sich Weber-Fas leiten ließ, sind oft nicht erkennbar.

Inhaltlich sind die Erläuterungen von unterschiedlicher Qualität. Manche Begriffe sind eingängig erklärt, prägnant formuliert und mit Hinweisen auf die einschlägige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts versehen, so z. B. das „Allgemeine Persönlichkeitsrecht“. Die geschichtlichen und ideellen Grundlagen („Grundrechtsgeschichte“, „Rechtsstaatsgeschichte“) werden eingehend dargelegt. Auf der anderen Seite sind viele wichtige und auch politisch aktuelle Begriffe (z. B. „Berufsfreiheit“, „Eigentum“, „Rundfunkfreiheit“, „Religionsfreiheit“) inhaltlich zu knapp abgehandelt. Negativ fällt auf, dass die Erläuterungen zu manchen Begriffen nicht auf aktuellem Stand sind. Das gilt zumal für die immer wichtiger werdende europäische Dimension der Grundrechte. Es findet sich zwar ein kurzer Abriss zum Verhältnis des Europäischen Gemeinschaftsrechts zum deutschen Verfassungsrecht. Darin fehlt jedoch ein Hinweis auf das grundlegende Maastricht-Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1993. Auch ist mit keinem Wort die Europäische Grundrechtecharta erwähnt, an der seit Mitte 1999 gearbeitet wurde und die im Dezember 2000 in Nizza proklamiert worden ist. Der in der politischen und rechtlichen Praxis wichtigen Europäischen Menschenrechtskon-

vention ist nur ein kleiner Abschnitt gewidmet. In diesem findet sich der irreführende Hinweis, der Bürger könne sich an die Europäische Kommission für Menschenrechte wenden. Indes: diese wurde im Rahmen einer umfassenden Verfahrensreform bereits Mitte der 90er-Jahre abgeschafft. Zuständig für Menschenrechtsbeschwerden ist seitdem allein der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte.

Nach der Lektüre vieler Begriffserläuterungen dürfte der Leser weiteren Informationsbedarf haben. Dazu müsste man ihm einen Blick in die Kommentare zum Grundgesetz empfehlen. Die deutsche Staatsrechtswissenschaft hat gerade im Bereich der Grundrechtsbestimmungen eine hervorragende Kommentarkultur entwickelt. Dass sich in den Literaturhinweisen, die sich dem „Grundrechte Lexikon“ anschließen, zwar umfangreiche Monografien zu Spezialproblemen finden, jedoch kein einziger Grundgesetz-Kommentar zitiert ist, ist ein weiteres Manko in einem insgesamt doch eher enttäuschenden Buch.

Josef Franz Lindner

OECD-Paris/Berlin/Bonn und UNESCO: In die Bildung investieren – Eine Analyse der Welt Bildungs- und Erziehungs-Indikatoren 1999 – Erziehung und Fertigkeiten. O.O., 2000, 189 Seiten, € 37,56.

Die Bildungs- und Erziehungs-Indikatorenforschung ist zurzeit in Verbindung mit der vergleichenden Bildungsforschung sehr aktuell. Die vorliegende Analyse der World Education Indicators (WEI) wurde von der UNESCO, OECD und der Weltbank unterstützt. Dies ist der erste Bericht im Rahmen des WEI-Programms. Die Indikatorenforschung steht in einem Zusammenhang mit anderen Vergleichsuntersuchungen, zu denen auch PISA (Program for International Student Assessment) gehört. Die WEI-Studie will auf Lücken in den Curricula aufmerksam machen und international vergleichbare Standards garantieren. Es wird ein Beziehungszusammenhang zwischen Kenntniserwerb und Wissen gesehen und für die allgemeine Bildung thematisiert. Die WEI-Analyse ist vom pädagogischen Direktor der OECD, Thomas J. Alexander, vom Generaldirektor der UNESCO, Koichiro Matsuura und vom pädagogischen Direktor der Weltbank, Maris O'Rourke, initiiert worden.

Die zusammenfassende Würdigung der WEI-Analyse lässt nur einige Einblicke in die um-

fassende empirisch-statistische Untersuchung zu. Insgesamt haben sechzehn Länder an der WEI-Analyse teilgenommen. Im ersten Kapitel werden die Länderprofile vorgestellt. Im zweiten Hauptabschnitt geht es um die Wachstumspotenziale und die Bedingungen zur Partizipation. Dabei werden die demografischen Patterns mit den Ansätzen zur pädagogischen Progression verglichen. Im dritten Kapitel stehen die Humanressourcen und die Ermutigung zur Effektivitätssteigerung im Mittelpunkt der Ausführungen. Im Anhang sind die Daten der empirischen Untersuchungen systematisch und im Überblick dargestellt. Die Schlussfolgerungen zu jedem Hauptabschnitt sind am Ende jedes Kapitels kurz und prägnant wiedergegeben. Auf diese Weise können sich die Leserinnen und Leser rasch einen Überblick über die Ergebnisse verschaffen.

Durch die Ergebnisse der WEI-Analyse sind u. a. folgende Fakten besonders deutlich geworden: Die Qualität der Bildungssysteme in den sechzehn Ländern hängt ganz stark von den Qualifizierungsmaßnahmen für die Lehrerkollegien und den Konzepten der Lehrerbildung ab. In dem Bericht heißt es: „WEI countries will need to give attention to providing sufficient qualified educational personnel and an appropriate infrastructure for secondary education.“

Die internationalen Vergleichsstudien beleben die Konkurrenz unter den nationalen Bildungssystemen und fördern den so genannten „Bildungsmarkt“. Außerdem wird mehr und mehr über innovative und effektive Förderprogramme diskutiert.

Es zeigt sich eine immer größere Diskrepanz zwischen den Investitionen in das Humankapital in früheren Generationen und den Erfordernissen der Gegenwart und Zukunft.

Effektive Schulen sind durch drei Merkmale bestimmt: Talentierte Lehrerinnen und Lehrer, die entsprechende Ausstattung (auch mit neuen Medien) und motivierte Schülerinnen und Schüler. Weitere wichtige Faktoren sind die Besoldung, die Unterrichtsverpflichtung und Arbeitszeit und die Schüler-Lehrer-Relation. Die WEI-Analyse macht u. a. sehr deutlich, dass die wechselseitige Beziehung dieser Qualitätskriterien für das Lern- und Bildungsniveau der nächsten Schüler-Generation entscheidend ist. Ein weiterer sensibler Faktor ist die Dropout-Rate. Ein hoher Dropout signalisiert zugleich hohe Fehlinvestitionen. Das Scheitern im Bildungssystem ist von der Interaktion vieler Variablen abhängig. Die WEI-

Studie erwähnt u.a. folgende: „Some depend on the students themselves, some relate to factors in their homes and in the community environment, and others are specific to schools (e.g. inappropriate teaching methods, inadequate resources or poor Curriculum)“. An dieser Stelle wird auf die Wichtigkeit und Notwendigkeit des „lebenslangen Lernens“ hingewiesen. Für das 21. Jahrhundert werden u. a. folgende Forderungen an das Bildungssystem gestellt: „The 21st century will need more flexible Curricula, smoother transitions, less rigid forms of evaluation and certification, and a pedagogy, which meets the needs of all students.“

Abschließend kann in diesem Zusammenhang noch auf eine andere vorangehende Analyse der OECD hingewiesen werden. In dem oft zitierten Bericht „Unsere Kinder in Gefahr“ (Our Children at Risk, 1995) wird auf die potenziellen Gefährdungsfaktoren für Kinder und Jugendliche hingewiesen.

Diese sollen hier nur stichwortartig erwähnt werden: Das Aufwachsen in Armut, ein unerwünschtes Kind zu sein, das Aufwachsen in einer „Ein-Eltern-Familie“, wiederholte und länger andauernde Arbeitslosigkeit der Eltern, niedriges Bildungsniveau der Eltern, längere Krankheit eines Elternteils oder Heimunterbringung. Kommen mehrere dieser Faktoren zusammen, erhöht sich das Risiko bei manchen Faktorenkombinationen (z.B. Krankheit, Arbeitslosigkeit und Scheidung) multiplikativ. In Schulen mit einem hohen Prozentsatz gefährdeter Kinder und Jugendlicher kommt es entscheidend auf eine Förderung der Selbstachtung, auf kleine und ermutigende Erfolgserlebnisse, auf Persönlichkeitsbildung und die sukzessive Stärkung und Förderung der Motivation an. Hierfür ist Kleingruppenarbeit und individuelle Förderung erforderlich. Diese wiederum sind sehr personalintensiv und daher teuer. Abschließend kann noch erwähnt werden, dass die Kriminalitätsrate, die Suizidrate, die Gefährdung durch Drogen, das Auftreten ungewollter früher Schwangerschaften, das Scheitern in Ausbildung und Beruf bei dieser Personengruppe besonders hoch ist. Schulen mit einem hohen Prozentsatz „gefährdeter“ Schülerinnen und Schüler sind in Gefahr, „Risikoschulen“ zu werden. In dem Bericht heißt es an der entsprechenden Stelle: „Schools with high proportions of ‘at risk’ children are themselves at risk of low morale and poor image. Where standards of attainment are depressed, staff and pupils alike are in danger of feeling failures. Commitment is lacking“. Die erste WEI-Analyse ist sehr informativ und schulpädagogisch wichtig. Ebenso interessant

und weiterführend sind die in Aussicht stehenden Anschlussstudien.

Gottfried Kleinschmidt

Eckart, Karl/Jenkis, Helmut (Hrsg.): Föderalismus in Deutschland. Berlin: Duncker & Humblot, 2001 (= Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Band 79), 279 Seiten, € 60,33.

Dieser Tagungsband hat drei Schwerpunkte: die Länderneugliederung, die Neufassung des Länderfinanzausgleichs und die Möglichkeiten bzw. die Unmöglichkeit des Wettbewerbsföderalismus. In loser Weise sind alle drei Themen inhaltlich verbunden. Man kann die Länderneugliederung als eine Grundvoraussetzung für eine sinnvolle Neufassung des Länderfinanzausgleichs und für das Ermöglichen von Wettbewerbsföderalismus verstehen. Bei der Lektüre der Beiträge in diesem Band scheinen solche Zusammenhänge immer wieder explizit und implizit durch. Leider nutzen die Herausgeber das Vorwort nicht, etwas intensiver ihrer Publikation Kohärenz zu geben.

Es ist durchaus verdienstvoll, dass dieser Band sich bemüht, die Neugliederungsdebatte offen zu halten. Der erste Beitrag von Uwe Leonardy ist sehr konzise, kenntnisreich und aus der Sicht des Insiders geschrieben, der das Schicksal des Artikels 29 GG aus der Nähe verfolgt hat. Hier lässt sich nicht nur nachlesen, was politisch-taktisch aus dem Neugliederungsgebot geworden ist, Leonardy bietet auch eine Reihe von Argumenten dafür, weshalb die Neugliederung der Länder nicht ad acta gelegt werden sollte, und er nennt konkrete Wege, um die Neugliederungsbereitschaft von Parteien und Institutionen herbeizuführen. Aufhänger für eine neue Diskussion sieht er in Berlin-Brandenburg, in der Neuordnung der AKK-Vororte von Mainz und in dem Anlauf Bremens, eine Zusammenarbeit mit einer Regionalkörperschaft Bremen-Unterweser zu starten.

Werner Rutz und Konrad Scherf betrachten aus eher geografischer Sicht die Neugliederungsvorschläge. Umfangreiches Kartenmaterial verdeutlicht die Diskussion sowohl im Westen als auch in Ostdeutschland. Als Quintessenz bleibt der Status quo: „Neugliederungsvorschläge des heutigen Bundesgebietes werden (...) in den ostdeutschen Bundesländern, so vernünftig sie auch erscheinen mögen, bei größeren Teilen der Bevölkerung auf nachhaltigen Widerstand stoßen.“ (Scherf,

S.92). Auch Helmut Jenkis wirft in seinem sehr umfangreichen Beitrag noch einmal die Neugliederungsfrage auf, allerdings ohne über Leonardy hinaus zu gehen. Es erstaunt, dass er als Herausgeber diese Überschneidungen nicht bemerkt hat, und noch mehr, dass seine Ausführungen, dort wo sie grundsätzlicher zum Leitbild des Föderalismus werden, auf so dürftiger Literaturbasis ruhen.

Der Beitrag von Christian Dästner ist von den Herausgebern, man kann es mangels Hinweisen nur vermuten, als Gegenstimme zum Tenor des Buches gedacht. Dästner ist nämlich kein Freund des Wettbewerbsföderalismus, sondern ein Verfechter des Status quo. Sein zentrales Argument lautet, die vielbeklagte Politikverflechtung entspricht dem Willen des Grundgesetzes, denn hier findet man eine grundsätzliche Vorentscheidung, die Verflechtung erzwingt, nämlich die Ausführung von Bundesgesetzen durch die Länder. Dästner ignoriert sowohl die Debatte um neue Leitbilder des Föderalismus als auch die Kritik am Großen Steuerverbund, an der Rahmengesetzgebung, den Gemeinschaftsaufgaben und der konkurrierenden Gesetzgebung, ganz zu schweigen von den zahlreichen konkreten Vorschlägen zur Entflechtung. Sein Fazit lautet: „Politikverflechtung (...) gehört zu den Grundmerkmalen des bundesdeutschen Föderalismus. Ihr kann man nur entfliehen, wenn man das System als Ganzes in Frage stellt. Angesichts des Umstands, dass das bundesdeutsche Modell sich länger bewährt hat, als das einzige zuvor in ganz Deutschland praktizierte Demokratiemodell bin ich der Auffassung, dass mehr Argumente kommen müssen als die heute zu hörenden, um einen solchen radikalen Wechsel zu rechtfertigen.“ (S.172)

Die Beiträge zur Neufassung des Länderfinanzausgleichs von Adrian Otnad (der übrigens eine Reihe von Gegenargumenten zu Dästner liefert) und Thomas Lenk zu möglichen und tatsächlichen Auswirkungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Länderfinanzausgleich vom 11.11.1999 leiden schlicht daran, dass alle hier präsentierten Modellüberlegungen obsolet sind, da die Länder sich ja bekanntlich auf ein Finanzausgleichsmodell geeinigt haben. Heute ist es leicht zu sagen, was Otnad nicht wissen konnte, dass nämlich seine Vermutung nicht zutrifft: „Insgesamt sind mit der Entscheidung des Verfassungsgerichts vom 11. November 1999 zum Länderfinanzausgleich auch die Chancen für eine Länderneugliederung gestiegen.“ (S.206)

Die abschließenden beiden Beiträge des Bandes sind Politikfelduntersuchungen. Walter

Sesselmeier untersucht die Vorzüge einer dezentralen Organisation der Arbeitsmarktpolitik, und Stefan Sell beschäftigt sich mit der Rolle der Länder im Gesundheitswesen. Sesselmeier kommt zu dem Schluss, dass Effizienzgewinne der Arbeitsmarktpolitik durch eine stärkere und problemgerechte Einbindung der Gemeinde- und Länderebene durchaus zu erzielen sind. Sell betont, dass es die Länder versäumen, ihrem Bedeutungsverlust in der Gesundheitspolitik entgegenzuwirken. Er sieht die Länder als Koordinatoren und Impulsgeber für Versorgungsketten im Gesundheitswesen, in die zunehmend auch ausländische Anbieter einbezogen werden.

Der vorgelegte Band belegt, dass das Thema Föderalismus weder „ausdiskutiert“ ist noch auf die Frage eines optimalen institutionellen Designs des Regierungssystems reduziert werden kann. Es wird deutlich, dass erst die gesellschaftliche Positionierung föderaler Strukturen Legitimation und Effizienz schafft. Insofern ist der Band trotz der verglichen mit dem Zeitpunkt des Entstehens der Beiträge heute größeren Politikferne durchaus anregend. Als Leser hätte man sich allerdings mehr Sorgfalt bei der Edition gewünscht. Um neben Schreibfehlern einige offensichtliche Beispiele editorischer Mängel zu nennen: der bayerische Finanzminister heißt nicht „Falthäuser“ (Jenkis, S.123, Anm. 44); es ist als drittem Landesteil des späteren Südweststaats von „Süd-Baden“ die Rede, das Land mit seiner Hauptstadt Freiburg hieß aber „Baden“ (Jenkis, S.99), die Volksabstimmung 1951 im Südwesten war nicht am 9. Dezember, sondern am 19. (Jenkis, S.105).

Roland Sturm

Knabe, Hubertus: Der diskrete Charme der DDR. Stasi und Westmedien. Berlin: Propyläen Verlag, 2001, 504 Seiten, € 25,51.

Die Bundesbeauftragte für die Stasiunterlagen hat gegen das Erscheinen von Knabes Buch eine Einstweilige Verfügung beantragt, der zufolge der Autor mit 500.000 DM Strafe oder sechs Monaten Haft bestraft werden sollte, wenn er das Manuskript nicht der Behörde zur Genehmigung vorlegen würde. Der vor dem Berliner Arbeitsgericht geschlossene Vergleich führte dann dazu, dass es in Druck gehen konnte. An einer Stelle heißt es jedoch: „Auf Anweisung des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen kann aus dem freundschaftlichen Brief an den SED-Funktionär leider nicht zitiert werden.“

Knabe ist verschiedentlich vorgeworfen worden, dass er die Stasi-Dokumente zu unkritisch ausgewertet habe. Er argumentiert dagegen: „Stasi-Dokumente können Fehler und Verzerrungen enthalten, doch dass gerade beim Geheimdienst der DDR, der die Aufgabe hatte, durch möglichst umfassende und realistische Informationen die Macht der SED abzusichern, Akten nach eigenem Gutdünken zusammenfabuliert und gefälscht wurden, ist ein Märchen, das von interessierter Seite aus allzu offensichtlichen Motiven in die Welt gesetzt wurde.“

Dieses Buch liest man mit Gewinn, wenn man nicht auf die „Enthüllung“ gespannt ist, welche Journalisten Inoffizielle Mitarbeiter (IM) des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS, Stasi) waren. Der Leser erfährt, in welchem Umfang westdeutsche Journalisten in ihren Medien aus ideologischer Überzeugung oder Naivität das SED-Regime schöngefärbt haben. Und er erfährt, wer ihre östlichen Gesprächspartner waren, die, unter welcher Legende auch immer, dem MfS über ihre Gespräche berichtet und von ihm ihre Aufträge erhalten haben. Ihren Gesprächspartnern haben diese Journalisten, nicht selten aus Wichtigtuerei, für das MfS wichtige Interna aus der bundesdeutschen Politik und Gesellschaft ausgeplaudert. Von den fünf Kapiteln des Buches ist eines „Das IM-Netz“ betitelt, während die anderen Kapitel „Kontaktarbeit“, „Vertrauliche Kanäle“, „Lancierungswege“ und „Feindbekämpfung“ überschrieben sind.

Der Autor geht der Frage nach, wie in den Sechzigerjahren das DDR-Bild in einflussreichen Medien einen Wandel erfuhr und welche Auswirkungen das auf die Politik hatte. Er schreibt: „In den Zeitungen der Fünfzigerjahre fanden sich bereits die meisten Erkenntnisse, die nach dem Zusammenbruch der SED-Herrschaft erst nach und nach wieder ins Bewusstsein der Öffentlichkeit drangen: über die Uneffektivität der Planwirtschaft, die Allgegenwart der Staatssicherheit, die Ablehnung des Kommunismus durch die Mehrheit der Bevölkerung.“ Am 1. Dezember 1963, mehr als zwei Jahre nach dem Bau der Berliner Mauer, geschah dann ein Tabubruch: Der „Stern“ brachte ein ausführliches Interview mit SED-Chef Ulbricht, in dem dieser mit einer nicht zu überbietenden Unverfrorenheit erklären durfte: „Es wäre an der Zeit, dass die Regierung in Bonn den von ihr errichteten Eisernen Vorhang abbaut und den Kalten Krieg gegen die DDR und ihre Bürger einstellt.“ Von da an folgten im „Stern“ und in der „Zeit“, aber auch in anderen Medien, Printmedien und elektronischen Medien, Artikelserien, in denen berichtet wur-

de, wie sich die Menschen in der DDR eingerichtet hätten und die Bundesrepublik mit großer Skepsis betrachteten, „kein Wort über das Leiden in der Diktatur und die Sehnsucht nach Wohlstand, die so viele davon getrieben hatte.“ Einer der Höhepunkte dieser Berichterstattung war im Juni 1986 die in der „Zeit“ veröffentlichte „Reise ins andere Deutschland“, die Knabe mit den Worten kommentiert: „Mit viel Verständnis beschrieben sie das Regiment der DDR und ließen die DDR-Machthaber via Hamburg kostenlose Werbung betreiben.“ Schon im Januar war ein Interview mit SED-Chef Honecker auf fünf Seiten dieses großformatigen Blattes abgedruckt worden. Diese Schönfärberei schloss nicht aus, dass, zum Teil in denselben Medien, auch DDR-kritische Berichte erschienen, aber das konnte das Ergebnis der Weichzeichnung nicht verändern.

Knabe arbeitet heraus, auf welchen Säulen die Propagandaarbeit gegen und die Einflussnahme auf den Westen ruhte: dem ZK der SED mit der Abteilung für Agitation und Propaganda unter dem (in den Sechzigerjahren) Politbüromitglied Albert Norden, dem Presseamt beim Vorsitzenden des Ministerrats, das von Kurt Blecha geleitet wurde, und dem MfS, in dem die Abteilung X der Hauptverwaltung Aufklärung (HV A) unter Rolf Wagenbreth, die für Westmedien und Desinformation zuständig war, eine wichtige Rolle spielte. Einer ihrer IMs war Hermann von Berg (IM „Günther“), von 1962 bis 1966 Leiter der Westabteilung des Presseamtes, dessen 12 Bände umfassende Stasi-Akte 1989 durch einen Zufall der Vernichtung entging.

In den Sechzigerjahren war von Berg einer der östlichen Ansprechpartner der „Viererbande um Willy Brandt“ (Senatskanzleichef Dietrich Spangenberg, Senatspressechef Egon Bahr; die beiden anderen werden vom Autor nicht genannt), die eine geheime Nebendiplomatie betrieben. Dieser „Kanal“ lief über den damaligen ZDF-Mitarbeiter Klaus Ellrodt. Ein zweiter „Kanal“ wurde durch den damaligen FAZ-Mitarbeiter Hansjakob Stehle vermittelt und endete bei dem SED-Funktionär Hans-Joachim Seidowsky (IM „Gerhard“), der in den folgenden Jahren intensive Kontakte zu einer Vielzahl westdeutscher Journalisten unterhielt und es in der DDR-Hierarchie zum Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatlichen Komitees für Fernsehen brachte. Nach Knabe hat die „Viererbande“ „der DDR-Führung Unterstützung auf dem Weg zur Anerkennung angeboten, wenn diese ihrerseits der SPD auf deutschlandpolitischem Gebiet entgegenkäme“. Sein Urteil, das Geflecht dieser vertraulichen „Kanäle“ zwischen Ost und West sei

„bis heute nur teilweise aufgearbeitet“, wäre nicht so hart ausgefallen, wenn er das 1999 erschienene vorzügliche Buch „Grenzerfahrungen“ des langjährigen Besuchsbeauftragten des Berliner Senats, Gerhard Kunze,¹ herangezogen hätte, der auch umfangreiche Akten aus dem ehemaligen SED-Zentralarchiv ausgewertet hat. In Knabes Bibliografie sucht man dieses Buch vergeblich.

Die vertraulichen Kontakte sollten schon in den Sechzigerjahren der Wahlkampfhilfe für die SPD dienen. So sollte von Berg im März 1965 in einem gemeinsamen Gespräch mit Spangenberg fragen: „Wie soll die Zusammenarbeit SPD/SED im Hinblick auf den Wahlkampf aussehen? ... Was gibt es für Vorstellungen, welche Maßnahmen unsererseits gegen die CDU (sind) einzuleiten ...?“ Spangenberg soll nach dem Bericht von Bergs geantwortet haben: „Eine Zusammenarbeit mit uns gegen die CDU und CSU im Hinblick auf den Wahlkampf sei nach wie vor für die SPD nützlich.“ Gedacht waren Erleichterungen für die Menschen, die die Politik Brandts stärken sollten, etwa die Wiederaufnahme des Telefonverkehrs.

Peinlich ist, dass sich, ausweislich dieser Berichte, die sozialdemokratischen Verhandlungspartner dazu hergaben, Belastungsmaterial gegen Brandts Konkurrenten Fritz Erler zu erbitten, wobei es sich um Akten über Aussagen handelte, die Erler angeblich nach seiner Verhaftung durch die Gestapo gemacht haben soll. Bei der Produktion von belastendem Material über bundesdeutsche Politiker, das von verschiedenen Medien freudig ausgewertet wurde, war die Stasi sehr erfinderisch. 1966 behauptete sie, der damalige stellvertretende SPD-Vorsitzende Herbert Wehner habe 1942 in Schweden nach seiner Verhaftung „nachweisbar einunddreißig Antifaschisten dem Tode überantwortet“. 1978, als Honecker persönliche Kontakte zu ihm aufnahm, musste sie zugeben, dass kein Einziger wegen Wehners Aussagen verhaftet wurde. Zu den mit Stasi-Material diffamierten CDU-Politikern gehörte in den Sechzigerjahren der Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier, der nach dem 20. Juli 1944 vom Volksgerichtshof zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt worden war. 1969 behauptete Politbüromitglied Norden in einer Pressekonferenz, dass Gerstenmaier vom Reichssicherheitshauptamt in den Kreisauer Kreis eingeschleust worden sei und 17 Angehörige dieser Widerstandsgruppe an die Gestapo ausgeliefert habe.

Schon vor dem Erscheinen dieses Buches ist dem Autor vorgeworfen worden, er versuche

den Nachweis zu erbringen, dass 1967/68 Aktionen der Außerparlamentarischen Opposition (APO) von Institutionen der DDR gesteuert worden seien. Knabe schreibt, ein erster Aufruf zum Boykott der Springer-Presse sei schon 1962 vom Politbüromitglied Norden veranlasst worden. Der damals an die Stasi ergangene Recherche-Auftrag, nachzuweisen, dass Axel Springer seinen Verlag mit „SS-Vermögen“ aufgebaut habe, musste negativ beschieden werden.

Am 25. Oktober 1967 wurde beim ZK der SED eine „Arbeitsgruppe zur Unterstützung der Anti-Springer-Kampagne in Westdeutschland und Westberlin“ gebildet, der SED- und FDJ-Funktionäre, Vertreter des Verbands deutscher Journalisten der DDR, der Westabteilung des Presseamts und der damaligen Agitationsabteilung des MfS angehörten. Wie stark die Verzahnung mit in West-Berlin tätigen IMs war, belegt u. a. die Anfang 1968 erschienene Ausgabe des „Berliner Extrablatts“, die exakt den Planungen entsprach, die Norden schon im November 1967 vertraulich vorgelegt worden war. Zu den Redakteuren des aus dem „Extrablatt“ hervorgegangenen „Berliner Extradiensts“ gehörte Walter Barthel (IM „Kurt“), der seinen Auftraggeber 1963 vorgeschlagen hatte, den aus der DDR geflüchteten, ehemaligen stellvertretenden FDJ-Vorsitzenden Heinz Lippmann zu entführen und den damaligen WDR-Redakteur Arnulf Baring, der sich in Polen aufhielt, zu verhaften. Medien wie der „Stern“ beteiligten sich mit großem Engagement an den Kampagnen gegen den Springer-Konzern. Manfred Bissinger rechtfertigte in seiner „Axel-Springer-Story“ (November 1967) den Berliner Mauerbau damit, dass Zehntausende Zeitungen des „Papier-Kriegers“ über die Zonengrenze gelangt seien und dort die Stimmung gefährlich angeheizt hätten. „DDR und Ostblock wurden – wollten sie nicht das Gesicht auch im eigenen Lager verlieren – gezwungen, dem Einhalt zu gebieten.“

Die „Feindbekämpfung“ spielte bei der Stasi eine wichtige Rolle. Eine „Bearbeitungskonzeption“ gegen die Organisation „Hilferufe von drüben“ (HvD, Ehrenpräsident Gerhard Löwenthal) aus dem Jahre 1987 sah vor, durch „Desorientierung, Verunsicherung, Diskreditierung des Vorstandes und die Lähmung aktiver Helfer“ ihre „subversive Tätigkeit gegen die DDR“ zurückzudrängen und staatliche Stellen und andere Kräfte im „Operationsgebiet“ (Bundesrepublik Deutschland) „zur Einflussnahme auf die Führungskräfte und Helfer von HvD zur Einstellung ihrer gegen die DDR gerichteten Aktivitäten auszurichten“. Im Medienbereich gehörte zu den „Feindobjekten“

durchaus nicht nur die Springer-Presse. Auch die linke „Tageszeitung“ (taz) zählte dazu, obwohl in ihrer Redaktion mehrere Jahre Brigitte Heinrich (IM „Brigitte Schäfer“) saß, die 1980 wegen Kontakten zu terroristischen Gruppen zu einem Jahr und neun Monaten Haft verurteilt worden war. In einem „Auskunftsbericht“ der Abteilung XXII (Terroristenabwehr) aus dem Jahre 1986 hieß es: „Da es sich bei der taz um ein journalistisches Sammelbecken linksgerichteter extremistischer Kräfte handle, von dem in zunehmenden Maß staatsfeindliche Aktivitäten gegen die DDR ausgingen, werde die Zeitung in einer ‘Feindobjektakte’ bearbeitet.“

Otto Wenzel

Anmerkung

¹ Politische Studien, Heft 374/2000, S.144ff.

Oberreuter, Heinrich/Kranenpohl, Uwe/Sebaldt, Martin (Hrsg.): Der Deutsche Bundestag im Wandel. Ergebnisse neuerer Parlamentarismusforschung. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 2001, 307 Seiten, € 29,65.

Der Deutsche Bundestag erlebt unterschiedliche Phasen wissenschaftlichen Interesses. Konstant bleibt er formal im Zentrum des politischen Entscheidungsprozesses, was wenig über die tatsächliche Wirkungsmacht aussagt. Summiert man die in dieser Publikation zusammengestellten Ergebnisse der Parlamentarismusforschung, dann hat gerade der Bundestag seinen Platz im Gesetzgebungsprozess behalten – mehr noch: Er hat ihn zeitadäquat verteidigt. Drei Herausforderungen musste er sich stellen, wie die Herausgeber zu Beginn betonen: Wandel durch mediale Vermarktung, durch die Prozesse der Wiedervereinigung und durch die Strukturen des europäischen Regierens.

Vier Schwerpunktthemen sollen einen Überblick vermitteln: Politische Willensbildung, wobei die Strukturmuster arbeitsparlamentarischer Praxis geprüft werden; politische Entscheidungsprozesse im Gefüge des Bundesstaates; Muster und Probleme medialer Präsenz in der Fernsehdemokratie sowie Konstanz bzw. Wandel parlamentarischer Repräsentation.

Manfred Schwarzmeier kann anschaulich herausarbeiten, wie parlamentarische Mitsteuerung gerade durch informale Prozesse der handelnden Akteure möglich bleibt. Politische

Loyalität ist für den Abgeordneten der Schlüssel zum Erfolg. Martin Sebaldt kann nachweisen, dass die Opposition durchaus große Chancen zur Thematisierung von Problemfeldern besitzt. Opposition ist nicht chancenlos in Deutschland. Jedoch steckt sie häufig in der Erfolgsfalle. Viele Ideen der parlamentarischen Opposition übernimmt in einer späteren Phase die Mehrheitsfraktion, ohne dies entsprechend zu deklarieren. Klaus Stüwe weist nach, dass die Opposition in den letzten Jahrzehnten nur punktuell in Karlsruhe klagte. Er räumt insofern mit dem Vorurteil auf, dass durch das Bundesverfassungsgericht eine Justizialisierung der Politik durch die Verfassungsklagen der Opposition stattgefunden hätte.

Die Chancen im Personalisierungsprozess medialer Vermittlung mitzuhalten, sind für den Bundestag nicht besonders gut. Dennoch wird, wie Gregor Mayntz nachweist, über die Masse der Sitzungstage sehr detailliert berichtet. Zur Wahrnehmung des Bundestages als wichtiges Entscheidungsgremium passt auch die Präsentation des Parlaments als responsives Organ. Frank Brettschneider kann vermessen, dass der Bundestag weder durch abgehobene Volksferne noch durch unverantwortlichen Populismus sich auszeichnet.

Die Herausgeber ziehen ein insgesamt positives Urteil. Leistungsfähig und bürgernah – so die Summe der Bewertungen. Das Buch räumt im Detail mit vielen salonfähigen Vorurteilen auf und präsentiert auch anschaulich dokumentiert die Ergebnisse. Je konkreter der Blick, desto überraschender die Einsichten. Der öffentliche Resonanzraum ist dennoch für die Parlamentarier eher problematisch. Es stellt sich perspektivisch die Frage, inwieweit gerade verhandlungsdemokratische Arrangements abseits formeller Gesetzgebung an Dominanz gewinnen. Dieser Aspekt sollte perspektivisch ausgebaut werden und neuere Parlamentarismusforschung charakterisieren. Wenn der Umweltminister auf die Einführung des Zwangspfandes von Dosen verzichten möchte, weil die Getränkeindustrie die Säuberung der Wälder garantiert, wenn die Zigarettenindustrie Haushaltszuschüsse anbietet, um die Erhöhung der Tabaksteuer zu verhindern, dann sind das bedenkliche Anzeichen eines Aushöhlungsprozesses parlamentarischer Prozesse. Das Buch problematisiert dies eher am Rande. Doch als aktueller Problem-Aufriss hat es seinen verdienstvollen Stellenwert.

Karl-Rudolf Korte

Barzel, Rainer: Ein gewagtes Leben. Erinnerungen. Stuttgart: Hohenheim Verlag, 2001, 440 Seiten, € 21,47.

Zu Beginn seiner Amtszeit als Fraktionsvorsitzender hat Rainer Barzel einen Wahlkampfauftritt in Bayern. Sein erster „Einsatz“ als „Preuße“. Ein Festzelt im Kreis Miesbach: „Als ich da eintraf, qualmte und lärmte es. 3.000 Bayern auf so engem Raum! Hautnah. Krachledern. Mir schien, das Bier dampfe aus dem Zelt, aus den Bänken, aus den Körpern – knieoffen, wadenfrei und Goaßlschnalzer oben geöffnet. Mir verschlug der Dunst den Atem (...). Tänze und Grußworte und immer wieder Blaskapellen wechselten sich ab und Goaßlschnalzer.“ Der gerade zum „Redner des Jahres“ gewählte Politiker wird unsicher: „In mir stieg eine Beklemmung auf, die ich bisher nicht kannte. (...) Wie sollst du da reden, Gehör finden, durchkommen? Wie ankommen?“ Als er schließlich hinter dem weiß-blauen Rednerpult steht, beginnt er spontan: „Warum ich als Preuße hier zu Ihnen rede? Sie wissen es. Ich spreche es aus: Deutschland braucht Bayern!“ Tatsächlich hat die CSU in einem späteren Wahlkampf diesen Slogan übernommen und auf Plakaten abgedruckt.

Rainer Barzel, der Vordenker. Schade, dass in seiner „persönlichen Lebensgeschichte“, – „eine Geschichte vom Leben in der Politik und mit der Politik“ – so wenig Anekdoten vorkommen. Dennoch erzählt Barzel „die letzten siebzig Jahre unserer Geschichte“ in weiten Strecken durchaus „lebendig“. Es ist die leSENSwerte Geschichte eines Mannes, der jahrzehntelang die deutsche Politik maßgeblich mitbestimmt hat – und dennoch den Gipfel nicht erklimmen konnte.

Dabei war sein Aufstieg kometenartig. Mit 32 Jahren Geschäftsführendes Mitglied des Landespräsidiums der CDU von Nordrhein-Westfalen, mit 33 Abgeordneten des Deutschen Bundestages, 1960 Mitglied des Bundesvorstandes der CDU, 1962 Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, 1964 Vorsitzender der CDU/CSU Bundestagsfraktion. Zwei Jahre später muss er jedoch eine Niederlage einstecken. Nicht er, sondern Kurt Georg Kiesinger wird von der Fraktion zum Kanzler gekürt: „Eine schmerzliche Abfuhr für mich!“

Als Hauptgegner macht Barzel dabei Helmut Kohl aus, den er 1971 bei der Wahl zum CDU-Parteivorsitzenden mit großem Vorsprung besiegt: „Diese Niederlage hat Kohl mir nie verziehen, auch nicht vergessen.“ Ein Jahr später muss Barzel erleben, wie „Politik gestaltet“ werden kann, nämlich mit, wie er schreibt,

„Stimmenkauf und Landesverrat“. Bei dem aussichtsreichen Versuch, Willy Brandt durch ein konstruktives Misstrauensvotum abzuwählen, um damit auch eine Nachbesserung der Ostverträge zu erreichen, fehlen Stimmen aus dem Unionslager. „Ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss brachte nicht das nötige Licht ins Dunkel. Es ist erwiesen, dass der Staatssicherheitsdienst der DDR bei meinem konstruktiven Misstrauensvotum seine Finger im Spiel hatte. (...) Markus Wolf, Spionage-Chef der DDR, muss es wissen. Er lebt unter uns (...) Herbert Wehner hat öffentlich mitgeteilt, er habe 'bewerkstelligt', dass zwei Abgeordnete mir nicht ihre Stimme gegeben haben. (...) Sie wollten 'mehr Demokratie wagen' und kauften Stimmen!“

Dennoch gelang es Barzel, in Form einer gemeinsamen Entschließung des Deutschen Bundestages eine Nachbesserung zum Moskauer Vertrag zu erreichen: „Ohne diese Entschließung hätte Brandt sich wohl kaum der Zustimmung seiner ganzen Sozialdemokratie sicher sein können. Es gelang, ein nationales wie internationales Desaster zu vermeiden.“ Ausführlich schildert Barzel seinen „Kampf“ für bessere Verträge: „Ich wollte (...) nur noch dieses Ergebnis: Die Tür zur deutschen Einheit bleibt offen (...). Die Deutschen in Dresden sollen leben können wie die in Köln.“ Und: „Nun ist es so. Das habe ich nicht bewirkt. Gott hat dem deutschen Volk seine Einheit geschenkt. Irgendwann und irgendwie wurde mein Fuß in die Tür gestellt, damit sie nicht zufalle.“

1972 verliert Barzel die Bundestagswahlen gegen Willy Brandt, kurze Zeit später muss er den Fraktions- und Parteivorsitz abgeben. Unter Bundeskanzler Kohl wird er zum zweiten Mal Deutschlandminister und 1983 Bundestagspräsident: „Bald schwor Helmut Kohl den Amtseid in meine Hand. Ironie der Geschichte?“ Tatsächlich, denn ein Jahr später gelingt es Kohl, so Barzel, ihn durch eine „Falschaussage“ im Zusammenhang mit der Zwickaffäre ins Zwielicht zu bringen. Barzel tritt zurück. Später wird er „voll rehabilitiert“.

Barzel war ein bedeutender Redner. Und er kann schreiben. Trotz einiger Anflüge zum Selbstlob sind seine Lebenserinnerungen zu einem spannenden Buch geraten. Und in der Tat „zeigt dieses Buch, wie sehr und wie schnell sich alles verändert“. Wenn Barzel Bonn mit Berlin vergleicht, dann macht dies doch sehr nachdenklich. Und es erinnert an eine – fast schon ferne – Zeit, als Inhalte in der Politik noch wichtiger als Images waren.

Werner Siebeck

Schmidt, Daniel: Der pädagogische Staat. Die Geburt der staatlichen Schule aus dem Geist der Aufklärung. (= Leipziger Schriften zur Gesellschaftswissenschaft, Band 6). Baden-Baden: Nomos-Verlagsgesellschaft, 2000, 106 Seiten, € 35,29.

Die Studie versucht auf wenig mehr als 100 Seiten einen ebenso interessant anmutenden wie gewagten Rundumschlag: Exemplarisch für alle Philanthropisten wird die Residenzstadt Dessau, in der der aufgeklärt-absolutistische Fürst Leopold III. Friedrich Franz von Anhalt-Dessau Johann Bernhard Basedows Erziehungsanstalt Philanthropin unterstützte, ausgewählt, um daran den „großen Umbruch, während dessen das Kind entdeckt wurde und die Idee aufkam, den Menschen durch Bildung zu verbessern, gar ein neues Menschengeschlecht zu erziehen“ aufzuzeigen (S.9f). Die Verbindung von „angeblich menschenliebendem Fürsten und seiner Machterhaltungspolitik, von philanthropischer Erziehung und entmenschter Dressur“ soll beleuchtet werden (S.10). Der Ansatz des Politikwissenschaftlers und Journalisten Schmidt, der „die historischen Wurzeln von Machtbeziehungen unserer heutigen Gesellschaft zu finden sucht“ (S.10), und der am Beispiel Schule den Bogen zur Erziehungswissenschaft schließen möchte, macht durchaus neugierig. Lesenswert ist in der Tat vor allem der in dem Band präsentierte schulhistorische Abriss. Der Autor führt in dem Kapitel „Menschenliebende Dressur“ anschaulich gängige Erziehungspraktiken der Zeit vor Augen (S.61–85).

Insgesamt fragt sich der Leser jedoch, ob die gewählte Methodik der Thematik gerecht wird: Ganz abgesehen davon, dass in der Arbeit wissenschaftlicher und journalistischer Stil, Darstellung und Wertung nicht sauber getrennt werden, ruft Schmidt mit seinem Vorgehen eine Reihe von Fragen auf. Ungeklärt bleibt etwa, wie er davon ausgehen kann, dass Dessau als Exemplum für die Philanthropisten der Zeit stehen kann und teilweise explizit als Reaktion auf die Philanthropin realisierten Erziehungsprojekte, z.B. Salzmanns Schnepfenthal oder Campes und Trapps Hammerdeich ignoriert werden können. Problematisch ist auch die Rousseau-Interpretation, auf der die Arbeit basiert. Die neuere Forschung stützt in Bezug auf das Verhältnis von „Contrat social“ und „Emile“ keineswegs die Schmidtsche Version, letzteren als bloße „Illustration“ des ersteren zu werten (S.27). Vielmehr stellen die Erziehung des Emile zum gesellschaftskritischen, ja letztlich unpolitischen Individuum

und die politische Erziehung des Contrat zum überzeugt loyalen Staatsbürger geradezu zwei gegensätzliche Antworten auf das Erziehungsproblem dar. Diese sind vor dem Hintergrund der Opposition Rousseaus gegen die reale zeitgenössische französische Gesellschaft (Emile) bzw. des Alternativ-Entwurfs eines Idealstaats (Contrat) zu sehen. Schmidt selbst deutet diese Unterscheidung bereits an, indem er im Verlauf der Arbeit z.B. auf Rousseaus Verfassungsentwurf für Polen verweist (S.33, Fußnote 78), der wie der für Korsika als Konkretisierung des genuin politischen Erziehungskonzeptes des Contrat zu werten ist.

Bisherige staatliche Erziehung wird einseitig als politische Erziehung im Sinne einer mehr oder weniger autoritären Stabilisierung des herrschenden politischen Systems betrachtet, für die ein ganzer Katalog von Disziplinierungsmechanismen Voraussetzung sei (S.97). Der Verfasser schreibt letztlich die Zielsetzung und Methode der philanthropistischen Schule bis in die Gegenwart fort. Schule werde auch heute noch mit „Gedankenkontrolle, Gleichschaltung, Vereinheitlichung, Zwangssystem“ charakterisiert (S.95). Wenn nun Schmidt fordert, dass es nun darauf ankomme, „in der Schule Werte zu vermitteln wie demokratisches Bewusstsein, die Fähigkeit, eigenverantwortlich zu handeln und das Mitgefühl für den Nächsten und Übernächsten, also Solidarität“ (S.97), dann zeigt er, dass er nicht nur keine Lösung für das geschilderte Dilemma der Erziehung im staatlichen Schulsystem anzubieten weiß, eine Erwartung, die beim Leser angesichts der eingangs getroffenen Ankündigung erweckt wird. Er macht vielmehr auch offenkundig, dass die Folie, die er auflegt, zu schmal ist und dass er die neuere und aktuelle pädagogische Literatur mit den darin nachzulesenden positiven Ansätzen nicht zur Kenntnis genommen hat.

Insgesamt bleibt der Eindruck haften, ein gut lesbares „Häppchen-Werk“ serviert zu bekommen, dass jedoch, entgegen dem selbst auferlegten Anspruch an der Oberfläche bleiben muss. Vielleicht wäre die an sich begrüßenswerte Absicht, Politik- und Erziehungswissenschaft in einer Studie zu verbinden, eher gelungen, wenn sich Schmidt auf den Mikrokosmos Dessau aus schulhistorischer Perspektive beschränkt hätte und hier stringent das Werden der staatlichen Schule nachgezeichnet hätte.

Ursula Rotte

Richard, Rainer: Jugendschutz im Internet: ein aktueller und kritischer Wegweiser für Lehrer und Eltern. Kissing: WEKA Fachverlag für Behörden und Institutionen GmbH, 2001, 154 Seiten, € 14,83.

Will man als zukunftsorientiert und innovativ gelten, scheint es derzeit politisch und zum Teil auch wissenschaftlich opportun zu sein, über Chancen und Risiken der Informations- und Kommunikationstechnologien zu reflektieren und zu publizieren. Dabei kennzeichnet das Internet an sich und die Literatur über das Internet zunehmend ein und dasselbe Problem: Weniger der Mangel, als vielmehr die täglich wachsende Zahl von vermeintlich wesentlichen elektronischen bzw. gedruckten Veröffentlichungen führen zur Orientierungslosigkeit beim Leser. Vor diesem Hintergrund klingt der Untertitel der vorliegenden Broschüre „Wegweiser für Lehrer und Eltern“ viel versprechend. Denn von einem pädagogischen Wegweiser erhofft man sich Übersichtlichkeit, Prägnanz, Eindeutigkeit, Verständlichkeit und Zielführung, kurz: schnelle Orientierung. Und so sollte man vom Autor, im Hauptberuf Kriminalhauptkommissar, Internetfahnder und EDV-Sachverständiger beim Polizeipräsidium München, einerseits ein hohes Maß an selektierten und praxisnahen Informationen erwarten, andererseits aber nicht den Anspruch auf einen umfangreichen theoretisch-wissenschaftlichen Diskurs erheben. Unter dieser Prämisse, so sei vorweggenommen, ist die Veröffentlichung von Rainer Richard lesenswert und eine geeignete Handreichung für die angesprochene Zielgruppe.

Nach der einleitenden Definition und Erörterung der Begriffe Jugendschutz und Jugendmedienschutz werden im ersten Hauptteil zunächst die verschiedenen Gefahren im Internet dargestellt. Richard beschreibt dabei im Wesentlichen alle relevanten Straftaten, die der „experimentelle Surfer“ im Internet finden kann. Dies reicht von Kinderpornografie bis Menschenhandel und von politischem Extremismus bis zum Glücksspiel. Der Autor beg-

nügt sich aber nicht mit der deskriptiven Auflistung von Straftaten, vielmehr stellt Richard im Kapitel „Das Internet und seine Schutzmaßnahmen“ (S. 57–85) bereits existierende konkrete Schutzmechanismen vor. Neben den Formen der freiwilligen Selbstkontrolle beispielsweise von Seiten der Internet Service Provider versprechen in erster Linie verschiedene mehr oder minder empfehlenswerte Filterprogramme technische Möglichkeiten das Internet auf jugendgefährdende Inhalte hin zu überprüfen. Kurze Beschreibungen der jeweiligen Software ergänzt Richard in diesem Teil seines Buches durch eine stichwortartige Auflistung von Vor- und Nachteilen der erläuterten Programme. Der Autor warnt in diesem Zusammenhang, vermutlich auf der Basis eigener Erfahrungen, aber vor übertriebenen Erwartungen, wonach „totale Kontrolle“ weder möglich noch erstrebenswert sei. Generell, so resümiert Richard, seien technische Schutzsysteme sinnvoll als „flankierende Maßnahme“, sie ersetzen aber nicht die elterliche Aufsicht und die pädagogische Betreuung.

Dieses Fazit zum Thema „Schutzmaßnahmen“ leitet konsequent zum Kapitel 5 „Wegweiser für Lehrer und Eltern zum Umgang von Kindern mit dem PC“ über, denn hier greift Richard ein vielverwendetes bildungspolitisches Schlagwort auf. Er fordert „Medienkompetenz“ für Eltern, Lehrer und Kinder. Richard eröffnet damit im letzten Hauptteil seiner Veröffentlichung aber keinen medientheoretischen bzw. medienpädagogischen Diskurs über diesen Begriff, vielmehr gibt er den erzieherisch tätigen Personen ganz konkrete Tipps im Umgang mit PC und Internet und beantwortet „alltägliche“ Fragen: Wie lange sollte ein Kind an den PC? Wie sieht es mit der schulischen Aufsichtspflicht aus? Welche rechtlichen Aspekte müssen Lehrer und Eltern kennen und beachten? Ergänzt werden diese praktischen Erörterungen durch Internetlinks, Hinweise zu Computerspielen und einem kurzen Glossar.

Karl Heinz Keil

Ankündigungen

Folgende Neuerscheinungen aus unseren Publikationsreihen können von Interessenten bei der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München (Tel: 089/1258-260/266) bestellt werden:

- **Sonderausgaben der Politischen Studien**
 - Weltanschauung und politisches Handeln.
Hanns Seidel zum 100. Geburtstag (Schutzgebühr € 5,00)
 - Gestaltung als Auftrag. Ein Handbuch für politisches Handeln in Gemeinden, Städten und Landkreisen
- **Berichte & Studien**
 - Darstellungspolitik oder Entscheidungspolitik? Über den Wandel von Politikstilen in westlichen Demokratien (Schutzgebühr € 5,00)
 - Mitwirkung und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen (Schutzgebühr € 5,00)
 - Kaukasus, Mittelasien, Nahost – gemeinsame Interessen von EU und Türkei (Schutzgebühr € 5,00)
- **aktuelle analysen**
 - Jenseits der „Neuen Mitte“: Die Annäherung der PDS an die SPD seit der Bundestagswahl 1998
 - Die islamische Herausforderung – eine kritische Bestandsaufnahme von Konfliktpotenzialen
- **Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen**
 - Spanien und Europa
 - Elternverantwortung und Generationenethik in einer freiheitlichen Gesellschaft
 - Die Clinton-Präsidentschaft – ein Rückblick
 - Alte und neue Deutsche? Staatsangehörigkeits- und Integrationspolitik auf dem Prüfstand
- **Sonstiges**
 - Der Mensch und die Zukunftstechnologien. Technologiepolitik für die nächste Generation
 - Alfons Goppel. Vom Kommunalpolitiker zum Bayerischen Ministerpräsidenten (€ 18,00)

Über den Buchhandel zu beziehen:

- Reinhard C. Meier-Walser/Thilo Harth (Hrsg.):
Politikwelt Internet – Neue demokratische Beteiligungschancen mit dem Internet?, München 2001. (ISBN 3-7892-8059-3)
- Gerhard Hirscher/Karl-Rudolf Korte (Hrsg.):
Aufstieg und Fall von Regierungen: Machterwerb und Machterosionen in westlichen Demokratien, München 2001. (ISBN 3-7892-8060-7)
- Gerhard Hirscher/Roland Sturm (Hrsg.):
Die Strategie des „Dritten Weges“. Legitimation und Praxis sozialdemokratischer Regierungspolitik, München 2001. (ISBN 3-7892-8061-5)

Autorenverzeichnis



Agüera, Martin, M.A.
Politikwissenschaftler
und Deutschlandkorres-
pondent für die amerika-
nische Fachzeitung „De-
fense News“, Berlin



**Deichmann, Carl,
Prof. Dr.**
Institut für Politikwis-
senschaft, Didaktik der
Politik, Friedrich-Schil-
ler-Universität Jena

Dietl, Wilhelm
Journalist bei FOCUS, Cham



Hilt, Wolfram, Dr.
wissenschaftlicher Assis-
tent, Internationale Poli-
tik, Technische Univer-
sität Chemnitz



**Kuhlmann, Axel,
M.A.**
Lehrbeauftragter am po-
litikwissenschaftlichen
Institut der Universität
Mainz

Lange, Klaus, Prof. Dr.
Referent für Internationale Sicher-
heitspolitik der Akademie für Politik
und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-
Stiftung e.V., München

Manutscharjan, Aschot, Dr.
freier wissenschaftlicher Publizist, Berlin

Martonyi, János, Dr.
Ungarischer Außenminister, Budapest

**Maximyschew, Igor
Fjodorowitsch, Dr. habil.**
Außerordentlicher und Bevollmächti-
gter Gesandter, Europa-Institut der Aka-
demie der Wissenschaften Russlands,
Moskau

Meier-Walser, Reinhard C., Dr.
Leiter der Akademie für Politik und
Zeitgeschehen sowie Chefredakteur der
Politischen Studien der Hanns-Seidel-
Stiftung e.V., München



**Thamm,
Berndt Georg**
Fachpublizist und Advi-
ser, Berlin



**Wingen, Max,
Prof. Dr.**
ehem. Leiter der Abtei-
lung Sozialrecht u. Wohl-
fahrtspflege, Bundesmi-
nisterium für Familie
und Senioren, Bonn